

# Antrag L.1.(0000): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit**
- 2 **Einleitung**
- 3 **Gute Arbeit, gute Löhne – Demokratie gilt auch im Betrieb!**
- 4 • Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Schluss mit dem Niedriglohn
- 5 • Soziale Absicherung in jedem Arbeitsverhältnis
- 6 • Arbeitszeiten, die zum Leben passen
- 7 • Gute Arbeitsbedingungen, weniger Belastungen
- 8 • Kein Umbau auf dem Rücken der Beschäftigten: Weiterbildungsanspruch für alle
- 9 • Gleiche Rechte für Saisonbeschäftigte und Beschäftigte in Privathaushalten
- 10 - Union Busting stoppen, Gegenwehr stärken, Mitbestimmung ausweiten
- 11 - Gewerkschaften stärken
- 12 **Gute Rente, gutes Leben: Solidarische Erwerbstätigenversicherung**
- 13 **Soziale Sicherheit für alle**
- 14 • Soziale Garantien: Eine gerechte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit
- 15 • Eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung
- 16 • Kinderarmut überwinden: Kindergrundsicherung
- 17 • Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen
- 18 • Selbstbestimmt im Alter
- 19 **Pflegenotstand stoppen! Systemwechsel in Gesundheit und Pflege**
- 20 • Eine neue solidarische Gesundheitsversicherung!
- 21 • Eine solidarische Pflege-Vollversicherung
- 22 • Pflegende Angehörige entlasten!
- 23 • Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken!
- 24 • Soziale Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung bekämpfen!
- 25 • Ambulanter Bereich: Gute Versorgung vor Ort, in Stadt und Land
- 26 • Die Macht der Pharmaindustrie brechen! Gesundheitsforschung demokratisieren!
- 27 **Keine Profite mit Miete und Boden: Zuhause für alle!**
- 28 • Mietenwahnsinn und Verdrängung stoppen, hohe Mieten senken und
- 29 gemeinnützige Wohnungswirtschaft aufbauen

- 30 • Mieten deckeln bundesweit!
- 31 • Sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau schaffen!
- 32 • Wohnen ist keine Ware. Rechte von Mieter\*innen stärken!
- 33 • Klimagerechtigkeit statt Verdrängung!
- 34 • Bauland in Gemeinschaftshand!
- 35 • Spekulation stoppen – Gewinne abschöpfen!
- 36 • Immobilienkonzerne an die Kette legen!
- 37 • Wohnen ist ein Grundrecht – Wohnungen zuerst!
- 38 • Städte zukunftsfest machen – Leben in die Dörfer bringen!
- 39 **Gute Bildung: gerecht, gebührenfrei, ein Leben lang**
- 40 • Gute Kitas
- 41 • Eine Schule für alle
- 42 • Gut ausgebildet
- 43 • Gute Weiterbildung
- 44 • Gutes Studium, gute Arbeitsbedingungen, gute Forschung
- 45 **Für einen ökologisch-sozialen Systemwechsel**
- 46 • Den ökologischen Umbau planen!
- 47 • Sozialökologische Investitionsoffensive
- 48 • Investieren in gut bezahlte, klimaneutrale Jobs und die Infrastruktur für ein besseres
- 49 Leben
- 50 • Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien: Einstieg in ein neues Wohlstandsmodell
- 51 • Industriearbeitsplätze mit Zukunft schaffen
- 52 • Demokratie in der Wirtschaft. Genossenschaften und solidarische Ökonomie fördern
- 53 **Gerechte Mobilität: ökologisch und bezahlbar für alle – mit guten Arbeitsplätzen**
- 54 • Mobilität für alle – mit weniger Verkehr
- 55 • Bahn für alle! Soziale und ökologische Verkehrsplanung
- 56 • Automobilindustrie sozial und ökologisch umbauen
- 57 • Flugverkehr reduzieren
- 58 • Güterverkehr verringern und auf die Schiene bringen
- 59 **Klimagerechtigkeit und Energiewende**
- 60 • Raus aus der Kohle, Übergänge gerecht gestalten
- 61 • In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten
- 62 • Strompreise stärker kontrollieren, Energie für alle bezahlbar machen
- 63 • Grüner Wasserstoff in der Energiewende
- 64 **Für eine nachhaltige Landwirtschaft. Gesunde Nahrungsmittel für alle**
- 65 **Biologische Vielfalt, Tierwohl und Ressourcen schützen**

- 66 • Tiere wirksam schützen
- 67 • Böden und Meere schützen
- 68 • There is no planet B: Ressourcen im Kreislauf führen
- 69 **Mehr Rechte für Verbraucher\*innen**
- 70 • Verbraucherschutz bei Finanzprodukten!
- 71 **Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland. Eine Zukunft für die Regionen**
- 72 • Zukunftswirtschaft in Ostdeutschland
- 73 • Tarifverträge und gute Arbeit
- 74 • Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung
- 75 • Gutes Leben auch auf dem Land: Soziale Zentren
- 76 **Starke Kommunen, gute Lebensqualität**
- 77 **Mit Steuern Umsteuern**
- 78 • Einkommensteuer gerecht reformieren
- 79 **Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen**
- 80 • Finanzkriminalität stoppen!
- 81 - Geldwäsche bekämpfen
- 82 - Steueroasen trockenlegen
- 83 **Für eine Digitalisierung, die den Menschen nützt**
- 84 • Beschäftigte und ihre Rechte stärken
- 85 • Die Macht der Internetkonzerne und Plattformen begrenzen
- 86 • Digitale Infrastruktur für alle ausbauen
- 87 • Datensicherheit und Datenschutz
- 88 • Grundrechte schützen
- 89 • Digitale Zahlungssysteme regulieren
- 90 • Öffentliche Verwaltung demokratisch und digital
- 91 • Schule und Lernen digital unterstützen
- 92 • Digitalisierung im Gesundheitswesen
- 93 • ÖPNV für alle durch Digitalisierung verbessern
- 94 • Nachhaltige Digitalisierung: ökologisch und sozial
- 95 **Für Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Vielfalt der Geschlechter**
- 96 • Linker Feminismus – Zeit für ein selbstbestimmtes, sicheres und gerechtes Leben
- 97 - (Sorge-)Arbeit und Zeit umverteilen
- 98 - Niemals am Leben sparen – keine Kürzungen zulasten von Frauen und Familien
- 99 - Gewalt an Frauen beenden
- 100 - Unser Feminismus: solidarisch und international
- 101 • Reproduktive Gerechtigkeit: Freie Entscheidung für ein Leben mit und ohne Kinder für alle
- 102 - Für körperliche und sexuelle Selbstbestimmung und Gleichstellung aller Lebensweisen

- 103 • Offensiv und sozial für LSBTIQ\*
- 104 - Queere Communities stärken: Rettungsschirm gegen die Corona-Folgen
- 105 - Gegen Armut und soziale Ausgrenzung
- 106 - Diskriminierung bekämpfen
- 107 - Selbstbestimmung für trans- und intergeschlechtliche Menschen
- 108 - Queere Geflüchtete absichern und stärken!
- 109 **Selbstbestimmt leben in einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft**
- 110 **Für Frieden und Abrüstung. Waffenexporte verbieten**
- 111 • Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr: Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und allen anderen Auslandseinsätzen
- 113 • Bundeswehr abrüsten statt aufrüsten – Keine Bundeswehr als weltweite Einsatzarmee
- 114 • Rüstungsexporte stoppen
- 115 • Keine Drohnen für den Krieg
- 116 • Für eine atomwaffenfreie Welt
- 117 • Kooperation statt Konfrontation: für ein inklusives Sicherheitssystem
- 118 • Zivile Konfliktlösung und Konfliktprävention
- 119 **Soziale Gerechtigkeit weltweit**
- 120 • Sozial und ökologisch gerechte Weltwirtschaft
- 121 • Entwicklung durch Gerechtigkeit
- 122 • Klimagerechtigkeit global
- 123 • Gerechte Steuern weltweit
- 124 • UN und internationale Zusammenarbeit stärken
- 125 • Menschenrechte durchsetzen
- 126 • Deutschen und Europäischen Kolonialismus aufarbeiten
- 127 **Für ein solidarisches Europa!**
- 128 • Investieren statt Zukunft blockieren!
- 129 • Europaweit: Reichtum von oben nach unten verteilen
- 130 • Europäische Zentralbank demokratisch kontrollieren und sozial & ökologisch nutzen
- 131 • Die Wirtschaft umbauen
- 132 • Soziale Absicherung und Gute Arbeit
- 133 • Demokratie statt Herrschaft der Lobbyisten
- 134 • Europäische Entspannungspolitik statt Aufrüstung
- 135 • Menschenrechte statt Festung Europa
- 136 **Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft**
- 137 • Unsere Agenda gegen Rassismus: soziale Offensive und gleiche Rechte für alle
- 138 • Menschlichkeit verteidigen: Menschen retten, Fluchtwege frei machen, Fluchtursachen bekämpfen
- 139

140 **Die Demokratie stärken**

- 141 • Rechten Terror und Gewalt stoppen
- 142 • Die Rechte von Minderheiten stärken
- 143 • Sicherheit für alle statt Überwachungsstaat
- 144 • Polizei im Rechtsstaat
- 145 • Unabhängigkeit der Politik sichern
- 146 • Die Demokratie demokratisieren!

147 **Kultur: Krisenfest, vielfältig und für alle zugänglich**

- 148 • Unabhängige und vielfältige Medienlandschaft stärken
- 149 • Wir verteidigen die Freiheit zur und von der Religion und die Trennung von Staat und
- 150 Kirche
- 151 • Sport ist kein Luxus
- 152 • Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen

153 **Wie wir das Land verändern**

## **Antrag L.1.(0001): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

1 Einleitung

2 **Es kommt auf uns alle an. Es kommt auf dich an**

3 Die Bundestagswahl entscheidet darüber, wie unser aller Weg in den nächsten Jahren aussehen  
4 wird. Wir treten dafür an, dass deine Sorgen, Wünsche und Träume in diesem Land endlich ernst  
5 genommen werden. Wir stehen für eine Politik der Verlässlichkeit und der Ehrlichkeit, aber auch  
6 des Mutes – wir wollen verändern.

7 Wir alle können gemeinsam unser Land demokratischer und sozial gerechter machen. Wir haben es  
8 zusammen in der Hand. Unsere Wirtschaft muss sozial gerechter und klimagerechter werden. Unsere  
9 Demokratie wird nur dann stärker, wenn alle Menschen an ihr teilhaben können. Unsere Zukunft  
10 kann nur dann eine solidarische sein, wenn wir anfangen, sie im Hier und Heute zu gestalten.  
11 Darum geht es bei dieser Wahl. Dafür kommt es auf eine starke LINKE an. Du hast die Wahl. In  
12 unserem Programm zeigen wir, welche Vorschläge wir haben. Wir laden dich ein, mit deiner Stimme  
13 an der Veränderung mitzuwirken. Und es ist ein Versprechen an dich: DIE LINKE macht den  
14 Unterschied. Wir haben den Mut, die notwendigen Veränderungen zu wagen. Für mehr Gerechtigkeit  
15 und eine sichere Zukunft. Für dich.

## **Antrag L.1.(0002): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

1 **Wir lassen niemanden zurück**

2 Wir lassen niemanden zurück. Uns geht es um alle Menschen, um ihre Träume und ihr Recht auf ein  
3 gutes Leben. Wir wollen Sicherheit und Zukunft für eine Mehrheit im Land, denen angst und bange  
4 wird, wenn sie an den Lohn, die Miete, die Stromrechnung oder an das Alter denken. Wir wollen  
5 Vertrauen und soziale Sicherheit für alle, die sich seit Langem übersehen, missachtet und  
6 verletzt fühlen, weil ihre Sorgen und Nöte zu wenig zählen. Wir bestehen darauf, dass sich die  
7 Dinge ändern, weil sie geändert werden können. Wir werden nicht dulden, dass Menschen vergessen  
8 werden.

9 Wir lassen niemanden zurück bei der Überwindung der Corona-Krise. Wir wollen die Gesellschaft  
10 und die Demokratie krisensicherer machen. Es geht uns um Gerechtigkeit und Geborgenheit.  
11 Menschen brauchen wieder Anerkennung und sozialen Halt. Im Alltag, bei der Arbeit, in der  
12 Kommune.

13 Wir lassen niemanden zurück beim Umsteuern gegen die Klimakatastrophe. Der Klimawandel weist  
14 unverändert und beschleunigt darauf hin, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise mit  
15 Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen, mit nachhaltiger Erwärmung des Weltklimas, mit  
16 unheilbarer Gefährdung der Artenvielfalt und der gesamten Biosphäre verbunden ist, die schon  
17 kurzfristig das Leben auf der Erde gefährden können. Wir wollen eine Gesellschaft, die für eine  
18 Wende zum Besseren sozial und solidarisch gerüstet ist. Denn Wandel braucht Hoffnung, dass er  
19 gelingen kann, dass alle mitmachen können und sich niemand ausgeschlossen fühlt. Veränderung

20 braucht soziale Sicherheit. Veränderung braucht aber auch Vertrauen. Dafür werben wir.

## **Antrag L.1.(0003): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Was uns bewegt**

2 Seit über einem Jahr beherrscht die Corona-Krise unseren Alltag. Die Menschen machen sich  
3 Sorgen um ihre Liebsten und deren Gesundheit. Die Pandemie trifft zwar alle, aber sie trifft  
4 nicht alle gleichermaßen. Millionen von Menschen arbeiten hart und viel – und bekommen wenig  
5 dafür. Das gilt im Besonderen in der Corona-Krise. Von Armut bedrohte Menschen tragen ein  
6 höheres Risiko, Einkommen zu verlieren oder krank zu werden. Es geht uns um alle, die unter  
7 dieser Jahrhundertkrise durch ein Virus leiden, aber es geht uns auch besonders um all jene,  
8 die jetzt alles geben und nur sehr wenig bekommen. Diejenigen, die den Laden zusammenhalten und  
9 wenig verdienen, müssen noch mehr arbeiten. Anerkennung muss sich auch auf dem Lohnzettel  
10 ausdrücken! Das gilt genauso für Angestellte im Einzelhandel, für Beschäftigte in der  
11 Gastronomie, in Kitas und in der Sozialarbeit, für die Reinigungskräfte, für Zusteller\*innen.  
12 Es geht aber auch um Kunst und Kultur. Es geht um all jene, die sich ihren Traum der  
13 Selbstständigkeit zu erfüllen versuchen und Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen.  
14 Millionen wurden von dieser Jahrhundertkrise getroffen und sie alle brauchen jetzt ein sicheres  
15 Fundament und eine soziale Perspektive für ihre Existenzen und ihre Lebensträume. Wir müssen  
16 das ändern.

17 Seit über einem Jahr wissen die Menschen, was nötig wäre, um die Pandemie in den Griff zu  
18 bekommen, um Leben zu schützen und die Rückkehr in den Alltag zu ermöglichen. Aber die  
19 Bundesregierung hat dabei versagt, dieses Land aus der Krise herauszuführen: bei der  
20 Impfstoffbeschaffung, bei der Versorgung mit Tests, bei den Wirtschaftshilfen. Die Große  
21 Koalition hat Großkonzernen geholfen, aber viele Menschen sind durch die Maschen der  
22 Rettungsnetze gefallen. Die Regierung hat in der Pandemiebekämpfung versagt, weil sie die  
23 Profitinteressen der Wirtschaft über den Gesundheitsschutz gestellt hat. Zwar war sie bestrebt,  
24 die Infektionszahlen in einem Rahmen zu halten, der das Gesundheitswesen nicht zusammenbrechen  
25 lässt. Doch das Virus zirkuliert weiter, immer mehr Menschen erkranken und sterben, die  
26 Kulturbranche liegt am Boden und das Land taumelt von einem halbherzigen Lockdown zum nächsten.  
27 16 Jahre Angela Merkel haben einen Schleier über die sozialen Unterschiede gelegt, die unsere  
28 Gesellschaft so zerklüften, in Unruhe versetzen, die spalten und zu Wut und Ohnmacht geführt  
29 haben.

30 Uns geht es heute nicht mehr nur darum, diese Unterschiede anzusprechen und zu kritisieren,  
31 sondern wir wollen sie überwinden. Es geht um mehr soziale Gerechtigkeit und es geht um eine  
32 gerechtere Verteilung des Reichtums in diesem reichen Land. Wir können das ändern.

33 Die Corona-Pandemie hat die Krise unserer Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge  
34 offengelegt. Jahrzehntelang wurde kaputtgespart, was nun so dringend gebraucht wird. Zu Recht  
35 hatte Gesundheit niemals einen so hohen Stellenwert wie heute. All jene, die in den  
36 Krankenhäusern jetzt dafür eintreten, jeden Tag, Stunde um Stunde, dass nicht noch mehr  
37 Menschen der Pandemie zum Opfer fallen, brauchen bessere Arbeitszeiten und sie brauchen mehr

38 Lohn. Bessere Gehälter in der Pflege und in den Krankenhäusern hilft nicht nur konkret  
39 Beschäftigten, sondern ist eine Investition in das Wohlbefinden der ganzen Gesellschaft.  
40 Personalmangel und Dauerstress etwa im Gesundheits- und Bildungssystem dürfen nicht sein. Im  
41 Gesundheitswesen fehlt es an Pflegekräften, die Belastungen steigen, die Einkommen steigen  
42 nicht mit. Es waren politisch gewollte Entscheidungen, die dazu geführt haben, dass die Arbeit  
43 und die Lasten in dieser Gesellschaft so ungleich verteilt sind. Wir wollen das ändern. Wir  
44 wollen über ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell reden. Unsere Alternative ist ein  
45 ökologischer und demokratischer Sozialismus.

## **Antrag L.1.(0004): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Eine neue Politik für alle, die es längst verdient haben**

2 Unser Ziel: eine neue Politik für eine Mehrheit, die es längst verdient hat. Wir sorgen für  
3 eine starke soziale Infrastruktur. Wir wollen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und die  
4 Verwaltung in einem reichen Land auf Krisen wirklich vorbereitet sind. Wir wollen, dass alle  
5 damit rechnen können, in Krisen Schutz und Hilfe zu erhalten. Wir wollen Anerkennung für  
6 diejenigen, die die Gesellschaft am Laufen halten, und zwar auch im Portemonnaie: Löhne, die  
7 für ein gutes Leben reichen.

8 Unser Ziel: eine Gesellschaft des guten Lebens für alle. Wir wollen Arbeit für alle, die gut  
9 entlohnt, tariflich abgesichert und gerecht verteilt ist. Wir wollen einen starken  
10 demokratischen und zukunftsfesten Sozialstaat, der gerecht finanziert ist und alle schützt. Wir  
11 wollen eine neue Daseinsvorsorge für alle, die Gesundheit, Pflege, Bildung, Erziehung, Wohnen,  
12 Nahverkehr und Energieversorgung öffentlich organisiert, damit sie dem Gemeinwohl dienen und  
13 alle die Chance bekommen, ihre Träume zu leben.

14 Wir schlagen ein linkes Programm vor, das niemanden zurücklässt: einen Plan für den Neustart  
15 aus der Pandemie heraus. Einen Plan für einen sozial- und klimagerechten Umbau von Wirtschaft  
16 und Infrastruktur. Einen Plan für einen erneuerten Sozialstaat. Ein Angebot für eine  
17 krisensichere Gesellschaft, in der sich die Menschen wieder aufgehoben und geborgen fühlen.  
18 Eine Politik für Mehrheiten in unserem Land.

19 • Arbeitsplätze in der Krise verteidigen und gut bezahlte, klimagerechte Arbeit schaffen:  
20 Als Folge der Pandemie drohen in vielen Branchen Entlassungen und ein Kahlschlag in den  
21 Innenstädten. Wir wollen staatliche Unterstützung an Garantien für Arbeitsplätze und  
22 Tarifverträge binden – und zugleich Weichen für eine bessere Zukunft stellen, für sichere  
23 Arbeitsplätze und eine funktionierende öffentliche Infrastruktur. Wir wollen mit einem  
24 Investitionsprogramm die Ausstattung in Bildung, Erziehung, Gesundheit und Pflege deutlich  
25 ausbauen und mehr Personal einstellen. Wir wollen in bezahlbares Wohnen und  
26 Breitbandausbau investieren. Wir wollen für die Kommunen Investitionsmittel zur Verfügung  
27 stellen, damit in Solardächer, energieeffiziente Gebäude und bezahlbares Wohnen, in  
28 bezahlbare Mobilität, Kultur und in attraktive Innenstädte investiert wird. So können wir  
29 einen Kahlschlag als Folge des Lockdowns verhindern – und zugleich die Weichen für die  
30 Zukunft stellen. Wir schlagen einen öffentlichen Transformationsfonds vor, der

31 klimagerechte Arbeitsplätze für die Zukunft sichert und ein ökologisches Umsteuern  
32 fördert. Mit unserem Zukunftsinvestitionsprogramm können wir bis 2025 eine Million gut  
33 bezahlte Arbeitsplätze schaffen, die helfen, Wirtschaft und Infrastruktur bis 2035  
34 klimaneutral zu machen.

- 35 • Gute Arbeit, gerechte Bezahlung: Die vielen, die den Laden am Laufen halten und dennoch am  
36 Monatsende kaum über die Runden kommen, brauchen dringend höhere Löhne. Wir wollen den  
37 Mindestlohn auf 13 Euro anheben, damit Einkommen aus Arbeit auch wirklich vor Armut  
38 schützt. Die Gehälter für Normal- und Geringverdienende müssen deutlich steigen. Dafür  
39 wollen wir Gewerkschaften stärken und Tarifverträge allgemeinverbindlich machen.  
40 Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen, Mini- und Midijobs drücken auf die Löhne und  
41 schwächen die Sozialversicherung. Wir wollen sie in tarifliche Arbeitsverhältnisse  
42 überführen. Stress und Überbelastung während gleichzeitig andere ohne Job dastehen – das  
43 muss nicht sein. Arbeitszeitverkürzung sichert Arbeitsplätze in der Industrie und in von  
44 der Digitalisierung veränderten Branchen – sie ermöglicht neuen Wohlstand für alle. Das  
45 Ziel ist eine 30-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Wir  
46 wollen den Weg dorthin beginnen: mit der Begrenzung von Überstunden und Höchstarbeitszeit,  
47 mit einem Recht auf Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag.
- 48 • Gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege für alle: Die Corona-Krise ist auch  
49 Ergebnis der Vernachlässigung wichtiger Pfeiler einer funktionierenden Gesellschaft. Es  
50 ist falsch, dass Krankenhäuser nach Fallpauschalen und mit Gewinnorientierung wirtschaften  
51 müssen. In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fehlen für eine gute Betreuung jeweils  
52 100.000 Pflegekräfte. Wir wollen Krankenhäuser und Pflegekonzerne von der Börse nehmen.  
53 Sie müssen nach Bedarf und Gemeinwohl organisiert werden. Das System der Fallpauschalen  
54 wollen wir durch eine bedarfsgerechte Finanzierung ersetzen. Die Gehälter in der Pflege  
55 wollen wir erhöhen, das hilft auch gegen Fachkräftemangel. Die Zweiklassenmedizin wollen  
56 wir mit einer solidarischen Gesundheitsversicherung ablösen, in die alle einzahlen. Die  
57 Pflegeversicherung wollen wir zu einer Vollversicherung umbauen, die alle Leistungen  
58 übernimmt. Die Eigenanteile für die Versicherten oder ihre Angehörigen, die heute viele  
59 Menschen in Armut und Verzweiflung treiben, entfallen. Es darf nicht sein, dass Menschen  
60 durch Patente vom Zugang zu Medikamenten und Impfstoffen ausgeschlossen werden, nur um die  
61 Profite der Pharmakonzerne hoch zu halten. Gerade in der Pandemie zeigt sich, dass  
62 Pharmaforschung ein öffentliches Gut ist. Die Lizenzen für die Corona-Impfstoffe müssen  
63 freigegeben werden, damit die Impfproduktion beschleunigt werden kann.
- 64 • Für Bildungsgerechtigkeit: Corona zeigt die Versäumnisse in der Bildungspolitik – beim  
65 Personalschlüssel, bei digitaler Ausstattung und bei unzureichenden Schutzmaßnahmen.  
66 Gleich gute Bildung für alle Kinder gibt es nur mit einem Aufbauprogramm für mehr  
67 Erzieher\*innen, Lehrer\*innen und Sozialpädagog\*innen. Ein Rechtsanspruch auf einen  
68 Kitaplatz bedeutet auch: Anspruch auf gute Betreuung, kleine Gruppen, gut bezahlte und  
69 ausgebildete Erzieher\*innen und keine Gebühren. Es sollte selbstverständlich sein, dass es  
70 nicht durchs Schuldach regnet, die Toiletten sauber sind und jedes Kind ein mobiles  
71 Endgerät sowie Zugang zu Datenvolumen hat.
- 72 • Ein neuer Sozialstaat: Eine Gesellschaft, die Sicherheit schafft und Wandel ermöglicht,  
73 ist nur mit ausreichender und krisenfester sozialer Absicherung machbar. Die Pandemie hat  
74 gezeigt, dass Leistungen viel zu knapp bemessen sind. Wir wollen dafür sorgen, dass

75 niemand im Monat weniger als 1.200 Euro zur Verfügung hat. Das ist unsere Grenze für ein  
76 gerechtes Mindesteinkommen. Wir wollen eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die auch  
77 Soloselbstständige absichert. Die Zeit für Hartz IV ist abgelaufen. Wir kämpfen für eine  
78 Mindestsicherung, die sanktionsfrei ist, also nicht gekürzt werden kann.

79 • Weg mit der Altersarmut: Im Jahr 2000 lag das Rentenniveau noch bei 53 Prozent, wenn es  
80 nach der Bundesregierung geht, soll es auf 43 Prozent sinken. Das ist ein Programm für  
81 Altersarmut! Wir treten für eine gesetzliche Rente ein, die den Lebensstandard wieder  
82 annähernd sichert – in Ost und West gleichermaßen. Dafür wollen wir die Rentenkürzung  
83 zurücknehmen und das Renteneintrittsalter wieder senken. Das Rentenniveau wollen wir  
84 sofort auf 53 Prozent anheben. Wer derzeit die aktuelle Durchschnittsrente in Höhe von  
85 1.048 Euro (netto) bekommt, erhält dann knapp 100 Euro mehr im Monat. Die Renten von  
86 Frauen und allen Menschen, die zu niedrigen Löhnen arbeiten, wollen wir aufwerten, damit  
87 auch ihre Lebensleistung endlich zählt. Auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige sollen  
88 in Zukunft in die gesetzliche Rente einzahlen.

89 • Keine Rendite mit der Miete: Corona hat viele Menschen dazu gezwungen, zu Hause zu bleiben  
90 oder dort zu arbeiten. Aber immer weniger können sich ihre Wohnungen leisten. Die Mieten  
91 sind in den vergangenen Jahren explodiert, durch die Städte walzt das Immobilienkapital  
92 und verspricht Renditen. Wir wollen dem Beispiel Berlins folgen und überall, wo es einen  
93 angespannten Wohnungsmarkt gibt, harte Obergrenzen für die Miete einführen und zu hohe  
94 Mieten senken. Immobilienkonzerne wollen wir von der Börse nehmen. Wir benötigen im Jahr  
95 den Neubau von mindestens 250.000 Wohnungen, die dauerhaft bezahlbar bleiben.

96 • Ungleichheit verringern: Neue soziale Sicherheit, ein Neustart aus der Pandemie heraus und  
97 ein klimagerechtes Umbauprogramm sollten gerecht finanziert werden. Wir wollen hohe  
98 Vermögen und Erbschaften stärker besteuern. Statt einer Billigsteuer für  
99 Unternehmensgewinne wollen wir Profite wie alle Einkommen besteuern. Unser Grundgesetz  
100 sieht die Möglichkeit einer Vermögensteuer vor, wir wollen diese wieder erheben und  
101 Reichtum über einer Million Euro mit fünf Prozent für eine gerechte Gesellschaft  
102 heranziehen. Mit den Einnahmen können die Bundesländer dringend notwendige Investitionen  
103 in Bildung, Gesundheit und Wohnen leisten. Wir halten gemeinsam mit vielen Expert\*innen  
104 die Schuldenbremse für volkswirtschaftlich unsinnig und wollen sie abschaffen. Wir  
105 schlagen vor, die Steuerfreibeträge in der Einkommensteuer anzuheben: 1.200 Euro pro Monat  
106 werden von Steuern freigestellt. Das entlastet niedrige und mittlere Einkommen spürbar.

107 • Neuer Aufbruch für den Osten: Das Versprechen des Grundgesetzes, es sollen gleichwertige  
108 Lebensverhältnisse herrschen, wollen wir endlich wahr machen. Wir streiten für einheitliche  
109 Tarifgebiete und gleiche Löhne in diesem Land. Die Renten im Osten müssen sofort an das  
110 Westniveau angehoben werden. Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West  
111 gibt, soll die Umrechnung der Ostgehälter bei der Rente erhalten bleiben. Die Angleichung  
112 der Ostrenten darf kein Nachteil für die heutigen Beschäftigten sein. Wir wollen im Osten  
113 den Eigensinn, den Aufbruchgeist und die Solidarität der Menschen stärken. Kein Umbau der  
114 Regionen mehr über die Köpfe der Menschen vor Ort hinweg! Wir schlagen Sozial- und  
115 Wirtschaftsräte vor, die den Menschen Mitbestimmung ermöglichen.

116 • Sozial heißt digital: Die Corona-Krise zeigt, was wir schon länger wissen: Wer keinen  
117 schnellen digitalen Zugang hat, ist heutzutage faktisch von einem großen Teil

118 gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Die digitale Spaltung unserer Gesellschaft  
119 vertieft nicht nur die bestehende Armut, sondern hängt all jene ab, an deren Wohnort das  
120 Internet zu langsam ist oder bei denen das Geld nicht für einen guten Anschluss reicht. So  
121 wie unsere Schulen und Behörden digital fit gemacht werden müssen, so haben alle  
122 Bürger\*innen, ob in der Stadt oder im ländlichen Raum, das Recht auf einen schnellen  
123 Internetzugang. Datensouveränität und digitaler Zugang gehören zu einer staatlich  
124 garantierten Grundversorgung. Wir sagen: Sie müssen einklagbare soziale Grundrechte  
125 werden.

- 126 • Sozial- und klimagerechte Wirtschaftspolitik: In den nächsten zwei Jahrzehnten müssen wir  
127 den Umbau zu einer weitgehend kohlendioxidfreien, energie- und ressourcensparenden  
128 Wirtschaft und Infrastruktur schaffen, um überhaupt die Chance zu haben, das 1,5-Grad-Ziel  
129 bei der Begrenzung der Erderwärmung noch zu erreichen. Linke Wirtschaftspolitik setzt auf  
130 höhere Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse sowie auf demokratische Entscheidung über  
131 Investitionen, mit denen wir eine gemeinwohlorientierte, bedarfsgerechte und klimaneutrale  
132 Wirtschaft auf den Weg bringen wollen. Die Industriestruktur muss regionaler, krisenfester  
133 und unabhängiger vom Export werden. Mit einem staatlichen Industrietransformationsfonds  
134 über 20 Milliarden Euro pro Jahr wollen wir den notwendigen ökologischen Umbau in der  
135 Industrie, insbesondere der Autozuliefererindustrie unterstützen. Von diesem Fonds  
136 profitieren Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende  
137 Tarifverträge haben. Über die öffentliche Förderung sollen regionale Wirtschafts- und  
138 Transformationsräte entscheiden, in denen neben der Politik und den Unternehmen auch  
139 Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigt Stimmrecht haben.  
140 Genossenschaften wollen wir besonders fördern.
- 141 • Sichere Jobs und Mitbestimmung: Wir wollen Garantien für Arbeitsplätze und Einkommen für  
142 die Beschäftigten. In der Krise und wenn Unternehmen auf klimagerechte Produktion  
143 umstellen, kann eine Arbeitszeitverkürzung mit Weiterbildungsoffensive die Arbeitsplätze  
144 sichern. Die Weiterbildung wird anteilig aus einem Solidarfonds aus den Unternehmen und  
145 der Agentur für Arbeit bezahlt. Wir wollen ein Weiterbildungsgeld einführen. Staatliche  
146 Gelder, die als Hilfszahlungen oder Subventionen an Unternehmen gehen, wollen wir an  
147 langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche  
148 Investitionspläne für ökologischen Umbau binden. Öffentliche Aufträge binden wir an  
149 Tariftreue. Wir wollen Vetorechte der Beschäftigten gegen Kahlschlag in Unternehmen und  
150 wirksame Mitbestimmung bei Entscheidungen über Standortschließungen, Massenentlassungen  
151 und Zukunftsinvestitionen.
- 152 • Konsequenter Klimaschutz und mehr Lebensqualität, Mobilitäts- und Energiewende:  
153 Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr ausbauen, den Takt erhöhen und den Service  
154 verbessern – auch auf dem Land. Die Ticketpreise wollen wir bis zum Nulltarif senken. Wir  
155 schaffen gute Arbeitsplätze in der Produktion von Bus, Bahn und Schiene und für die  
156 Beschäftigten im ÖPNV. Wir beginnen mit Modellprojekten in 15 am meisten von Abgasen  
157 belasteten Städten. Wir verlagern Kurzstreckenflüge und Frachtverkehr auf die Schiene. Die  
158 Bahn muss ausgebaut und für alle bezahlbar werden. Unsere Verkehrswende sorgt für mehr  
159 Mobilität, aber mit weniger Verkehr. Wir wollen die Energieversorgung am Gemeinwohl  
160 ausrichten und in Stadtwerken und Genossenschaften organisieren. Bis 2035 sollte der  
161 gesamte Strom aus erneuerbaren Quellen kommen. Kommunen wollen wir beim klimaneutralen

162 Umbau und der Schaffung guter Arbeit unterstützen. Wir wollen für alle Menschen eine gute  
163 Ernährung sichern und die Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft  
164 umbauen. Nur so können wir langfristig Zugang zu genug Wasser und Lebensmitteln  
165 garantieren.

166 • Agrarland schützen: Wir wollen öffentlichen Besitz an land- und forstwirtschaftlichen  
167 Flächen stärken und Landraub wirksam verhindern. Wir schlagen unter anderem einen  
168 öffentlichen Bodenfonds vor, der an nachhaltig wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe  
169 zu fairen Konditionen verpachtet. Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir  
170 fördern, die Bodenpreise deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion,  
171 ökologischen Umbau und die Zukunft von Landwirt\*innen.

172 • Antifaschismus ist eine Frage der Haltung: Wir stellen uns allen Formen der  
173 Menschenfeindlichkeit entgegen und verteidigen die Demokratie – auf der Straße, im Alltag,  
174 im Parlament. Wir wollen die Kräfte in der Zivilgesellschaft mit einem  
175 Demokratiefördergesetz stärken, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazis  
176 engagieren. Der sogenannte Verfassungsschutz schützt nicht die Demokratie, sondern oft  
177 rechte Strukturen. Wir wollen die Verfassungsschutzbehörden in dieser Form auflösen. Wir  
178 wollen antifaschistische Arbeit in der Zivilgesellschaft fördern und eine unabhängige  
179 Beobachtungsstelle einsetzen. Wir wollen einen Untersuchungsausschuss zum  
180 Rechtsterrorismus einsetzen und Ermittlungsschwerpunkte gegen militante Neonazis schaffen.  
181 Wir machen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur stark.

182 • Gegen Aufrüstung und Krieg: Jede Waffe findet ihren Krieg. Wir wollen den Export von  
183 Waffen und Waffenfabriken verbieten. Rüstungsexporte in Länder, die an Kriegen beteiligt  
184 sind und Menschenrechte missachten, müssen sofort unterbunden werden. DIE LINKE ist der  
185 Friedens- und Entspannungspolitik verbunden. Zivile Konfliktlösung wollen wir stärken.  
186 Auslandseinsätze der Bundeswehr wollen wir beenden. Gerade in einer Pandemie sollte das  
187 Geld in Gesundheitsversorgung – auch international – und eine gerechtere Weltwirtschaft  
188 fließen, nicht in Panzer oder Drohnen. Statt mit Verweis auf das 2-Prozent-Ziel der Nato  
189 die Bundeswehr hochzurüsten, setzen wir uns für Abrüstung ein.

190 • Menschlichkeit ist für uns unteilbar: Wir wollen ein Land, in dem alle gleichberechtigt  
191 zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig von  
192 ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und  
193 sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Wir setzen  
194 uns für Bleiberecht und gleiche Rechte ein. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht  
195 Geflüchtete. Elend und Sterben an den europäischen Außengrenzen müssen ein Ende haben:  
196 Seenotrettung und die Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen einzuhalten, muss  
197 selbstverständlich sein. Wir wollen die Lager evakuieren, in denen Geflüchtete unter  
198 unmenschlichen Bedingungen eingesperrt sind.

# Antrag L.1.(0005): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Mut zur Veränderung**

2 Unser Programm für eine sozial-ökologische Wende, die niemanden zurücklässt, ist nicht  
3 bescheiden. Aber es geht bei dieser Bundestagswahl um die Zukunft. Es geht um eine Entscheidung  
4 über den Weg, den dieses Land einschlägt und zu gehen beginnt. Dafür braucht es große Ideen und  
5 den Mut zur Veränderung. Wir wollen mitbestimmen. Unsere Vorschläge sind machbar.

6 Denn so, wie es ist, kann und darf es nicht weitergehen. Es wird bei dieser Wahl darum gehen,  
7 wer am Ende für die Kosten der Pandemie zahlt. Wir wollen zur Bewältigung der Krisenkosten eine  
8 Vermögensabgabe und Multimillionäre und Milliardäre gerecht besteuern. Wir wollen Löhne, die  
9 für ein gutes Leben reichen. Wir wollen Mieten deckeln und die Renten so erhöhen, dass die  
10 Rentner\*innen und die kommenden Generationen im Alter gut leben können. Wir wollen, dass sich  
11 alle gute Ernährung leisten können. Es geht um gleiche Lebensverhältnisse und gleiche  
12 Lebenschancen. Für alle Kinder, um Gerechtigkeit in der Bildung und gute Schulen und Kitas in  
13 allen Stadtteilen. Es geht uns um gleiche Rechte für alle. Alle, die in diesem Land leben und  
14 arbeiten – und die es oft schwer haben, eine Wohnung zu finden. Die von Rassismus im Alltag und  
15 den gesellschaftlichen Strukturen betroffen sind. Es geht um soziale Sicherheit für alle und  
16 darum, ohne Angst verschieden sein zu können.

17 Wir stehen vor großen Umbrüchen. Wir sehen darin eine Chance. Wir wissen, dass die Mehrheiten  
18 in diesem Land für mehr Gerechtigkeit, für soziale Sicherheit und für Klimagerechtigkeit sind.  
19 Hier liegt für uns LINKE eine Verantwortung: das Potenzial von Veränderungen auch zu nutzen.  
20 Wir stehen für einen gesellschaftlichen Aufbruch nach der Pandemie – nach Jahren der  
21 Kürzungspolitik und Jahrzehnten ökologischer Zerstörung: Gemeinwohl vor Profite. Solidarität,  
22 die diesen Namen verdient, statt Bereicherung und Korruption. Wir brauchen einen  
23 gesellschaftlichen Aufbruch. Einen Aufbruch für soziale Sicherheit und eine funktionierende  
24 Infrastruktur, für Frieden, für soziale und für Klimagerechtigkeit.

25 Der notwendige Wandel unserer Wirtschaft darf nicht auf Kosten der Beschäftigten und der  
26 breiten Bevölkerung erfolgen. Weder hierzulande noch anderswo. Wir wollen eine Wirtschaft, in  
27 der sich die Arbeiter\*in nicht zwischen ihrem Job und der Zukunft der eigenen Kinder  
28 entscheiden muss. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Arbeiter\*innen und Angestellte den  
29 Klimaschutz auch leisten können. Der Schutz der Lebensgrundlagen braucht ein Fundament: soziale  
30 Sicherheit. Ohne Sicherheit und Vertrauen können wir unsere Gesellschaft nicht klimaneutral  
31 machen.

32 Eine sozialökologische Transformation braucht deshalb gerechte Übergänge. Wir wollen  
33 Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien und eine Million gut bezahlte und sinnvolle klimaneutrale  
34 Arbeitsplätze schaffen. Wir können die Klimakrise gemeinsam bewältigen, wenn wir es radikal,  
35 realistisch und gerecht machen. Wir wollen die Weichen so stellen, dass unsere Infrastruktur  
36 und Wirtschaft, Kommunen und Industrie innerhalb von zwei Jahrzehnten klimaneutral werden.

37 Wir haben keine Zeit mehr, auf bessere Zeiten nur zu warten. Es geht mehr denn je um linke  
38 Politik im Hier und Heute, um einen Aufbruch für mehr soziale Demokratie und mehr  
39 Klimagerechtigkeit. Wir stehen dafür ein, dass das längst Überfällige an sozialen,

40 demokratischen und ökologischen Veränderungen auch verwirklicht wird. Wir sagen nicht nur, wie  
41 es besser gemacht werden könnte. Wir wollen es auch anders machen.

42 Wandel braucht Experimente. Wir setzen auf eine neue Kultur im politischen Handeln. Wer immer  
43 meint, allein Recht zu haben, kann die Welt nicht verändern. Das gilt für demokratische  
44 Parteien und für progressive Mehrheiten besonders. Wir setzen deshalb auf gesellschaftliche  
45 Bündnisse und Bewegungen. Wir vertrauen auf mehr Demokratie durch offenen Dialog mit  
46 zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bürger\*innenräte. Wir wollen mehr Teilhabe durch  
47 Volksentscheide. Lebendige Demokratie heißt für uns, aus Widersprüchen und Kritik zu lernen.  
48 Wir selbst wollen beim Voranschreiten und Verändern selbstkritisch bleiben.

49 Druck von der Straße braucht Adressat\*innen und Multiplikator\*innen im Parlament. Politik in  
50 Institutionen braucht den Treibstoff des gesellschaftlichen Aufbruchs, um voranzukommen. Wir  
51 stehen an der Seite von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Mieter\*inneninitiativen, Fridays  
52 for Future, Black Lives Matter, Seebrücke, von Sozialverbänden und den Friedensbewegungen. Wir  
53 stehen für unteilbare Solidarität von Mehrheiten, die jeden Tag mit ihrer bezahlten und  
54 unbezahlten Arbeit, mit Herzblut und Hoffnung diese Gesellschaft am Laufen halten. Wir zeigen  
55 unmissverständlich Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von  
56 Menschenfeindlichkeit, gegen Hetze und Gewalt von rechts.

57 Wir wollen einen sozialökologischen und friedenspolitischen Politikwechsel einleiten. Wir  
58 wollen einen politischen Neuanfang in unserem Land. Dafür stehen wir bereit und das wollen wir  
59 machen. DIE LINKE ist kompromissbereit, was die Schrittlänge angeht. Doch die Richtung des  
60 Schrittes muss stimmen. Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel. Wir versprechen aber, alles  
61 zu tun, damit niemand zurückgelassen wird.

62 Wir wollen nicht über Menschen reden, sondern wollen gemeinsam mit ihnen etwas erreichen. Wir  
63 wollen Neugier und Lust auf Veränderung wecken bei denen, deren Leben durch linke Politik  
64 besser wird. Wir wollen die gewinnen, die von Wahlen schon längst nichts mehr erwarten. Wir  
65 wollen Veränderung heute. Wir machen den Unterschied. Das ist DIE LINKE. Mach mit, es lohnt  
66 sich.

## **Antrag L.1.(0100): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gute Arbeit, gute Löhne – Demokratie gilt auch im Betrieb!**

2 DIE LINKE kämpft dafür, dass alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können.  
3 Arbeitsbedingungen müssen sich am Menschen und ihren Familien orientieren, nicht an den  
4 Profitinteressen der Unternehmer. Die Unternehmerverbände nutzen die Krise, um Rechte von  
5 Beschäftigten einzuschränken, Löhne weiter zu drücken und Überstunden durchzusetzen. Wenn  
6 Unternehmen in der Corona-Krise riesige Wirtschaftshilfen bekommen und dann Beschäftigte  
7 entlassen oder die Standorte schließen, sagen wir nein! DIE LINKE steht an der Seite der  
8 Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Wir wollen Arbeitsplätze und Tarifverträge verteidigen  
9 und die Tarifbindung ausbauen, Entlassungen stoppen und die Arbeitswelt vom Kopf auf die Füße  
10 stellen: Gute Arbeit, die zum Leben passt, muss für alle die Regel sein statt die Ausnahme.

- 11 Dafür wollen wir folgende zentrale Forderungen umsetzen:
- 12 • Löhne, die für ein gutes Leben reichen! Wir schaffen den Niedriglohnsektor ab und stärken  
13 Tarifverträge. Für Teilzeitjobs schaffen wir einen Rechtsanspruch auf eine  
14 Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche und das Recht auf Aufstockung vor  
15 Ausschreibung einer neuen Stelle.
  - 16 • Soziale Absicherung in allen Arbeitsverhältnissen! Wir drängen Befristungen zurück und  
17 sichern sämtliche Tätigkeiten über die Sozialversicherungen ab. Das schließt Beschäftigte  
18 über Plattformen, Soloselbstständige und Saisonbeschäftigte ein.
  - 19 • Arbeitszeiten, die zum Leben passen! Mehr Personal statt Dauerstress. Wir schaffen ein  
20 neues Normalarbeitsverhältnis um die 30 Stunden pro Woche, ein Mitbestimmungsrecht bei der  
21 Personalbemessung und eine Anti-Stress-Verordnung.
  - 22 • Recht auf Weiterqualifizierung mit sozialer Absicherung! Wir schaffen einen  
23 Weiterbildungsanspruch für alle und sichern das Einkommen während Weiterbildungszeiten mit  
24 einem Weiterbildungsgeld.
  - 25 • Erweiterung der Mitbestimmung von Belegschaften und Öffentlichkeit in wirtschaftlichen  
26 Fragen: Unternehmen, die öffentliche Hilfen in Anspruch nehmen, dürfen nicht gleichzeitig  
27 Dividenden an ihre Anteilseigner\*innen oder Boni an die Vorstände auszahlen.

## **Antrag L.1.(0101): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

- 1 **Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Schluss mit dem Niedriglohn**
- 2 • Der gesetzliche Mindestlohn wird auf 13 Euro erhöht. Zuschläge für Sonntags-, Schicht-  
3 oder Mehrarbeit sowie Sonderzahlungen dürfen nicht mit dem Mindestlohn verrechnet werden.  
4 Sämtliche Ausnahmen vom Mindestlohn müssen gestrichen werden. Durch die Pflicht zur  
5 elektronischen Arbeitszeiterfassung und häufigere Kontrollen muss die Einhaltung des  
6 Mindestlohns durchgesetzt werden.
  - 7 • Tarifbindung muss wieder für alle Unternehmen und Branchen gelten. Dafür müssen  
8 Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Das muss auf Antrag  
9 einer Tarifvertragspartei möglich sein. Es muss als »öffentliches Interesse« gelten,  
10 Tarifverträge in ihrer Reichweite zu stärken und einen Unterbietungswettbewerb zulasten  
11 von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Auch regionale Tarifverträge und  
12 komplette Entgelttabellen sollen per Rechtsverordnung gemäß Arbeitnehmerentsendegesetz  
13 bundesweit gelten können.
  - 14 • Lohndumping durch Werkverträge und Leiharbeit beenden. Wir wollen Leiharbeit verbieten.  
15 Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leiharbeiter\*innen ab dem ersten Tag die gleichen  
16 Löhne wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten. Die  
17 Vergabe von Werkverträgen und der Einsatz von Leiharbeit müssen an die Zustimmung des  
18 Betriebsrats und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden.  
19 Um den Missbrauch von Werkverträgen zu unterbinden, muss die Beweislast künftig beim  
20 Arbeitgeber liegen. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss an den Arbeitsplatz statt an

- 21 die Person der Beschäftigten gebunden werden. Die Vermittlung Erwerbsloser in Leiharbeit  
22 durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter muss beendet werden.
- 23 • Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag von  
24 22 Stunden pro Woche und das Recht auf Aufstockung vor Ausschreibung einer neuen Stelle  
25 für alle Beschäftigten einführen.
  - 26 • Um gleiche Entgelte für Frauen und Männer durchzusetzen, muss der Auskunftsanspruch im  
27 Entgelttransparenzgesetz durch ein Verbandsklagerecht ergänzt werden. Gewerkschaften  
28 müssen für ihre Mitglieder gleiche Entgelte einklagen können.
  - 29 • Bei Betriebsübergängen in nicht tarifgebundene Unternehmen und bei Auslagerungen müssen  
30 die bisherigen Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt  
31 bleiben und auch für neu Eingestellte gelten.
  - 32 • Ein Bundestariftreuegesetz muss die Einhaltung von Tarifverträgen zur zwingenden  
33 Voraussetzung für öffentliche Aufträge machen und auch von den beauftragten Firmen  
34 eingesetzte Subunternehmen einschließen.
  - 35 • Wir wollen verbindliche Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter: Sie dürfen nicht  
36 mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen. Managergehälter  
37 können steigen, wenn die untersten Lohngruppen angehoben werden. Jahresgehälter über einer  
38 halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein.

## **Antrag L.1.(0102): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Soziale Absicherung in jedem Arbeitsverhältnis**

2 Die soziale Absicherung steht allen Beschäftigten zu, unabhängig von ihrer Herkunft und der Art  
3 ihres Arbeitsverhältnisses:

- 4 • Befristungen stoppen! Sachgrundlose Befristungen müssen im Teilzeit- und Befristungsgesetz  
5 ersatzlos gestrichen werden und zulässige Sachgründe eng begrenzt werden. Bei öffentlicher  
6 Finanzierung soll die Befristung der Haushaltsmittel oder von Projektgeldern kein  
7 zulässiger Grund mehr für die Befristung von Arbeitsverträgen sein. Der dritte  
8 Arbeitsvertrag bei demselben Arbeitgeber muss zwingend unbefristet sein.
- 9 • Mini- und Midijobs wollen wir abschaffen und in sozialversicherungspflichtige  
10 Arbeitsverhältnisse überführen. Ab dem ersten Euro muss für Unternehmen eine volle Pflicht  
11 zur Sozialversicherung gelten.
- 12 • Plattformen müssen Arbeitgeberpflichten erfüllen und Sozialversicherungsbeiträge für über  
13 sie Beschäftigte abführen.
- 14 • Der Betriebsbegriff und der Arbeitnehmerbegriff müssen aktualisiert und an die heutigen  
15 Arbeitsverhältnisse und Betriebsstrukturen angepasst werden, damit die Arbeitsrechte und  
16 die Betriebsverfassung für alle wirtschaftlich abhängig Beschäftigten gelten.
- 17 • Auftraggeber müssen auch für Soloselbstständige, die als Kleinunternehmer\*innen,  
18 Freiberufler\*innen, Handwerker\*innen, Schausteller\*innen und Gewerbetreibende arbeiten,

- 19 Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Dazu schaffen wir bundesweite branchenspezifische  
20 Mindesthonorarregelungen, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken und  
21 Soloselbstständige schützen. Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote speziell für  
22 Soloselbstständige müssen verbessert werden.
- 23 • Für ausländische Saisonbeschäftigte müssen sämtliche Ausnahmen in der Sozialversicherung  
24 gestrichen werden.

## **Antrag L.1.(0103): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Arbeitszeiten, die zum Leben passen**

2 Viele Beschäftigte werden krank durch zu viel Arbeit und Überstunden, während Millionen  
3 Menschen von Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind oder unfreiwillig in Teilzeit abgedrängt werden.  
4 Es ist Zeit für ein neues Normalarbeitsverhältnis. Wir wollen Arbeit in der Gesellschaft und  
5 zwischen den Geschlechtern gerecht verteilen.

6 Wenn die Arbeit gerechter verteilt wäre, könnten statt Überstunden und Dauerstress über eine  
7 Million Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit um die 30 Stunden pro Woche geschaffen werden. Eine 4-  
8 Tage-Woche bzw. Arbeitszeiten um die 30 Stunden pro Woche sind genug. Eine Umverteilung der  
9 Arbeitszeit erhöht die Lebensqualität für alle.

- 10 • Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wollen wir auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzen.
- 11 • Ausnahmen von der täglich zulässigen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden wollen wir stärker  
12 begrenzen. Eine Verkürzung der erforderlichen Ruhezeiten von 11 Stunden lehnen wir ab.
- 13 • Arbeitgeber müssen Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit sowie die Dauer der  
14 gewährten Ruhepausen jeweils am Tag der Arbeitsleistung aufzeichnen. Dienstreisen und in  
15 der Freizeit erbrachte Arbeitsleistungen müssen vollständig als Arbeitszeit angerechnet  
16 werden. Stärkere Kontrollen durch Arbeitsschutzbehörden müssen gesetzlich vorgeschrieben  
17 werden.
- 18 • Arbeit auf Abruf wird aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz gestrichen.
- 19 • Betriebs- und Personalräte brauchen ein zwingendes Mitbestimmungsrecht bei der  
20 Personalbemessung, um regelmäßige Überstunden und Leistungsverdichtung zu verhindern.
- 21 • Wir wollen ein Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten.
- 22 • Es braucht einen Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die  
23 Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen (vgl. Kapitel »Familien dort  
24 unterstützen, wo sie es brauchen«).
- 25 • Wir brauchen für alle Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit  
26 mit Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber (vgl. Kapitel »Für einen linken Feminismus«).
- 27 • Den Mindesturlaubsanspruch im Bundesurlaubsgesetz wollen wir schrittweise von 24 auf  
28 30 Werktage anheben. Jedem Beschäftigten sollen mindestens 5 Wochen Urlaub zustehen.
- 29 • Alle Beschäftigten sollen durch ein Recht auf Homeoffice einen Teil ihrer Arbeit zu Hause  
30 erledigen können, sofern die Art ihrer Tätigkeit das zulässt. Die Bedingungen für

- 31 Homeoffice müssen per Tarifvertrag oder per Betriebs-/Dienstvereinbarung geregelt werden.  
32 Arbeitsschutz und die gesetzliche Unfallversicherung müssen auch im Homeoffice  
33 uneingeschränkt gelten. Recht auf Pausen und Recht auf Feierabend muss es auch im  
34 Homeoffice geben!
- 35 • Recht auf Auszeiten: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit  
36 haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr), verbunden mit einem Rückkehrrecht.

## **Antrag L.1.(0104): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gute Arbeitsbedingungen, weniger Belastungen**

- 2 Arbeit darf nicht krank machen. Das Leistungsniveau in Betrieben muss so sein, dass die  
3 Gesundheit ein ganzes Arbeitsleben über erhalten bleibt. Das Arbeitsschutzgesetz verpflichtet  
4 Unternehmen, die Arbeit so zu gestalten, dass die Gefährdung der psychischen und physischen  
5 Gesundheit möglichst vermieden wird. Es scheitert allerdings oft an der Durchsetzung. Wir  
6 wollen einen Schutz gegen Dauerstress und Überlastung schaffen:
- 7 • Wir brauchen eine Verordnung zum Schutz vor Gefährdung durch psychische Belastung bei der  
8 Arbeit (Anti-Stress-Verordnung). Betriebsräte müssen die Regeln des Arbeitsschutzgesetzes  
9 zur Verhütung psychischer Belastung sowie ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen und vor  
10 allem Abhilfemaßnahmen leichter durchsetzen können.
  - 11 • Das Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten muss sich auch auf die Prävention von  
12 Belastungen erstrecken. Die Beschäftigten brauchen ein individuelles „Vetorecht“ bei  
13 gesundheitsgefährdender Überlastung, um auch Beschäftigte in Betrieben ohne Betriebsrat zu  
14 schützen.
  - 15 • Die Arbeitsschutzbehörden müssen finanziell und personell besser ausgestattet werden und  
16 besser mit der Mindestlohnkontrolle zusammengeführt werden, um wirksame und regelmäßige  
17 Kontrollen zu ermöglichen. Kontrollen sollten zwingend im Betrieb und nicht nach Aktenlage  
18 stattfinden. Die Bußgelder für Verstöße gegen den Gesundheitsschutz der Beschäftigten  
19 müssen deutlich angehoben werden. Im Arbeitsschutzgesetz muss klargestellt werden, dass es  
20 strafbar ist, trotz vorheriger behördlicher Abmahnung weiter die Gesundheit der  
21 Beschäftigten zu gefährden.
  - 22 • Belegschaften müssen pro Monat zwei Stunden Beratungszeit während der Arbeitszeit  
23 erhalten, um sich über Arbeitsgestaltung, Arbeitszeit, Mitbestimmung und Arbeitsschutz  
24 auszutauschen, für Kontaktaufnahme mit den Arbeitsschutzbehörden und um Initiativen zur  
25 Mitbestimmung entwickeln zu können.
  - 26 • Die Anerkennung von Berufskrankheiten muss erleichtert werden. Das schließt psychische  
27 Erkrankungen ein. Wir fordern eine Beweislastumkehr. Unabhängige Beratungsstellen müssen  
28 eingerichtet werden und Versicherte dabei unterstützen, ihre Ansprüche durchzusetzen.  
29 Erwerbsunfähigkeitsrenten müssen verbessert werden. Schwerbelastete Beschäftigte müssen  
30 früher in Rente gehen können (siehe Rentenkapitel).

# Antrag L.1.(0105): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Kein Umbau auf dem Rücken der Beschäftigten: Weiterbildungsanspruch für alle**

2 Unternehmen nutzen die Einführung neuer Technologien und Produkte, den Klimaschutz und die  
3 Digitalisierung als Anlass, um auf dem Rücken der Beschäftigten umzustrukturieren, Beschäftigte  
4 zu entlassen oder die Belegschaften zu erpressen. Gleichzeitig führen der ökologische Umbau und  
5 die Digitalisierung zu neuen Tätigkeitsfeldern und verändern die Anforderungen an Beschäftigte.  
6 Die Verantwortung für Aus- und Weiterbildung dürfen Unternehmen nicht auf die Beschäftigten und  
7 die Allgemeinheit abschieben. Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind,  
8 müssen auch von diesen finanziert werden. Beschäftigte, deren Arbeitsplätze wegfallen, müssen  
9 abgesichert werden. Wir wollen eine soziale und ökologische Transformation mit Arbeitsplatz-  
10 und Einkommensgarantien für die Beschäftigten.

- 11 • Vetorecht gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft. Beschäftigte und Betriebsräte  
12 brauchen Mitbestimmung auch bei wirtschaftlichen Fragen. Das gilt besonders für  
13 Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen sowie die Gestaltung der  
14 Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen. Ebenso für den betrieblichen Umweltschutz.
- 15 • Das Recht der Betriebsräte auf Verhandlungen mit den tatsächlichen Entscheidungsträgern  
16 muss auch in internationalen Konzernen klargestellt werden. Es kann nicht sein, dass  
17 Unternehmen durch Holdingstrukturen, bei denen Geschäftsführungen vor Ort nur als  
18 Befehlsempfänger agieren, demokratische Mitbestimmungsrechte unterlaufen.
- 19 • Betriebsräte brauchen ein erzwingbares Mitbestimmungs- und Initiativrecht für betriebliche  
20 Aus-, Weiter- und Fortbildung – und bei der Neuausrichtung der Unternehmen. Betriebe mit  
21 über 100 Beschäftigten müssen verpflichtend eine qualifizierte Personalplanung  
22 durchführen, die eine Weiterbildungsplanung für die Beschäftigten einschließt.
- 23 • Alle Beschäftigten müssen zum Zwecke der Weiterbildung einen Rechtsanspruch erhalten, ihre  
24 Arbeitszeit zeitweise zu reduzieren oder zeitlich begrenzt ganz aussetzen zu können. Der  
25 Arbeitgeber muss während der Bildungsteilzeit einen teilweisen Lohnausgleich von  
26 mindestens 70 Prozent des Nettogehalts und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Der Staat  
27 muss Bildungsteilzeit von Beschäftigten durch eine stärkere Berücksichtigung bei den  
28 Rentenansprüchen und der Höhe von Ansprüchen auf ALG I unterstützen. Für Geringverdienende  
29 muss ein vollständiger Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse garantiert werden.
- 30 • Damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung beruflicher Weiterbildung  
31 beteiligen, schlägt DIE LINKE einen Weiterbildungsfonds vor, in den alle Unternehmen einer  
32 Branche einzahlen.
- 33 • Berufsschulen und Hochschulen müssen gesetzlich verpflichtet und in die Lage versetzt  
34 werden, Angebote der beruflichen Fortbildung zu schaffen die allen Beschäftigten  
35 unabhängig vom bisherigen Bildungsabschluss offenstehen.
- 36 • Weiterbildungsangebote der Arbeitsagentur und Jobcenter müssen ausgebaut werden. Das Ziel  
37 schneller Vermittlung Erwerbsloser muss gestrichen werden, stattdessen müssen Erhalt der  
38 Qualifikation und Weiterbildung Vorrang bekommen. Für die Zeit der Weiterbildung wird ein  
39 Weiterbildungsgeld in Höhe von 90 Prozent des letzten Nettoentgelts gezahlt. Die Zeit der

- 40 Weiterbildung wird nicht auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet. (vgl. Kapitel  
41 »Soziale Garantien«)
- 42 • Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsumlage zahlen (vgl. Kapitel »Gut  
43 ausgebildet«).

## **Antrag L.1.(0106): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gleiche Rechte für Saisonbeschäftigte und Beschäftigte in Privathaushalten**

2 Besonders gravierend sind die Verstöße gegen Arbeitsschutz und gute Arbeitsbedingungen für  
3 mobile Beschäftigte aus dem Ausland. Durch die Koppelung des Aufenthaltsrechts an den  
4 Arbeitsvertrag sind sie besonders von extremer Ausbeutung bedroht und können ihre Rechte  
5 schwerer durchsetzen. Wir wollen gleiche Schutzrechte für alle und gleichen Lohn für gleiche  
6 Arbeit.

- 7 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag muss auch für Saisonarbeiter\*innen und  
8 aus dem Ausland entsendete Beschäftigte gelten. Um Lohnbetrug zu vermeiden, müssen  
9 Unternehmen zur elektronischen Zeiterfassung verpflichtet werden, die für die  
10 Beschäftigten einsehbar ist. Gleichzeitig brauchen wir einen legalen Aufenthaltsstatus für  
11 alle hier Beschäftigten, damit Kontrollen dem Schutz der Beschäftigten dienen und nicht zu  
12 ihrem Nachteil werden. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses darf nicht zum Verlust des  
13 Aufenthaltsrechts führen. Der Zugang zu Informationen über bestehende Arbeitsrechte muss  
14 erleichtert werden und Initiativen, die mobile Beschäftigte in ihren Muttersprachen  
15 beraten, müssen stärker gefördert werden.
- 16 • Für vom Arbeitgeber gestellte oder vermittelte Unterkünfte muss es eine klare Begrenzung  
17 der zulässigen Kosten geben. Diese sollen sich nach den geltenden Sachbezugswerten aus dem  
18 Sozialversicherungsrecht richten. Abzüge für Unterkunft und Verpflegung müssen auf der  
19 Lohnabrechnung transparent dargestellt sein, um den Beschäftigten die Überprüfung zu  
20 ermöglichen. Die Einhaltung von Hygienestandards in den Unterkünften muss von den  
21 Aufsichtsbehörden regelmäßig kontrolliert werden.
- 22 • Sämtliche gesetzlichen Ausnahmen vom Sozialversicherungsschutz für ausländische  
23 Beschäftigte müssen gestrichen werden.
- 24 • DIE LINKE will die Rechte von Beschäftigten in Privathaushalten stärken. Arbeit in  
25 Privathaushalten (u. a. Reinigung, Pflege, Kinderbetreuung) soll vor allem über  
26 zertifizierte Agenturen, gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger organisiert werden.  
27 Sie müssen Tarifverträge, unbefristete Beschäftigung, das Recht auf eine vertragliche  
28 Mindeststundenzahl, Arbeitsschutz und Weiterbildung für Beschäftigte garantieren. Um  
29 Überausbeutung zurückzudrängen, müssen Beschäftigte in Privathaushalten ohne Arbeits- und  
30 Aufenthaltsrecht die Möglichkeit einer Legalisierung erhalten.
- 31 • Wir wollen Sozialdumping bei der Entsendung nach Deutschland beenden:  
32 Sozialversicherungsbeiträge sollen künftig im Zielland bezahlt werden und die Anmeldung  
33 soll eine Woche vor Einsatzbeginn beantragt werden müssen.

- 34 • Die Überausbeutung zumeist osteuropäischer Arbeitskräfte in der 24-Stunden-Pflege muss  
35 beendet werden. Pflege muss arbeitsrechtskonform organisiert werden.

## **Antrag L.1.(0107): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Union Busting stoppen, Gegenwehr stärken, Mitbestimmung ausweiten**

- 2 • DIE LINKE will die Demokratie in der Gesellschaft, im Betrieb und in der Wirtschaft  
3 stärken. Die letzte bedeutende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes gab es 1972. Damals  
4 gab es keine Leiharbeit, Outsourcing oder Standortverlagerungen ins Ausland. Es gab keine  
5 sachgrundlosen Befristungen, Minijobs oder Arbeit auf Abruf. Beschäftigungsformen wie  
6 Crowd- und Click-Work waren unbekannt und Arbeitgeber konnten sich nicht – als Plattformen  
7 getarnt – sozialpolitischer Verantwortung entziehen.
- 8 • Unsere heutige Arbeitswelt ist geprägt von Digitalisierung, Globalisierung, Deregulierung  
9 und der Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus. Wir wollen Betriebsratswahlen erleichtern  
10 und die Arbeitsfähigkeit von Betriebsräten. Wir wollen Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit  
11 ausreichend Personal für Straftatbestände aus dem Arbeitsrecht und  
12 Betriebsverfassungsrecht schaffen, sowie schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber und  
13 Anwaltskanzleien, die sich auf die Verhinderung von gewerkschaftlicher Organisation  
14 spezialisiert haben. Wir wollen den Betriebsbegriff anpassen, den Arbeitnehmerbegriff  
15 erweitern und zusätzliche Arbeitnehmervertretungsstrukturen sollen durch Tarifvertrag oder  
16 Betriebsvereinbarung bestimmt werden können. Die zwingende Mitbestimmung wollen wir  
17 ausweiten auf Fragen der Arbeitsorganisation, der Personalbemessung, prekärer  
18 Beschäftigung und der Qualifizierung.
- 19 • Die Transformation der Arbeitswelt ist eine umfassende gesellschaftliche Umstrukturierung  
20 mit gravierenden Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen. Diese vollzieht sich nicht  
21 klassenneutral, sondern als Verteilungsauseinandersetzung. Deshalb ist die Ausweitung  
22 zwingender Mitbestimmung auf wirtschaftliche Fragen. Beschäftigte und ihre Betriebsräte  
23 sollen die Initiative ergreifen können, bei Investitionsentscheidungen, Fertigungstiefen,  
24 Aus- und Verlagerungen, Schließungen von Betrieben und Betriebsteilen,  
25 Rationalisierungsvorhaben und neuen Arbeitsmethoden und Steuerungsmechanismen. Denn nur so  
26 werden Beschäftigte bei der bevorstehenden Transformation mitgenommen, nur so wird prekäre  
27 Arbeit eingedämmt, nur so Klima- und Umweltschutz in den Betrieben realisiert und die  
28 Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten und auch des Allgemeinwohls vorangetrieben.

### **29 Gewerkschaften stärken**

- 30 • Die Gewerkschaften müssen ein umfassendes Verbandsklagerecht zur Einhaltung von  
31 Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen erhalten sowie das Recht zu  
32 Kollektivbeschwerden nach dem Protokoll der Europäischen Sozialcharta.
- 33 • Zur Verteidigung des Streikrechts muss der Antistreikparagraph § 160 des SGB III  
34 abgeschafft werden. Das Tarifeinheitsgesetz muss zurückgenommen werden, da mit ihm eine  
35 Einschränkung des Streikrechts verbunden ist.

- 36 • Solidaritätsstreiks mit Beschäftigten anderer Betriebe und Branchen und politische Streiks  
37 zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen und zur Verteidigung von Demokratie und Frieden  
38 müssen ins Streikrecht eingeschlossen werden. Das Streikrecht muss auch für Beamte gelten.  
39 OT-Mitgliedschaften („Ohne Tarif“) in Arbeitgeberverbänden müssen abgeschafft werden.
- 40 • Die betrieblichen Mitbestimmungsrechte und das Streikrecht müssen auch für die  
41 Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas uneingeschränkt gelten. Der § 118 des  
42 Betriebsverfassungsgesetzes muss gestrichen werden. Vertrauensleutearbeit muss ähnlich der  
43 Arbeit von Betriebsräten geregelt werden. Für Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen  
44 die gleichen Mitbestimmungsrechte gelten.

## **Antrag L. 1.(0200): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gute Rente, gutes Leben: Solidarische Erwerbstätigenversicherung**

2 Wir wollen eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard wieder sichert und vor Armut schützt.  
3 Das ist für viele Menschen die Grundlage für ein sorgenfreies und selbstbestimmtes Leben.  
4 Forderungen, dass wer länger lebt, erst später in Rente gehen soll, weisen wir zurück. Die  
5 Rente darf nicht über Kapitalmärkte »gesichert« werden – dann ist sie unsicher. Sie muss zu  
6 gleichen Teilen von Unternehmen und Beschäftigten finanziert werden. Noch im Jahr 2000 lag das  
7 Rentenniveau bei 53 Prozent, jetzt soll es bis auf 43 Prozent sinken. Das ist ein Programm der  
8 Bundesregierung für Altersarmut!

9 Wir wollen den Rentenabbau beenden und das Garantieverprechen der gesetzlichen  
10 Rentenversicherung wiederherstellen. Drei zentrale Maßnahmen sind der Einstieg:

- 11 • Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben. Das bedeutet in Geld: Wer  
12 derzeit die aktuelle Durchschnittsrente von 1.048 Euro bekommt, erhält dann 1.148 Euro,  
13 also knapp 100 Euro mehr im Monat. Das Rentenniveau von derzeit 48,4 Prozent (ohne  
14 Revisionseffekt) kann problemlos innerhalb einer Wahlperiode auf 53 Prozent angehoben  
15 werden. Das kostet Beschäftigte und Arbeitgeber\*innen bei einem durchschnittlichen  
16 Verdienst von 3.462 Euro nur je circa 33 Euro mehr im Monat. Der Beitrag für eine private  
17 Riester-Rente (124 Euro) kann dafür entfallen. Durchschnittsverdienende hätten also 90,50  
18 Euro mehr in der Tasche. Bei der Rentenanpassung stellen wir die Lohnbezogenheit wieder  
19 her.
- 20 • Als LINKES Kernprojekt beziehen wir alle Erwerbstätigen in die gesetzliche  
21 Rentenversicherung ein. Dazu haben wir ein Konzept entwickelt, das Solidarität und soziale  
22 Gerechtigkeit mit finanzieller Solidität und Stabilität verbindet. Wir stärken damit die  
23 gesetzliche Rentenversicherung und verhindern Armut im Alter und bei Erwerbsminderung.  
24 Unser Konzept der Solidarischen Erwerbstätigenversicherung bietet eine gesetzliche  
25 Alterssicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler\*innen,  
26 Beamte\*innen, Manager\*innen und Politiker\*innen. Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen  
27 Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen.
- 28 • Als Garantie führen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro für all jene ein,

29 die trotz der Reformmaßnahmen in der Rente ein zu niedriges Alterseinkommen haben, um  
30 davon leben zu können. Denn wer heute auf lange Phasen mit schlechten Löhnen,  
31 Erwerbslosigkeit oder Krankheit zurückblicken muss, hat trotzdem Anspruch auf ein  
32 würdevolles Leben im Alter. Die Solidarische Mindestrente wird deshalb an alle Menschen im  
33 Rentenalter und bei Erwerbsminderung als Zuschlag – im Einzelfall auch als Vollbetrag –  
34 von der Rentenversicherung gezahlt, die weniger als 1.200 Euro Nettoeinkommen im Alter  
35 haben. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft. Sie wird aus  
36 Steuern finanziert. Die Unterhaltsansprüche nach dem BGB werden berücksichtigt. Mit  
37 Vermögensfreibeträgen stellen wir sicher, dass soziale Härten vermieden werden und  
38 normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt. Unser Versprechen lautet:  
39 Niemand soll im Alter von weniger als 1.200 Euro leben müssen. Die Höhe der Solidarischen  
40 Mindestrente wird regelmäßig am 1. Juli eines jeden Jahres in demselben Maße erhöht, wie  
41 alle anderen gesetzlichen Renten auch.

42 Mit unserem Konzept der Solidarischen Erwerbstätigenversicherung stellen wir die Weichen für  
43 eine gerechte, stabile und inklusive Alterssicherung der Zukunft, die für alle Erwerbstätigen  
44 da ist. Sie wird von folgenden Einzelmaßnahmen flankiert:

- 45 • Die Beitragsbemessungsgrenze (für die allgemeine und die knappschaftliche  
46 Rentenversicherung sowie für die alten und die neuen Bundesländer) wird zunächst  
47 vereinheitlicht und dann in mehreren Schritten drastisch angehoben und schließlich ganz  
48 aufgehoben. Die Höhe der Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnitts soll im  
49 höchsten verfassungsgemäß zulässigen Rahmen abgeflacht werden. Deshalb soll eine  
50 »Beitrags-Äquivalenzgrenze« eingeführt werden.
- 51 • Die private Riester-Rente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente  
52 gerissenen Lücken nicht schließen. Die Beiträge und Zuschüsse wandern in die Kassen der  
53 Versicherungskonzerne statt in die Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner. Millionen  
54 Menschen mit normalem und niedrigem Einkommen können sich eine private Rentenversicherung  
55 nicht leisten. Die Riester-Rente überführen wir auf freiwilliger Basis in die gesetzliche  
56 Rente. Wer eingezahlt hat, soll seine Ansprüche behalten und in die gesetzliche Rente  
57 überführen können. Die staatlichen Subventionen von knapp 4 Milliarden Euro jährlich  
58 beenden wir und erhöhen damit die Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung.  
59 Außerdem soll es Versicherten und ihren Arbeitgeber\*innen erleichtert werden, bis zu einer  
60 bestimmten Grenze freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung  
61 einzuzahlen.
- 62 • Die Beschäftigten dürfen nicht den Risiken auf dem Kapitalmarkt ausgesetzt werden. Wir  
63 lehnen es ab, die Arbeitgeber\*innen im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher  
64 Altersvorsorge und sogenannter Zielrenten aus der Haftung zu entlassen. Das gilt auch für  
65 den Verzicht auf Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage.
- 66 • Wir wollen eine betriebliche Altersvorsorge, die überwiegend von den Arbeitgeber\*innen  
67 finanziert wird (als betriebliche Sozialleistung). Dafür sollen verbindliche  
68 tarifvertragliche Regelungen die Grundlage sein.
- 69 • Wir fordern, die Doppelverbeitragung mit Krankenversicherungs- und  
70 Pflegeversicherungsbeiträgen bei betrieblicher Altersvorsorge und den Direktversicherungen  
71 sofort zu Klar ist: Betriebsrenten dürfen nicht frei von Sozialabgaben sein. Aber sie

72 sollen in der Ansparphase bezahlt werden und nicht in der Rentenphase. Mit der  
73 Entgeltumwandlung werden die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung jedoch  
74 geschwächt und die Rentenansprüche aller Versicherten – egal ob sie über den Betrieb  
75 vorsorgen oder nicht – sinken. Die Ungleichheit wird so verschärft. Darum wollen wir die  
76 Entgeltumwandlung für die Zukunft abschaffen.

77 • Die Doppelbesteuerung der Renten wollen wir abschaffen. Wir wollen das steuerfreie  
78 Existenzminimum auf 14.400 Euro im Jahr anheben – kleine bis mittlere Renten wären damit  
79 steuerfrei. DIE LINKE fordert eine Verlängerung des Übergangszeitraums bis 2070, eine  
80 außerordentliche Rentenerhöhung und eine Neuberechnung des individuellen  
81 Rentenfreibetrags. Denn die Rente muss nach jahrzehntelanger Beitragszahlung auch netto  
82 den Lebensstandard wieder sichern.

83 Unser Nachbarland Österreich zeigt: Ein gesetzliches Rentensystem kann vor Armut schützen, den  
84 Lebensstandard sichern und zugleich finanzierbar sein. Statt einen Teil der Alterssicherung vom  
85 Kapitalmarkt abhängig zu machen, wurde in Österreich das gesetzliche Rentensystem zu einer  
86 Erwerbstätigenversicherung ausgebaut. Das wollen wir auch in Deutschland erreichen.

87 Wir wollen weitere zügige Verbesserungen bei der Rente durchsetzen. Unser Rentenkonzept sieht  
88 vor:

89 • Solidarausgleich für Niedriglohn: Zeiten niedriger Löhne wollen wir ausgleichen. Die von  
90 der Großen Koalition beschlossene sogenannte Grundrente greift hier zu kurz. Wir wollen  
91 die »Rente nach Mindestentgeltpunkten« auch für Zeiten nach 1992 einführen und verbessern.  
92 Vollzeitbeschäftigte mit 13 Euro Stundenlohn erhielten dann in der Regel eine Rente von  
93 rund 1.200 Euro. Bei einem Rentenniveau von 53 Prozent hätte zum Beispiel eine  
94 Einzelhandelskauffrau mit einem Gehalt von 2.200 Euro brutto dadurch nach 45 Jahren Arbeit  
95 monatlich knapp 198 Euro mehr als nach geltendem Recht mit der sogenannten Grundrente –  
96 ohne eine Einkommensprüfung! Davon würden vor allem Frauen und in Ostdeutschland  
97 Beschäftigte profitieren.

98 • Ausbildungszeiten werden besser anerkannt und führen zu höheren Renten.

99 • Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und der Pflege bewerten wir höher, damit  
100 sie nicht zu Armutsrenten führen.

101 • Für jedes Kind werden drei Entgeltpunkte – das sind zurzeit über 102 Euro sogenannter  
102 Mütterrente – auf dem Rentenkonto gutgeschrieben. Egal ob ein Kind 1960 oder 2010, egal ob  
103 es in Frankfurt am Main oder in Frankfurt an der Oder geboren wurde. Diese Verbesserung  
104 muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe vollständig aus Steuern finanziert werden.

105 • Für regelmäßig geleistete freiwillige und unbezahlte Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern im  
106 organisierten anerkannten Rettungsdienst, im Brandschutz, im Katastrophenschutz und im  
107 Technischen Hilfswerk (THW) werden durch den Staat angemessene Beiträge in die gesetzliche  
108 Rentenversicherung eingezahlt.

109 • Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden. Forderungen nach einer noch höheren  
110 Regelaltersgrenze sind unrealistisch und unverantwortlich. Arbeiten bis zum Umfallen  
111 wollen wir verhindern. Jede\*r muss wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente  
112 gehen dürfen. Das ist finanzierbar. Wenn Menschen mindestens 40 Jahre Beiträge gezahlt  
113 haben, sollen sie bereits ab 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.

- 114 • Wer krank wird, darf nicht noch eine niedrige Rente befürchten müssen: Der Zugang zu den  
115 Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden. Die beschlossene Anhebung der  
116 Zurechnungszeit (die Zeit, die »hinzugerechnet« wird, weil der oder die Versicherte wegen  
117 der Erwerbsminderung nicht einzahlen konnte) für Rentenzugänge ab 2019 muss auch für die  
118 Menschen gelten, die schon 2018 und früher eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben. Wir  
119 fordern, die unsozialen Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten zu streichen oder sie durch  
120 eine wirkungsgleiche Maßnahme zu kompensieren.
- 121 • Für Langzeiterwerbslose müssen endlich wieder Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt  
122 werden.
- 123 • Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentner\*innen endlich beenden. Wir fordern  
124 die sofortige Angleichung des »aktuellen Rentenwertes (Ost)« an das Westniveau, ohne  
125 zukünftige Rentner\*innen zu benachteiligen (vgl. Kapitel »Gerechtigkeit für die Menschen  
126 in Ostdeutschland«).

## **Antrag L.1.(0300): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Soziale Sicherheit für alle**

2 Wir wollen einen starken, demokratischen Sozialstaat, der alle Menschen wirksam gegen die  
3 Lebensrisiken von Krankheit, Unfall, Alter, Pflegebedürftigkeit und Erwerbslosigkeit schützt.  
4 Corona hat die Lücken unserer sozialen Sicherungssysteme gezeigt: Für Hartz-IV-Bezieher\*innen  
5 sind Mehrausgaben zum Beispiel für Home-Schooling und Sicherheitsmasken nicht erschwinglich,  
6 schon die Regelbeträge sichern nicht gegen Armut. Freiberufler\*innen bleiben ohne soziale  
7 Absicherung. Obdachlose in Sammelunterkünften sind hohen Infektionsrisiken ausgesetzt. Die  
8 soziale Ungleichheit hat zugenommen. Wir wollen einen demokratischen Sozialstaat, der soziale  
9 Garantien gibt, das gesellschaftliche Leben durch soziale Dienstleistungen und öffentliche  
10 Infrastrukturen stärkt und für gute und planbare Erwerbsarbeit sorgt, die sicher ist und zum  
11 Leben passt. An einer Regierung, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau  
12 betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden  
13 wir uns nicht beteiligen.

14 Das sind die drei Säulen unseres Sozialstaats der Zukunft:

- 15 • Soziale Garantien für alle, die vor Armut schützen und gesellschaftliche Teilhabe  
16 ermöglichen: Wir stärken den Sozialstaat durch soziale Garantien auf Basis solidarischer  
17 Umlagesysteme, die alle Menschen wirksam gegen die Risiken des Lebens schützen. Wir  
18 garantieren einen guten Lebensstandard für alle in allen Lebensphasen und  
19 Lebenssituationen – auch in der Rente. Wir wollen einen garantierten Schutz vor Armut.  
20 Sanktionen und entwürdigende Antragsverfahren schaffen wir ab. Zusammengefasst wollen wir  
21 ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.200 Euro in jeder Lebenssituation, in der es  
22 gebraucht wird.
- 23 • Soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastrukturen, die Zugang für alle ermöglichen:  
24 Soziale Dienstleistungen – zum Beispiel im Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und

25 Sozialwesen – und öffentliche Infrastrukturen – zum Beispiel Bibliotheken, Theater,  
26 Schwimmbäder, Straßen, Nahverkehr – sind deshalb zentral für den sozialen Zusammenhalt in  
27 der Gesellschaft. Als Teil des gesellschaftlichen Reichtums sind sie öffentliche Güter,  
28 die allen Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommen und deshalb gemeinwohlorientiert  
29 verfasst sein sollen. Wir verstehen diese Dienstleistungen und Infrastrukturen als  
30 Sozialeigentum aller Bürger\*innen.

- 31 • Ein »neues Normalarbeitsverhältnis« für gute und planbare Erwerbsarbeit, die sicher ist  
32 und zum Leben passt: Sinnhafte Erwerbsarbeit, kürzere Arbeitszeiten und Löhne, die für ein  
33 gutes, planbares und sicheres Leben reichen. So können wir auch die Ungleichheit zwischen  
34 den Geschlechtern zurückdrängen. Gute Arbeit sichert auch Steuereinnahmen und  
35 Versicherungsbeiträge für die Ausweitung des demokratischen Sozialstaats.

## **Antrag L.1.(0301): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Soziale Garantien: Eine gerechte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit**

2 Die Erwerbslosigkeit in Deutschland ist durch die Corona-Krise wieder gestiegen. Der Anstieg  
3 fiel in den neuen Bundesländern höher aus als in den alten. Für viele Erwerbslose bedeutet das  
4 den Absturz in Hartz IV. Wer jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, ist  
5 trotzdem von Armut bedroht. Lang erworbene Versicherungsansprüche werden vernichtet. Wir wollen  
6 eine Arbeitslosenversicherung, die den zuvor erreichten Lebensstandard annähernd sichert. In  
7 die Versicherung zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber ein. Ziel unserer Verbesserungen der  
8 Arbeitslosenversicherung ist es, möglichst viele Menschen gut abzusichern. Dies schließt auch  
9 die Erwerbstätigen ein, die bislang von der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung noch  
10 ausgeschlossen sind (zum Beispiel Soloselbstständige und Freiberufler\*innen). Dazu erweitern  
11 wir das bereits bestehende Arbeitslosengeld und führen ein neues Arbeitslosengeld Plus ein.

- 12 • Wir wollen ein Recht auf Erwerbsarbeit mit einem einklagbaren individuellen  
13 Rechtsanspruch. Das schließt auch das Recht ein, eine konkrete Erwerbsarbeit abzulehnen.

- 14 • DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der Arbeitslosenversicherung ein: Junge Menschen  
15 sollen schneller einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten und langjährig Beschäftigte  
16 sollen davor bewahrt werden, nach kurzer Zeit in das Hartz-IV-System wechseln zu müssen.

- 17 • Zumutbare Arbeitsangebote müssen sich am Grundsatz „Gute Arbeit“ orientieren.

- 18 • Sperrzeiten und Sanktionen werden ausnahmslos Beschäftigten sollen keine Sperrzeiten  
19 drohen, wenn sie selbst kündigen oder konkrete Arbeitsangebote ablehnen. Qualifizierung  
20 und Weiterbildung sollen gestärkt, das Arbeitslosengeld soll auf einheitlich 68 Prozent  
21 erhöht und ein Arbeitslosengeld Plus (58 Prozent) eingeführt werden. Jährlicher  
22 Inflationsausgleich soll eine Absenkung des Lebensstandards durch Preissteigerungen  
23 verhindern.

- 24 • Wir wollen die Kurzarbeit als schnell wirkendes Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen  
25 dauerhaft ausbauen. Kurzarbeitergeld wird in Höhe von 90 Prozent des letzten Einkommens  
26 gezahlt, die Sozialversicherungsbeiträge werden in voller Höhe ohne Unterbrechung gezahlt.

27 Unternehmen, die Kurzarbeitergeld von der Agentur für Arbeit beziehen, dürfen keine  
28 betriebsbedingten Entlassungen vornehmen und keine Dividenden an ihre Anteilseigner\*innen  
29 auszahlen.

- 30 • Menschen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können, wollen wir neue  
31 Perspektiven geben. Dafür schaffen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor  
32 mit zusätzlichen existenzsichernden, sozialversicherungspflichtigen und tariflich  
33 abgesicherten Arbeitsplätzen. Die Angebote sind für die Erwerbslosen freiwillig.

## **Antrag L.1.(0302): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung**

2 Wir wollen das Hartz-IV-System abschaffen und es ersetzen durch gute Arbeit (vgl. Kapitel »Gute  
3 Arbeit«), eine bessere Erwerbslosenversicherung (siehe oben) und eine bedarfsgerechte  
4 individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen.

- 5 • Um sicher gegen Armut zu schützen, muss sie derzeit 1.200 Euro betragen. Sie gilt für  
6 Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige ohne  
7 hinreichendes Einkommen oder Vermögen. Sonderbedarf, zum Beispiel für chronisch Kranke  
8 oder Menschen mit Behinderung, werden im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung  
9 bzw. des Bundesteilhabegesetzes gewährt.
- 10 • Die Höhe der sanktionsfreien Mindestsicherung muss jährlich entsprechend den  
11 Lebenshaltungskosten angehoben werden (Inflationsausgleich). Einmal in der  
12 Legislaturperiode wird die Höhe der Mindestsicherung überprüft, wobei sichergestellt sein  
13 muss, dass gesellschaftliche Teilhabe und Schutz vor Armut garantiert sind. Für Kinder  
14 wollen wir eine eigenständige Grundsicherung einführen (siehe unten).
- 15 • Alle Personen, die sich gegenwärtig in Deutschland aufhalten, haben ein Recht auf  
16 existenzsichernde Sozialleistungen. Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wird  
17 abgeschafft. Asylbewerber\*innen und hier lebende EU-Bürger\*innen werden in die  
18 individuelle Mindestsicherung einbezogen.

19 **Sofortmaßnahmen: Erhöhung der Regelsätze und Abschaffung der Sanktionen**

20 Als Zwischenschritt bis zur Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung wollen wir die  
21 sofortige Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro plus die Übernahme  
22 der Wohn- und Stromkosten in tatsächlicher Höhe. Zudem fordern wir für die Dauer der Corona-  
23 Pandemie einen pauschalen Mehrbedarfzuschlag von 100 Euro für alle Bezieher\*innen von Hartz IV  
24 und Grundsicherung. Diese Forderung teilen wir mit vielen Sozialverbänden und Gewerkschaften.

- 25 • Langlebige Gebrauchsgüter wie Kühlschrank und Waschmaschine (sogenannte Weiße Ware) sind  
26 nicht vom Regelbedarf abzudecken. Ihre Anschaffung muss im Bedarfsfall voll übernommen  
27 werden.
- 28 • Die Mittel für Mobilität müssen den realen Preisen entsprechen. Wir treten für ein  
29 Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr ein. Perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien  
30 öffentlichen Nahverkehr für alle.

31 Alle bisherigen Bundesregierungen haben gezielt kleingerechnet, was der Mensch zum Leben  
32 braucht. Damit muss Schluss sein. Da sind wir uns mit vielen Sozial- und Fachverbänden einig.

33 • Die Kosten der Unterkunft und Heizung müssen in einem Maße übernommen werden, das dem  
34 tatsächlichen Angebot an Wohnungen vor Ort entspricht (und nicht nur die vom Jobcenter als  
35 »angemessen« erachteten). Aktuell werden die angemessenen Wohnkosten von den Kommunen oft  
36 viel zu niedrig angesetzt.

37 • Das bisherige Prinzip der sogenannten Bedarfsgemeinschaften ist nicht mehr zeitgemäß. Wir  
38 wollen es durch individuelle Ansprüche (unter Beachtung der gesetzlichen  
39 Unterhaltsansprüche) ersetzen.

40 • Die digitale Anbindung ist eine zwingende Voraussetzung für soziale Teilhabe in unserer  
41 Gesellschaft geworden. Deshalb fordern wir einmalige Leistungen für die digitale  
42 Ausstattung von Erwachsenen. Die laufenden tatsächlichen Kosten für Digitales müssen in  
43 den Regelsätzen enthalten sein.

44 • Schulpflichtige Kinder im Leistungsbezug sollen als Sofortmaßnahme einen einmaligen  
45 Zuschuss für Computer, Drucker und weitere IT-Ausstattung bekommen. Der Zuschuss soll  
46 500 Euro betragen und unbürokratisch gewährt werden. Den IT-Zuschlag überführen wir in  
47 unsere eigenständige Kindergrundsicherung, sobald sie aufgebaut ist (vgl. unten).

48 Sanktionsfreiheit! Alle Sanktionen, also Kürzungen des Existenzminimums, müssen ausgeschlossen  
49 werden. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 5. November 2019 bereits eine  
50 notwendige rote Linie gegen die bisherige Sanktionspraxis gezogen. Das Grundrecht auf soziale  
51 Teilhabe muss auch für Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen umgesetzt werden.

52 • Die bisherigen Sanktionsregelungen im SGB II sowie die Leistungseinschränkungen im SGB XII  
53 müssen gestrichen werden. Das sozialkulturelle Existenzminimum ist ein Grundrecht und darf  
54 nicht durch Sanktionen unterschritten werden.

55 • Damit auch Menschen mit geringem Einkommen rechtlicher Beistand ermöglicht wird, fordern  
56 wir den Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe. Die Eigenanteilzahlung zur  
57 Beratungshilfe wollen wir abschaffen. Wir wollen die Kriterien für die Bewilligung sowie  
58 für den Einsatz von Einkommen und Vermögen zugunsten tatsächlich bedarfsdeckender Beträge  
59 verändern. Die über vier Jahre andauernde nachgelagerte Überprüfung der Bewilligung von  
60 Prozesskostenhilfe wollen wir abschaffen. Zudem setzen wir uns für gebührenfreie und  
61 unabhängige Beratungsstellen ein. Damit niemand allein zum Amt muss, und um den Austausch  
62 von Betroffenen zu erleichtern, braucht es ein bundesweites Netz an selbstorganisierten  
63 Sozialberatungsstellen. Deren Betrieb muss durch Bundeszuschüsse finanziert werden.

64 Prekäre Beschäftigung und Erwerbslosigkeit, hohe Mieten und Krankheit treiben die Menschen in  
65 die Armut- und damit zwangsläufig auch in die Schuldenfalle. Die Reform des Verbraucher-  
66 Insolvenzverfahrens von 2020 ist nicht ausreichend. Wir sagen: Raus aus der Schulden- und  
67 Armutfalle!

68 Menschen, die schon durchgehend seit mindestens 72 Monaten im »Schuldturm« (öffentliches  
69 Schuldnerverzeichnis) eingetragen sind, sollen eine verkürzte vollständige Restschuldbefreiung  
70 von 12 Monaten erhalten.

71 Wir wollen Schulden verhindern, bevor sie entstehen. Dafür wollen wir Schuldnerberatungsstellen  
72 stärken und eine mobile Schuldnerberatung in ländlichen Gebieten einführen. Wir wollen

73 kostenfreie juristische Hilfe für jeden betroffenen Verbraucher ohne Bedingungen.  
74 Alle in der Partei DIE LINKE sind dem grundlegenden Ziel verpflichtet, alle Menschen sicher vor  
75 Armut zu schützen und gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren. Diese Garantie macht für viele  
76 die Idee eines Grundeinkommens attraktiv. Für uns ist sie der Grund, uns für ein  
77 sanktionsfreies Mindesteinkommen von 1.200 Euro einzusetzen, für alle, die es brauchen: ob in  
78 Rente, Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit oder im Studium – niemand soll weniger haben. Wir führen  
79 die gesellschaftlichen Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen kontrovers und  
80 entscheiden im kommenden Jahr mit einem Mitgliederentscheid, ob wir unsere Haltung dazu ändern.

## **Antrag L.1.(0303): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Kinderarmut überwinden: Kindergrundsicherung**

2 Kinderarmut ist immer Einkommensarmut der Eltern. Eine gute soziale Infrastruktur, gute Löhne  
3 und soziale Garantien sind wichtige Bestandteile im Kampf gegen Kinderarmut. Dazu kommen eine  
4 starke Kinder- und Jugendhilfe und eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Wir beseitigen  
5 Kinder- und Jugendarmut mit zwei Ansätzen:

- 6 • Mit finanzieller Unterstützung bei materieller und monetärer Armut,
- 7 • mit infrastrukturellen Angeboten (ÖPNV, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen,  
8 Musikschulen, Bibliotheken etc.) werden Türen geöffnet und es wird Teilnahme am  
9 gesellschaftlichen Leben hergestellt – niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah im  
10 Lebensumfeld und möglichst gebührenfrei.

11 Gemeinsam mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Akteuren fordern  
12 wir eine eigenständige Kindergrundsicherung. Sie muss leicht verständlich, transparent und  
13 gerecht sein. Bei der Ausgestaltung orientieren wir uns am Modell des Bündnisses  
14 Kindergrundsicherung. Die Höhe fällt abgestuft aus. Beginnend bei 630 Euro für die ärmsten  
15 Kinder wird sie je nach Einkommenssituation auf mindestens 328 Euro abgeschmolzen. Das  
16 entspricht dem erhöhten Kindergeld, das wir für alle Kinder als Sofortmaßnahme fordern. Es wird  
17 einkommensunabhängig an alle Familien monatlich gezahlt.

18 Als Sofortmaßnahme erhöhen wir das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro monatlich. Es wird  
19 einkommensunabhängig an alle Familien gezahlt. Kinder aus armen Familien erhalten zusätzlich  
20 als Sofortmaßnahme zum Kindergeld einen altersgestaffelten Zuschlag bis zu 302 Euro. Außerdem  
21 sollen auch für Kinder die tatsächlichen Unterkunftskosten sowie einmaliger und besonderer  
22 Bedarf (Klassenfahrten, IT-Ausstattung u. ä.) berücksichtigt werden.

23 Die Kindergrundsicherung gilt für alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18.  
24 Lebensjahres und für junge Volljährige bis zur Vollendung ihrer ersten Schulausbildung (inkl.  
25 Abitur). Mit unserer Kindergrundsicherung ersetzen wir die bestehenden bürokratischen,  
26 restriktiven und intransparenten sozialen Sicherungssysteme für Kinder einkommensarmer  
27 Familien. Der Unterhaltsvorschuss bleibt bestehen. Die Kindergrundsicherung ist eine Leistung  
28 des Kindes. Sie wird weder beim Bezug von Sozialleistungen noch innerhalb des Steuerrechts als  
29 Einkommen der Eltern oder anderer Haushaltsangehöriger angerechnet.

30 Die Angebote für Kinder und Jugendliche zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur  
31 persönlichen Entwicklung wollen wir ausbauen – barrierefrei, lebensnah und möglichst  
32 gebührenfrei. Die Kommunen sind entsprechend finanziell zu unterstützen, um Angebote der  
33 Kinder- und Jugendhilfe, Sportanlagen, Frei- und Hallenbäder, Kultur- und Bildungseinrichtungen  
34 vorzuhalten sowie den ÖPNV stärker auf die Bedürfnisse der jungen Menschen auszurichten.  
35 Wir wollen ein wirkliches Teilhabegesetz für Kinder und Jugendliche. Die jetzigen Bestimmungen  
36 in Paragraf 8 SGB VIII sind bloße Absichtserklärungen. Wir wollen sie zu einem Rechtsanspruch  
37 auf Beteiligung und Teilhabe machen.

## **Antrag L.1.(0304): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen**

2 Niedrige Löhne und Erwerbslosigkeit haben Familien-, Kinder- und Jugendarmut zur Folge.  
3 Besonders dramatisch ist die Situation für alleinerziehende Mütter und Väter, die sich im  
4 Hartz-IV-Bezug befinden. LINKE Familienpolitik zielt darauf ab, allen Menschen ein gutes,  
5 planbares Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen – für alle Familienformen unabhängig der  
6 Herkunft, sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität (vgl. Kapitel »Reproduktive  
7 Gerechtigkeit«). Dafür wollen wir soziale und öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen  
8 ausbauen und gute soziale Sicherungen einführen, damit Familie und Beruf besser vereinbar  
9 werden.

10 • Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung für Kinder aller Altersgruppen: Eltern brauchen  
11 Betreuungseinrichtungen, die flexible Öffnungszeiten haben, damit eine Vereinbarkeit von  
12 Familie und Beruf gewährleistet ist. Gleichzeitig brauchen Beschäftigte gute  
13 Arbeitsbedingungen, gute Löhne und bessere Betreuungsschlüssel. Die öffentlichen  
14 Betreuungsangebote insbesondere für Kinder ab dem ersten Lebensjahr müssen ausgebaut  
15 werden, damit ihr Rechtsanspruch auf pädagogische Förderung eingelöst werden kann (vgl.  
16 Kapitel »Bildung«).

17 • Mindestelterngeld, längere Laufzeit: Um Familie und Beruf besser zu vereinbaren, wollen  
18 wir den Elterngeldanspruch auf 12 Monate pro Elternteil (bzw. 24 Monate für  
19 Alleinerziehende) verlängern. Der Elterngeldanspruch gilt individuell und ist nicht auf  
20 den anderen Elternteil übertragbar. Er gilt bis zum siebten Lebensjahr des Kindes.  
21 Außerdem wollen wir den Mindestbetrag des Elterngelds auf 400 Euro und beim Elterngeld  
22 Plus entsprechend auf 200 Euro anheben.

23 • Keine Anrechnung des Elterngeldes auf Transferleistungen: Seit 2011 wird Elterngeld zum  
24 Beispiel auf Hartz IV angerechnet. Insbesondere Familien mit geringem oder gar keinem  
25 Einkommen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, sind seitdem von der Leistung  
26 ausgeschlossen.

27 • Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und  
28 Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung der Arbeitszeit, die  
29 sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten

- 30 Zeitautonomie und eine Erwerbsarbeit, die zum Leben passt und sich an die Anforderungen  
31 der unterschiedlichen Lebensphasen anpassen kann (vgl. Kapitel »Arbeit,  
32 familienfreundliche Arbeitszeiten«). Eltern brauchen besonderen Kündigungsschutz bis zur  
33 Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes.
- 34 • Mehr Kinderkrankentage: Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Kinderkrankentage  
35 befristet bis Ende 2021 für gesetzlich versicherte Elternteile um zehn weitere Tage je  
36 Kind und für Alleinerziehende um zusätzlich zwanzig Tage je Kind verlängert. Wir wollen  
37 eine dauerhafte Verlängerung der Kinderkrankentage. Dies muss auch für Beschäftigte in  
38 Mini- und Midijobs, Soloselbstständige und Freiberufler\*innen gelten!
  - 39 • Zusätzlicher Elternschutz: Wir wollen einen zusätzlichen Elternschutz von zehn Tagen  
40 bezahlter Freistellung für den zweiten Elternteil nach der Geburt des Kindes
  - 41 • Familienfreundliche Steuermodelle statt Ehegattensplitting. Das nicht ausgeschöpfte  
42 steuerliche Existenzminimum soll zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner\*innen übertragbar  
43 sein.
  - 44 • Im Sorge- und Umgangsrecht muss das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen und weiterhin im  
45 Einzelfall geprüft werden.
  - 46 • Mehr Personal in Jugendämtern: Eltern benötigen fachkundige Beratung und Begleitung. Dies  
47 ist Aufgabe der Jugendämter, die sie wegen Personalmangel und Unterausstattung oft nicht  
48 leisten können. Wir fordern eine bedarfsgerechte personelle und sachliche Ausstattung von  
49 Jugendämtern. Dies gilt insbesondere für psychologisches Personal sowie Mediator\*innen.

## **Antrag L.1.(0305): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Selbstbestimmt im Alter**

2 Wie die Menschen im Alter leben wollen, in wohlverdienter Ruhe, aktiv und politisch engagiert  
3 oder einbezogen in Familie oder andere solidarische Beziehungen, muss ihre freie Entscheidung  
4 sein. Dabei müssen ältere Menschen in alle sie betreffenden Lebensbereiche einbezogen werden –  
5 als Expert\*innen ihres Lebens. Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der die  
6 Jungen und Alten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Gesellschaft, in der Menschen in  
7 Würde altern können (vgl. Kapitel »Rente«).

- 8 • Altersgerechte, gemeinnützige (zum Beispiel genossenschaftliche), inklusive und  
9 vielfältige Wohn- und Betreuungsformen schaffen. Sie sollen das Zusammenleben  
10 unterschiedlicher Generationen, Nationalitäten, Religionen, Geschlechter, von Menschen  
11 unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Befähigung ermöglichen. Ältere Menschen  
12 sollen so lange wie gewünscht in ihrer eigenen Wohnung und im gewohnten Wohnumfeld bleiben  
13 können.
- 14 • Wirksame Hilfen und Konzepte gegen soziale Isolation und Einsamkeit im Alter.
- 15 • Gute und menschenwürdige gesundheitliche Versorgung mit Aufklärung und gesundheitlicher  
16 Selbstbestimmung der Menschen. Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung muss  
17 professionell, wohnort- und patientennah sein und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht

- 18 werden.
- 19 • Mitbestimmungsrechte für Senior\*innen auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunalebene  
20 wollen wir stärken.
- 21 • Gute Infrastruktur: Auch in ländlichen Regionen und in Pflegeheimen müssen Menschen Zugang  
22 zu öffentlichem Nahverkehr, Rufbussen und schnellem Internet Digitale Teilhabe ist eine  
23 Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.
- 24 Wir wollen ein eigenständiges Altenhilfegesetz, das zum Beispiel einen Rechtsanspruch auf  
25 barrierefreies Wohnen im Alter fest schreibt und die Kommunen dafür in die Pflicht nimmt. Es  
26 soll die bisherigen Leistungen und Angebote aus Paragraf 71 SGB XII aufnehmen und unter den  
27 Aspekten der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung weiterentwickeln.

## **Antrag L.1.(0400): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Pflegenotstand stoppen! Systemwechsel in Gesundheit und Pflege**

- 2 Die Corona-Krise hat allen vor Augen geführt, dass das Gesundheitssystem falsch organisiert  
3 ist: Die eilig eingerichteten Notfallkrankenhäuser konnten vielerorts nicht betrieben werden,  
4 weil es nicht genügend Personal gab. Weil ausreichend Schutzkleidung fehlte, infizierten sich  
5 viele Pfleger\*innen und medizinisches Personal und verschärften den Pflegenotstand.
- 6 Die Bundesregierung hätte es nach dem Frühjahr besser wissen können. Doch sie hat das Personal  
7 in Krankenhaus und Pflege nicht aufgestockt, sie hat den Pharmakonzernen keine klaren Vorgaben  
8 für die Produktion des Impfstoffs gemacht.
- 9 Schon vor Corona war Normalzustand in deutschen Krankenhäusern: kaum Zeit für Zuwendung,  
10 mangelnde Hygiene, mehr Unfälle und vermeidbare Todesfälle. Die Bundesregierung hat keine  
11 Strategie vorgelegt, wie der Pflegenotstand in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen  
12 gestoppt werden kann. Die Politik der Bundesregierungen, dass private Konzerne und Investoren  
13 mit unseren Versicherungsbeiträgen, Zuzahlungen, Eigenanteilen und der Ausbeutung der  
14 Beschäftigten im Gesundheitswesen das große Geld machen können, gefährdet unsere Gesundheit!  
15 Damit muss Schluss sein! Wir alle sind potenzielle Patient\*innen. Wir erwarten, dass wir in  
16 Pflegeheimen, Krankenhäusern und im ambulanten Bereich gut versorgt werden. DIE LINKE steht an  
17 der Seite der Beschäftigten, die seit Jahren für diese Ziele kämpfen. Der Pflegenotstand muss  
18 endlich gestoppt werden!
- 19 • 100 000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern und 100 000 Pflegekräfte mehr in den  
20 Pflegeheimen und 500 Euro mehr Grundgehalt! Die vielen Ausgebildeten sollen mit  
21 attraktiven Arbeitsbedingungen zurückgewonnen werden.
- 22 • Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufe im Krankenhaus und in  
23 Pflegeeinrichtungen!
- 24 • In den Krankenhäusern wollen wir Personalabbau und Outsourcing stoppen und rückgängig  
25 machen. Wir unterstützen die Kämpfe der Beschäftigten für die Rücknahme von  
26 Ausgliederungen und Privatisierungen (etwa der Küchen- und Reinigungsdienstleistungen oder  
27 der Logistik). Es muss gelten: Ein Haus, ein Tarif!

- 28 • Die momentane Finanzierung der Krankenhäuser über das System der sogenannten  
29 Fallpauschalen (DRGs) schafft falsche Anreize: Diagnosen, die sich lohnen, werden öfter  
30 gestellt. Krankenhäuser werden unter Wettbewerbsdruck gesetzt. Der individuelle  
31 gesundheitliche Bedarf steht nicht mehr Mittelpunkt. Wir fordern die Abschaffung der  
32 Fallpauschalen! Die Betriebskosten müssen von den Krankenkassen vollständig refinanziert  
33 werden.
- 34 • Wir wollen Krankenhäuser in kommunale und gemeinnützige Hand überführen. Gewinne aus dem  
35 Betrieb von Krankenhäusern dürfen nicht in die Taschen von Eigentümern und Aktionären  
36 fließen. Deshalb brauchen wir ein Verbot der Entnahme von Gewinnen. Mögliche Überschüsse  
37 müssen im Betrieb bleiben. Wenn keine Gewinnentnahmen mehr möglich sind, verlieren private  
38 Konzerne den Anreiz, Krankenhäuser zu betreiben. Wir fordern einen Fonds des Bundes zur  
39 Rekommunalisierung, um eine weitere Privatisierung zu verhindern und  
40 Entprivatisierungsbestrebungen zu unterstützen. Die Planungsrechte der Bundesländer müssen  
41 gegenüber den Krankenhausträgern gestärkt werden. Wir erleichtern und fördern, dass  
42 kommunale Krankenhausverbände geschaffen werden.
- 43 • In den Pflegeeinrichtungen wollen wir gute Arbeitsbedingungen durchsetzen. Dazu soll der  
44 Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt werden. Medizinische  
45 Behandlungspflege, auch in stationären Pflegeeinrichtungen, muss von der gesetzlichen  
46 Krankenversicherung getragen werden. Zusätzliche Pflegekräfte können so regulär  
47 beschäftigt und besser bezahlt werden. Grundlage dafür muss ein allgemeinverbindlicher  
48 Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten sein, der auch für kirchliche Träger wie  
49 Caritas und Diakonie gilt. DIE LINKE fordert ein Fachkraftniveau von mindestens 50 Prozent  
50 in Pflegeeinrichtungen, das bundesweit verbindlich umgesetzt und dessen Einhaltung wirksam  
51 kontrolliert wird.
- 52 • Menschenwürdige Pflege kann und darf nicht auf Profit ausgerichtet sein. Aktuell ist der  
53 überwiegende Teil der Pflegeheimplätze und der ambulanten Pflegedienste  
54 privatwirtschaftlich organisiert. Der gesetzlich verankerte Anspruch auf Gewinn, der  
55 sogenannter Risikozuschlag, für den der Staat im Zweifel bezahlt, muss ersatzlos  
56 gestrichen werden.
- 57 • Keine transnationalen Pflegekonzerne: Wir brauchen eine Zulassungssteuerung, die einen  
58 Steuernachweis im Inland enthält. Pflegeeinrichtungen müssen gemeinnützig arbeiten.
- 59 • Gute Pflege wird vor Ort erbracht: Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden,  
60 Pflegeeinrichtungen in öffentliche oder gemeinnützige Verantwortung und unter  
61 demokratische Kontrolle zu bringen.
- 62 • DIE LINKE lehnt die Einführung von Pflegekammern ab.
- 63 • Bund und Länder müssen ihrer Investitionspflicht nachkommen und die notwendige  
64 Infrastruktur gewährleisten. Für eine umfassende Planung der Pflegelandschaft wollen wir  
65 eine Pflegebedarfsplanung analog zur Krankenhausbedarfsplanung einführen.
- 66 • Ambulante Pflegedienste und solosalbstständige Pflegende wollen wir durch Organisation auf  
67 gemeinnützigen Plattformen und Durchsetzung von sozialversicherungspflichtigen  
68 Arbeitsverhältnissen absichern.
- 69 • DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung der Qualifizierung und für eine bessere Bezahlung

70 der Gesundheits- und Heilberufe ein. Aus- und Fortbildung in Gesundheitsberufen muss  
71 gebührenfrei sein und Arbeitsleistungen während der Ausbildung müssen vergütet werden. Bei  
72 der Weiterbildung sollen die Beschäftigten nach ihrem Grundberuf bezahlt werden. Für  
73 Psychotherapeut\*innen in Aus- und Weiterbildung muss dies während ihrer gesamten  
74 praktischen Tätigkeit gelten.

- 75 • DIE LINKE unterstützt das gewerkschaftliche Engagement für bundesweite  
76 Ausbildungsverordnungen und Ausbildungsvergütungen in der Gesundheitsbranche. Wir fordern  
77 bundeseinheitliche Regelungen für die Anerkennung von Heilerziehungspfleger\*innen als  
78 Pflegefachkräfte.

## **Antrag L.1.(0401): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Eine neue solidarische Gesundheitsversicherung!**

2 Das Allgemeinwohl muss bei Gesundheit und Pflege im Vordergrund stehen – nicht die  
3 Profitmöglichkeiten einzelner Konzerne. Der tatsächliche Bedarf muss für die Planung unserer  
4 Gesundheits- und Pflegelandschaft ausschlaggebend sein, nicht die Frage, ob Investoren sich  
5 Rendite versprechen. Die Finanzierung muss auf neue Füße gestellt werden. Wir brauchen eine  
6 Solidarische Gesundheitsvollversicherung. Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen  
7 erhoben, alle werden gut versorgt. Zuzahlungen und Eigenanteile fallen in Zukunft weg.

- 8 • Mit der Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze sinkt der Beitrag für die  
9 Krankenversicherung von circa 15 Prozent auf weniger als 12 Prozent des Bruttolohns. Bis  
10 zur Einführung einer Solidarischen Gesundheitsversicherung müssen sich die Beiträge für  
11 Selbstständige und andere freiwillig in der GKV Versicherte stärker am realen Einkommen  
12 orientieren.
- 13 • Für Menschen mit einem Monatseinkommen unter 6.300 Euro sinken die Beiträge in absoluten  
14 Zahlen. Der allergrößte Teil der Bevölkerung wird durch dieses Konzept finanziell  
15 entlastet, auch viele Selbstständige und Rentner\*innen. Arbeitgeber\*innen und Versicherte  
16 zahlen jeweils die Hälfte, also dann weniger als sechs Prozent.
- 17 • Schluss mit der Zweiklassenmedizin: Wir wollen die Trennung zwischen gesetzlicher und  
18 privater Krankenversicherung abschaffen. In die Solidarische Gesundheitsversicherung  
19 zahlen alle mit ihren gesamten Einkünften (Erwerbs-, Kapital- und anderen Einkommen) ein  
20 und bekommen alle medizinisch notwendigen Leistungen, auch vollumfänglich Medikamente,  
21 Brillen oder Physiotherapie. Medizinisch unnötige Behandlungen zu finanziellen Zwecken an  
22 privat Versicherten gehören der Vergangenheit an.
- 23 • Einige Hunderttausend Menschen haben immer noch keinen Krankenversicherungsschutz – fast  
24 vierzehn Jahre nach Einführung der Krankenversicherungspflicht! Deshalb fordern wir, dass  
25 alle in Deutschland lebenden Menschen notwendige gesundheitliche Leistungen  
26 uneingeschränkt erhalten. Menschen ohne Krankenversicherung müssen ohne Verschuldung  
27 aufgenommen werden können. Die Beiträge für Selbstständige und andere freiwillig in der  
28 GKV Versicherte müssen sich deutlich stärker am realen Einkommen orientieren.

## **Antrag L.1.(0402): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Eine solidarische Pflege-Vollversicherung**

- 2 Die Pflegeversicherung deckt die Kosten der Pflege nicht, sie ist eine  
3 Teilleistungsversicherung. Immer mehr Menschen können sich gute Pflege nicht leisten, müssen  
4 sich verschulden oder geraten in die Sozialhilfe. Wir wollen die Pflegeversicherung grundlegend  
5 umbauen: Mit einer verlässlichen, gerechten und zukunftsfesten Finanzierung können wir gute  
6 Arbeitsbedingungen und gute Pflege nach einheitlichen Standards sicherstellen. Zeit für  
7 aktivierende Pflege und zum Zuhören, für Zuwendung und Förderung muss enthalten sein. Die  
8 Kommunen werden entlastet, weil weniger Menschen durch die Pflegekosten von Sozialhilfe  
9 abhängig werden. Zu den Pflegeleistungen gehört Assistenz für Menschen mit Behinderung.  
10 Assistenzleistungen sollen möglichst lang die Teilhabe am öffentlichen Leben sichern.
- 11 • Unsere Solidarische Pflegevollversicherung deckt alle pflegerischen Leistungen ab.  
12 Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil zahlen. Keine  
13 Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden.
  - 14 • Pflegeleistungen sollen in hoher Qualität von gut bezahlten Fachkräften erbracht werden.  
15 Familiäre Pflege und nachbarschaftliches Engagement können ergänzend und nicht aus der Not  
16 heraus geleistet werden. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, erhält dieselben Leistungen  
17 wie alle anderen Menschen mit Pflegebedarf.
  - 18 • Die private Pflegeversicherung muss in die gesetzliche überführt werden. Die finanziellen  
19 Lasten müssen gerecht auf allen Schultern verteilt werden: auch Beamt\*innen, Abgeordnete  
20 und Selbstständige müssen entsprechend ihrem Einkommen in die Solidarische  
21 Pflegevollversicherung einzahlen – ohne eine Beitragsbemessungsgrenze, die Millionäre  
22 schont.
  - 23 • Um Überausbeutung zurückzudrängen, müssen Beschäftigte in Privathaushalten ohne Arbeits-  
24 und Aufenthaltsrecht die Möglichkeit einer Legalisierung erhalten. Bevorzugt soll  
25 Pflegearbeit in Privathaushalten über zertifizierte Agenturen, Pflegeplattformen,  
26 gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger organisiert werden. Diese müssen  
27 Tarifverträge, unbefristete Beschäftigung, das Recht auf eine vertragliche  
28 Mindeststundenzahl, Arbeitsschutz und Weiterbildung für Beschäftigte garantieren (vgl.  
29 Kapitel »Arbeit«).

## **Antrag L.1.(0403): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Pflegende Angehörige entlasten!**

- 2 Die Lücken unseres Pflegesystems werden durch unbezahlte Arbeit von Angehörigen ausgeglichen.  
3 Meist sind es die Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter. Im Alltag  
4 kämpfen viele pflegende Menschen mit Dauerstress, Erschöpfung und Geldsorgen. Viele schränken  
5 ihre Berufstätigkeit ein oder geben sie auf. Das verringert die eigenen Rentenansprüche und

- 6 führt die Pflegenden in die Altersarmut. Das im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD  
7 angekündigte Entlastungsbudget wurde nicht eingeführt.
- 8 • Die größte Entlastung für sowohl Menschen mit Pflegebedarf als auch ihre pflegenden  
9 Angehörigen ist wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer Solidarischen  
10 Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege. Diese Angebote  
11 müssen ausgebaut werden und zusammengeführt werden. Menschen mit Pflegebedarf sollen  
12 selbst entscheiden können, welche Pflegeart (Entlastung-, Verhinderungs-, Tages- oder  
13 Kurzzeitpflege) sie in ihrer Lebensführung am besten unterstützen kann.
  - 14 • Für mehr Transparenz, Vernetzung und Selbstbestimmung brauchen wir Pflegeplattformen, die  
15 Pflegekräfte sozialversichert und tariflich abgesichert beschäftigen.
  - 16 • Aktuell gibt es keine echten Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige, die noch im  
17 Beruf stehen. Wir wollen sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem  
18 Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. Die Schwellenwerte im  
19 Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz wollen wir abschaffen. Es braucht einen  
20 Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung  
21 und Pflege übernehmen (vgl. Kapitel »Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen«).

## **Antrag L.1.(0404): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

- 1 **Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken!**
- 2 Jahrelang ist an der personellen und sachlichen Ausstattung des öffentlichen  
3 Gesundheitsdienstes (ÖGD) gespart worden. Im Laufe der Corona-Pandemie zeigte sich, wie  
4 unverantwortlich das war: Die Kapazitätsgrenzen waren schnell erreicht. DIE LINKE will eine  
5 finanzielle Stärkung des ÖGD und eine bessere Koordinierung. Im Mittelpunkt der Arbeit des ÖGD  
6 muss die soziale Komponente von Gesundheit stehen.
- 7 • Der Bund muss dafür sorgen, dass Vorhaltekosten für Material und Behandlungskapazitäten  
8 komplett gedeckt werden.
  - 9 • Wir wollen, dass der ÖGD für niedrigschwellige Impfangebote und bei der Prophylaxe gegen  
10 Infektionen in Kitas, Schulen und Betrieben und bei den Hausärzt\*innen die tragende Rolle  
11 übernimmt.
  - 12 • Frauenhygieneprodukte sollen von den öffentlichen Gesundheitsstellen kostenlos zur  
13 Verfügung gestellt werden (vgl. Kapitel »Feminismus«).

## **Antrag L.1.(0405): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

- 1 **Soziale Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung bekämpfen!**
- 2 Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und

- 3 Selbstbestimmung jedes Einzelnen. Es ist bekannt, dass die soziale Lage einen entscheidenden  
4 Einfluss auf die Gesundheit hat: Wer arm ist, wird häufiger krank und stirbt früher. Die Schere  
5 zwischen Arm und Reich geht in Deutschland besonders schnell auseinander mit der Folge, dass  
6 Ungleichheit der Gesundheitschancen weiter ansteigt. Gesundheit wird maßgeblich durch die  
7 Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen bestimmt. Diese Entwicklung wurde durch die Corona-  
8 Pandemie und den Umgang der Bundesregierung damit verschärft.
- 9 • Wir fordern die Einführung des anonymen Krankenscheins, der illegalisierten Menschen den  
10 Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht.
  - 11 • Das Gesundheitswesen wollen wir konsequent von Barrieren befreien. Das bedeutet nicht nur,  
12 Hindernisse beim Zugang zu Arztpraxen, Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen zu  
13 beseitigen, sondern auch, Untersuchungstechniken und Kommunikation den besonderen  
14 Bedürfnissen von älteren Patient\*innen und Menschen mit Behinderung anzupassen. Leichte  
15 Sprache, lesbare und verständliche Patienteninformationen sowie entsprechende  
16 Beratungsleistungen müssen selbstverständlich werden.
  - 17 • Die Selbstbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderung in der Pflege müssen garantiert  
18 werden.
  - 19 • Wir wollen überprüfen, wie die Interessen von Patient\*innen und der Pflege in den Gremien  
20 der Selbstverwaltung gestärkt werden können. Die Stimme der Pflege und deren personelle  
21 Vertretung in den Gremien der Selbstverwaltung ist zu stärken!
  - 22 • Damit Selbsthilfe ihre Unabhängigkeit sichern und den großen Verbänden und Unternehmen im  
23 Gesundheitswesen auf Augenhöhe begegnen kann, muss sie angemessen finanziert werden. Die  
24 Förderverfahren sind transparent und unbürokratisch auszugestalten.
  - 25 • Psychisch kranke Menschen wollen wir vor dem Gesetz und in den Sozialversicherungen  
26 gleichstellen und ihnen Zugang zu unserem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor  
27 ermöglichen.
  - 28 • Wir wollen eine gewaltfreie Psychiatrie und die Abschaffung diesbezüglicher Sondergesetze.  
29 Die räumlichen Bedingungen und die personelle Ausstattung müssen eine Behandlung ohne  
30 Zwang und Gewalt ermöglichen.

## **Antrag L.1.(0406): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Ambulanter Bereich: Gute Versorgung vor Ort, in Stadt und Land**

2 Zu einer guten gesundheitlichen Versorgung gehören Wohnortnähe, angemessen kurze Wartezeiten  
3 auf einen Termin und eine gute Notfallversorgung. Deutschland hat eine hohe durchschnittliche  
4 Arztdichte, trotzdem müssen nicht nur in ländlichen Regionen teils lange Wege und lange  
5 Wartezeiten in Kauf genommen werden.

6 DIE LINKE tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsgerechte  
7 gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. Dafür wollen wir die Arztsitze gleichmäßiger  
8 verteilen und eine sektorenübergreifende Bedarfsplanung einführen. Kriterien müssen sein:  
9 Barrierefreiheit, kurze Wartezeiten, Altersgerechtigkeit und ÖPNV-Erreichbarkeit.

- 10 Regionale Versorgungszentren sollen mittelfristig zum Rückgrat des ambulanten Sektors werden.  
11 Sie gewährleisten eine hochwertige, interdisziplinäre Behandlung und bieten flexible und  
12 familiengerechte Arbeitsbedingungen. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, eigene  
13 Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu betreiben und so die Versorgung zu sichern, gerade im  
14 ländlichen Raum. Neben Ärzt\*innen, medizinischem Personal und Gesundheitsberufen sollten auch  
15 andere Berufsgruppen, wie Sozialarbeiter\*innen und Anwälte\*innen, einbezogen werden.  
16 Modellprojekte wie Gesundheitskollektive sollen unterstützt werden. Auch Psychotherapeut\*innen,  
17 Physio- und Ergotherapeut\*innen, Logopäde\*innen, Podolog\*innen, Hebammen und Apotheken müssen  
18 überall erreichbar sein.
- 19 • Wir wollen die Möglichkeit prüfen, Kaufpreise für Arztpraxen/Arztsitze zu begrenzen.
  - 20 • Wir wollen einen öffentlichen Haftungsfonds, um Hebammen unabhängig von privaten  
21 Versicherungen zu machen. Hebammen können erste Ansprechpartnerinnen für Schwangere und  
22 die Schwangerenvorsorge sein – wie in den Niederlanden. Dieses Verständnis eines neuen  
23 Berufsbilds sollte sich auch in der Vergütung niederschlagen.
  - 24 • Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht den Bedarf.  
25 Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend überarbeitet werden. Auch die  
26 Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken. Die fragwürdige Kostenerstattungspraxis  
27 der Kassen wollen wir so überflüssig machen.
  - 28 • Durch den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren versuchen sich Konzerne  
29 Profitmöglichkeiten im ambulanten Bereich zu schaffen. Diese Entwicklung wollen wir  
30 rückgängig machen.

## **Antrag L.1.(0407): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

- 1 **Die Macht der Pharmaindustrie brechen! Gesundheitsforschung demokratisieren!**
- 2 Die gesetzlichen Krankenkassen geben in Deutschland über 41 Milliarden Euro für Arzneimittel  
3 aus – mit schnell steigender Tendenz. Für Krebs-, Rheuma- und Multiple-Sklerose-Mittel werden  
4 im ersten Jahr nach der Zulassung Fantasiepreise gezahlt.
- 5 • Arzneimittelpreise müssen effektiv und per Gesetz begrenzt werden.
- 6 Patient\*innen werden durch hohe Zuzahlungen belastet. Die meisten nicht  
7 verschreibungspflichtigen Medikamente müssen sie komplett aus eigener Tasche bezahlen, selbst  
8 wenn diese ärztlich verordnet wurden.
- 9 • Wir wollen, dass alle Patient\*innen mit sicheren und wirksamen Arzneimitteln nach dem  
10 aktuellen Stand der Wissenschaft versorgt werden – unabhängig von ihrem Einkommen und  
11 ihrer Erkrankung.
  - 12 • Alle Medikamente mit nachgewiesenem Nutzen müssen vollständig erstattet werden. Dafür muss  
13 eine Positivliste eingeführt werden.
- 14 Arzneimittelforschung bestimmt nicht nur, ob Medikamente entwickelt werden, die wirklich  
15 gebraucht werden, sondern auch, wer die Eigentumsrechte besitzt, welche Preise aufgerufen

16 werden, ob die Forschungsergebnisse transparent gemacht werden und nicht zuletzt, ob Menschen  
17 im Globalen Süden Zugang zu Innovationen erhalten können. Für DIE LINKE ist  
18 Arzneimittelforschung eine öffentliche Aufgabe.

19 Wir wollen den Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen. Das betrifft Werbung und  
20 Beeinflussung der Ärzteschaft, Wissenschaft und Patientenorganisationen. Wir fordern eine  
21 transparente, gesetzliche Regelung über Zuwendungen der Pharmaindustrie an Mediziner\*innen und  
22 Heilberufe.

- 23 • Wir wollen Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen. Ergebnisse von Arzneimittelstudien  
24 müssen veröffentlicht werden. Negative Studienergebnisse dürfen nicht unterdrückt werden.
- 25 • Die Herstellung von Medikamenten und medizinischen Geräten darf nicht den Profitinteressen  
26 von Aktionären unterworfen sein. Die Pharmaindustrie muss dem Gemeinwohl verpflichtet und  
27 unter demokratische Kontrolle gestellt werden.
- 28 • Patente können tödlich sein. Dass unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft eine  
29 international ungleiche Verteilung des Covid-19-Impfstoffs durchgesetzt wurde, ist ein  
30 Skandal. Wir wollen, dass mit öffentlichen Mitteln geförderte Forschung im Rahmen des  
31 Equitable Licensing (der sozialverträglichen Patentverwertung) zu sozialen Konditionen an  
32 ärmere Länder und Generikaproduzenten abgegeben wird. Produktentwicklungspartnerschaften  
33 sind nachhaltig und in voller Breite des Krankheitsspektrums zu unterstützen. Die  
34 Kompetenzen der WHO in diesem Bereich wollen wir ausweiten.
- 35 • Rabattverträge und andere Selektivverträge wollen wir abschaffen.
- 36 • Forschungsprogramme sollen zukünftig in einem transparenten und partizipativen Prozess  
37 entwickelt werden, der neben Expertenwissen die Allgemeinheit einbindet. Nur so kann  
38 Versorgung verbessert sowie eine patient\*innenorientierte und interdisziplinäre Forschung  
39 gestärkt werden.

40 Wir wollen gezielt Gelder bereitstellen, um die Gesundheitswissenschaften (Public Health) und  
41 die nichtkommerzielle klinische Forschung zu stärken.

## **Antrag L.1.(0500): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

1 **Keine Profite mit Miete und Boden: Zuhause für alle!**

2 **Mietenwahnsinn und Verdrängung stoppen, hohe Mieten senken und gemeinnützige**  
3 **Wohnungswirtschaft aufbauen**

4 Eine Wohnung zu haben, in der man gut leben kann, sollte selbstverständlich sein. Doch  
5 Bodenpreise und Mieten sind in vielen Städten explodiert, inzwischen steigen sie selbst in  
6 kleineren Orten stark an. Das gilt für Wohnungen wie Kleingewerberäume. Corona hat diese  
7 Situation verschärft. Der Lockdown hat gezeigt, dass viele Wohnungen zu eng und die Mieten oft  
8 zu hoch sind, erst recht bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitergeld. In eine passende Wohnung  
9 umzuziehen ist für viele Menschen ausgeschlossen: Die Mietpreise haben sich innerhalb eines  
10 Jahrzehnts vielerorts verdoppelt. Über 11 Millionen Menschen sind durch Wohnkosten überlastet.  
11 Sie müssen immer mehr Geld für die Miete ausgeben, das dann woanders, bei der Bildung, den

12 Kindern, der Freizeit oder nötigen Anschaffungen, fehlt. 50 000 Menschen sind hierzulande  
13 bereits obdachlos und leben auf der Straße, mindestens 650 000 Menschen sind wohnungslos. Auch  
14 Orte des alltäglichen Zusammenhalts wie Kitas, Kulturräume und Kneipen werden vielerorts  
15 verdrängt, weil Eigentümer und Investoren versuchen, mehr Geld aus ihren Immobilien zu pressen.  
16 Öffentlicher Raum wird kommerzialisiert und privatisiert. Gutverdiener und große Ketten machen  
17 immer mehr Menschen zu Statisten in einem Umfeld, das auf Konsum, Tourismus und möglichst viel  
18 Umsatz ausgerichtet wird.

19 Der Grund für Wohnungskrise, Verdrängung und Mietenexplosion ist nicht einfach, dass es zu  
20 »wenige Wohnungen« gibt, und die Lösung ist nicht einfach »bauen, bauen, bauen« – die  
21 Bevölkerung ist nicht sprunghaft gewachsen. Fast 2 Millionen Wohnungen stehen leer, weil das  
22 Finanzkapital aufgrund der ungleichen Verteilung des Reichtums und der Blasen auf den  
23 Finanzmärkten nach lukrativen Anlagemöglichkeiten sucht.

24 Da kommt das »Betongold« gerade recht. Gebaut wird vor allem im Luxussegment. Wo  
25 kein Profit winkt, wird hingegen gar nicht investiert – an vielen Orten auf dem Land  
26 verfällt Wohn- und Gewerberaum. Die letzten Bundesregierungen haben gegen diese  
27 Entwicklung nichts getan. Mehr noch: Sie haben den sozialen Wohnungsbau systematisch  
28 heruntergefahren, öffentlichen Wohnraum privatisiert sowie Städte und Gemeinden zur  
29 Spekulation freigegeben.

30 Die Rechte von Mieter\*innen sind immer noch viel zu schwach. Die „Mietpreisbremse“ der  
31 Bundesregierung wirkt nicht. Bauminister Horst Seehofer gibt dreimal so viel Geld für das  
32 „Baukindergeld“ aus, um Gutverdienende beim Kauf von Eigentum zu unterstützen, wie für den  
33 sozialen Wohnungsbau. Wie es gehen kann, zeigt dagegen Berlin, wo DIE LINKE mitregiert: Mieten  
34 mit harten Obergrenzen deckeln, Wohnungen zurück in öffentliches Eigentum bringen, sozialen  
35 Wohnungsbau fördern und die Immobilienwirtschaft gemeinnützig machen! In Berlin sinken die  
36 Mieten erstmals seit Jahren wieder. Doch die Lobby der Immobilienwirtschaft versucht,  
37 effektiven Mieterschutz in Ländern und Kommunen zu unterlaufen. Es braucht einen Politikwechsel  
38 im Bund, damit Menschen mit geringerem Einkommen nicht mehr an den Rand gedrängt werden, damit  
39 Städte und Gemeinden nicht weiter veröden und als Profitcenter der Immobilienwirtschaft  
40 missbraucht werden. Unsere Städte und Gemeinden sollen ein Zuhause und Lebensraum für Menschen  
41 sein, kein Erpressungswerkzeug in den Händen von Maklern und Immobilienlobby.

42 DIE LINKE kämpft in breiten Bündnissen für eine Neuausrichtung der Mieten- und  
43 Stadtentwicklungspolitik. Wir stehen an der Seite der Mieter\*innen sowie der vielen  
44 Initiativen, die sich gegen Verdrängung und für ein Recht auf Wohnen einsetzen. Wir stehen für  
45 lebenswerte Städte und Dörfer für alle. Unser Ziel ist klar: Mietenexplosion und Verdrängung  
46 stoppen, die Mieten wieder senken und langfristig eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft  
47 aufbauen – für ein gutes Zuhause für alle.

## **Antrag L.1.(0501): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Mieten deckeln bundesweit!**

- 2 • Wir wollen im gesamten Bundesgebiet Mietendeckel nach Berliner Vorbild. Unser Ziel: die

- 3 Explosion der Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. Besonders  
4 hohe Mieten müssen abgesenkt werden.
- 5 • Die Mietpreisbremse der Regierung funktioniert nicht. Wir unterstützen die Kampagne  
6 „Mietenstopp“. Wir fordern bundesweit überall dort, wo es einen angespannten Wohnungsmarkt  
7 gibt, einen Mietenstopp für bestehende Mietverträge: Dort müssen die Mieten eingefroren  
8 werden. Kommunen sollen ermächtigt werden, einen angespannten Wohnungsmarkt festzustellen.
  - 9 • Auch für Kleingewerbe wollen wir die Voraussetzungen vereinfachen: Der Bund muss dafür  
10 sorgen, dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk,  
11 kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.

## **Antrag L.1.(0502): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau schaffen!**

- 2 Derzeit fehlen mehr als fünf Millionen Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. In den  
3 vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl von Sozialwohnungen fast halbiert. Denn geförderte  
4 Sozialwohnungen dürfen teilweise schon nach 15 Jahren wieder teuer vermietet werden.
- 5 • Mit 15 Milliarden Euro im Jahr wollen wir dagegenhalten – indem wir den sozialen  
6 Wohnungsbau retten, den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ankurbeln, den  
7 vorhandenen Wohnungsbestand energetisch und demografiefest umbauen, über Förderung und  
8 Belegungsrechte die soziale Wohnraumversorgung stärker nutzbar machen und einen nicht  
9 profitorientierten Wohnungssektor aufbauen. Die öffentliche Hand werden wir mit einer  
10 Reform des Baugesetzbuches dazu befähigen, den Bau von Sozialwohnungen gegenüber  
11 Investoren auch tatsächlich durchzusetzen.
  - 12 • Mit der Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit binden wir die Förderung und  
13 steuerliche Vergünstigungen dauerhaft an Mietobergrenzen, eine Pflicht zur Reinvestition  
14 von Gewinnen sowie demokratische Mitbestimmungsrechte für Mieter\*innen. So können bis zu  
15 250 000 Sozialwohnungen und weitere kommunale und genossenschaftliche Wohnungen pro Jahr  
16 entstehen. Für sie gilt: Einmal gefördert, immer gebunden. Genossenschaften wollen wir so  
17 stärker fördern und demokratisieren.
  - 18 • Wir wollen neue Wohnformen wie Mietshäusersyndikate und Mietergemeinschaften fördern.
  - 19 • Wir wollen überall einen prozentualen Mindestanteil von Sozialwohnungen, um eine Mischung  
20 der Viertel sicherzustellen und den Trend zur Bildung von Parallelgesellschaften der  
21 Reichen in Innenstädten und Villenvierteln zu stoppen. 50 Prozent des Wohnungsbestands in  
22 öffentlicher und gemeinnütziger Hand. Das Modell Wien zeigt: Günstiger Wohnraum in gutem  
23 Zustand und mit hoher Wohnqualität für die Mehrheit der Menschen ist möglich.  
24 Perspektivisch wollen wir den Wohnungsbestand komplett dem Markt entziehen.
  - 25 • Der Kündigungsschutz für Gewerbemietverträge muss insgesamt verbessert werden. Es braucht  
26 öffentliche Gewerberaumanbieter zur Sicherung gemeinnütziger Mieter\*innen.

## **Antrag L.1.(0503): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Wohnen ist keine Ware. Rechte von Mieter\*innen stärken!**

- 2 • Wir wollen ein weitgehendes Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen. Der Wunsch  
3 nach Wohneigentum darf nicht auf Kosten derjenigen gehen, die schon in den Wohnungen  
4 wohnen.
- 5 • Mietwohnungen in Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen nicht als Ferienwohnung  
6 angeboten werden. Für nichtkommerziellen Wohnungstausch von privat zu privat wollen wir  
7 eine FairBnB Alternative zu Anbietern wie Airbnb schaffen, die nur auf Profite zielen und  
8 an den Börsen notiert sind.
- 9 • Das Recht auf Kündigung wegen Eigenbedarf darf nur noch für die engste Familie gelten.  
10 Vorgetäuschter Eigenbedarf wird bestraft. Menschen über 70 Jahren bzw. mit einer schweren  
11 Erkrankung soll gar nicht mehr wegen Eigenbedarf gekündigt werden dürfen.
- 12 • Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern: Wenn Rückstände bei der Miete beglichen sind,  
13 darf nicht gekündigt werden.
- 14 • Der Milieuschutz muss ausgeweitet werden.
- 15 • Gegen Mietwucher, Entmietung und andere Formen des Missbrauchs sind wirksame Kontrollen,  
16 eine öffentliche Beschwerdestelle und deutlich mehr Personal nötig, um die Mieterrechte  
17 effektiv durchzusetzen. Vermieter, die gegen den Mietendeckel verstoßen, müssen bestraft  
18 werden. Die strafrechtliche Verfolgung von Mietwucher wollen wir erleichtern.
- 19 • Mieter\*innen sollen auch als Gemeinschaft und im Gewerberecht ein Vorkaufsrecht auf ihre  
20 Häuser erhalten.
- 21 • In allen öffentlichen Unternehmen braucht es demokratische Mieterräte. Bundesweit wollen  
22 wir ein neues Mietermitbestimmungsrecht.
- 23 • Es braucht kollektive Mieter\*innenrechte und ein Recht auf Mietstreik.

## **Antrag L.1.(0504): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Klimagerechtigkeit statt Verdrängung!**

- 2 Der Klimaschutz bei Gebäuden ist entscheidend: Hier wird ein großer Teil der Treibhausgase  
3 verursacht. Doch bisher wird energetische Sanierung allzu oft für eine Mietsteigerung benutzt  
4 und führt dann auch zu Verdrängung. Das schadet der Akzeptanz des Klimaschutzes.
- 5 • Klimaschutz ohne Mieterhöhung! Die Modernisierungsumlage wollen wir abschaffen, sie dient  
6 der Mietsteigerung – nicht dem Klimaschutz. Aufschläge auf die Miete sollen nur noch in  
7 Höhe der erreichten Einsparung bei Heizung und Warmwasser zulässig sein.
- 8 • Auch arme Menschen haben ein Recht auf energetisch sanierten Wohnraum. Wir wollen  
9 kurzfristig eine Klimakomponente bei den Kosten der Unterkunft und Heizung einführen und

- 10 das Wohngeld angemessen erhöhen.
- 11 • Wir wollen einen bundesweiten Klima-Check aller Gebäude bis 2025. Mit verbindlichen  
12 gebäudescharfen Stufenplänen, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt flexibel zu  
13 erreichende Energieeffizienz-niveaus zum Inhalt haben, wollen wir bis 2035 einen  
14 klimaneutralen Gebäudebestand garantieren und viele neue Arbeitsplätze schaffen.
  - 15 • Die Sanierungsquote muss mindestens verdreifacht werden und zwar sozialverträglich, also  
16 nahezu warmmietenneutral und mietrechtlich abgesichert.
  - 17 • Vermieter\*innen, die die Kosten einer energetischen Sanierung nicht tragen können, können  
18 sich unter den Schirm der Wohnungsgemeinnützigkeit begeben. Dadurch erhalten sie Zugang  
19 zur vollen öffentlichen Förderung der Sanierungskosten und verpflichten sich im Gegenzug  
20 zur gemeinnützigen Bewirtschaftung ihrer Wohnungen.
  - 21 • Wir wollen die Förderkulisse auf ein »Sofortprogramm klimagerechte und sozialverträgliche  
22 Erneuerung von Siedlungsbauten der Nachkriegszeit« (erbaut zwischen 1949 und 1978)  
23 ausrichten. Dafür sollen – zusätzlich zur Aufstockung der laufenden Programme der  
24 Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf dauerhaft mindestens 10 Milliarden Euro jährlich  
25 – noch einmal 5 Milliarden Euro pro Jahr bereitgestellt werden.
  - 26 • Sanierungsberater\*innen sollen innerhalb eines Sozialplanverfahrens gemäß Paragraf  
27 180 BauGB an Klimastützpunkten beratend (für die Mieter\*innen schützend) tätig sein und  
28 sozialverträgliche Quartierssanierungskonzepte koordinieren.
  - 29 • Wir wollen Weiterbildungs- und Zertifizierungsprogramme für Handwerker und Baubetriebe  
30 auflegen, um zu qualitativ guten und preiswerten energetischen Sanierungen zu kommen.
  - 31 • Die Neubaustandards wollen wir gesetzlich auf KfW 40 anheben. In diesem Zuge müssen jene  
32 Fördermittel, die gegenwärtig noch in die Neubau-Effizienzförderung fließen, vollständig  
33 umgeleitet werden in die sozialverträgliche energetische Sanierung.
  - 34 • Neben der Steigerung der Gebäudeeffizienz ist der Restenergiebedarf schrittweise – aber  
35 mit deutlich höherem Tempo – durch regenerative Energie zu decken. Die zentrale Rolle  
36 spielt für uns dabei die Wärmepumpe.
  - 37 • Hindernisse für ökologische Baumaterialien im Baurecht werden wir beseitigen. Zugleich  
38 braucht es eine Ökobilanz für Neubauprojekte, um stärker im Bestand zu bauen und  
39 Ressourcen zu sparen. Schluss mit dem Abriss von preisgünstigen Wohnungen mit  
40 erhaltenswerter Bausubstanz zugunsten von teuren Neubauten!

## **Antrag L.1.(0505): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Bauland in Gemeinschaftshand!**

2 Eine der zentralen Ursachen für steigende Mieten ist die Explosion der Bodenpreise. Seit 1964  
3 sind die Bodenpreise durchschnittlich um mehr als 1 800 Prozent gestiegen. Allein in den  
4 vergangenen Jahren haben sich die Preise in den großen Städten fast verdreifacht. Dagegen  
5 braucht es dringend Maßnahmen, um das sich immer schneller drehende Spekulationskarussell mit

- 6 öffentlichem Grund und Boden anzuhalten und endlich wieder bezahlbaren Wohnungsbau zu  
7 ermöglichen.
- 8 • Die Bodenpreise müssen gedeckelt werden. Nur mit bezahlbarem Boden sind auch bezahlbare  
9 Mieten möglich.
  - 10 • Die Privatisierung öffentlicher Grundstücke wollen wir mit einem Bodensicherungsgesetz  
11 ausschließen. Öffentlichen Boden wollen wir nur noch in Erbbaurecht vergeben.
  - 12 • Um den Anteil öffentlichen Eigentums an Boden zu erhöhen, fordern wir ein Ankaufprogramm  
13 in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich, aus dem Bund, Länder und Kommunen Mittel für den  
14 Erwerb von Boden erhalten.
  - 15 • Die Liegenschaftspolitik muss von der Finanzpolitik entkoppelt werden, damit die  
16 öffentliche Hand auch Bodenbevorratung betreiben kann. Die Bundesanstalt für  
17 Immobilienaufgaben (BImA) und das Bundeseisenbahnvermögen (BEV), die bisher der  
18 finanziellen Verwertung öffentlicher Liegenschaften verpflichtet sind, wollen wir auf  
19 soziale, ökologische und gemeinnützige Zwecke festlegen.
  - 20 • Das Vorkaufsrecht der Kommunen wollen wir stärken: Es soll überall ohne Ausnahme und  
21 innerhalb von bis zu sechs Monaten ausgeübt werden können.
  - 22 • Wir brauchen ein preislimitiertes Vorkaufsrecht, das sich nicht am spekulativen  
23 »Marktpreis« orientiert, sondern an bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die  
24 Bewohner\*innen.

## **Antrag L.1.(0506): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Spekulation stoppen – Gewinne abschöpfen!**

- 2 Spätestens seit der Finanzkrise sind die Städte und Gemeinden massiv ins Visier von Spekulanten  
3 geraten. Den Preis für das immer schneller drehende Karussell von Immobilienkäufen und -  
4 verkäufen zahlen am Ende die Mieter\*innen und die öffentliche Hand.
- 5 • Den Spekulationskreislauf, an dem sich wenige auf Kosten der Vielen bereichern, wollen wir  
6 mit einem Antispekulationsgesetz durchbrechen: Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt an  
7 der Börse mehr sein, Immobilien- und Hedgefonds wollen wir die Zulassung entziehen.
  - 8 • Steuertricks beim massenhaften Kauf und Verkauf von Wohnungen, wie sogenannte Share Deals,  
9 wollen wir unterbinden.
  - 10 • Gewinne durch Spekulation, Unternehmensbeteiligungen und Immobilienverkäufe werden wir  
11 stärker besteuern und abschöpfen. Bilanztricks werden wir in Zukunft u. a. durch  
12 Angleichung der Bilanzierungen verhindern.
  - 13 • Private Immobilienverkäufe dürfen auch nach zehn Jahren bis auf einen individuellen  
14 Freibetrag nicht mehr steuerfrei sein.
  - 15 • Zudem fordern wir ein öffentlich einsehbares Immobilienregister. Mit der Intransparenz bei  
16 den Eigentumsverhältnissen muss endlich Schluss sein.
  - 17 • Zweckentfremdung von Wohn- und Gewerberaum muss verboten werden, leerstehenden Wohn- und

- 18 Gewerberaum wollen wir beschlagnahmen und der Zwischennutzung zuführen. Die  
19 zivilgesellschaftliche Wiederaneignung von zweckentfremdeten Räumen (»Besetzungen«) wollen  
20 wir legalisieren.
- 21 • Wir streben an, dass grundsätzlich die Besetzung von seit mindestens einem Jahr  
22 leerstehendem Wohnraum zu einem dauerhaften Wohnrecht führt, es sei denn, die  
23 Eigentümer\*innen verpflichten sich, den Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten zur  
24 Verfügung zu stellen.

## **Antrag L.1.(0507): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Immobilienkonzerne an die Kette legen!**

- 2 • Großen Wohnungskonzernen wie Vonovia und Deutsche Wohnen, die systematisch Mietwucher  
3 betreiben, wollen wir das Handwerk legen. DIE LINKE ist deshalb Teil der Kampagne  
4 »Deutsche Wohnen & Co enteignen«.
- 5 • Mit einem Vergesellschaftungsgesetz wollen wir die Möglichkeit verbessern, Wohnungen,  
6 Grund und Boden großer Wohnungsgesellschaften in öffentliches Eigentum zu überführen. Dazu  
7 wollen wir einen Rekommunalisierungsfonds aufsetzen.
- 8 • Mit einer neuen Wohnungswirtschaftsgesetzgebung wollen wir das Geschäftsmodell von  
9 Immobilienfonds beenden, die Mieten kassieren, Renditen ausschütten, kaum investieren und  
10 nur auf die Steigerung der Immobilienpreise setzen. Ein wesentlicher Teil der Miete steht  
11 dann als Bauerneuerungsrücklage nicht mehr für Finanzmarktspekulation, sondern für nötige  
12 Instandhaltung zur Verfügung.

## **Antrag L.1.(0508): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Wohnen ist ein Grundrecht – Wohnungen zuerst!**

- 2 • Niemand soll ohne Obdach sein. Als kurzfristige Nothilfe bis zur Durchsetzung bezahlbarer  
3 Mieten wollen wir das Wohngeld erhöhen und umbauen.
- 4 • Die Corona-Krise ist nicht vorbei: Das Moratorium für Kündigungen und Räumungen muss  
5 fortgesetzt werden. Es braucht zudem einen Mieterlass.
- 6 • Wir werden die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft deutlich anheben.
- 7 • Räumung in die Wohnungslosigkeit wollen wir grundsätzlich verbieten, das Recht auf Wohnen  
8 wollen wir ins Grundgesetz aufnehmen.
- 9 • Die unwürdige Unterbringung von Geflüchteten, Wohnungslosen oder Saison- und  
10 Wanderarbeiter\*innen in Massenunterkünften werden wir beenden. Jeder Mensch hat das Recht  
11 auf eine eigene Wohnung!
- 12 • Wir wollen den Ansatz »Housing First« in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern. Er

13 bedeutet, Obdachlose schnell und als ersten Schritt in Wohnungen unterzubringen.

## **Antrag L.1.(0509): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Städte zukunftsfest machen – Leben in die Dörfer bringen!**

2 Während vielerorts die Mieten explodieren, stehen in einigen ländlichen Regionen Wohnungen und  
3 Häuser leer. Es wird zu wenig investiert, der Mietwohnraum in strukturschwachen Regionen ist  
4 immer weniger bedarfsgerecht. Nicht erst seit Corona gibt es auf dem Land wie in den Städten  
5 Ladensterben und kulturelle Verödung.

- 6 • Für den sozialökologischen Umbau und die Belebung von Innenstädten und Dorfkernen brauchen  
7 wir eine neue Ausrichtung von Regionalpolitik und Städtebauförderung des Bundes.  
8 Schwerpunkt der Investitionen soll auf Zukunftsaufgaben liegen, wie der Gebäudesanierung,  
9 der Verbesserung des Wohnumfelds, dem altersgerechten und barrierefreien Umbau von  
10 Gebäuden sowie der Förderung nachhaltiger Mobilität.
- 11 • Den kommunalen Eigenanteil bei Aufwertungsmaßnahmen wollen wir streichen. Um die  
12 Nahversorgung im Wohnumfeld zu sichern, wollen wir leerstehendes Gewerbe in kommunale oder  
13 genossenschaftliche Hand überführen und zu sozialen Zentren weiterentwickeln. Der Bund  
14 soll das durch einen Rekommunalisierungsfonds finanziell absichern.
- 15 • Landkreise, Städte und Gemeinden müssen beim Aufbau digitaler Infrastrukturen unterstützt  
16 werden. »Smart City« darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue Technologien  
17 gehören in Bürger\*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des Wohnumfelds zu  
18 verbessern.
- 19 • Der Verdrängung von Kleingärten stellen wir uns mit einem Kleingartensicherungsprogramm  
20 entgegen. Wir wollen flächensparend und ökologisch bauen. Stadtgrün wie Parks, Kleingärten  
21 und Gemeinschaftsgärten (Urban Gardening) wollen wir durch Investitionen fördern.
- 22 • Wir wollen anders planen, weg von Flächenfraß und Zersiedelung der Landschaft und hin zu  
23 einer Dorf- und Stadtplanung, die Lebensqualität für alle in den Mittelpunkt stellt. Eine  
24 Politik, die im Interesse von Investoren große Einkaufszentren und Malls fördert, lehnen  
25 wir ab (vgl. Kapitel »Mobilität für alle mit weniger Verkehr«).
- 26 • Wir wollen die ungerechtfertigten Altschulden aus dem DDR-Wohnungsbau endlich streichen.  
27 Gerade Unternehmen in strukturschwachen Regionen befinden sich in wirtschaftlicher  
28 Schieflage und können nicht investieren. Dabei müssen gerade in Grundzentren und  
29 Siedlungsschwerpunkten in ländlichen Räumen Mietwohnraum und ein annehmbares Wohnumfeld  
30 bedarfs- sowie klimagerecht gesichert werden. Durch bundesweite Förderprogramme wollen wir  
31 den Erhalt von Mietangeboten im ländlichen Raum stärken. Das stoppt Wegzug und entlastet  
32 Ballungsräume und Städte mit Wohnungsnot.
- 33 • Der öffentliche Raum ist Ort der Begegnung und ermöglicht sozialen Zusammenhalt. Gebrauch  
34 wird ein Investitionsprogramm, um den öffentlichen Raum in Städten und Dörfern neu  
35 aufzuteilen – weg vom Vorrang des Autoverkehrs und hin zu mehr Sicherheit, mehr  
36 Miteinander und Aufenthaltsqualität.

- 37 • Es braucht ein Investitionsprogramm für den Stadtumbau, um die einseitige Fokussierung auf  
38 Automobilität zu überwinden und die Lebensqualität zum Beispiel durch Spielstraßen zu  
39 steigern.

## **Antrag L.1.(0600): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gute Bildung: gerecht, gebührenfrei, ein Leben lang**

2 Wir stellen sozialer Spaltung in der Bildung, Leistungsdruck und Unterfinanzierung eine andere  
3 Idee entgegen. Durch den Zugang zu Bildung sollen soziale Benachteiligungen abgebaut, nicht  
4 noch verstärkt werden. Wir wollen gemeinsames solidarisches Lernen statt Konkurrenz und  
5 Notendruck. DIE LINKE setzt sich für ein inklusives Bildungssystem ein, in dem Menschen  
6 individuell gefördert werden. Wir wollen Bildung und Wissenschaft, die den Einzelnen gerecht  
7 wird und dazu beiträgt, gesellschaftliche Fragen zu beantworten. Wie stoppen wir die  
8 Klimakrise? Wie können wir so leben und produzieren, dass alle genug zum Leben haben und die  
9 Umwelt geschont wird? Mit neuen Herausforderungen entstehen neue Anforderungen an Bildung. Wir  
10 wollen die Hochschulen öffnen, die Weiterbildung und den Rechtsanspruch auf berufliche Bildung  
11 stärken und Programme auflegen, damit alle eine berufliche Zukunftsperspektive haben.

12 Seit Jahrzehnten wissen wir: Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland stark von der sozialen  
13 Herkunft abhängig. Die Corona-Krise hat Probleme verschärft, die es schon vorher gab. Während  
14 manche Kinder ein eigenes Zimmer und einen Laptop zum Lernen haben, müssen sich andere beides  
15 mit Geschwistern teilen oder Aufgaben auf dem Handy lösen und hoffen, dass das Datenvolumen zum  
16 Herunterladen reicht. Das deutsche Bildungssystem verstärkt die soziale Spaltung der  
17 Gesellschaft, statt ihr entgegenzuwirken. Wer wohlhabende Eltern hat, hat bessere Chancen,  
18 Abitur zu machen und zu studieren. 74 Prozent der Akademikerkinder beginnen ein Studium, aber  
19 nur 21 Prozent der Nichtakademikerkinder. Bei den Bachelorabsolvent\*innen beträgt ihr Anteil 15  
20 Prozent, beim Master nur noch 8 Prozent. Für viele Kinder fällt schon nach der Grundschule die  
21 Entscheidung, welche weiterführende Schulform sie besuchen werden, und damit auch, welche Türen  
22 ihnen künftig verschlossen bleiben. Und in Bildung wird viel zu wenig Geld investiert.

23 Unsanierete Schulen mit schlechter Ausstattung sind ein sichtbares Zeichen dafür. Das betrifft  
24 besonders ärmere Stadtteile, in denen Familien das kaum durch private Ausgaben für Ausstattung  
25 oder Nachhilfe ausgleichen können. Die Schuldenbremse hat diese Probleme noch verschärft.  
26 Allein der Sanierungsbedarf bei Schulen wird bundesweit inzwischen auf fast 50 Milliarden Euro  
27 geschätzt. An den Hochschulen müssten von 2017 bis 2025 etwa 35 Milliarden Euro investiert  
28 werden, um den Modernisierungsstau abzubauen. Hörsäle und Seminarräume sind häufig überfüllt,  
29 und es gibt zu wenig Personal. Und wie andere Dienstleistungen wurde auch die Schulreinigung  
30 vielerorts ausgelagert. Die Folge: Die Reinigung wird an den billigsten Anbieter vergeben,  
31 Reinigungskräfte arbeiten unter Druck und schaffen es nicht, in der vorgegebenen Zeit fertig zu  
32 werden. Toiletten und Klassenräume sind dreckig, Schüler und Lehrer leiden darunter.

- 33 • Wir kämpfen für mehr Personal in Bildung und Erziehung. DIE LINKE fordert eine Offensive  
34 des Bundes für mehr Lehrkräfte, Erzieher\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen. Wir brauchen  
35 100 000 Lehrkräfte und 200 000 Erzieher\*innen zusätzlich!

- 36 • Wir wollen die Gebäude sanieren, ausbauen und dem Bedarf für inklusive Bildung
- 37 • Das Bildungssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss ausreichend vom
- 38 Staat finanziert werden.
- 39 • Privatisierungen – auch von öffentlichen Bildungseinrichtungen – müssen gestoppt und
- 40 rückgängig gemacht werden.
- 41 • Bildung ist mehr als die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Der Trend zur immer stärkeren
- 42 Ökonomisierung von Bildung muss gestoppt werden.
- 43 • Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen in der Bildung zusammenarbeiten können. Durch
- 44 das Kooperationsverbot ist das nur eingeschränkt möglich. Wir wollen das Verbot komplett
- 45 aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern, damit für alle
- 46 Kinder und Jugendlichen Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden kann.
- 47 • Wir wollen ein Bildungsrahmengesetz des Bundes für alle Bildungsbereiche, damit gleiche
- 48 Rechtsansprüche, soziale und personelle Rahmenbedingungen in allen Ländern gesichert
- 49 werden können und Abschlüsse, gleich wo sie erworben wurden, ohne Wenn und Aber überall
- 50 anerkannt werden.
- 51 DIE LINKE steht für gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel und der Herkunft abhängt. Wir wollen
- 52 Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und kostenfreie
- 53 Beförderung von Schüler\*innen.

## **Antrag L.1.(0601): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gute Kitas**

- 2 Allen Kindern muss von Anfang an ganztägig das gemeinsame Leben und Lernen mit anderen Kindern  
3 in Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden. Unabhängig davon, ob und wie lange die Eltern  
4 arbeiten. Kinder brauchen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita.  
5 Insbesondere während der corona-bedingten Kitaschließungen wurde deutlich, wie wertvoll  
6 frühkindliche Bildung für alle ist. Erzieher\*innen werden weiter viel zu schlecht bezahlt. Noch  
7 immer wird der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz nicht überall umgesetzt. Derzeit fehlen  
8 342 000 Plätze für unter Dreijährige und bald bis zu 740 000 Plätze für alle Kinder bis zur  
9 Einschulung. Die Gruppen sind oft zu groß. Mit einer Schmalspurausbildung von oft nur wenigen  
10 Wochen werden Erziehungshelfer\*innen ausgebildet, um den massiven Fachkräftemangel zu  
11 retuschieren. Zur Sicherung der Qualität der Einrichtungen und für den weiteren Ausbau von  
12 Kitaplätzen muss der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir brauchen ein  
13 Kitaqualitätsgesetz, das beim Kitaausbau die Belange der Kinder und der Beschäftigten in den  
14 Mittelpunkt rückt:
- 15 • DIE LINKE fordert einen bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten
  - 16 von mindestens einer anwesenden Erzieherin oder einem Erzieher auf maximal drei Kinder im
  - 17 Alter bis zu drei Jahren und mindestens einer Erzieherin oder einem Erzieher auf maximal
  - 18 acht Kinder ab drei Jahren.
  - 19 • Wir wollen gute, gebührenfreie Kitas (Elternbeitragsfreiheit). Allen Eltern muss von der

- 20 Kommune ein Angebot für einen Kitaplatz unterbreitet werden.
- 21 • Alle Kinder sollen täglich kostenloses gesundes, warmes Essen erhalten, wie es in einigen  
22 Städten bereits praktiziert wird (vgl. Kapitel »Landwirtschaft und Ernährung«).
- 23 • Wir brauchen dringend mehr Erzieherinnen und Erzieher für eine gute Bildung, Erziehung und  
24 Betreuung. 191 000 Erzieher\*innen fehlen derzeit.
- 25 • Sozial- und Erziehungsberufe müssen aufgewertet Sie verdienen größere Wertschätzung,  
26 bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Dazu gehört auch die Anrechnung von Vor- und  
27 Nachbereitungszeiten, Fortbildung und Krankheit auf den Betreuungsschlüssel. Wir wollen  
28 die Ausbildung als Erzieher\*in in der frühkindlichen Bildung auf Hochschulniveau anheben.  
29 Auch Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung sollen Zugang zum Erziehungsberuf haben.  
30 Für die derzeitige Ausbildung zur Erzieherin wollen wir mindestens eine Vergütung in der  
31 und die Abschaffung des Schulgeldes, um den Beruf attraktiver zu machen.
- 32 • Beschäftigte in der Kindertagespflege sollen aus prekären Beschäftigungslagen herausgeholt  
33 und sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden.
- 34 • Ganztagsbetreuung im Grundschulalter: Die Große Koalition hat im Koalitionsvertrag einen  
35 Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2025 vereinbart. Der  
36 Rechtsanspruch lässt sich nur mit schnellen und erheblichen Investitionen für mehr  
37 Personal einlösen.

## **Antrag L.1.(0602): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Eine Schule für alle**

- 2 Wesentliche Ursache der sozialen Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung der  
3 Schüler\*innen in unterschiedliche Schulformen. In der Corona-Zeit hat sich gezeigt, wie  
4 unterschiedlich die Voraussetzungen der Schüler\*innen sind: Einige haben ein eigenes Zimmer und  
5 einen Laptop, andere müssen sich beides teilen. Wir wollen eine Schule für alle: Eine  
6 Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Die  
7 Gemeinschaftsschule fördert die Kinder individuell und umfassend. Sie ist ganztätig organisiert  
8 und bietet alle Schulabschlüsse an. Schule sollte so organisiert sein, dass die sozialen  
9 Unterschiede nicht noch verstärkt, sondern möglichst ausgeglichen werden. Deshalb wollen wir  
10 eine Schule, die ohne Hausaufgaben auskommt und private Nachhilfe überflüssig macht. Im  
11 schulischen Alltag muss Raum und Zeit dafür geschaffen werden. Lehrkräfte,  
12 Schulsozialarbeiter\*innen, Erzieher\*innen, Schulpsycholog\*innen und medizinisches Fachpersonal  
13 sollen in multiprofessionellen Teams zusammenwirken. Die Gemeinschaftsschule ist demokratisch  
14 organisiert mit einer wirklichen Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern.
- 15 • Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule zu besuchen. Solange das nicht  
16 gewährleistet ist, fordern wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der  
17 Grundschule. Dafür muss auch das notwendige pädagogische Fachpersonal ausgebildet und  
18 eingestellt werden.
- 19 • Bund, Länder und Kommunen müssen ein Investitionsprogramm »Inklusive Bildung« auflegen, um

- 20 Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten. DIE LINKE will  
21 eine inklusive Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen willkommen sind. Heute wird  
22 vielfach besonderer Förderbedarf festgestellt, es werden aber keine entsprechenden Hilfen  
23 für diesen Förderbedarf angeboten. Das muss sich ändern. Inklusion ist für uns eine  
24 gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, alle müssen gleichberechtigt dazugehören und  
25 teilhaben können. Notwendige Hilfen müssen »aus einer Hand« angeboten werden und nicht  
26 über umständliche Wege erst bei unterschiedlichen Stellen beantragt werden.
- 27 • Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer  
28 Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. Alle Schulen müssen über barrierefreie Zugänge  
29 für alle Kinder verfügen, die nicht nur auf die baulichen Voraussetzungen beschränkt  
30 werden dürfen. Sie müssen über adäquate Ausstattung und Qualifizierung bei Personal,  
31 Assistenzleistungen, Lehr- und Lernmitteln sowie sonstigen Hilfsmitteln für jedes Kind  
32 verfügen. Wir wollen ein Zwei-Lehrer\*innen-System umsetzen, als eine der  
33 Rahmenbedingungen, mit der wir Förderschulen überflüssig machen. Inklusion darf nicht  
34 davon abhängig gemacht werden, wie viel sie kostet!
  - 35 • Tausende geflüchtete und andere zugewanderte Kinder und Jugendliche gehen in Deutschland  
36 in die Schule oder machen eine Ausbildung. Wir fordern ein Programm, das vom Bund  
37 mitfinanziert wird und Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften umfasst, die  
38 Deutsch als Zweitsprache unterrichten, eine Erstausrüstung an Schulbedarf für alle  
39 Kinder, zusätzliche Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für geflüchtete Erwachsene und  
40 Informationen zu Berufsausbildungen, die für Geflüchtete in der Bundesagentur für Arbeit  
41 angeboten werden. Den Kommunen müssen dafür entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt  
42 werden. Eine mehrsprachige Sozialisation wird in Deutschland nur bei ökonomisch als  
43 wichtig erachteten Sprachen geschätzt. Wir sehen die Mehrsprachigkeit bei allen  
44 Jugendlichen mit Migrationshintergrund als ein Qualifikationsmerkmal. Die Muttersprache  
45 beim Erlernen weiterer Sprachen einzubeziehen ist wichtig, um in diesen Sprachen einen  
46 sicheren Stand zu erwerben. Die Herkunftssprache soll bei Prüfungen als erste oder zweite  
47 Sprache anerkannt werden.
  - 48 • Schulsozialarbeit muss ein fester Bestandteil von schulischer Arbeit werden – an jeder  
49 Schule und dauerhaft. Dafür muss sie im Jugendhilferecht verankert werden. Durch ein  
50 Programm zur Schulsozialarbeit wird der Einsatz mindestens einer Fachkraft für  
51 Schulsozialarbeit je 150 Schüler\*innen garantiert. Diese sollen gut mit Berufs- und  
52 Studienberatungsstellen vernetzt sein, um Schüler\*innen aus Nichtakademikerfamilien den  
53 Weg an die Hochschulen zu erleichtern.
  - 54 • Der Personalmangel an Schulen führt zu Unterrichtsausfall und Stress. Das Personal muss  
55 Engpässe mit regulär beschäftigten Lehrkräften ausgleichen können. Dazu braucht es  
56 10 Prozent Vertretungsreserve. Um die Personalnot an Schulen zu beenden, müssen überall  
57 deutlich mehr Lehrkräfte ausgebildet und eingestellt werden.
  - 58 • Neue, hybride Lernformen, wie sie während des Corona-Lockdowns praktiziert wurden, dürfen  
59 nicht zu einer neuen sozialen Spaltung führen, weil nicht alle Lernenden gleich gute  
60 Lernbedingungen zu Hause haben. Auch darf das hybride Lernen nicht den schleichenden Abbau  
61 von Lehrkräften zur Folge haben. Hybride Lernformen sind nicht weniger arbeitsintensiv als  
62 Formen des Präsenzlernens.

- 63 • Wir wollen, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät (zum Beispiel Laptop) als Teil der  
64 Bildungsausstattung zur Verfügung hat und frühzeitig mit digitalen Technologien vertraut  
65 gemacht wird. Jedes Kind muss einen Computer, Drucker und Internetanschluss zu Hause zur  
66 Verfügung haben. Deshalb müssen die Urteile der Sozialgerichte endlich umgesetzt werden.  
67 Das gilt auch für Familien, die knapp oberhalb des Hartz-IV-Einkommens liegen. Das Geld  
68 ist da: Der DigitalPakt Schule der Bundesregierung sieht 5 Milliarden Euro für digitale  
69 Ausstattung vor. Bisher wurde nur ein Bruchteil abgerufen.
- 70 • Die IT-Infrastruktur an Schulen muss durch Fachpersonal betreut werden. Entsprechende  
71 Planstellen sollen kurz- und mittelfristig geschaffen werden. Die IT-Infrastruktur aller  
72 Schulen und Hochschulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN  
73 für alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden.
- 74 • Medienkompetenz muss umfassend gestärkt werden: in der vorschulischen Bildung, in Schule  
75 und Unterricht, in der Arbeitswelt, in zivilgesellschaftlichen Projekten und bis ins hohe  
76 Alter.
- 77 • Viele Schüler\*innen lernen nicht mehr Schwimmen, weil viele Schwimmbäder baufällig sind  
78 und gesperrt werden müssen. Hier wollen wir sanieren. Außerdem wollen wir in  
79 barrierefreie, energieeffiziente und schön gestaltete Schulräume investieren.
- 80 • Wir wollen Lobbyismus in Schule und Unterricht unterbinden. Akteure der Wirtschaft drängen  
81 seit Jahren aus reinem Eigennutz in die Schulen und bestimmen Lerninhalte zunehmend mit.  
82 Darunter leidet die Vielfalt in der Bildung. Kommerzielle Werbung an Schulen muss  
83 gesetzlich untersagt werden. Schulen müssen im Gegenzug besser mit Lehrmitteln  
84 ausgestattet werden, damit sie nicht auf tendenziöse Angebote unterschiedlicher Konzerne  
85 und Interessengruppen zurückgreifen müssen.
- 86 • Bildung ohne Bundeswehr! Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten  
87 werben oder auftreten dürfen. Stattdessen brauchen wir mehr politische und  
88 friedenspädagogische Bildung durch Lehrkräfte.
- 89 • Alle Lehrämter sollen gleichgestellt werden. Es gibt keinen Grund, Lehrkräfte an Gymnasien  
90 höher zu werten als Lehrkräfte zum Beispiel an Grundschulen.
- 91 • Lernende, Lehrende und Eltern sollen über Schule mitentscheiden können. Wir wollen  
92 Demokratie, Selbstverwaltung der Schulen und insbesondere die Mitbestimmungsrechte der  
93 Schülerinnen und Schüler an den Schulen stärken.
- 94 • Die Schulreinigung wollen wir flächendeckend wieder in die öffentliche Hand bringen – für  
95 saubere Schulen und gute Arbeitsbedingungen. In der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig  
96 gute Hygienestandards in den Schulen sind.
- 97 • Mindestens 50 Milliarden Euro sind nötig, um die Schulen zu sanieren. Gerade in  
98 sogenannten Brennpunktschulen fehlt das Geld. Wir fordern, einen Sozialfonds zur besseren  
99 Ausstattung von Schulen nach Sozialindex zu etablieren.

# Antrag L.1.(0603): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Gut ausgebildet**

2 Jedes Jahr werden Zehntausende junge Menschen in Deutschland bei der Suche nach einem  
3 Ausbildungsplatz verfrustet. Sie finden keinen Ausbildungsplatz mit Perspektive oder hängen in  
4 endlosen Warteschleifen fest. Fast zwei Millionen junge Menschen haben keine Berufsausbildung.  
5 Besonders Hauptschüler\*innen und Migrant\*innen werden benachteiligt. Die Wirtschaft  
6 unterschreitet die Zielmarke von 500 000 jährlich zu schaffenden Ausbildungsplätzen. Viele  
7 Arbeitgeber klagen über mangelnde Fachkräfte und Ausbildungsbetriebe finden keine Azubis. Aber:  
8 Einen Fachkräftemangel gibt es so nicht. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden klagt über zu  
9 hohe Belastung, viele gehen auch krank zur Arbeit oder werden als billige Arbeitskräfte  
10 ausgebeutet. Wegen der Pandemie und finanzieller Schieflage mancher Unternehmen haben viele  
11 Ausbildungsbetriebe ihre Ausbildung eingestellt oder deutlich gekürzt. Damit verschärft sich  
12 die Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Wir wollen, dass alle, die eine Ausbildung begonnen haben,  
13 diese auch beenden können. Dafür muss der Bund Mittel und Möglichkeiten bereitstellen. Die  
14 Bedingungen und die Qualität der Ausbildung müssen verbessert werden. Und es braucht mehr  
15 Personal. Laut GEW müssen an den berufsbildenden Schulen bis 2030 160 000 Lehrkräfte  
16 eingestellt werden, um den Bedarf zu decken.

- 17 • Jetzt gilt erst recht: DIE LINKE setzt sich für das Recht auf eine gebührenfreie und  
18 vollqualifizierende Ausbildung für alle ein. Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen  
19 sicherstellen, dass alle die gleichen Chancen auf eine Ausbildung haben.
- 20 • Auszubildende brauchen eine Ausbildungsvergütung, die zum Leben unabhängig von den Eltern  
21 reicht. Die gesetzlich geregelte Mindestausbildungsvergütung, die im Jahr 2020 eingeführt  
22 wurde, genügt diesem Anspruch nicht. Wir unterstützen die Gewerkschaften und  
23 Gewerkschaftsjugendlichen bei ihrem Kampf für bessere tarifvertragliche Lösungen. Die  
24 Ausbildung in den Berufen, die nicht dual geregelt sind, also zum Beispiel in allen  
25 Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufen, muss besser finanziert werden. Schulgeld soll  
26 grundsätzlich entfallen und ein am Tarif orientiertes Ausbildungsgeld gezahlt werden.
- 27 • Wir wollen eine solidarische Umlagefinanzierung, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt,  
28 damit ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen werden.
- 29 • Am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen muss ein verbindliches Ausbildungsangebot Die  
30 »Warteschleife« im Übergangssystem wollen wir abschaffen.
- 31 • Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung sollen einen anerkannten Berufsabschluss machen  
32 können – unabhängig von ihrem Alter. Das Kriterium der »Ausbildungsreife« der  
33 Bundesagentur für Arbeit wollen wir abschaffen. Es versperrt den Zugang zur  
34 Berufsausbildung.
- 35 • Wir wollen eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), in der die  
36 Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt gerückt und ein Rechtsanspruch auf  
37 eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.
- 38 • Die Mitbestimmung der Auszubildenden wollen wir stärken. Ihre Mitwirkung in den  
39 Personalvertretungen muss garantiert werden.

- 40 • Wir wollen einen Berufsbildungspakt, damit längst überfällige Investitionen für gute  
41 Qualität an beruflichen Schulen getätigt werden. Und es braucht deutlich mehr Personal.
- 42 • Politische Bildung muss auch Teil der beruflichen Ausbildung sein.
- 43 • Sozialarbeit und sozialpsychologische Begleitung sollen auch in der Ausbildung gestärkt  
44 werden.
- 45 • Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss im Berufsbildungsgesetz verankert werden – auch bei  
46 Schulbüchern für den Berufsschulunterricht.
- 47 • Weil der Ausbildungsmarkt immer noch in sogenannte Frauen- und Männerberufe gespalten ist,  
48 sind außerdem die Hürden für Jugendliche groß, eine untypische Berufswahl zu treffen. Dem  
49 wollen wir entgegenwirken: durch geschlechtersensible Bildung und indem Bereiche  
50 aufgewertet werden, in denen die Löhne niedrig sind und viele Frauen arbeiten.

## **Antrag L.1.(0604): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gute Weiterbildung**

2 Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als Pflicht  
3 zur Selbstoptimierung. Die allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Weiterbildung ist  
4 ein wichtiger Teil davon. Sie dient der Entwicklung der Einzelnen und der beruflichen  
5 Fortbildung oder Umorientierung und befördert die gesellschaftliche Teilhabe. Das Recht auf  
6 Weiterbildung muss gesetzlich abgesichert sein. Der sozialökologische Umbau bedeutet auch, dass  
7 viele Menschen eine zukunftssichere Perspektive erhalten. Die Weiterbildung spielt hier eine  
8 entscheidende Rolle. Hier müssen bei der beruflichen Weiterbildung und an den Hochschulen neue  
9 Möglichkeiten geschaffen werden. Mit den Volkshochschulen haben auch die Kreise und kreisfreien  
10 Städte ein Instrument an der Hand, das unabhängig vom Profitinteresse privater Bildungsanbieter  
11 dafür geeignet ist, auch für das Nachholen von schulischen Abschlüssen. Dazu sollen die  
12 Volkshochschulen finanziell gestärkt werden, damit sie ihr Leistungsangebot ausbauen und  
13 kostenfrei anbieten können. Wichtig ist dabei, dass Angebote zur sprachlichen Förderung von  
14 Zugewanderten erbracht werden können. Und: In der Weiterbildung sind die Arbeitsverhältnisse  
15 oft prekär. Das wollen wir ändern.

- 16 • Lehrkräfte in der Weiterbildung brauchen einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für  
17 alle Bereiche der Weiterbildung.
- 18 • Honorarverträge sollen in feste Stellen umgewandelt werden. Honorarverträge, soweit sie  
19 noch nötig oder von den Beschäftigten gewollt sind, müssen an den TVÖD angepasst werden.  
20 Das gilt auch für Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen.
- 21 • Die Arbeitsagenturen und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe die  
22 Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen.  
23 Bei der Vergabe von Bildungsdienstleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit sollen die  
24 geltenden tariflichen Bestimmungen für alle Anbieter verbindlich sein.
- 25 • Volkshochschulen und andere öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen müssen  
26 ausreichend und dauerhaft finanziert werden. Lehrkräfte dürfen sich nicht von einem

- 27 befristeten Projekt zum nächsten hangeln müssen.
- 28 • DIE LINKE will eine Bildungsfreistellung für alle Beschäftigten und alle  
29 Weiterbildungsbereiche gesetzlich sichern, nicht nur für die berufliche Weiterbildung.
- 30 • Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung sollen einen anerkannten Berufsabschluss machen  
31 können. Dazu sollen Umschulungen bedarfsgerecht verlängert und der Zugang zur Externen-  
32 Prüfung soll erleichtert werden.
- 33 • Wir fordern ein Weiterbildungsgeld: Wer sich im Rahmen des sozialökologischen Umbaus neu  
34 orientieren oder weiter qualifizieren möchte, erhält dafür ausreichend Zeit und  
35 Finanzierung. (vgl. Kapitel »Sozialer und Ökologischer Systemwechsel«)

## **Antrag L.1.(0605): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gutes Studium, gute Arbeitsbedingungen, gute Forschung**

- 2 Das Studium ist von Leistungsdruck und Zeitdruck geprägt. Das führt zu Stress bei Studierenden  
3 und Beschäftigten. Dazu kommt: Viele Studierende haben in der Corona-Krise ihre Nebenjobs  
4 verloren und wissen nicht, wie sie die Miete aufbringen sollen. Das trifft vor allem diejenigen  
5 hart, die nicht aus wohlhabenden Familien stammen. Viele werden von vornherein durch  
6 Zugangshürden vom Studium ausgeschlossen. Das ist politisch gewollt. Es muss aber nicht so  
7 bleiben. DIE LINKE setzt sich für eine soziale, demokratische, offene und inklusive Hochschule  
8 und Wissenschaftslandschaft ein. Wir stehen an der Seite von Initiativen und Bewegungen, die  
9 für bessere Bedingungen kämpfen: Für eine Entfristung und faire Bezahlung von  
10 wissenschaftlichem Personal, gute Studien- und Lebensbedingungen für Studierende und dafür,  
11 dass die Corona-Krise auch an den Hochschulen solidarisch bewältigt wird. Es bleibt viel zu  
12 tun. Seit Jahren werden die Hochschulen und Universitäten unter dem Druck der öffentlichen  
13 Finanzierungssysteme zur unternehmerischen Hochschule ausgebaut. Das Ziel ist es, Wissen,  
14 Bildung und Forschung wirtschaftlich verwertbar zu machen. Durch die chronische  
15 Unterfinanzierung bleibt der Raum für unabhängige und gesellschaftskritische Forschung und  
16 Lehre und damit eine wesentliche Funktion von Wissenschaft auf der Strecke. Forschung ohne  
17 Drittmittel ist kaum noch möglich. DIE LINKE fordert eine ausreichende Finanzierung der  
18 Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch den Staat.
- 19 • Jegliche Form von Studiengebühren für Menschen mit und ohne deutschen Pass schaffen wir  
20 ab. Wir schlagen dazu ein Bundesgesetz zur Hochschulzulassung vor.
- 21 • Das BAföG muss an die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend  
22 finanzieren. Nur noch 11 Prozent der Studierenden erhalten überhaupt BAföG, nur 8 Prozent  
23 den Höchstsatz. Wir setzen uns für ein rückzahlungsfreies und bedarfsgerechtes BAföG ein,  
24 das alle erreicht, die es brauchen. Bildungsentscheidungen sollen frei von Finanzsorgen  
25 oder Vorlieben der Eltern getroffen werden können. Der BAföG-Fördersatz muss regelmäßig  
26 und automatisch an die tatsächlichen und steigenden Lebenshaltungs- und Wohnkosten  
27 angepasst werden. Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und die Bezugsdauer  
28 an die reale durchschnittliche Studiendauer anpassen. Ebenso muss die Kopplung des BAföG

- 29 an Leistungsüberprüfungen abgeschafft werden. Förderlücken müssen geschlossen werden.  
30 Menschen mit Duldung, Aufenthaltsgestattung und mit humanitären Aufenthaltstiteln müssen  
31 mit Aufnahme des Studiums oder der Ausbildung Zugang zur Ausbildungsförderung haben.
- 32 • Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie Numerus clausus, Auswahlgespräche, IQ-Tests oder  
33 Bewerbungsgespräche müssen abgeschafft werden. Wir schlagen dazu ein  
34 Hochschulzulassungsgesetz vor.
  - 35 • Wir wollen die Hochschulen weiter öffnen. Ein Studium soll mit einem bestandenen  
36 Fachabitur, der allgemeinen Hochschulreife, einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung  
37 oder einem vergleichbaren Abschluss möglich sein. Für Geflüchtete soll die Aufnahme des  
38 Studiums einfacher werden. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden und im  
39 Ausland erworbene Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Die  
40 Aufnahme eines Studiums muss ein Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen.  
41 Auch Wissenschaftler\*innen, die politisch verfolgt sind, wollen wir die Fortführung ihrer  
42 wissenschaftlichen Arbeit an Hochschulen in Deutschland ermöglichen.
  - 43 • Den Zugang für ausländische Studierende wollen wir vereinfachen. Den Verein uni-assist  
44 e. V. wollen wir in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführen, die der Bund finanziert.
  - 45 • Der Zugang zum Master muss überall zulassungsfrei sein. Dafür müssen Masterstudienplätze  
46 bedarfsgerecht ausgebaut werden.
  - 47 • Wir wollen ein Mentoringprogramm für Studierende aus Nichtakademikerfamilien. An jeder  
48 Hochschule braucht es Ansprechpartner\*innen.
  - 49 • Wir fordern ein Weiterbildungsprogramm für den sozialökologischen Umbau, das durch den  
50 Bund und durch eine Unternehmensumlage mitfinanziert wird: Wer sich beruflich  
51 umorientieren möchte, soll die Möglichkeit erhalten, an einer Hochschule ein Studium oder  
52 eine Zusatzqualifizierung in einem sozialen oder ökologischen Bereich zu absolvieren, in  
53 dem zukünftig mehr Beschäftigte benötigt werden (vgl. Abschnitt »Weiterbildung« in Kapitel  
54 »Arbeit«).
  - 55 • Inhalte von Lehre und Forschung orientieren sich immer stärker an wirtschaftlicher  
56 Verwertbarkeit und Konzerninteressen. Wir wollen Hochschulen in gesellschaftlicher  
57 Verantwortung und setzen uns für kritische Wissenschaft und Lehre ein, die im Sinne einer  
58 sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und friedlichen Welt eingreift.
  - 59 • Der Bund muss dauerhaft Mitverantwortung für die Grundfinanzierung der öffentlichen  
60 Hochschulen übernehmen. Wir wollen den Zukunftsvertrag entfristen und zu einem  
61 Dauerzuschuss weiterentwickeln.
  - 62 • Wir wollen Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften deutlich besser  
63 ausstatten. Für Studierende an Fachhochschulen wird nicht genug Geld zur Verfügung  
64 gestellt, obwohl es immer mehr werden. Es braucht ausreichend Finanzierung statt  
65 »Billigstudienplätze«. Fachhochschulen sollen das Promotionsrecht erhalten.
  - 66 • Demokratisierung der Hochschulen: Wir streiten bundesweit für verfasste  
67 Studierendenschaften mit allgemeinpolitischem Mandat. Hochschulgremien sollen paritätisch  
68 besetzt werden, sodass alle Statusgruppen, auch die Studierenden, gleich stimmberechtigt  
69 vertreten sind. Statt einseitiger Stärkung der Hochschulleitung brauchen wir eine Stärkung  
70 der demokratisch durch alle Hochschulangehörigen gewählten Hochschulgremien. Gremien, die

- 71 sich an Aufsichtsräte anlehnen – wie Hochschulräte – gehören abgeschafft. Stattdessen  
72 wollen wir Beiräte schaffen, die aus der Zivilgesellschaft besetzt werden. Den  
73 demokratischen Austausch der Hochschule mit zivilgesellschaftlichen Akteuren,  
74 Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Sozialverbänden wollen wir stärken. Hochschulen sollen  
75 offene Orte der gesellschaftlichen Debatte sein. Das muss Vorrang vor kommerzieller  
76 Nutzung der Hochschulräume haben.
- 77 • Gute Wissenschaft braucht gute Arbeit. Dazu muss der wissenschaftliche und  
78 nichtwissenschaftliche Unter- und Mittelbau gestärkt werden. Daueraufgaben müssen auf  
79 Dauerstellen bearbeitet werden. Prekäre Arbeit, Lehre zu Dumpingvergütung und die  
80 Ausbeutung von Lehrbeauftragten und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten lehnen wir ab.  
81 Die Honorare für Lehraufträge wollen wir erhöhen, sie müssen auch die Vor- und  
82 Nachbereitung abdecken. Zentrale Lehraufgaben müssen auf festen, unbefristeten Stellen  
83 geleistet werden.
  - 84 • Frist ist Frust. Rund 90 Prozent der Beschäftigten im wissenschaftlichen Mittelbau sind  
85 befristet beschäftigt. Das Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches Personal wollen  
86 wir abschaffen: unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen die Norm werden.
  - 87 • Statt von einzelnen Professor\*innen abhängig zu sein, soll der wissenschaftliche Nachwuchs  
88 Abteilungen (Departments) zugehören. Wir wollen mehr feste Stellen neben der Professur  
89 schaffen. Qualifikationsstellen von Doktorand\*innen müssen mit 100 Prozent vergütet  
90 werden.
  - 91 • Wir brauchen einen flächendeckenden Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.
  - 92 • Frauen stärken: Wir wollen eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe  
93 durchsetzen und das Professorinnen-Programm zu einem Programm für die Förderung von Frauen  
94 auf allen Karrierestufen weiterentwickeln.
  - 95 • Die Hochschulen werden zu einem wesentlichen Teil durch nichtwissenschaftliches Personal  
96 in der Verwaltung, dem Gebäudemanagement und dem Forschungsbetrieb mitgetragen. Wer von  
97 Arbeitsbedingungen an Universitäten spricht, darf diesen Teil der Beschäftigten nicht  
98 vernachlässigen. Aus der Krise lernen heißt auch zu erkennen, dass es einen  
99 Personalaufbaupakt für die Hochschulverwaltung Auch in der Hochschulverwaltung gilt für  
100 uns: Dauerstellen für Daueraufgaben.
  - 101 • Investitionen in die soziale Infrastruktur: Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau muss  
102 wieder im Grundgesetz verankert und ein Sonderprogramm für den Neubau von Wohnheimplätzen  
103 gestartet werden. Die Lehre soll durch eine Grundfinanzierung gesichert werden, die sich  
104 an der Zahl der tatsächlichen Studienanfänger und an den Kosten des Studienplatzes  
105 bemisst.
  - 106 • DIE LINKE fordert einen Hochschulsozialpakt: Geld für mehr bezahlbare Plätze in  
107 Wohnheimen, Mensen und Hilfe für Studienwerke, die durch die Corona-Krise in eine  
108 Schieflage geraten sind.
  - 109 • Das duale Studium muss öffentlich-rechtlich akkreditiert werden und zu gleichwertigen  
110 Abschlüssen führen. Dual Studierende müssen einen Ausbildungsvertrag mit einer  
111 Mindestvergütung bekommen. Der Zugang zum dualen Studium muss ohne Abitur möglich sein.
  - 112 • Transparente Forschung und gesellschaftliche Verantwortung: Kooperationsvereinbarungen,

113 Sponsoring und sonstige Verträge, die öffentliche Bildungs- und Forschungseinrichtungen  
114 mit privaten Unternehmen oder Stiftungen eingehen, müssen offengelegt werden. Sie nehmen  
115 direkt oder indirekt Einfluss auf Wissenschaft.

- 116 • Um urheberrechtlich geschützte Werke für Zwecke der Bildung, Forschung und Lehre frei  
117 zugänglich zu machen, wollen wir eine allgemeine Ausnahme für Bildung und Forschung im  
118 Urheberrecht verankern. Das Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftlerinnen und  
119 Wissenschaftler muss von den engen einschränkenden Vorgaben befreit werden, damit die  
120 Nutzungsrechte nicht exklusiv durch Verlagsunternehmen angeeignet werden können.
- 121 • Informationen und wissenschaftliche Erkenntnisse, die mit Steuermitteln erarbeitet wurden,  
122 müssen allen zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für Open-Access-Strategien zur  
123 Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und zum Zugang zu Forschungsdaten ein. Wir  
124 fördern eine Open-Science-Kultur und wollen bedürfnis- und teilhabeorientiertes  
125 wissenschaftliches Arbeiten ermöglichen. Nutzungs- und Publikationsgebühren an Verlage, die  
126 über transparent gemachte Satz- und Lektoratsarbeiten hinausgehen, wollen wir verbieten.  
127 Die Paketverhandlungen von Forschungseinrichtungen mit einzelnen Großverlagen lehnen wir  
128 ab.
- 129 • Der Ausbau der IT muss einhergehen mit einer besseren Ausbildung von Lehramtsstudierenden  
130 und aktiven Lehrkräften: Digitale Kompetenzen und Unterrichtsmethoden müssen fester  
131 Bestandteil des Studiums werden. Auch danach braucht es Fortbildungsangebote.
- 132 • Digitale Infrastruktur ausbauen: Für einen schnelleren Aus- und Aufbau digitaler  
133 Infrastrukturen an den Hochschulen sollen von Bund und Ländern zusätzliche finanzielle  
134 Mittel durch einen Hochschuldigitalpakt zur Verfügung gestellt werden. Statt  
135 Leuchtturmprojekten braucht es eine Digitalisierungsoffensive für die Hochschulen  
136 bundesweit. Doch Technik allein macht noch keine gute Onlinelehre. Lehrenden muss der  
137 Zugang zu Fort- und Weiterbildung für digitale Lehr- und Lernangebote erleichtert werden.
- 138 • Digitale Medien dürfen nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch private  
139 kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage werden. In Bildungseinrichtungen  
140 eingesetzte Software sollte freie Software sein.
- 141 • Forschung für Frieden statt für Krieg und Rüstungsindustrie: Wir fordern die Verankerung  
142 von Zivilklauseln an allen Hochschulen und allen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie  
143 die Förderung von Friedensforschung.
- 144 • Um dem neoliberalen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften kritisches Denken zur  
145 Seite zu stellen, wollen wir plurale Ansätze in Forschung und Lehre an Hochschulen,  
146 Universitäten und in der Politikberatung fördern. Dazu gehören (post-)keynesianische,  
147 marxistische, ökologische und feministische Wirtschaftstheorien. Wir fordern im Rahmen der  
148 Forschungs- und Innovationsförderung des Bundes die Einrichtung eines Forschungsclusters  
149 zu sozialökologischer Transformation mit heterodoxer Ausrichtung der Forschung.
- 150 • Steuermittel zur Forschungsförderung dürfen nur an tarifgebundene Einrichtungen gehen. Das  
151 schafft auch Anreize, dass die Institute der Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer  
152 Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Leibniz-Gemeinschaft Mitglied in einem  
153 Arbeitgeberverband werden.

154 Forschung und Wissenschaft müssen zur Lösung von sozialer Spaltung, Klimawandel und

155 Umweltproblemen beitragen. In diesem Sinne wollen wir die milliardenschwere Innovations- und  
156 Technologieförderung des Bundes, auch die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte  
157 außeruniversitäre Forschung, strategisch ausrichten. Neben technischen sind dabei besonders  
158 soziale Innovationen wichtig. Wir wollen diese Forschungslandschaft stärker mit der Arbeit der  
159 Hochschulen verknüpfen.

## **Antrag L.1.(0700): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Für einen ökologisch-sozialen Systemwechsel**

2 Die ökologische Krise ist – neben den Kriegsgefahren – die große Überlebensfrage des 21.  
3 Jahrhunderts. Dabei geht es längst nicht nur um den Klimawandel. Umweltforscher\*innen gehen  
4 davon aus, dass von neun »planetaren Grenzen« (also physikalischen Grenzen des ökologischen  
5 Erdsystems) fünf bereits überschritten sind. Erderwärmung, massenhaftes Artensterben, die  
6 Verschmutzung der Atmosphäre mit Aerosolen, die Störung der Phosphor- und Stickstoffkreisläufe,  
7 die Zerstörung von Wäldern und die Vermüllung der Meere – jedes dieser Probleme hat das  
8 Potenzial, unserer Gesellschaft die materielle Grundlage zu entziehen. Die Corona-Pandemie hat  
9 uns das vor Augen geführt: Die Zerstörung natürlicher Lebensräume lässt die Wahrscheinlichkeit  
10 von Pandemien rasant steigen. Diesen verheerenden Prozess der Naturzerstörung müssen wir  
11 stoppen!

12 Für uns als LINKE steht fest, dass die Umweltzerstörung von den sozialen Verhältnissen im  
13 Kapitalismus nicht zu trennen ist. Studien weisen schon lange darauf hin, dass der »ökologische  
14 Fußabdruck« extrem ungleich verteilt ist. Das gilt nicht nur für das Verhältnis zwischen  
15 reichen und armen Staaten, sondern auch für Deutschland selbst. Während die Reichsten für einen  
16 überdurchschnittlichen Anteil der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind,  
17 sind die Armen von Umweltveränderung und Verschmutzung am stärksten betroffen. Wer Vermögen  
18 besitzt, kann sich vor Hitze, Trockenheit und Überschwemmung in Sicherheit bringen. Die Armen  
19 können das nicht. Die Naturzerstörung bedroht materielle Lebensgrundlagen und wird deshalb  
20 selbst zur sozialen Frage.

### **21 Den ökologischen Umbau planen!**

22 Um die Naturzerstörung zu stoppen, müssen Ressourcenverbrauch und Emissionen auf ein  
23 nachhaltiges Niveau abgesenkt werden. Ökosysteme besitzen Belastbarkeitsgrenzen, die nicht  
24 überschritten werden dürfen. Unter den Bedingungen des »freien« Weltmarkts ist Nachhaltigkeit  
25 auf Dauer unmöglich, denn der Kapitalismus beruht auf ständiger Expansion und  
26 überschreitet immer wieder neue ökologische Grenzen. Alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte  
27 belegen es: Technologische Erfolge – zum Beispiel durch den Ausbau erneuerbarer Energien oder  
28 durch bessere Antriebssysteme – werden durch sogenannte Rebound-Effekte sofort wettgemacht  
29 werden: Verbrennungsmotoren werden effizienter, aber dafür werden die Fahrzeuge schwerer. Die  
30 Digitalisierung erlaubt umweltfreundlichere Formen des Arbeitens, hat aber gleichzeitig einen  
31 ökologisch verheerenden Bergbauboom ausgelöst. Selbstverständlich sind grüne Technologien Teil  
32 des sozialökologischen Systemwechsels, aber sie allein werden die Naturzerstörung nicht  
33 stoppen.

34 Wir brauchen deshalb politische Maßnahmen, die den Ressourcenverbrauch und Emissionen deckeln  
35 und absenken. Am dringendsten gilt das für die klimaschädlichen Emissionen. Für sie müssen  
36 verbindliche Obergrenzen durchgesetzt werden, die den Unternehmen, aber auch der Gesellschaft  
37 klare Vorgaben machen. Unser Planet hat physikalische Grenzen – diese Erkenntnis muss sich  
38 endlich auch in Wirtschaft und Politik durchsetzen.

### 39 **Sozialökologische Investitionsoffensive**

40 Um Ressourcenverbrauch und Emissionen nachhaltig absenken zu können, brauchen wir einen  
41 gezielten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Mit sozialökologischen Investitionen wollen  
42 wir dafür sorgen, dass dieser Umbau nicht auf Kosten der Beschäftigten und der breiten  
43 Bevölkerung erfolgt. Wir schlagen deshalb ein Sofortprogramm gegen die soziale und  
44 Wirtschaftskrise vor, das zugleich die Weichen für eine bessere, klimagerechte Zukunft für alle  
45 stellt und die Gesellschaft durch eine starke öffentliche, soziale Infrastruktur krisenfester  
46 macht. Es geht um Anerkennung für diejenigen, die die Gesellschaft am Laufen halten – und um  
47 ein besseres Leben für alle. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar  
48 zusammen. Ohne soziale Gerechtigkeit kann keine große Transformation hin zu einer  
49 klimaneutralen Wirtschaft gelingen, weil die Menschen gar nicht in die Lage versetzt werden,  
50 den Klimaschutz in ihrem Alltag umzusetzen und sich dafür einzusetzen. Ohne Klimagerechtigkeit  
51 gibt es jetzt und in Zukunft keine soziale Gerechtigkeit, denn die Klimakrise trifft die  
52 zuerst, die sozial schlecht gestellt sind.

53 Es ist Zeit, dass die Zukunft der Vielen entscheidet, nicht der Profit der Wenigen. Es ist  
54 Zeit, dass endlich diejenigen von der notwendigen Transformation zu einer klimaneutralen  
55 Gesellschaft profitieren, die es in den letzten Jahren schwer hatten: Beschäftigte im  
56 Niedriglohnsektor, in der Industrie oder auf dem Bau, in sozialen Dienstleistungen und der  
57 »systemrelevanten« Infrastruktur, Mieter\*innen, Menschen, die ihre Angehörigen und Freund\*innen  
58 pflegen. Unser Programm für eine sozial gerechte und klimagerechte Gesellschaft setzt deshalb  
59 auf Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Wir wollen mit Investitionen Einstiege schaffen in  
60 ein neues, sozial gerechtes, klimagerechtes und geschlechtergerechtes Wohlstandsmodell mit  
61 einer gerechten Verteilung von Arbeit und Reichtum. Statt blinden Wachstums der Profite wollen  
62 wir mehr Zeit und weniger Stress für alle durch kürzere Arbeitszeiten mit Lohn- und  
63 Personalausgleich.

64 Die Infrastruktur in vielen Kommunen und Regionen wurde kaputtgespart. Es mangelt an  
65 Einrichtungen, Dienstleistungen und Personal. Das betrifft besonders gering verdienende und  
66 ältere Menschen und führt im Alltag bei vielen zu Stress. Mit einer sozialökologischen  
67 Investitionsoffensive wollen wir das ändern. Wir wollen gute Dienstleistungen und öffentliche  
68 Angebote für gute Arbeit schaffen – inklusiv, demokratisch und gemeinwohlorientiert. Wir setzen  
69 dabei auf eine erneuerbare Energie- und Mobilitätswende für ökologische und bezahlbare  
70 Energieversorgung und Mobilität für alle. Auf Investitionen in bezahlbare, energieeffiziente  
71 Wohnungen, die von gut bezahlten Beschäftigten gebaut werden. Auf einen klimaneutralen Umbau  
72 der Kommunen, der wohnortnahe Versorgung, funktionierende Infrastruktur und mehr Lebensqualität  
73 ermöglicht.

74 Die Bundesregierung schaut zu, wie Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet werden. Mit  
75 Klimapolitik hat das nichts zu tun, umso mehr mit Renditen der Aktionäre der Konzerne.  
76 Milliarden von Steuergeldern aus Hilfspaketen und Subventionen gehen an die Konzerne, ohne

77 Bedingungen, ohne Jobgarantien. Eine massive gesellschaftliche Richtungsauseinandersetzung ist  
78 längst im Gange: Renditen für Aktionäre auf Kosten der Belegschaften und der Zukunft unserer  
79 Kinder und Enkelkinder – oder eine »soziale, ökologische und demokratische Transformation« (so  
80 die IG Metall). Die produktive Arbeit und das Wissen der Beschäftigten in der Industrie sind  
81 eine unverzichtbare Grundlage für ein sozial gerechtes und klimagerechtes Wohlstandsmodell der  
82 Zukunft. Zugleich brauchen wir ein anderes Produktionsmodell, das nachhaltige Lebensweisen und  
83 hohe Lebensqualität für alle ermöglicht. Eine Produktion, die auf Rüstungsgüter und teure  
84 Eigentumswohnungen setzt, die Autos mit immer mehr PS, Energie- und Ressourcenverbrauch baut,  
85 hat ebenso wenig eine Zukunft wie die Herstellung von Wegwerfprodukten (zum Beispiel Elektro-  
86 und IT-Geräte mit wenigen Monaten Haltbarkeit).

## **Antrag L.1.(0701): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Investieren in gut bezahlte, klimaneutrale Jobs und die Infrastruktur für ein besseres Leben**

2 Für den notwendigen Umbau der Wirtschaft sind Regeln und Konzepte notwendig – Anreize,  
3 Subventionen und Steuererleichterungen reichen nicht aus. Nur mit massiven öffentlichen  
4 Investitionen können wir den Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Infrastruktur in  
5 ein bis zwei Jahrzehnten schaffen. LINKE Wirtschaftspolitik setzt auf die Steigerung der  
6 Nachfrage im Inland über höhere Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse sowie auf demokratische  
7 Entscheidung über Investitionen, die eine gemeinwohlorientierte, bedarfsgerechte und  
8 klimaneutrale Wirtschaft auf den Weg bringen sollen.

9 Statt Privatisierungen und öffentlich-privaten »Partnerschaften«, die sich nach dem Profit  
10 weniger richten, wollen wir Investitionen so gestalten, dass die verwendeten Steuergelder allen  
11 zugutekommen. Die Investitionen müssen die Lebensqualität der Menschen spürbar verbessern. Es  
12 fehlen 100 000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern und bezahlbarer Wohnraum in vielen großen und  
13 mittleren Städten. Das wollen wir ändern. Wir werden jährlich über 120 Milliarden Euro in die  
14 öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Durch höhere Einnahmen aus Steuern  
15 und Sozialbeiträgen können diese Ausgaben mindestens zur Hälfte refinanziert werden. Durch mehr  
16 öffentliche Investitionen auf kommunaler, Bundes- und Länderebene und durch eine gerechte  
17 Verteilung der Arbeit können über eine Million neuer Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (um die  
18 30 Stunden pro Woche) geschaffen werden.

19 Mit dem sozialökologischen Investitions- und Zukunftsprogramm investieren wir in:

- 20 • Mehr Personal in Pflege und Gesundheit: Wir wollen den Pflegenotstand, der der Gesundheit  
21 von Pflegekräften schadet und Menschenleben gefährdet, beenden. Dafür wollen wir 100 000  
22 Pflegekräfte in Krankenhäusern sowie 100 000 in Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten  
23 einstellen. Den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir krisenfest machen und ausbauen.
- 24 • Gute Bildung für alle: Wir stellen 200 000 zusätzliche Erzieher\*innen ein, um allen  
25 Kindern einen guten Kitaplatz zu garantieren und flächendeckende Ganztagsbetreuung zu  
26 gewährleisten. An den Schulen wollen wir zudem 100 000 neue Stellen für Lehrer\*innen und  
27 Sozialpädagog\*innen schaffen. Wir wollen Gebäude sanieren, Kitas, Schulen und Unis  
28 bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausstatten und Inklusion fördern – pro Jahr 58 Milliarden

29 Euro (Kapitel »Bildung«).

- 30 • Wir schaffen einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Wir schaffen  
31 mindestens 250 000 bezahlbare Wohnungen pro Jahr, deren Mieten sich ganz normale  
32 Beschäftigte leisten können. Wir investieren in ein Förderprogramm für sozial gerechte  
33 ökologische Modernisierung von Gebäuden (vgl. Kapitel »Wohnen und Mieten«)
- 34 • Erneuerbare Energiewende: Um das Klima zu retten, müssen erneuerbare Energien bis 2035 das  
35 System der fossilen Energien ersetzen. Die Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz  
36 wird so ausgerichtet, dass es auch für Kleinbetreiber und Kommunen rentabel ist. Die  
37 großen Energiekonzerne werden entmachtet und Energieversorgung wird am Gemeinwohl  
38 ausgerichtet. Durch die Energiewende in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand können  
39 bis 2030 über 100 000 hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Produktion,  
40 Installation und Wartung dieser Anlagen geschaffen werden. Investitionen in die  
41 Energiewende stärken insbesondere die regionale Wirtschaft. (vgl. Kapitel »Mobilität- und  
42 Energiewende«).
- 43 • Mobilitätsrevolution: Bus und Bahn ausbauen und die Preise drastisch senken, große Teile  
44 des Güterverkehrs auf die Schiene verlagern, vernetzte Mobilität schaffen, kurze Wege  
45 fördern, statt Flugstrecken Bahnverbindungen ausbauen – und weniger Autos, dafür aber  
46 Modelle mit einem geringeren ökologischen Fußabdruck bauen. Dies darf nicht dem Markt und  
47 privaten Konzernen überlassen werden. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr ausbauen, ein  
48 preiswertes 365-Tage-Ticket schaffen und den ÖPNV perspektivisch für die Nutzer\*innen  
49 kostenlos machen. (vgl. Kapitel »Mobilität- und Energiewende«). Wir wollen in öffentlichen  
50 Verkehr, Radwege, Fußwege und Stadtumbau investieren.
- 51 • Starke Kommunen mit klimaneutraler, sozialer Infrastruktur für ein besseres Leben:  
52 Wir entlasten die Kommunen, fördern benachteiligte Regionen und investieren in gleichwertige  
53 Lebensverhältnisse in Ost und West, in allen Regionen des Landes. Bei Investitionsmitteln wird  
54 ein Vorrang für strukturschwache Regionen und sozial abgehängte Kommunen und Stadtteile  
55 eingeführt. Wir schaffen Zugang zu schnellem Internet überall – und investieren in  
56 Barrierefreiheit: im Verkehr, in öffentlichen Gebäuden und beim Wohnungsbau. Regionale  
57 Wirtschaftsförderung und Wirtschaftskreisläufe schaffen Arbeitsplätze, soziale Infrastrukturen  
58 erleichtern das Leben. Durch Mobilitäts- und Energiewende entstehen sozial gerechte und  
59 klimaneutrale Kommunen mit mehr Lebensqualität für alle: bezahlbares Wohnen, gute wohnortnahe  
60 Gesundheitsversorgung, kurze Wege, weniger Lärm, mehr Parks und Urban Gardening, Spielplätze  
61 und Sportanlagen, preiswerte und klimafreundliche Naherholungsangebote.
- 62 • Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze: Mit einem staatlichen  
63 Industrietransformationsfonds über 20 Milliarden Euro im Jahr soll der notwendige  
64 ökologische Umbau in der Industrie, insbesondere in der Autozuliefererindustrie  
65 unterstützt werden. Von diesem Fonds profitieren nur Betriebe, die Arbeitsplätze sichern,  
66 gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge haben.
- 67 • Sozial und ökologisch gerecht in Europa: Wir wollen die Europäische Zentralbank am Ziel  
68 der Förderung guter und sinnvoller Arbeit, der Vollbeschäftigung und sozialökologischen  
69 Transformation in der EU ausrichten. Die EZB muss Kreditprogramme zur Verfügung stellen,  
70 damit die öffentlichen Investitionsbanken der Mitgliedstaaten einen klimaneutralen Umbau  
71 der Wirtschaft bis spätestens 2035 unterstützen und in Gesundheitsversorgung und Bildung,

72 erneuerbare Energien, Bahn und Nahverkehr, sozialen und ökologischen Wohnungsbau  
73 investieren können. (vgl. Kapitel »Europa«)

## **Antrag L.1.(0702): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien: Einstieg in ein neues Wohlstandsmodell**

2 Es geht auch um ein neues Wohlstandsmodell: Mit der sozialökologischen Investitionsoffensive  
3 und einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung in Richtung der kurzen Vollzeit (28 bis 35 Stunden  
4 bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich) schaffen wir sichere und sinnvolle Arbeit  
5 für alle und mehr Zeitwohlstand. Dadurch können wir im Laufe von 10 Jahren über 2 Millionen  
6 neue, gut bezahlte Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen. Arbeitsplätze, die mittelfristig durch  
7 Digitalisierung und Rationalisierung, Strukturwandel und ökologische Modernisierung verloren  
8 gehen, werden mehr als kompensiert. Ökologisch zerstörerische oder von den Beschäftigten als  
9 sinnlos erlebte Arbeit, schlecht bezahlte McJobs, werden durch gute und sinnvolle Arbeit  
10 ersetzt. Die Menschen, die die Gesellschaft am Laufen halten, werden besser bezahlt. Damit geht  
11 die Aufwertung der sozialen Berufe einher. Unser sozialer und ökologischer Systemwechsel ist  
12 deshalb auch ein Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit.

13 Zu einer gerechten Transformation gehört, dass sich Beschäftigte, die den Beruf und die Branche  
14 wechseln, weiterqualifizieren können, ohne ihr Einkommen zu gefährden. Für die Zeit der  
15 Weiterbildung wollen wir ein Weiterqualifizierungsgeld einführen, das 90 Prozent des letzten  
16 Gehalts beträgt. Das Weiterbildungsgeld wird anteilig über die Agentur für Arbeit und einen  
17 Fonds finanziert, in den Unternehmen einzahlen. Die Zeit der Weiterbildung wird nicht auf den  
18 Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet. Die Fachhochschulen und Universitäten wollen wir für  
19 Beschäftigte in der Industrie öffnen und durch eigene Weiterqualifizierungsmöglichkeiten für  
20 Zukunftsberufe und Schlüsselqualifikationen in Zusammenarbeit mit Betriebsräten und  
21 Gewerkschaften attraktiver machen.

## **Antrag L.1.(0703): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Industriearbeitsplätze mit Zukunft schaffen**

2 Die Zukunft von Industriestandorten berührt viele Regionen. Familien und Nachbarschaften sind  
3 betroffen, die Einnahmen der Kommunen und ihre soziale Infrastruktur. Die Industriepolitik der  
4 Bundesregierung folgt den falschen Prioritäten: an erster Stelle stehen die Profite der großen  
5 Exportkonzerne, nicht die mittelfristige Zukunft der Beschäftigten, Klimaschutz und der Nutzen  
6 für die Gesellschaft. Die Abhängigkeit der Industriestruktur in Deutschland vom Export und von  
7 der Autoindustrie ist eine wirtschafts- und industriepolitische Sackgasse.

8 Die Industriestruktur muss regionaler, krisenfester und unabhängiger vom Export werden – und  
9 die Industrie perspektivisch klimaneutral produzieren. Anders als Konzepte von Strukturwandel

10 in der Vergangenheit geht es nicht um Subventionen von Konzernen und eine gewisse »soziale  
11 Abfederung« der Folgen von Krisen, sondern um eine bessere Zukunft für die Beschäftigten in der  
12 Industrie: sinnvolle und sichere Arbeit, Löhne, die für ein gutes Leben reichen, weniger Stress  
13 und mehr freie Zeit.

14 Unser Ziel ist es, dass die Industrie bis 2035 klimaneutral, nachhaltig und energieeffizient  
15 produziert und die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos, Waffen,  
16 Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion wird. Wir wollen mit  
17 Gewerkschaften zusammen einen Prozess der Rüstungskonversion auf den Weg bringen und sinnvolle  
18 Arbeitsplätze für die Beschäftigten schaffen (vgl. Kapitel »Frieden«). Für eine neue  
19 Industriepolitik muss das Prinzip gelten: Es dürfen keine Arbeitsplätze verlagert werden, bevor  
20 nicht neue, gleichwertige Arbeit geschaffen wurde.

21 Wir fordern statt Subventionen für Aktionärsrenditen einen Rettungsschirm für  
22 Industriearbeitsplätze, der für sichere und sinnvolle Arbeit in der Zukunft sorgt:

- 23 • Keine Steuergelder ohne Gegenleistung – staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen  
24 oder versteckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen,  
25 Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um den notwendigen  
26 ökologischen Umbau der Produktion voranzutreiben, Planungssicherheit und sichere Einkommen  
27 für die Beschäftigten zu garantieren.
- 28 • Vetorechte gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft. Die Belegschaften müssen bei  
29 Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen, bei  
30 Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen mitbestimmen!  
31 Betriebsräte müssen auch in wirtschaftlichen Fragen ein Mitbestimmungsrecht bekommen und  
32 alle wichtigen Unternehmensentscheidungen müssen von Belegschaftsversammlungen bestätigt  
33 werden.
- 34 • Die Bundesregierung muss, zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften,  
35 Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die  
36 Industrie entwickeln, der für eine klimaneutrale Industrieproduktion bis 2035 sorgt und mit  
37 Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. Die  
38 Industriekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten – sie  
39 sind gemäß dem Grundgesetz auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Bei der Finanzierung der  
40 ökologischen Modernisierung der Produktion wollen wir die Konzerne und Aktionäre in die  
41 Pflicht zu nehmen. Zur Erinnerung: Alleine Daimler, VW und BMW hatten im vergangenen Jahr  
42 Gewinnrücklagen in Höhe von knapp 180 Milliarden
- 43 • Ein Industriefonds über 20 Milliarden Euro im Jahr: Mit einem staatlichen  
44 Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro im Jahr soll der notwendige ökologische Umbau  
45 insbesondere in der Autozulieferindustrie unterstützt werden. Von diesem Fonds profitieren  
46 nur Betriebe, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne und flächendeckende Tarifverträge  
47 haben.
- 48 • Ein Investitionsprogramm für einen zukunftssicheren Umbau hin zu einer klimaneutralen  
49 Stahl- und Grundstoffindustrie (u. a. mit Einsatz von grünem Wasserstoff). Staatliche  
50 Hilfgelder darf es nur mit demokratischer Kontrolle und im Gegenzug zu öffentlichen  
51 Eigentumsanteilen an den Stahlkonzernen und einer stärkeren Mitbestimmung der  
52 Belegschaften geben.

- 53 • Wir wollen ein sozial wie klimagerecht ausgerichtetes Lieferkettengesetz. Dieses muss die  
54 CO2-Bilanz in der gesamten Wertschöpfungskette einbeziehen. Es beinhaltet eine wirksame  
55 Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen in Rohstoffabbaugebieten zu stärken und die  
56 Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen, die in  
57 Konfliktregionen gefördert werden, wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein  
58 Zertifizierungsgebot aus. Daten über den Ressourcenverbrauch sollen für die gesamte  
59 Lebensdauer eines Produkts erhoben werden. Die Unternehmen müssen diese Daten offenlegen.  
60 (vgl. Kapitel »Welthandel«)

## **Antrag L.1.(0704): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Demokratie in der Wirtschaft. Genossenschaften und solidarische Ökonomie fördern**

2 Wir wollen mehr Demokratie auch in der Industrie fördern: Gelder für Forschung und Entwicklung,  
3 für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur sollen durch regionale Wirtschafts- und  
4 Transformationsräte kontrolliert werden, in denen neben der Landesregierung und Unternehmen  
5 auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

6 Demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im  
7 Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen. Genossenschaften und  
8 Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Kompetenzen der Beschäftigten auf und  
9 geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

10 • Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale  
11 Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehangenen Regionen und für Genossenschaften verwendet  
12 werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung  
13 gleichberechtigt berücksichtigt werden.

14 • Wir fördern Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen, durch  
15 Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Im Forschungsförderungsgesetz wollen  
16 wir einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen  
17 Ökonomie verankern. Zudem wollen wir eine sozialökologische Wirtschaftskammer einrichten,  
18 die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer  
19 Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

20 • DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in  
21 Eigenregie weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in  
22 wirtschaftlichen Krisen müssen, wo die Belegschaften dieses befürworten, in Form von  
23 kollektiven Belegschaftsanteilen vergeben werden. Bei dem Verkauf von Unternehmen müssen  
24 die Belegschaften ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten.

25 DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen,  
26 Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie, der Post, der  
27 Telekommunikationsinfrastruktur sowie weiterer Schlüsselindustrien in öffentliche (oder  
28 genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen. Wir wollen  
29 die großen Stromkonzerne entmachten und in öffentliches Eigentum überführen. Die

30 Energiewirtschaft soll durch Stadtwerke organisiert werden, die in den Kommunen dezentral und  
31 demokratisch gestaltet werden.

## **Antrag L.1.(0800): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gerechte Mobilität: ökologisch und bezahlbar für alle – mit guten Arbeitsplätzen**

2 Wir wollen bezahlbare und klimafreundliche Mobilität für alle. Der Verkehrssektor spart als  
3 einziger kein CO<sub>2</sub> ein und ist Treiber der Klimakrise. Gleichzeitig fehlt das Geld für gute  
4 Alternativen wie Busse, Bahnen, Fuß- und Radwege. Unsere Vision: Wir bauen Bus und Bahn aus und  
5 machen den Nahverkehr kostenlos. In die Schiene wird investiert und Bahnfahren wird billiger.  
6 In den Städten fahren weniger Autos, dafür werden mehr Ziele zu Fuß und mit dem Rad erreichbar.  
7 Lieferverkehr wird öffentlich organisiert und die Arbeitsbedingungen werden verbessert.  
8 Gerade in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie wichtig eine höhere Taktung im ÖPNV,  
9 bezahlbare Preise, gute Arbeitsbedingungen und gut ausgebaute Radwege sind – passiert ist fast  
10 nichts. Vielerorts sind Verkehrsbetriebe in eine Schieflage geraten, weil es weniger Fahrgäste  
11 gab. Doch statt in klimafreundliche Mobilität für alle zu investieren, wurde die Lufthansa mit  
12 Milliarden gerettet – ohne Beschäftigungssicherung. Die Belastung durch Autos und Lkw trifft  
13 vor allem diejenigen, die es sich nicht leisten können, von der Hauptverkehrsstraße  
14 wegzuziehen. Durch die Luftverschmutzung sterben jährlich Millionen Menschen frühzeitig, allein  
15 in Deutschland sind es 80 000. Diese Verhältnisse wollen wir ändern. Und wir sind nicht allein:  
16 Bürgerinitiativen gegen zerstörerische Verkehrsprojekte, für bessere Bahnangebote oder sichere  
17 Rad- und Fußwege sind überall im Land aktiv. Von Umweltverbänden gibt es Unterstützung und die  
18 Klimaziele machen eine sozialökologische Verkehrswende zwingend.

## **Antrag L.1.(0801): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Mobilität für alle – mit weniger Verkehr**

2 Wir wollen bezahlbare und wirklich barrierefreie Mobilität für alle – mit wenig Aufwand an Zeit  
3 und Energie. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot.  
4 Diejenigen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, brauchen bessere Bedingungen.  
5 Niemand soll auf das (eigene) Auto angewiesen sein.  
6 Unser Ziel ist der solidarisch finanzierte Nulltarif im ÖPNV für alle. Erste Schritte sind  
7 deutlich günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für Haushalte mit geringem  
8 Einkommen, eine Sozial-BahnCard sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. »Schwarzfahren«  
9 soll entkriminalisiert und nicht härter bestraft werden als Falschparken.  
10 • Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Bis 2030 wollen wir die  
11 Zahl der Nutzer\*innen verdoppeln (im Vergleich zur Zeit vor Corona). Dafür brauchen wir  
12 wesentlich mehr Mittel vom Bund. Es braucht neben Schienen und Fahrzeugen mehr Stellen,

- 13 gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Knapp 200 000  
14 Beschäftigte müssen innerhalb der nächsten zehn Jahre im Fahrdienst, in der Instandhaltung  
15 und in weiteren Bereichen der Verkehrsbetriebe eingestellt werden, damit der Ausbau des  
16 Angebots und eine ökologische Mobilitätswende gelingen.
- 17 • Wir treten für kommunale, demokratisch kontrollierte Nahverkehrsunternehmen ein. Der  
18 Vorrang eigenwirtschaftlicher Betriebe muss abgeschafft werden. Statt Profite für Uber und  
19 Co wollen wir neue Mobilitätsangebote ausschließlich unter öffentlicher (zum Beispiel  
20 kommunaler) Hoheit als Teil des Nahverkehrs in enger Abstimmung oder Kooperation mit den  
21 Taxibetrieben. Alle Angebote sollen in einer öffentlichen Plattform zu buchen sein. (vgl.  
22 Kapitel »Digitalisierung«)
  - 23 • Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Anbindung der Gemeinden  
24 untereinander und zum nächsten städtischen Zentrum mindestens im Stundentakt von 6 bis  
25 22 Uhr. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder Anruf-Sammeltaxis sowie moderne  
26 Flächenrufbussysteme und auch Taxen einbezogen werden oder die Grundversorgung ergänzen.  
27 Zusätzlich sollten Mobilitätsstationen mit einer Auswahl von geteilten Verkehrsmitteln  
28 aufgebaut werden.
  - 29 • Wir wollen Radfahren und Zufußgehen im Alltag attraktiver und sicherer machen: Mehr Platz  
30 auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen  
31 sind nötig. Das verbessert auch die Lebensqualität in der Stadt. Die  
32 Straßenverkehrsordnung wollen wir fußgänger- und fahrradfreundlicher gestalten.
  - 33 • Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz. In den Städten und  
34 Ballungsgebieten müssen Radschnellwege mit grüner Welle geschaffen werden. Dafür muss der  
35 Bund ausreichend zweckgebundene Mittel für die Kommunen bereitstellen.
  - 36 • DIE LINKE setzt sich für weitgehend autofreie Innenstädte ein und will den Kommunen  
37 hierfür erheblich mehr Spielraum geben.

## **Antrag L.1.(0802): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Bahn für alle! Soziale und ökologische Verkehrsplanung**

2 Das Angebot und Streckennetz der Bahn muss flächendeckend ausgebaut werden und bezahlbar sein,  
3 sodass alle Ziele bequem mit der Bahn erreichbar sind. Bahntickets machen wir billiger und  
4 führen eine Sozial-BahnCard ein, die die Ticketpreise halbiert.

- 5 • DIE LINKE tritt für eine bedarfsdeckende Finanzierung der Bahn und für den Ausbau ein. Wir  
6 fordern barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe mit Servicepersonal, verlässliche,  
7 getaktete Fahrpläne. Alle bisher nur von Dieselfahrzeugen befahrbaren Bahnstrecken müssen  
8 zügig elektrifiziert werden.
- 9 • Die Geschäftspolitik der Deutschen Bahn wollen wir am Gemeinwohl ausrichten statt am  
10 Bilanzgewinn. Der Schienenverkehr muss öffentlich organisiert werden. Alle  
11 Privatisierungen, Ausgliederungen und Aufspaltungen bestehender Eisenbahngesellschaften  
12 müssen rückgängig gemacht werden. Wir wollen eine demokratische Bürgerbahn, bei der auch

- 13 die Kompetenz und Erfahrung der Beschäftigten zum Tragen kommt.
- 14 • Die DB soll alle ICE-Bahnhöfe auch mit Nachtzügen anfahren.
- 15 • Wir setzen uns für ein europäisches Nachtzugnetz ein, damit Reisen in Europa bequem und  
16 ökologisch möglich ist. Bis 2030 müssen alle europäischen Großstädte gut mit dem Zug  
17 erreichbar sein.
- 18 • Wir sind gegen teure und unsinnige Prestigeprojekte, mit denen die Bahn Milliarden  
19 verpulvert. Es ist sinnvoller, das Geld gezielt in die Strecken- und Netzmodernisierung zu  
20 investieren, um die notwendigen Kapazitätssteigerungen zu erreichen.
- 21 • Wir fordern die Halbierung der Trassenpreise auch für den Personenverkehr, damit mehr  
22 Verkehr auf die Schiene kommt und Bahnfahrten billiger werden kann.
- 23 • Güterverkehr muss auch unter 300 Kilometer Entfernung wieder auf die Bahn.
- 24 Statt neue Autobahnen zu bauen, wollen wir den Ausbau des ÖPNV sowie des Rad- und Fußverkehrs  
25 in den Kommunen und Regionen finanzieren und demokratisch gestalten:
- 26 • Bei der Planung von Verkehrsprojekten wollen wir Bürger\*innen und Interessenvertretungen  
27 von Anfang an voll einbeziehen und wirkliche Alternativen zur Diskussion stellen. Wir  
28 wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um die  
29 Verkehrsplanung zu demokratisieren.
- 30 • Stopp des Neu- und Ausbaus von Autobahnen. Wir wollen einen alternativen Verkehrswegeplan,  
31 mit dem die sozialökologische Mobilitätswende vollzogen wird und bei dem der  
32 schienengebundene Personen- und Güterverkehr im Mittelpunkt steht. Wir lehnen alle  
33 direkten oder indirekten Privatisierungen von Verkehrsinfrastruktur ab. Auch öffentlich-  
34 private Partnerschaften (ÖPP) verursachen langfristig Mehrkosten, sind ein Risiko für die  
35 öffentliche Hand und schränken die Demokratie ein. Die Autobahn GmbH des Bundes lehnen wir  
36 ab. Sie ermöglicht Privatisierung durch die Hintertür.
- 37 • Die Pendlerpauschale wollen wir in ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld umwandeln und  
38 zusätzlich einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds bieten.
- 39 • Das steuerliche Dienstwagenprivileg wollen wir abschaffen, damit nicht weiterhin vor allem  
40 Gutverdienende, Arbeitgeber und die Automobilindustrie auf Kosten der Allgemeinheit und  
41 der Umwelt profitieren.
- 42 • Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich auch Tempolimits: 120 km/h auf  
43 Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts.
- 44 • DIE LINKE will Umgebungslärm, Straßen-, Schienen- und Flugverkehrslärm mit einem  
45 verbindlichen Lärmschutzgesetz regeln und verringern. Die Mittel für den Lärmschutz müssen  
46 aufgestockt werden. Lärm macht krank!

## **Antrag L.1.(0803): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1    **Automobilindustrie sozial und ökologisch umbauen****

2    Der LINKE sozialökologische Umbau bietet einen Ausweg aus der Krise der Autoindustrie, der den  
3    Belegschaften mehr nutzt als die Politik der Bundesregierung, die die großen Autokonzerne  
4    stärkt, am Individualverkehr festhält und nur den Antrieb wechseln will. Durch Investitionen  
5    des Bundes in Bahninfrastruktur und öffentlichen Personennahverkehr können in den nächsten  
6    Jahren über 200 000 gut bezahlte Industriearbeitsplätze geschaffen werden. Vorrang hat die  
7    Produktion von Fahrzeugen für kollektive Mobilitätskonzepte wie E-Busse, Züge und  
8    Straßenbahnen.

- 9    •    Antriebswechsel: Der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis spätestens 2030 ist nicht nur  
10    klimapolitisch alternativlos, sondern schafft auch Planungssicherheit für die  
11    Beschäftigten und für Investitionen in die Zukunft. Spätestens ab 2030 dürfen keine Pkw  
12    mit Verbrenner mehr neu zugelassen oder exportiert werden.
- 13   •    E-Mobilität darf nicht zu einer Rückkehr der Atomkraft führen. Die Energieversorgung muss  
14    durch erneuerbare Energien und gemeinwohlorientiert in öffentlichem und  
15    genossenschaftlichem Eigentum erfolgen.
- 16   •    Eine Kaufprämie für Elektroautos lehnen wir weiterhin ab. Stattdessen wollen wir  
17    Elektromobilität im öffentlichen Verkehr fördern, d. h. Straßenbahnen, Züge, O-Busse, E-  
18    Busse. Zuschüsse für E-Autos sind darüber hinaus sinnvoll für Fahrzeuge, die viel  
19    unterwegs sein müssen – zum Beispiel jene von Handwerkern, sozialen Diensten, Taxen. Der  
20    Staat muss die Schaffung eines angemessenen Ladenetzes für Elektrofahrzeuge – auch mit den  
21    Ländern der EU – koordinieren.
- 22   •    Wir wollen die Forschung für eine längere Einsatzdauer und Nutzbarkeit von Fahrzeugen, für  
23    energieeffiziente Elektrofahrzeuge, Batterieproduktion und -recycling und für Wasserstoff-  
24    Brennstoffzellen-Antrieb für (Klein-)Busse ausbauen.

## **Antrag L.1.(0804): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1    **Flugverkehr reduzieren****

2    Fliegen schadet dem Klima. Viele Strecken könnten leicht mit der Bahn zurückgelegt werden, aber  
3    die Bundesregierung subventioniert weiterhin den Flugverkehr und hat in der Corona-Krise 22  
4    Milliarden Euro in die Lufthansa gesteckt, ohne Garantien für die Beschäftigten zu erreichen.

- 5    •    Wir wollen den innerdeutschen und innereuropäischen Flugverkehr so weit wie möglich auf  
6    die Schiene verlagern. Wir wollen ein Verbot von Flügen zu Destinationen, die mit dem Zug  
7    in bis zu 5 Stunden erreichbar sind und die nicht weiter als 500 km entfernt sind.  
8    Öffentliche Zuschüsse für Flughäfen sollen gestrichen werden.
- 9    •    Wir wollen die Bundesbeteiligungen an Lufthansa und Bahn in eine bundeseigene Gesellschaft

- 10 überführen. Diese muss ihre Möglichkeiten nutzen, um den Bahnverkehr auszubauen und im  
11 Gegenzug Inlandsflüge schrittweise auf null zu reduzieren. Arbeitsplätze, die im  
12 Luftverkehr wegfallen, können so durch den Ausbau der Bahn und des ÖPNV erhalten werden.
- 13 • Wir treten für ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere für  
14 stadtnahe Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im Luftverkehrsgesetz verankert werden.  
15 Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und  
16 bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.
  - 17 • Ein Einstieg in die Neuorganisation des Flughafensystems ist die Stilllegung von  
18 defizitären Regionalflughäfen. Wir wollen den Ausbau weiterer Flugkapazitäten beenden.
  - 19 • Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden. Wir  
20 wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU. Auf Flugtickets ins Ausland soll der  
21 volle Mehrwertsteuersatz fällig werden.
  - 22 • Die staatliche Milliardensubvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biokraftstoff«  
23 wollen wir abschaffen.

## **Antrag L.1.(0805): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Güterverkehr verringern und auf die Schiene bringen**

2 Die internationalen Konzerne sorgen dafür, dass immer mehr Transportkilometer in den Produkten  
3 stecken, weil die profitabelsten Bedingungen überall auf der Welt genutzt werden. Regierungen  
4 subventionieren Verkehr, während längere Wege die Unternehmen zu wenig kosten. Der Preis dafür  
5 ist hoch: Unfälle, Lärm, Abgase, Klimawandel und Umweltzerstörung. Die Kosten dafür werden der  
6 Allgemeinheit aufgebürdet – sie summieren sich auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr und  
7 belasten vor allem die Krankenkassen und die Umwelt. Wir wollen diese Entwicklung umkehren,  
8 Transporte verteuern und die regionale Wirtschaft stärken.

- 9 • Die Lkw-Maut wollen wir auf alle Straßen ausweiten und erhöhen. Die externen Kosten wie  
10 Luftverschmutzung und Lärmbelästigung müssen einbezogen werden.
- 11 • Wir wollen die Nutzung von Bundes- und Landstraßen für Lkw untersagen, wenn eine  
12 Bundesautobahn parallel vorhanden ist. Die Zulassung von Gigalinern (Lang-Lkw) lehnen wir  
13 ab. Ebenso lehnen wir staatlich geförderte Projekte zur Erprobung und Einführung von  
14 Oberleitungen für Hybrid-Lkw mit Stromabnehmern auf Autobahnen und elektronischen  
15 Deichseln für Kolonnenfahrten von Lkw und anderen Nutzfahrzeugen als falsche  
16 Weichenstellung ab.
- 17 • Wir wollen längere Ruhezeiten und bessere Arbeitsbedingungen für Lkw-Fahrer\*innen  
18 durchsetzen.
- 19 • Wir wollen die Innenstädte vom Lieferverkehr entlasten. Die Anschaffung von E-  
20 Lastenfahrrädern soll ebenso gefördert werden wie Kombibusse oder Straßenbahnen, die auch  
21 Pakete transportieren. Wir wollen Kommunen darin unterstützen, lokale Logistikzentren mit  
22 guten Arbeitsbedingungen einzurichten. Von dort kann die Verteilung erfolgen, am besten zu  
23 Fuß oder per Lastenrad.

- 24 • Staatliche Hilfen für die Schifffahrt müssen an soziale und ökologische Kriterien geknüpft  
25 werden. Billigflaggen für deutsche Reedereien wollen wir verbieten. Die Konkurrenz der  
26 Häfen muss durch eine enge Kooperation abgelöst werden.
- 27 • In die Hoheitsgewässer der EU sollen nur noch mit Diesel oder umweltfreundlicheren  
28 Antriebsarten betriebene Fracht- und Kreuzfahrtschiffe einfahren dürfen. Die Verwendung  
29 von stark umweltschädlichem Schweröl würde damit eingeschränkt.
- 30 • DIE LINKE will den Import von »Biotkraftstoffen« verbieten, weil damit  
31 Nahrungsmittelproduktion in Ländern des Globalen Südens verdrängt und Biotope zerstört  
32 werden. Regionale Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim ÖPNV  
33 eingesetzt werden dürfen.

## **Antrag L.1.(0900): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Klimagerechtigkeit und Energiewende**

2 Um das Klima zu retten, ist ein grundlegender Wandel unserer Gesellschaft notwendig. Aber die  
3 Regierung verzögert mit falschen Weichenstellungen im Interesse von Konzernen die Klima-,  
4 Energie- und Verkehrswende. Der Kohleausstieg kommt zu spät. Mit der Politik der Großen  
5 Koalition kann das 1,5-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung nicht erreicht werden.  
6 Obwohl alle wissen, dass das Klima so nicht gerettet werden kann. Die Kosten der Klimakrise  
7 wollen CDU, SPD und Grüne auf die Menschen abwälzen. Dabei sind es die Konzerne, die mit ihren  
8 klimaschädlichen Geschäftsmodellen Profite machen: 100 Unternehmen sind für 70 Prozent des  
9 globalen industriellen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich. DIE LINKE steht für einen  
10 sozialökologischen Systemwechsel: Dafür, dass Mensch und Natur nicht ausgebeutet werden. Dafür,  
11 dass nicht der Geldbeutel entscheidet, ob man sich einen ökologischen Lebensstil leisten kann.  
12 Nach Zahlen der Nichtregierungsorganisation Oxfam stoßen die reichsten 10 Prozent der  
13 Bevölkerung in Deutschland pro Kopf etwa 4,5-mal so viel CO<sub>2</sub> aus wie die unteren 50 Prozent.  
14 Der Klimawandel wird nicht von den Menschen gemacht, sondern von den Reichen – mit zahlreichen  
15 Reisen, großen Immobilien und Yachten. Den Preis dagegen zahlen die Armen, die sich nicht gegen  
16 Klimaschäden versichern oder bei steigenden Lebensmittelpreisen sich das Essen nicht mehr  
17 werden leisten können. Wir wollen eine sozialökologische Wende, von der alle Menschen durch  
18 bezahlbare Energie, erschwingliche Mobilität, gesunde Nahrungsmittel und mehr Lebensqualität  
19 profitieren. Dafür wollen wir die großen Konzerne entmachten und die Produktion an sozialen und  
20 ökologischen Zielen ausrichten.

21 Ein sozialökologischer Systemwechsel in Deutschland ist auch eine Frage der sozialen und der  
22 globalen Gerechtigkeit. Die Länder des Globalen Südens sind von der Klima- und Umweltzerstörung  
23 besonders stark betroffen und am wenigsten dafür verantwortlich. Klimagerechtigkeit bedeutet  
24 auch, Rohstoff- und Ressourcenverbrauch hierzulande zu verringern und sich für eine gerechte  
25 Verteilung von Rohstoffen und Ressourcenverbrauch einzusetzen.

26 Unsere Hoffnung sind die Millionen Menschen, die in den letzten Jahren auf der Straße waren und  
27 für Klimagerechtigkeit gestreikt haben. Wir stehen an der Seite der Klimabewegung und  
28 unterstützen Forderungen nach einer sozial gerechten Klimawende hin zu Klimaneutralität bis

29 spätestens 2035.

30 Unser Programm für konsequenten Klimaschutz und Klimagerechtigkeit:

- 31 • Wir nehmen Klimaschutz als Staatsziel in die Verfassung auf.
- 32 • Wir fordern die Energiewende mit 100 Prozent Erneuerbaren und 75 Prozent Wärme aus  
33 erneuerbaren Energien bis 2035. Wir wollen den Kohleausstieg bis spätestens 2030. Wir  
34 wollen die Energiekonzerne entmachten und eine Energiewende in Bürgerhand, in öffentlichem  
35 oder genossenschaftlichem Eigentum.
- 36 • Wir wollen, dass die Bundesrepublik bis spätestens 2035 klimaneutral ist. Bereits bis 2030  
37 müssen die Emissionen um mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt sein. Die  
38 genannten Ziele müssen im Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Emissionshandel bietet  
39 keinen wirksamen Klimaschutz.
- 40 • Den Emissionshandel als Leitinstrument im Klimaschutz lehnen wir ab. Primär müssen  
41 verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen den Konzernen klare Vorgaben machen.  
42 Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme müssen den Umbau unterstützen.
- 43 • Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Energiesperren, die  
44 einkommensarme Haushalte treffen, wollen wir verbieten und ein preisgünstiges  
45 Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe einführen.
- 46 • Wir fordern, dass Klimaschutz als Erweiterung der Grundrechte in der Verfassung  
47 aufgenommen wird. Alle Entscheidungen der Politik und die Verfügung über Eigentum müssen  
48 am Gemeinwohl ausgerichtet werden, dazu gehören Klimaschutz und der Abbau von sozialer  
49 Ungleichheit. Verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen müssen den Konzernen klare  
50 Vorgaben machen.

## **Antrag L.1.(0901): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Raus aus der Kohle, Übergänge gerecht gestalten**

2 Wir wollen die Lebensgrundlagen schützen und das Pariser Klimaabkommen durchsetzen: Das geht  
3 nur, wenn die Kohleverstromung bis spätestens 2030, nicht erst 2038 beendet wird, wie die Große  
4 Koalition 2019 im Kohleausstiegsgesetz beschlossen hat. Der schrittweise Ausstieg aus der  
5 Braunkohleverstromung muss arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch begleitet werden.  
6 Interessenvertreter\*innen der Beschäftigten vor Ort und der Region müssen eingebunden und  
7 Kündigungen vermieden werden. DIE LINKE fordert die Novelle des nationalen  
8 Kohleausstiegsgesetzes mit folgenden Eckpunkten:

9 Der schrittweise Kohleausstieg beginnt sofort. Spätestens 2030 muss der letzte Kohlemeiler vom  
10 Netz. Der Neubau von Kohlekraftwerken sowie für den Neuaufschluss und die Erweiterung von  
11 Braunkohletagebauen wird verboten. Das 2020 neu in Betrieb genommene Steinkohlekraftwerk  
12 Datteln 4 wird sofort vom Netz genommen.

13 Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten in den  
14 Revieren erfolgen. Es braucht in den nächsten Jahren 40 Milliarden Euro, um die Übergänge

15 gerecht zu gestalten. In vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen wollen wir  
16 Transformationsräte einrichten, die den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft fachlich  
17 begleiten. Diese sollen Initiativrecht über die Gelder aus dem Transformationsfonds und der  
18 regionalen Infrastrukturpolitik haben. Die Räte müssen finanziell angemessen ausgestattet sein,  
19 um ihre Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Sie setzen sich zusammen aus Vertreter\*innen von  
20 Wissenschaft, Umwelt- und Verbraucherverbänden, Gewerkschaften sowie zur Hälfte aus direkt  
21 gewählten Bürger\*innen und Vertreter\*innen der Belegschaften. Eine wirksame Beteiligung von  
22 Kindern und Jugendlichen insbesondere auch im ländlichen Raum ist voranzutreiben.

- 23 • Für den Braunkohleabbau dürfen keine weiteren Dörfer abgebaggert werden, der Hambacher  
24 Forst darf nicht weiter zerstört werden.
- 25 • Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Betreiber ihren Verpflichtungen aus dem  
26 Bergrecht nachkommen: Tagebaue müssen wieder nutzbar gemacht und Kosten für  
27 Bergbaufolgeschäden von den Konzernen übernommen werden.
- 28 • Bis der notwendige Ausstieg aus der Kohle erreicht ist, müssen die Folgen des Abbaus von  
29 Braunkohle begrenzt werden. DIE LINKE tritt für eine Reform des Bundesberggesetzes ein:  
30 Statt der Konzerninteressen müssen Umwelt und die Menschen vor Ort an erster Stelle stehen  
31 und mitentscheiden können.

32 Die Bundesregierung muss sich im Zusammenhang mit der Neufestlegung der EU-Klimaschutz- und  
33 EU-Energieziele für 2030 für eine Minderung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990  
34 um 70 Prozent einsetzen, für einen Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 45  
35 Prozent. Auf EU-Ebene unterstützen wir eine Reform des EU-Emissionshandels, die zur Anhebung  
36 der Klimaschutzziele in den Emissionshandelssektoren auf die Paris-Ziele führt und jeden  
37 Missbrauch des Instruments ausschließt. Eine Ausdehnung des Systems des Emissionshandels auf  
38 die Sektoren Wärme und Verkehr lehnen wir ab.

## **Antrag L.1.(0902): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 In erneuerbare Energie investieren, Energiekonzerne entmachten**

2 Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und durch die  
3 Bürger\*innen selbst gestaltet ist. Die Vormachtstellung von Großkonzernen in der  
4 Energieversorgung muss ein Ende haben. Die Energieversorgung wollen wir bürgernah und als Teil  
5 der öffentlichen Daseinsvorsorge organisieren. Energieversorgung muss dem Gemeinwohl dienen und  
6 der Profitgewinnung entzogen werden. Ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuer,  
7 Netzentgelten, Emissionshandel und im Erneuerbare-Energien-Gesetz müssen entfallen. Sie  
8 verhindern den notwendigen Strukturwandel.

- 9 • Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch  
10 kontrolliert werden. Wenn der Kohleausstieg beschleunigt und eine dezentralisierte  
11 Energieversorgung mit Speichersystemen vorangebracht wird, ist ein deutlich geringerer  
12 Netzausbau erforderlich, als er jetzt – getrieben von den Profitinteressen der  
13 Übertragungsnetz- und Kohlekraftwerksbetreiber – geplant ist.

- 14 • Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG und den Ökostromanteil auf 80 Prozent bis zum  
15 Jahr 2030 und auf 100 Prozent bis 2035 erhöhen. Ausschreibungssysteme sind für  
16 Bürgerenergieprojekte teuer, riskant und aufwändig, wir lehnen sie für Projekte bis  
17 18 Megawatt bzw. fünf Anlagen ab.
- 18 • DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte  
19 Energiewende, zum Beispiel Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer. Institutionen,  
20 Einrichtungen, Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von  
21 ihnen für die Energieerzeugung und -eigenversorgung genutzten Netze erhalten. In  
22 kommunalen Stadtwerken unter direkter demokratischer Mitgestaltung der Bevölkerung können  
23 ökologische Energiegewinnung und bezahlbare Energiepreise am besten erreicht werden.  
24 Gleichzeitig werden damit Grundlagen zur Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen  
25 geschaffen.
- 26 • Investoren müssen verpflichtet werden, den Standortgemeinden eine Beteiligung an neuen  
27 Windkraftanlagen, Photovoltaikkraftwerken und Energiespeichern anzubieten. Die Kommunen  
28 werden dadurch Mitbesitzerinnen. Sie müssen so, oder durch Betreiberabgaben an  
29 Standortkommunen, an finanziellen Erträgen der Ökostrombetreiber beteiligt werden.
- 30 • Um die Energiewende voranzubringen, wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für  
31 Hauseigentümer, Mietervereinigungen, Betriebe und Kommunen verbessern, die ihre  
32 Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. DIE LINKE unterstützt  
33 Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch Blockheizkraftwerke im Keller  
34 oder Photovoltaikanlagen (PV) auf dem Dach.
- 35 Atomausstieg sofort: Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und  
36 alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abgeschaltet werden.  
37 Atomexporte müssen verboten werden. Die Konzerne müssen die Langzeitkosten der Atomwirtschaft  
38 tragen.
- 39 • Wir setzen uns für den Atomausstieg in Europa und überall auf der Welt ein. Es braucht  
40 einen gesamteuropäischen Plan zur Stilllegung von Atomkraftwerken. Die staatliche deutsche  
41 Förderbank KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) darf keine Atomkraftwerke im Ausland  
42 fördern.
- 43 • Den Im- und Export von Uranbrennstoffen wollen wir verbieten. Die Fertigung von  
44 Uranbrennstoff in den vom Atomausstieg bislang ausgenommenen Anlagen in Gronau und Lingen  
45 muss beendet werden.
- 46 • Keine Lagerung im »Endlager« Schacht Konrad in Salzgitter. Atommülllagerung kann nicht von  
47 oben und ohne Beteiligung der Betroffenen und der Aktiven in der Anti-Atom-Bewegung  
48 durchgesetzt werden. Dafür braucht es umfassende Mitsprache und Klagerechte in allen  
49 Phasen des zu entwickelnden Suchverfahrens.
- 50 • Die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau von Atomanlagen müssen die Atomkonzerne  
51 tragen. Dabei muss ein Höchstmaß an Strahlenschutz und Sicherheit gelten sowie eine  
52 umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung ermöglicht werden, die über das bestehende Atomrecht  
53 hinausgeht.
- 54 • Öffentliche Gelder, inklusive der Pensionsrücklagen und Rentenkassen, müssen umgehend aus  
55 Anlagen in Unternehmen der fossil-atomaren Energiebranche abgezogen werden. Öffentliche

56 Institutionen dürfen nicht in fossile und nukleare Energieunternehmen investieren.  
57 • Mit ihrem Fracking-Erlaubnisgesetz vom Juni 2016 haben CDU/CSU und SPD Fracking im  
58 Sandgestein (sogenannten Tight Gas Reservoirs) zugelassen. Wir wollen Fracking ohne  
59 Ausnahmen verbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die unterirdische Verpressung von  
60 CO<sub>2</sub> (Carbon Capture and Storage, CCS) verboten wird.

## **Antrag L.1.(0903): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Strompreise stärker kontrollieren, Energie für alle bezahlbar machen**

2 Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht. DIE LINKE will Energiearmut verhindern.  
3 Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren  
4 müssen.

5 • Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom, Wasser und Heizenergie wollen  
6 wir preisgünstige Sockeltarife schaffen. Was über den durchschnittlichen Verbrauch  
7 hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum Stromsparen geschaffen.

8 • Die Strompreise müssen stärker überwacht und sozial gerechter ausgerichtet werden. Der  
9 zuständigen staatlichen Behörde soll daher ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem  
10 Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind.

11 • Wir wollen ein bundeseinheitliches Netzentgelt über alle Spannungsebenen einführen, damit  
12 die Netzentgelte in Regionen mit vielen Ökostromanlagen nicht höher sind als in Regionen  
13 mit wenigen Ökostromanlagen.

14 • Wir fordern ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und  
15 Mineralölkonzerne.

16 Wir wollen den Strompreis für Endkunden senken, indem wir:

17 • die Förderung erneuerbarer Energien zu wesentlichen Teilen über den Bundeshaushalt statt  
18 über die jetzige Ökostromumlage (EEG-Umlage) finanzieren und die Stromsteuer für private  
19 Verbraucher\*innen senken.

20 • Wohngeld soll auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt und um eine Komponente für  
21 Stromkosten erweitert werden. Die Heiz-, Warmwasser- und Stromkostenkomponente soll im  
22 Wohngeld zu einer Energiekostenkomponente (»Klimawohngeld«) zusammengeführt werden. So  
23 wird Energiearmut verhindert.

24 • Wir wollen eine Öko-Abwrackprämie für Haushaltsgeräte auflegen. Die zu ersetzenden  
25 Elektrogeräte müssen mindestens zehn Jahre alt sein und die Neugeräte die beste  
26 Stromeffizienz aufweisen. Die Förderprämie für den Austausch von Kühlschränken in  
27 einkommensschwachen Haushalten wird von 100 auf 200 Euro erhöht, für Wasch- und  
28 Spülmaschinen werden zusätzliche Förderprämien gezahlt.

29 Am preiswertesten und umweltfreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die nicht  
30 bereitgestellt werden muss. Es braucht Standards, die den maximalen Energieverbrauch von  
31 Produkten, Produktionsweisen und Gebäuden vorgeben. Es dürfen nur langlebige,

32 reparaturfreundliche, material- und energiesparende Produkte hergestellt werden. Ein  
33 Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und  
34 sozial begleiten. Der Altbaubestand muss bis 2035 nahezu vollständig energetisch saniert  
35 werden. Dafür wollen wir sozial gerechte Förderprogramme ausbauen (vgl. Kapitel »Keine Profite  
36 mit der Miete«).

## **Antrag L.1.(0904): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Grüner Wasserstoff in der Energiewende**

2 Mithilfe von Wasserstoff können Kohle und Erdgas auch dort ersetzt werden, wo der direkte  
3 Einsatz von Ökostrom nicht möglich ist. Strategien, künftig auch Autos und Gebäudeheizungen mit  
4 Wasserstoff zu betreiben, sind weder sozial noch ökologisch: Seine Herstellung verbraucht zu  
5 viel Energie. DIE LINKE fordert, Wasserstoff und dessen Folgeprodukte künftig nur auf Basis von  
6 Ökostrom zu gewinnen und ausschließlich dort einzusetzen, wo keine effizienteren Alternativen  
7 dazu vorhanden sind, so etwa bei der Dekarbonisierung der Stahlindustrie, von Teilen der  
8 Chemiewirtschaft, im Flug- und im Seeverkehr sowie zur Rückverstromung während Dunkelflauten.  
9 Wo die Elektrolyse-Anlagen öffentlich gefördert sind, müssen sie mindestens anteilig öffentlich  
10 betrieben werden.

## **Antrag L.1.(1000): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Für eine nachhaltige Landwirtschaft. Gesunde Nahrungsmittel für alle**

2 Lebensmittel werden oft Hunderte oder Tausende Kilometer transportiert, bevor sie auf den Tisch  
3 kommen. In der Landwirtschaft dominieren große Agrarkonzerne, die ihre Gewinne auf Kosten von  
4 Menschen und Umwelt machen. Kleine und ökologische Betriebe haben es schwer. Die  
5 Agrarwirtschaft wird europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Dies trägt zur  
6 Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des Globalen Südens, aber  
7 auch hier vor Ort bei. Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte  
8 Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung  
9 fördern. Und: In Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung braucht es gute Arbeitsbedingungen.  
10 Vier große Einzelhandelskonzerne bestimmen 85 Prozent des Lebensmittelverkaufs in Deutschland  
11 und machen fette Profite, während viele Landwirt\*innen kaum über die Runden kommen.

- 12 • Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und Einkommen durch flächendeckende  
13 Tarifverträge in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein. Auch in der Landwirtschaft  
14 muss man von der Arbeit gut leben können, egal ob als Vollzeit- oder Saisonarbeitskraft.
- 15 • Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle. Wir wollen regionale  
16 Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von  
17 Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen: Konzernmacht durch effektives,

- 18 gemeinwohlorientiertes Kartellrecht beschränken. Verbindungen zwischen Wirtschaft und  
19 Politik durch ein verpflichtendes Lobbyregister offenlegen. Wir fördern bäuerliche,  
20 genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft statt Agrarkonzerne. Wir wollen den  
21 Ökolandbau ausbauen und dafür verbindliche Ziele festlegen. Genossenschaftliche  
22 Landwirtschaft, Formen der solidarischen Landwirtschaft sowie Erzeuger- und  
23 Vermarktungsgemeinschaften sind besonders zu unterstützen.
- 24 • Wir wollen Boden verfügbar machen für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe und  
25 ländliche Bevölkerung. Bauernland gehört nicht in Investorenhand. Öffentlichen Besitz an  
26 Land- und forstwirtschaftlichen Flächen wollen wir stärken und Flächen der  
27 Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) in Ostdeutschland in Länderhand  
28 übergeben. Wir wollen einen öffentlichen Bodenfonds einführen, der an nachhaltig  
29 wirtschaftende, ortsansässige Agrarbetriebe zu fairen Konditionen langfristig verpachtet.  
30 Junglandwirt\*innen und genossenschaftliche Konzepte wollen wir fördern. Das wollen wir mit  
31 einer umfassenden Reform der ordnungs-, steuer-, förder- und preisrechtlichen Regelungen  
32 zum Boden angehen. Der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen soll grundsätzlich an  
33 Landwirt\*innen sowie gemeinnützige Landgesellschaften erfolgen – und zwar zu Preisen, die  
34 dem Ertragswert entsprechen.
  - 35 • DIE LINKE setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik Ab der kommenden  
36 Förderperiode sollen die Zahlungen konsequent an Umwelt- und Sozialkriterien und an den  
37 Tierschutz gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen  
38 Direktzahlungen erhalten – egal ob groß oder klein, ökologisch oder konventionell. Es darf  
39 nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben. Die Schaffung und der  
40 Erhalt sozialpflichtiger Arbeitsplätze soll unterstützt und renditeorientierte Investoren  
41 müssen ausgeschlossen werden. Mit höheren Erzeugerpreisen wollen wir die Abhängigkeit der  
42 Landwirtschaftsbetriebe von Fördermitteln reduzieren und über eine gerechte  
43 Gewinnverteilung in der Wertschöpfungskette sichern, dass Lebensmittel bezahlbar bleiben.  
44 Wir wollen auf EU-Ebene eine Politik für null fossile Brennstoffe, eine stark reduzierte  
45 Tierhaltung und eine Halbierung des Pestizideinsatzes bis spätestens 2030.
  - 46 • DIE LINKE will Patente auf Leben verbieten. Zur Sicherung der genetischen Vielfalt sollen  
47 alte Pflanzensorten und Tierrassen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden. Die  
48 gentechnikfreie klassische und ökologische Züchtung wollen wir mit höheren  
49 Forschungsmitteln stärken. Wir wollen den Anbau und den Handel mit gentechnisch  
50 veränderten Pflanzen, auch aus neuen Gentechnikverfahren, verbieten. Klonen von Tieren  
51 muss verboten bleiben. Wir wollen eine Kennzeichnung von importierten Lebensmitteln, die  
52 aus geklonten Tieren und ihren Nachkommen hergestellt werden. Wir wollen den Anbau und den  
53 Handel mit sowie den Import von gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten. Wir wollen  
54 uns für ein globales Moratorium über die Freisetzung von Gene-Drive-Organismen einsetzen.
  - 55 • Glyphosat und Neonikotinoide müssen verboten werden. Wir wollen Transparenz und ein  
56 strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. In der EU nicht  
57 zugelassene Pestizide dürfen weder in Deutschland produziert noch exportiert werden. Durch  
58 eine ambitionierte Pestizidreduktionsstrategie sind die Agrarbetriebe beim Umbau zu  
59 umweltfreundlichem Ackerbau zu unterstützen.
  - 60 • Die heimische Produktion von Tierfutter, regionale Verarbeitungs- und

- 61 Vermarktungsstrukturen wollen wir stärken.
- 62 • Wir wollen Anbausysteme fördern, die Klima, Böden, Tiere und Pflanzen besonders schützen  
63 (zum Beispiel Ökolandbau, Paludikulturen, Terra Preta, Agroforstsysteme, tief wurzelnde  
64 Nutzpflanzen). Dazu wollen wir ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für  
65 Landwirt\*innen entwickeln, das nicht nur finanzielle Unterstützung leistet, sondern  
66 gemeinsam Wissen für die sozialökologische Agrarwende schafft.
  - 67 • Wir wollen eine Tierhaltung, die tiergerecht und flächengebunden und auf die einheimische  
68 Nachfrage bezogen ist. Dazu sollen Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte  
69 eingeführt werden. Nicht tiergerechte Massentierhaltung lehnen wir ab. Dazu wird ein  
70 sozial gestaltetes Umbauprogramm gebraucht. Wir stärken die Bürgerbeteiligung bei  
71 Genehmigungsverfahren für den Bau von Mastställen.
  - 72 • Wir wollen ein Verbot von Lebendtiertransporten, die über das Höchstmaß von vier Stunden  
73 hinausgehen. Der nächstgelegene Schlachthof soll stets bevorzugt werden.
  - 74 • Qualzucht, Qualschlachtung und nichtkurative Eingriffe an Tieren (Schnäbel, Hörner,  
75 Schwänze) wollen wir verbieten. Das gilt auch für das Schreddern von Küken, die  
76 Anbindehaltung für Rinder und Käfighaltung. Zuchtsauen dürfen nicht im Kastenstand  
77 gehalten werden. Schluss mit tierquälerischen Kastrationsmethoden!
  - 78 • Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft muss auf kranke Tiere nach ärztlicher  
79 Verschreibung begrenzt werden, Tierschutzkontrollen müssen verschärft und Verstöße härter  
80 bestraft werden. Um Missbrauch vorzubeugen, sind Verschreibung und Verkauf von Antibiotika  
81 zu trennen. Lebenswichtige Reserveantibiotika sind nicht in der landwirtschaftlichen  
82 Tierhaltung einzusetzen. Die Agrarforschung wollen wir stärken. Durch die Verbesserung der  
83 epidemiologischen Forschung wollen wir den Ausbruch und die Verbreitung von Tierseuchen  
84 schneller erkennen und eingrenzen. Wir fordern dafür ein interdisziplinäres  
85 epidemiologisches Zentrum, um zum Beispiel ein Frühwarnsystem für Pandemierisiken zu  
86 entwickeln.
  - 87 • Wir wollen bundesweit eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung einführen, die auf  
88 regionale und Biolebensmittel setzt. Schul- und Selbsterntegärten wollen wir stärken. Dies  
89 leistet auch einen Beitrag für kurze Wege in der Versorgung mit Nahrungsmitteln.
  - 90 • DIE LINKE setzt sich für eine Vereinfachung der Lebensmittelkennzeichnung ein: Ein  
91 verpflichtendes Label auf der Vorderseite der Verpackung sollte Auskunft über den Zucker-,  
92 Salz- und Fettgehalt des Produktes geben.
  - 93 • Lebensmittel müssen sicher sein und dürfen nicht krank machen. Wir setzen uns deshalb für  
94 mehr und unangekündigte Lebensmittelkontrollen ein. Die Ergebnisse der  
95 Lebensmittelkontrollen müssen veröffentlicht werden. Das Inverkehrbringen verunreinigter  
96 Lebensmittel muss härter bestraft werden.

# Antrag L.1.(1100): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Biologische Vielfalt, Tierwohl und Ressourcen schützen**

2 Umwelt und Natur bilden unsere Lebensgrundlage. Wir müssen sie wirksam schützen. Häufig stehen  
3 kurzfristige Interessen von Unternehmen und ihrer Lobby dem entgegen. Das haben die  
4 Auseinandersetzungen um den Hambacher und Dannenröder Forst prominent gezeigt. Wälder werden  
5 zerstört, und das mitten in der Klimakrise. Umwelt, Natur und Klima werden weltweit den  
6 Profiten geopfert, mit drastischen Folgen. Etwa 150 Tier- und Pflanzenarten sterben täglich  
7 aus. Durch Wildtierhandel und das unkontrollierte Vordringen des Menschen in natürliche  
8 Lebensräume erhöhen wir das Risiko, dass Viren von Tieren auf den Menschen überspringen. Dies  
9 kann zu neuen Pandemien führen. DIE LINKE steht für eine schnellstmögliche Kehrtwende. Das geht  
10 nicht ohne klare Regeln für Unternehmen und Gesellschaft.

- 11 • Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden Gelder  
12 in Natur- und Umweltprogramme investieren.
- 13 • Naturschutz- und Biodiversitätsziele müssen in andere Politikbereiche verbindlich  
14 integriert werden, um den Erhalt von Natur und Biodiversität zu gewährleisten. Zur  
15 Kontrolle müssen die Umweltverwaltungen mit mehr Fachpersonal ausgestattet werden. Damit  
16 die EU-Naturschutzrichtlinien und ihre nationalen Entsprechungen eingehalten werden,  
17 müssen sie finanziell gestützt werden. Das Bundesprogramm »Biologische Vielfalt« wollen  
18 wir aufstocken.
- 19 • Wir setzen uns für die gesetzliche Verankerung und vollumfängliche Ausweitung der  
20 Verbandsklagerechte für Umwelt-, Natur- und Tierschutzvereinigungen und Einzelne im Sinne  
21 der Aarhus-Konvention ein.
- 22 • Naturschutzflächen gehören in öffentliche Hand und sollen an Naturschutz- und  
23 Umweltverbände in Erbpacht vergeben werden.
- 24 • Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten – finanziert durch einen  
25 Naturerbefonds. Auch über diese Flächen hinaus müssen Gebiete zur Wildnisentwicklung  
26 ausgewiesen werden, um das 2020-Ziel von 2 Prozent Wildnis zu erreichen.
- 27 • Insekten müssen als wichtiger Teil des Ökosystems geschützt, erhalten und die  
28 Biodiversität muss gefördert werden. Dafür muss der Pestizideinsatz drastisch reduziert  
29 werden (vgl. Kapitel »Landwirtschaft«).
- 30 • Unsere Wälder müssen aktiv dem Klimawandel angepasst werden. Dies gelingt mit einer  
31 naturnahen Waldbewirtschaftung, die auf Mischwälder mit vielfältiger Altersstruktur und  
32 europäischen Baumarten setzt.

## **Antrag L.1.(1101): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Tiere wirksam schützen**

- 2 • Wildlebende Tiere müssen besser geschützt werden. DIE LINKE will Wilderei und illegalen  
3 Wildtierhandel bekämpfen. Die Haltung bestimmter Wildtierarten und die Dressur von  
4 Wildtieren in Zirkussen und Delfinarien wollen wir im Sinne des Tierwohls ebenso beenden  
5 wie den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen. Wir fordern einen Einfuhrstopp  
6 für Jagdtrophäen geschützter Arten.
- 7 • Ein Programm zur Erstellung von Wildtierkorridoren und -passagen soll die Lebensräume von  
8 Waldtieren erhalten. Mehr Umzäunungen von Straßen schützen die Tiere besser vor dem  
9 Straßenverkehr.
- 10 • Tierversuche müssen durch Alternativmethoden ersetzt werden. In Deutschland werden immer  
11 noch die von der EU untersagten »schwerst belastenden« Tierversuche durchgeführt. Das  
12 wollen wir ausschließen. Wir wollen einen rechtlich bindenden Ausstiegsplan verabschieden.  
13 Anstelle von Tierversuchen soll die Entwicklung und Anwendung von tierfreien  
14 Ersatzmethoden gefördert werden.
- 15 • Lücken im Tierschutzrecht müssen endlich geschlossen werden und das Staatsziel Tierschutz  
16 muss ernst genommen werden. Lebetiertransporte müssen streng reguliert werden (vgl.  
17 Kapitel »Landwirtschaft«).
- 18 • Qualzucht, Qualhaltung und Qualmästung wollen wir in allen Bereichen der Tierhaltung  
19 verbieten. Kettenhaltung, Spaltenböden, Kastenstände und Käfige müssen der Vergangenheit  
20 angehören. Daunen dürfen nicht durch Rupfen lebender Tiere gewonnen werden. Den Import von  
21 Produkten aus Zwangsfütterung (Stopfen) wollen wir verbieten.
- 22 • Der Verkauf von und Handel mit echtem Pelz von Tieren soll verboten werden.
- 23 • Wir wollen Transparenz über Verwaltungsakte zur Tierhaltung herstellen.  
24 Tierschutzrechtliche Genehmigungen sollen von den Behörden kontrolliert werden. Anerkannte  
25 Tierschutzvereine sollen ein Verbandsklagerecht erhalten.

## **Antrag L.1.(1102): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Böden und Meere schützen**

- 2 Die Nutzung von Böden und Wasser muss endlich nachhaltig werden. Bodenschutz ist Klimaschutz,  
3 er ist wichtig für den Wasserkreislauf als Kohlenstoffspeicher und zur Ernährungssicherung.
- 4 • Die Neuversiegelung von Boden muss deutlich verringert werden. Neuversiegelung darf nur  
5 genehmigt werden, wenn sie mit einer mindestens ebenso großen Flächenentsiegelung in der  
6 Region einhergeht. Straßenneubau darf es nur bei einem unabhängig ermittelten Bedarf  
7 geben. In den Regionalplänen müssen Entsiegelungspotenziale festgehalten werden.

- 8 • Es muss ein Fonds eingeführt werden, um belastete Flächen von Altlasten zu befreien.
- 9 • In Deutschland sind circa 90 Prozent der Moore degradiert und machen dadurch bis zu 5  
10 Prozent unserer CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. Der Erhalt bzw. die Renaturierung und Wiedervernässung  
11 von Mooren kann einen großen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten und muss  
12 deshalb gefördert werden.
- 13 • Die Meere sind stark belastet, die Klimakrise verschärft die Situation deutlich. Gemeinsam  
14 mit Umweltschutzverbänden fordern wir eine Meeresoffensive: Keine Überfischung, effektiver  
15 Schutz mariner Arten und Lebensräume, Meeresschutzgebiete müssen erhalten und ausgebaut  
16 werden – mindestens 50 Prozent der Schutzzräume müssen aus der wirtschaftlichen Nutzung  
17 genommen werden. Und es braucht mehr Geld und Personal, um Maßnahmen umzusetzen.
- 18 • Die Privatisierung der Wasserversorgung und des Zugangs zu See- und Meeresflächen lehnen  
19 wir ab (vgl. Kapitel »Internationales«).
- 20 • Wir wollen die Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben. Dazu gehören die Erhaltung bzw.  
21 Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die Reduzierung des Schadstoffeintrags durch  
22 Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und die Sicherung von Auenflächen. Der  
23 Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz (NAP) soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Reduktion  
24 von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden.
- 25 • Das Bundesprogramm »Blaues Band Deutschland« wollen wir weiterführen, umsetzen und  
26 finanziell absichern.
- 27 • Die Umweltbelastung von Gewässern durch unsachgemäße Entsorgung von Arzneimitteln ist  
28 gefährlich. Wir wollen das Rücknahmesystem von Medikamenten (wieder) einführen.
- 29 • Es muss ein Fonds eingeführt werden, um belastete Flächen von Altlasten zu befreien.
- 30 • Wir setzen uns für den Schutz der Natura-2000-Gebiete in Nord- und Ostsee ein. Die  
31 Schutzgebiete sollen frei von Fischerei, militärischer Nutzung, Ressourcenabbau und  
32 sonstigen wirtschaftlichen Eingriffen sein. Wir wollen alternative Fangmethoden fördern,  
33 um auf grundberührende (Schleppnetze) und lebensraumschädliche Methoden zu verzichten, und  
34 eine nachhaltige Fischerei mit Fangquoten, die auf wissenschaftlichen Empfehlungen  
35 basieren.

## **Antrag L.1.(1103): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 There is no planet B: Ressourcen im Kreislauf führen**

2 Die globalen Ressourcen sind begrenzt; auch nachwachsende Rohstoffe benötigen Zeit zur  
3 Erneuerung. Wir müssen raus aus der Wegwerfgesellschaft, rein in eine Kreislaufwirtschaft.

- 4 • Um die natürlichen Ressourcen zu schützen und den Einsatz von Recyclingmaterial zu  
5 erhöhen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine  
6 Ressourcenverbrauchsabgabe für Primärrohstoffe und Einwegprodukte einführen.
- 7 • Wir wollen die Ökodesignvorgaben für Produkte erweitern, um Anforderungen an Lebensdauer,  
8 Update-, Upgrade-, Reparier-, Weiterverwend- und Recycelbarkeit zu schaffen. Wir

- 9 unterstützen das »Top-Runner-Modell« für die Produktion von Geräten (das nachhaltigste  
10 Gerät zu einem bestimmten Zeitpunkt setzt den neuen Standard).
- 11 • Für Reparaturdienstleistungen und Demontage wollen wir die Mehrwertsteuer auf 7 Prozent  
12 senken. Reparatur und Wiedernutzung muss Vorrang vor Recycling haben.
  - 13 • Abfallbehandlung und Abfallentsorgung darf nicht privatisiert werden. Sie muss als  
14 Bestandteil der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand.
  - 15 • Müll soll möglichst nahe am Standort der Entstehung entsorgt werden. Wir wollen ein  
16 Pfandsystem für Elektro- und Elektronikgeräte und Batterien einführen, um die Sammlung und  
17 Verwertung nach der Erstnutzung zu verbessern. Das Näheprinzip muss bei der  
18 Abfallentsorgung und -verarbeitung eingehalten werden. Wir wollen ein Pfandsystem für  
19 Energiesparlampen, Einwegbecher, Mobiltelefone, Fernseher und weitere Elektrogeräte  
20 einführen, um die Sammelquote zu erhöhen und die Verwertung zu verbessern.
  - 21 • Wir wollen quantitative Abfallvermeidungsziele einführen (»Zero Waste«), einen Rückgang  
22 des absoluten Ressourcenverbrauchs erreichen und die Plastikflut in den Griff bekommen.  
23 Einen Beitrag sollen dazu standardisierte Mehrwegsysteme leisten, die mindestens  
24 deutschlandweit in jedem Geschäft abgebar sein sollen, und das nicht nur im To-go-  
25 Bereich, sondern auch für Versandhandel und bei Geschäften zwischen Unternehmen.

## **Antrag L.1.(1200): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Mehr Rechte für Verbraucher\*innen**

2 Unternehmen, Banken und Konzerne sitzen gegenüber Verbraucher\*innen am längeren Hebel und  
3 nutzen ihre Macht oft zum Nachteil der Verbraucher\*innen aus. DIE LINKE setzt hier nicht allein  
4 auf Transparenz, sondern will die Rechte von Verbraucher\*innen stärken. Sie verbindet  
5 Verbraucher\*innenpolitik mit der sozialen Frage, denn die windigen Geschäftspraktiken zielen  
6 vor allem auf Menschen mit geringem Einkommen und Senior\*innen ab – denen tut diese Abzocke im  
7 Portemonnaie besonders weh. Wir wollen eine eigenständige Verbraucherschutzbehörde mit starken  
8 Durchsetzungsbefugnissen. Die Verbraucherschutzverbände sollen finanziell besser ausgestattet,  
9 ihre Rechte sollen gestärkt werden. Dazu sollen sie auch Einnahmen des Bundes aus den Geldbußen  
10 der Kartellstrafen erhalten.

- 11 • Inkassoabzocke muss durch klare, gesetzlich gedeckelte Gebühren und durch eine Erhöhung  
12 der Mahnanforderungen an Unternehmen gestoppt werden. Mehr als 15 Euro Inkassokosten bzw.  
13 5 Euro bei Forderungen bis 50 Euro sind unseriös.
- 14 • Wir wollen die Macht der Schufa und anderer Wirtschaftsauskunftsdateien auf den  
15 Lebensalltag der Menschen stark eindämmen. Eine Schufa-Anfrage darf nur noch bei  
16 tatsächlichen Kreditgeschäften erlaubt sein, nicht mehr für Verbraucherverträge des  
17 täglichen Bedarfs wie Miete, Strom- und Handyrechnungen. Ein negativer Schufa-Score muss  
18 nach einem Jahr wieder gelöscht werden. Darüber hinaus sollen in Zukunft Bonitätsauskünfte  
19 nicht mehr durch ein privates Unternehmen, sondern nur noch durch die öffentliche Hand  
20 erlaubt sein.

- 21 • Unlautere Telefonwerbung muss unterbunden werden. Telefonisch abgeschlossene Verträge  
22 dürfen erst wirksam werden, wenn Verbraucher\*innen den Vertrag schriftlich bestätigen.
- 23 • Kostenfallen durch 2-jährige Vertragslaufzeiten zum Beispiel bei Fitness- und  
24 Handyverträgen und automatische Vertragsverlängerung wollen wir abschaffen.
- 25 • Wucherpreise bei Verbraucherkrediten durch aufgedrängte oder untergeschobene  
26 Restschuldversicherungen müssen beendet werden.
- 27 • Verbraucher\*innen müssen gegen Insolvenz von Reiseveranstaltern und Airlines geschützt  
28 werden.
- 29 • Damit sich Verbraucher\*innen gemeinsam gegen Tricks von Unternehmen und Bereicherung auf  
30 Verbraucherkosten wehren können, machen wir uns für Sammelklagen stark, die unmittelbar zu  
31 einem Schadensersatz durch die Unternehmen führen.
- 32 • Für langlebige technische Geräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen und Fahrzeuge, IT- und  
33 Elektrogeräte soll eine gesetzlich garantierte Mindestnutzungsdauer von 5 Jahren Pflicht  
34 werden. Darüber hinaus müssen IT-Produkte und Haushaltsgeräte leicht reparierbar und  
35 Upgrades jederzeit möglich sein. Wir fordern eine Anpassung der Produkthaftung an das  
36 digitale Zeitalter.
- 37 • Verbraucher\*innen haben ein Recht auf transparente Informationen durch Behörden und  
38 Unternehmen. Dazu brauchen wir ein starkes Verbraucherinformationsgesetz. Wir wollen einen  
39 Anspruch der Verbraucher\*innen auf kurze, klare und vergleichbare Informationen, zum  
40 Beispiel über Kosten und Vertragslaufzeiten bei Krediten und Geldanlagen, bei  
41 Internetverträgen und Versicherungen. Wir wollen einen strengeren Transparenzstandard für  
42 Onlinemarktplätze und Onlineplattformen.
- 43 • Wir wollen eine schrittweise Einschränkung der Produkt- und Markenwerbung im öffentlichen  
44 Raum. Sofort fordern wir ein Verbot von Werbung in Schulen und Kitas.
- 45 • Verbraucherbildung muss soziale und ökologische Auswirkungen mit einbeziehen.
- 46 • Verbraucher\*innen müssen das Recht darauf haben, selbst zu bestimmen, was mit ihren Daten  
47 geschieht, ohne benachteiligt zu werden. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)  
48 beinhaltet hierfür wichtige Rechte, die bisher jedoch nicht ausreichend schützen und  
49 genutzt werden.
- 50 • Guter Verbraucherschutz ist auf Hinweisgeber\*innen angewiesen, die auf Missstände in  
51 Unternehmen, Behörden und anderen Einrichtungen aufmerksam machen. Wir brauchen ein  
52 Whistleblower-Schutzgesetz in Deutschland, damit diese Personen geschützt werden und nicht  
53 aus Angst vor Repressalien schweigen.

## **Antrag L.1.(1201): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Verbraucherschutz bei Finanzprodukten!**

- 2 • Unabhängige Beratung statt Drückerkolonnen. Wir werden den provisionsbasierten Verkauf von  
3 Finanz- und Versicherungsprodukten abschaffen. Honorarberatung und unabhängige  
4 Finanzberatung durch Verbraucherzentralen müssen gestärkt werden.
- 5 • Zusagen an Verbraucher\*innen einhalten. Wir verpflichten Versicherer und andere  
6 Finanzdienstleister, auch unter Niedrigzinsbedingungen die gemachten Garantien und Zusagen  
7 ihrer Produkte einzuhalten. Bei klassischen Lebensversicherungen dürfen Bewertungsreserven  
8 und Überschüsse, die grundsätzlich den Verbraucher\*innen zustehen, nicht gekürzt werden.
- 9 • Den gesamten Kapitalmarkt regulieren und Gebühren begrenzen. Wir unterstellen den fast  
10 unregulierten »grauen« Kapital- bzw. Kreditmarkt einer wirksamen einheitlichen  
11 Finanzaufsicht und regulieren ihn strikt. Zu einem guten finanziellen Verbraucherschutz  
12 gehört auch die Begrenzung unangemessener Gebühren und Entgelte für Bankdienstleistungen.  
13 Außerdem begrenzen wir die Vorfälligkeitsentschädigungen bei vorzeitiger Rückzahlung von  
14 Darlehen deutlich.

## **Antrag L.1.(1300): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland. Eine Zukunft für die Regionen**

2 Die Herausforderungen in Ostdeutschland sind gesamtdeutsche. Sie sind Herausforderungen der  
3 sozialen Gerechtigkeit. Noch immer geht es um Anerkennung von und den Respekt für  
4 Lebensleistungen einer ganzen Generation, die sich in den Wendejahren neu erfinden musste.  
5 Ostdeutschland ist längst weit mehr als die Erinnerung an die Zeiten des demokratischen  
6 Neuanfangs: von Energiedörfern über ökologische Landwirtschaft bis zu solidarischer Ökonomie.  
7 Ostdeutschland steht für den Lebensmut einer jungen Generation, die nicht mehr gewillt ist, die  
8 strukturellen Benachteiligungen hinzunehmen. Viele kennen das Gefühl, dass die eigenen  
9 Lebensleistungen – oder die der Eltern – nicht anerkannt werden. Dass der gesellschaftliche  
10 Vertrag, nach dem sich harte Arbeit gegen soziale Absicherung tauscht, nicht gilt. Fast jede\*r  
11 Zweite im Osten fühlt sich in seiner oder ihrer Arbeit nicht wertgeschätzt – das gilt auch für  
12 qualifizierte Beschäftigte mit unbefristeten Arbeitsverträgen. Ostdeutsche Beschäftigte waren  
13 lang bereit, Leistung auch unter harten Bedingungen zu erbringen und eigene Interessen  
14 zurückzustellen: im Interesse des Betriebs und mit Blick auf die für alle schlechteren  
15 Perspektiven im Osten. Jetzt wächst die Bereitschaft zu streiken und zu kämpfen. Der Kampf geht  
16 um mehr als »nur« die Lohnhöhe und Arbeitsplätze: Streiks sind zum Symbol geworden für  
17 Gerechtigkeit, Anerkennung, mehr Mit- und Selbstbestimmung. Sie kämpfen für die eigenen Rechte  
18 und den Eigen-Sinn des Ostens. DIE LINKE ist den Erfahrungen und den Kämpfen der Menschen in  
19 Ostdeutschland verbunden. Wir sind die Stimme des Ostens.

# Antrag L.1.(1301): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Zukunftswirtschaft in Ostdeutschland**

2 Entscheidungen, die die Treuhand und die Politik des sogenannten Aufbaus Ost getroffen haben,  
3 bestimmen noch heute die Entwicklungspfade der ostdeutschen Gesellschaft. Zwar wurden viele  
4 Ortskerne restauriert. Strukturell und im Durchschnitt aber bilden die fünf Ostbundesländer  
5 immer noch die größte zusammenhängende strukturschwache Region Deutschlands: Die Löhne im  
6 Osten, Einkommen und Vermögen sind geringer, die Netzabdeckung ist schlechter. Für die Menschen  
7 ist die Zukunft vielfach von Sorgen geprägt. Zwar waren in den letzten Jahren höhere  
8 Steuereinnahmen zu verzeichnen, die Haushaltsüberschüsse flossen jedoch oft zur Schuldentilgung  
9 an die Banken und nicht in notwendige Investitionen. Der Deckel auf den kommunalen Haushalten  
10 vermittelt den Menschen: Für zentrale Bedürfnisse des Lebens ist kein Geld da. Und: dass die  
11 Interessen der einen Gruppe immer zulasten anderer Bevölkerungsgruppen gehen. Das ist auch ein  
12 Nährboden für Konkurrenz und Rassismus.

13 Ungleichheit wird vererbt: In der DDR wurde kaum Vermögen in privater Hand gebildet. Das spürt  
14 selbst die dritte Generation noch: Sie hat systematisch schlechtere Chancen, die Lücken in der  
15 öffentlichen Daseinsvorsorge privat auszugleichen. Sie kann nicht auf ein Familienerbe hoffen,  
16 um prekäre Lebensverhältnisse zumindest in der zweiten Lebenshälfte abzufedern, oder dem  
17 angespannten Mietwohnungsmarkt durch eine Eigentumswohnung der Eltern auszuweichen.

18 Die Treuhand hat einen großen Anteil an der dauerhaften Demontage der ostdeutschen Gesellschaft  
19 gehabt. Die staatliche »Förderung« ostdeutscher Wirtschaft wanderte vielfach in die  
20 Unternehmenskassen der westdeutschen Konkurrenz (Kalisalz, Vulkan-Werft), die plötzlich  
21 »Mutterkonzern« waren. Der öffentlichen Hand im Osten blieben vor allem Nachsorgekosten und  
22 willkürlich festgelegte kommunale »Altschulden«.

23 • DIE LINKE beantragt im Bundestag einen Untersuchungsausschuss, der aufarbeiten soll, wer  
24 auf Grundlage welcher Expertisen und zu wessen Gunsten die Treuhand die wirtschaftlichen  
25 Entscheidungen gefällt hat.

26 Für gleichwertige Lebensbedingungen im Osten braucht es gezielte Impulse durch Investitionen.  
27 Mindestens 50 Milliarden Euro müsste die Wirtschaftsleistung in den Flächenländern Ost höher  
28 sein, um zu dem Westbundesland mit der niedrigsten Wirtschaftsleistung aufzuschließen  
29 (Schleswig-Holstein) und damit auch die höheren Löhne tragen zu können. Um knapp 170 Milliarden  
30 Euro müsste die ostdeutsche Wirtschaftsleistung ausgeweitet werden, um im Durchschnitt der  
31 westlichen Bundesländer zu liegen.

32 Unser Konzept für eine Zukunftswirtschaft beinhaltet:

- 33 • Eine Lohnoffensive Ost und Einsatz für (gleich) gute Renten,
- 34 • einen Investitionsplan Ost, der die wirtschaftliche Entwicklung voranbringt
- 35 • und die Sicherung der Daseinsvorsorge.

36 Wir setzen auf eine regional verankerte Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen  
37 in den jeweiligen Regionen ausrichtet. Was in der Region an Waren und Dienstleistungen  
38 konsumiert wird, soll viel mehr in der Region produziert werden. DIE LINKE setzt auf

39 gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Wirtschaftskonzepte. Gegen die Dominanz  
40 marktwirtschaftlicher Verwertungs- und Effizienzlogik setzen wir uns für eine gute Versorgung,  
41 eine bedarfsgerechte öffentliche Daseinsvorsorge und den Stopp der Privatisierung von  
42 öffentlichem Eigentum ein. Unsere Vision ist ein anderer, solidarischerer Entwicklungspfad im  
43 Osten – und in anderen Regionen.

44 Die öffentliche soziale wie technische Infrastruktur hat einen wesentlichen Anteil an der  
45 Lebensqualität vor Ort.

46 • Keine »verlängerte Werkbank Ostdeutschland«: Wir stärken regionale Verwertungskreisläufe.

47 • Den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und für die Nutzer\*innen kostenfrei machen.  
48 Stillgelegte Strecken und vom öffentlichen Verkehr abgeschnittene Dörfer darf es nicht  
49 geben. Ein kostenfreier Nahverkehr mit guten, bezahlbaren Verbindungen in die größeren  
50 Zentren stärkt Mobilität und Lebensqualität, er schützt das Klima und schafft  
51 Arbeitsplätze in der Produktion von Fahrzeugen und Schiene – viele davon liegen im Osten.

52 • Schub für Demokratie und Selbstbestimmung: Wir fördern Genossenschaften und  
53 belegschaftseigene Betriebe. Das sichert auch die Unternehmensnachfolge, die in  
54 Ostdeutschland oft infrage steht.

55 • Die ostdeutschen Flächenländer belegen die hinteren Plätze, wenn es um die  
56 Breitbandversorgung der Haushalte mit mehr als 50 Megabit geht. Die Kommunen (Kreise,  
57 kreisfreie Städte) müssen das Recht haben, das Breitbandnetz in ihrem Gebiet selbstständig  
58 aufzubauen und zu betreiben, um Versorgungssicherheit bei hoher Qualität der Anschlüsse zu  
59 gewährleisten. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Kommunen sinnvoll und muss vom Bund  
60 finanziell und über Beratungsleistungen gefördert werden. Der Vorrang privater Anbieter  
61 sowohl beim Ausbau als auch beim Betrieb der regionalen Breitbandnetze muss abgeschafft  
62 werden.

63 • Wir wollen regionale Planungs- und Beratungsstellen in öffentlicher Hand schaffen, die  
64 Kommunen bei Projekten unterstützen oder diese gänzlich für sie durchführen. Insbesondere  
65 in kleineren Kommunen werden bestimmte Vorhaben wie der Neubau einer Schule, Kita,  
66 Rekommunalisierung von Energie oder ÖPNV nur in größeren zeitlichen Abständen realisiert,  
67 trotzdem sollen Kommunen über nötige spezialisierte Planungskapazitäten problemlos  
68 zugreifen können.

69 Genossenschaftsoffensive: Um regionale und kommunale Wertschöpfung zu stärken, wollen wir die  
70 Gründung von Genossenschaften fördern. Genossenschaften dürfen dabei nicht als prekäre,  
71 »selbstaubeuterische« Konkurrenz zu guter Arbeit aufgebaut werden, sondern als Teil einer  
72 Demokratisierung der Wirtschaft. Sie können als Energiegenossenschaften arbeiten, die die  
73 kommunale Energieversorgung ergänzen, bezahlbares Wohnen, Landwirtschaft, Vertrieb, Brauerei,  
74 Produktion und Reparatur, Gesundheitsdienstleistungen oder andere Elemente der Daseinsvorsorge  
75 garantieren.

76 • Geförderte Genossenschaften sind an dieselben Kriterien für gute Arbeit gebunden. Sie  
77 sollen auf gemeinwohlorientiertes Wirtschaften bezogen sein – das schließt  
78 Wirtschaftlichkeit ein, aber nicht Profit. Es braucht ein neues Verständnis von  
79 erfolgreichem Wirtschaften.

80 • Wir wollen regionale Produkte und Vertriebsstrukturen stärken. Produktionsgenossenschaften

81 und Vertriebsgenossenschaften aus den Regionen sollen miteinander verbunden werden.

## **Antrag L.1.(1302): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Tarifverträge und gute Arbeit**

2 Die Ostdeutschen arbeiten pro Jahr im Durchschnitt 67 Stunden länger und erhalten dafür  
3 durchschnittlich 5.000 Euro weniger Gehalt als ihre westdeutschen Kolleg\*innen. Die besondere  
4 Ost-West-Spaltung, die quer durch Deutschland und Europa geht, bedeutet für viele Menschen eine  
5 Erfahrung von Abwertung. Selbst dort, wo Hochkonjunktur auf dem Arbeitsmarkt herrscht, bleibt  
6 Ostdeutschland ein Niedriglohnland mit schlechten Arbeitsbedingungen. Die durchschnittlichen  
7 Bruttostundenlöhne liegen 3 bis 6 Euro unter den westdeutschen Flächenbundesländern. Prekäre  
8 und atypische Beschäftigungsverhältnisse haben in zehn Jahre um 10 Prozent zugenommen – mehr  
9 als jede\*r Dritte Beschäftigte ist heute betroffen.

- 10 • Wir wollen einheitliche Tarifgebiete in Ost und West. Dass eine Lohnangleichung möglich  
11 ist, hat die IG Bau bewiesen. Die Ost-West-Lohnmauer lässt sich dort überwinden, wo  
12 Gewerkschaften besonders einflussreich sind.
- 13 • In vergleichbaren Branchen müssen bundesweit gleiche Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen  
14 gelten.
- 15 • Die Vergabe öffentlicher Aufträge binden wir an Kriterien: 1. Tariftreue, 2. ökologisches  
16 Wirtschaften, 3. kurze Wege und Transportvermeidung. Wir wollen einen Vergabemindestlohn,  
17 der sich an der Höhe der niedrigsten Gehaltsklasse des TVL orientiert, verbindlich für die  
18 Vergabe machen.

## **Antrag L.1.(1303): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung**

2 30 Jahre nach der Vereinigung ist die Lebensleistung im Osten immer noch nicht gleich viel  
3 wert. Die Ostrenten müssen sofort an das Westniveau angepasst werden.  
4 Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Umrechnung der  
5 Ostgehälter erhalten bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der  
6 heutigen Beschäftigten führen.  
7 Für Zeiten des Niedriglohns wollen wir generell für alle Beschäftigten in Ost wie West eine  
8 Hochwertung der Rente einführen. Darum wollen wir die Rente nach Mindestentgeltpunkten  
9 entfristen und verbessern.

### **10 Gutes Leben auch auf dem Land: Soziale Zentren**

11 In den kleineren Gemeinden ist das öffentliche Leben oft weitgehend zum Erliegen gekommen.  
12 Kneipe oder Seniorentreff, Dorfladen, Internetcafé, Räume für Jugendliche, Plattform für die  
13 Vermarktung regionaler Produkte – das ist in vielen Orten (inzwischen) unbekannt.

- 14 • Wir wollen soziale Zentren in den Dörfern schaffen. Sie dienen als Orte der Begegnung und  
15 bieten grundlegende Dienstleistungen wie Post und Bank an. Sie können Räume für  
16 zivilgesellschaftliche Initiativen und für gemeinsames Kaffeetrinken bereithalten und  
17 einen Dorfladen mit Zugang zu Bestellplattformen der regionalen Produzenten. Hier können  
18 Bürger\*innen beraten werden, die Genossenschaften gründen wollen. Jugendliche können ihre  
19 Ansprüche anmelden: Proberäume für Bands, digitale Werkstätten, Jugendkultur. Die  
20 Betreuung der sozialen Zentren findet über tariflich bezahlte Arbeitsplätze statt.

## **Antrag L.1.(1400): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Starke Kommunen, gute Lebensqualität**

2 Vor Ort, in den Kommunen, entscheidet sich die Lebensqualität im Alltag. Die Privatisierung von  
3 öffentlichem Eigentum und öffentlicher Daseinsvorsorge hat den Alltag in vielen Kommunen und  
4 Nachbarschaften erschwert. Viele Kommunen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen sind  
5 überschuldet und unter Zwangsverwaltung. Der Abstand zwischen armen und reichen Kommunen in  
6 Deutschland wächst weiter. Die Schuldenbremse wirkt sich verheerend auf die Lebensqualität von  
7 Menschen mit geringerem Einkommen und auf die kommunale Demokratie aus. Wenn im Stadt- oder  
8 Gemeinderat bisweilen nur noch über die Verwaltung des Mangels und vermeintliche Sachzwänge  
9 entschieden wird, wird die Demokratie in der Kommune erstickt.

10 Wir wollen die öffentlichen Dienstleitungen zurück in die öffentliche Hand holen und die  
11 eigenwirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen stärken. Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht auf  
12 den Markt geworfen werden!

- 13 • Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir rekommunalisieren. Wir wollen dafür  
14 sorgen, dass der Bund den Kommunen Mittel für die Rekommunalisierung von Wohnungen,  
15 Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung zur Verfügung stellt. Dies kann über einen  
16 Rekommunalisierungsfonds geschehen. Unterstützung und rechtliche Beratung können durch  
17 eine Rekommunalisierungsagentur organisiert werden, damit nicht in jeder Kommune das Rad  
18 neu erfunden werden muss.
- 19 • Vorhandene Einschränkungen bei der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen müssen  
20 abgebaut, interkommunale Zusammenarbeit muss zum Vorbild gemacht und im Bereich der  
21 kommunalen Daseinsvorsorge eine Präferenz zugunsten der öffentlichen Hand erreicht werden.  
22 Wir wollen Anreize für den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe.
- 23 • Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und Kommunen zu schaffen, soll die  
24 Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände durch ein verbindliches Anhörungs- und  
25 Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Bundesebene gesichert werden.
- 26 • Verfestigte Kassenkredite der Kommunen müssen vom Bund in einen Altschuldenfonds  
27 übernommen und mit vom Bund getilgt werden. Die eigentlich als kurzfristige Finanzierung  
28 gedachten Kassenkredite sind in den vergangenen 20 Jahren um 40 Milliarden Euro  
29 angestiegen. Sie sind oftmals die einzige Möglichkeit, die kommunalen Pflichtaufgaben zu  
30 erfüllen.

- 31 • Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese müssen in  
32 vollem Umfang vom Bund getragen werden. Kosten, die von Bund oder Ländern verursacht  
33 werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).
- 34 • DIE LINKE tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer ein.  
35 Verbunden mit der Umsetzung von Konnexität können die Kommunen wieder auf verlässliche  
36 finanzielle Füße kommen.
- 37 • Viele kommunale Aufgabenfelder sind inzwischen durch Gesetze und Verordnungen bis ins  
38 Detail »fremdbestimmt« und örtliche Gegebenheiten finden kaum Berücksichtigung. Dies muss  
39 sich ändern. Die Selbstverwaltung muss gestärkt und der Spielraum der Kommunen bei  
40 Wirtschafts- und Bauangelegenheiten vergrößert werden.
- 41 • Die Förderung des Ehrenamts muss gewährleistet werden und deshalb dürfen kommunale  
42 Aufwandsentschädigungen nicht auf Leistungen des SGB II und des BAföG angerechnet werden.
- 43 • Laufende Bundesprogramme für Kommunen müssen verstetigt, kombinierbar und dem Bedarf  
44 angepasst werden. Eine Vielzahl von Kommunen kann sich nicht einmal die im Verhältnis  
45 geringen Eigenanteile an Bundesprogrammen leisten, um für nötige und allein kaum  
46 finanzierbare Investitionen Fördermittel zu bekommen. Deshalb müssen die Eigenanteile  
47 zumindest für Kommunen in schwieriger Haushaltslage abgeschafft werden.
- 48 • Für gerechte Kommunalfinanzen braucht es die 100-prozentige Anrechnung der kommunalen  
49 Finanzkraft im Länderfinanzausgleich.

## **Antrag L.1.(1500): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Mit Steuern Umsteuern**

2 Noch nie waren Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt. Immer größere Vermögen haben sich  
3 in immer weniger Händen konzentriert: Zwei Drittel aller Vermögen sind in der Hand der oberen  
4 10 Prozent der Bevölkerung. Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte  
5 ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammengenommen. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint  
6 rund 35 Prozent des Vermögens auf sich, also mehr als ein Drittel. Die reichsten 5 Prozent  
7 haben mehr als die »restlichen« 95 Prozent.

8 Wer viel hat, kann es leicht vermehren. Auf Gewinne aus Kapital und Aktien wird eine  
9 Billigsteuer erhoben. Wer hingegen wenig oder nichts hat, zahlt mehr und mehrfach: Lohnsteuer  
10 kann man nicht hinterziehen, sie wird sofort abgezogen. Die Mehrwertsteuer trifft prozentual  
11 Menschen mit niedrigem Einkommen stärker. Weil öffentliches Eigentum privatisiert wurde, müssen  
12 viele Dienstleistungen privat bezahlt werden. Ein Großteil der Vermögen in Deutschland wird  
13 vererbt. Hohe Einkommen werden weniger besteuert als noch in den 1990er Jahren. Jahrzehntlang  
14 ist in Deutschland eine Vermögensteuer erhoben worden – seit 1997 nicht mehr. Das wollen wir  
15 ändern, um die skandalöse Ungleichheit in Deutschland zu bekämpfen.

16 Dem privaten Reichtum steht eine verarmte öffentliche Infrastruktur gegenüber: Bibliotheken und  
17 Schwimmbäder schließen, Personal im Krankenhaus wird gekürzt, um notwendige Reparaturen  
18 finanzieren zu können, Bus und Bahn kommen auf dem Land nur noch selten und sind in der Stadt

19 oft überfüllt, weil die Kapazitäten nicht ausreichen. Hier würden die Einnahmen aus einer  
20 Millionärsteuer besonders helfen: Sie geht an die Länder und kann die öffentliche Infrastruktur  
21 stärken.

22 Noch nie war die Armutgefahr so hoch: Mehr als jede\*r Sechste im reichen Deutschland ist arm  
23 oder von Armut bedroht. Die Reichen haben viele Verbündete in der Politik. Sie können ihrer  
24 Stimme mehr Gewicht verleihen. Wir halten dagegen. Mehr Gerechtigkeit und eine starke  
25 öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nur, wenn die Unteren entlastet werden – und die Oberen  
26 stärker belastet. Hohe Vermögen und Einkommen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien  
27 müssen stärker besteuert werden. Damit finanzieren wir Investitionen in eine gute öffentliche  
28 Versorgung und einen Sozialstaat, der alle Menschen sicher vor Armut schützt. Wir stärken  
29 solidarische und ökologische Formen der Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Das ist machbar  
30 und wir wissen, wie wir es bezahlen werden. Es ist genug für alle da, wenn alle genug  
31 beisteuern:

- 32 • Die LINKE fordert eine Vermögensteuer mit einem progressiven Tarif und einem Freibetrag  
33 für Privatvermögen von 1 Mio. Euro pro Person (ohne Schulden). Wer etwa mit einer  
34 Eigentumswohnung in der Innenstadt »Papier-Millionär« ist, wird nicht belastet. Dies ist  
35 insbesondere wegen der Entwicklung der Immobilienpreise wichtig, die zu massivem  
36 Vermögenszuwachs für Eigenheimbesitzer führten, die aber im Unterschied zu großen  
37 Immobilienhaien nicht mit hohen Renditen einhergehen. Der Freibetrag für Betriebsvermögen  
38 liegt bei 5 Millionen Euro. Altersvorsorge soll von der Steuer ausgenommen werden.
- 39 • Der Eingangssteuersatz der Vermögensteuer startet bei 1 Prozent und steigt bis zu einem  
40 Nettovermögen von 50 Mio. Euro stetig an. Ab 50 Mio. Euro greift der Höchststeuersatz von  
41 5 Prozent. Das ist angemessen, weil große Vermögen besonders hohe Renditen abwerfen. Zudem  
42 ist bei sehr großen Vermögen auch eine Umverteilung zulasten von Vermögenssubstanz  
43 erforderlich. Die geschätzten Einnahmen liegen dann jährlich bei etwa 70 Milliarden Euro.
- 44 • Starke Schultern tragen mehr: Für die Bewältigung der Corona-Krise wollen wir eine  
45 Vermögensabgabe erheben. Diese soll für Nettovermögen über 2 Millionen Euro (für  
46 Betriebsvermögen sind 5 Millionen Euro Freibetrag) erhoben werden. Die Vermögensabgabe ist  
47 progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über 20 Jahre in Raten gezahlt  
48 werden. Die jährliche Belastung des Nettovermögens beträgt somit zwischen 0,1 und 1,5  
49 Prozent. Die geschätzten Einnahmen liegen bei 310 Milliarden Euro über 20 Jahre.
- 50 • Erbschaftsteuer: Reichtum wird vererbt – meist ohne dass nennenswerte Steuern bezahlt  
51 werden. Gerade die Superreichen können ihr Millionenvermögen in Unternehmensanteilen  
52 steuerfrei vererben oder verschenken. Wir werden dafür sorgen, dass die  
53 Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Zu dem Zweck sollen die heute existierenden  
54 Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen entfallen. Wir werden die  
55 Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum  
56 bleibt freigestellt. Mehreinnahmen im Jahr: 8 bis 10 Milliarden Euro.
- 57 • Die Unternehmensteuern wurden schon vor Jahren massiv gesenkt. Die Körperschaftssteuer  
58 muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Wir wollen den Wettlauf der Unternehmen um  
59 Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite Mindestsätze für  
60 Unternehmenssteuern. Wir werden sicherstellen, dass Unternehmen und Konzerne sich nicht  
61 den Steuern entziehen. Megakonzerne wie Amazon wurden in der Corona-Krise noch mächtiger,

62 zahlen aber kaum Unternehmenssteuer. Wir brauchen deshalb eine Steuerreform, die solche  
63 Konzerne stärker am Ort der Umsätze besteuert.

64 • Umsatzsteuer: Für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel wollen  
65 wir ermäßigte Steuersätze.

66 • Steuerhinterziehung: Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen und  
67 somit Steueroasen – auch »made in Germany« – austrocknen. Dafür wollen wir eine  
68 Bundesfinanzpolizei aufbauen und das Personal im Steuervollzug bedarfsgerecht aufstocken.  
69 Es ist realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von  
70 Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich etwa 15 Milliarden Euro mehr einzunehmen.

71 • Finanztransaktionssteuer: Wir dämmen die Spekulation auf den Finanzmärkten ein. Bei jeder  
72 Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die eingenommenen  
73 Gelder sollen einerseits für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und  
74 für globalen Klimaschutz und andererseits für den sozialökologischen Umbau unserer  
75 Industriegesellschaft genutzt werden.

76 • Gemeindegewerbesteuer: Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine  
77 Gemeindegewerbesteuer umwandeln. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten,  
78 Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende  
79 Selbstständige und Freiberufler einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000  
80 Euro anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die  
81 Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet.

82 Was langfristig wirkt, muss auch langfristig finanziert werden: Die Schuldenbremse und der  
83 europäische Fiskalpakt blockieren langfristige Entwicklungen und sollen Privatisierung  
84 vorantreiben.

85 • Die Schuldenbremse ist volkswirtschaftlich unsinnig und gehört abgeschafft. Solange die  
86 Schuldenbremse existiert und Tilgungsverpflichtung besteht, muss die Tilgung auf 50 Jahre  
87 gestreckt werden. Aufwendungen für Zinszahlungen dürfen den Verschuldungsspielraum nicht  
88 zusätzlich einschränken. Dadurch wird der finanzielle Spielraum auch innerhalb der  
89 Schuldenbremse erweitert.

90 Gerechter Haushalt: Bildung, Gesundheit und Klimaschutz statt Aufrüstung. Der Bundeshaushalt  
91 umfasst eine Erhöhung der Militärausgaben. Die Bundesregierung nähert sich weiter der Marke von  
92 2 Prozent des BIP für Rüstungsausgaben. Diese Prioritätensetzung ist falsch. Auch der Abbau  
93 klimaschädlicher Subventionen kann den Bundeshaushalt entlasten. Insgesamt sind Einsparungen im  
94 Umfang von 12 Milliarden Euro jährlich problemlos möglich.

95 Mit diesen Mehreinnahmen können wir den Einstieg in eine solidarische Gesellschaft finanzieren:  
96 bessere soziale Sicherheit, mehr Personal in Bildung, Gesundheit und Pflege und einen Neustart  
97 im gemeinnützigen Wohnungsbau, Barrierefreiheit und den Einstieg in einen sozialen und  
98 ökologischen Umbau der Wirtschaft. Unsere Forderungen sind gegengerechnet und realistisch.

# Antrag L.1.(1501): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 Einkommensteuer gerecht reformieren

2 Auch die Besteuerung von Einkommen wollen wir gerechter machen. Niedrige und mittlere Einkommen  
3 wollen wir entlasten. Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden. Als Faustregel gilt: Wer  
4 (als Single, Steuerklasse I) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat, zahlt nach unserem  
5 Tarif weniger Steuern. Alle haben Vorteile von der verbesserten öffentlichen Daseinsvorsorge  
6 und den geringeren Beiträgen zu unserer solidarischen Gesundheitsversicherung.

- 7 • Alle zu versteuernden Einkommen unter 14.400 Euro im Jahr bleiben steuerfrei. Der  
8 Steuerverlauf wird abgeflacht. Gerade mittlere Einkommen profitieren, da ein höherer  
9 Freibetrag bedeutet, dass nur auf das darüberhinausgehende Einkommen überhaupt Steuern  
10 gezahlt werden müssen.
- 11 • Höhere Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen  
12 im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent. Zu versteuerndes Einkommen bedeutet: das, was  
13 vom Bruttoeinkommen nach den üblichen Abzügen (pauschale Freibeträge und Sonderausgaben)  
14 übrigbleibt. 70.000 Euro zu versteuerndes Einkommen entspricht etwa 81.000 Euro  
15 Bruttoverdienst eines oder einer Alleinstehenden ohne Kinder. 53 Prozent Steuersatz gilt  
16 für das Einkommen ab 70.000 Euro. Der durchschnittliche Steuersatz für 70.000 Euro  
17 Einkommen liegt bei circa 30 Prozent.
- 18 • Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent für Einkommen  
19 oberhalb der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen  
20 oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.
- 21 • Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht weiter bevorzugt werden, sondern nach denselben  
22 Sätzen versteuert werden wie alle Einkommen. Die Abgeltungssteuer von 25 Prozent werden  
23 wir abschaffen, Einschränkungen der Verrechnung von Verlusten aus Kapitalvermögen sowie  
24 den Sparerpauschbetrag allerdings beibehalten.
- 25 • Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss  
26 das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw.  
27 Lebenspartner\*innen übertragbar sein.
- 28 • Bei Entlassungen wollen wir Steuerfreibeträge für Abfindungen wieder einführen.
- 29 • Die Entfernungspauschale wird durch ein Mobilitätsgeld ersetzt, das pro  
30 Entfernungskilometer zur Arbeitsstätte allen Arbeitnehmer\*innen unabhängig von ihrem  
31 Einkommen dieselbe Steuerbegünstigung verschafft.
- 32 • DIE LINKE will den Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen erhalten und zu einem  
33 Solidaritätspakt III umbauen. Der Soli ist die sozial gerechteste Steuer: mit der  
34 stärksten Entlastung im unteren Bereich und für Menschen mit Kindern – und der stärksten  
35 Belastung für die im oberen Bereich, besonders Menschen ohne Kinder.
- 36 • DIE LINKE fordert einen Solidaritätspakt III zur Bewältigung des Strukturwandels in Regionen in  
37 und nach dem industriellen Umbruch. Das finanzielle Volumen muss an den Solidaritätspakt II  
38 anknüpfen, deshalb fordern wir mindestens 10 Milliarden Euro jährlich aus Bundesmitteln

39 für den Strukturwandel und Kohäsion zur Verfügung zu stellen. Unser Solidarpakt III  
40 richtet sich an alle strukturschwachen Regionen in Deutschland. Wir schlagen für die  
41 Planungssicherheit einen Zeitraum bis 2035 für den Solidarpakt III vor und somit ein  
42 Gesamtvolumen von mindesten 150 Milliarden Euro.

- 43 • Grunderwerbsteuer und Share Deals. Durch steigende Immobilienpreise und die in fast allen  
44 Bundesländern angehobenen Steuersätze der Grunderwerbsteuer ist die Steuerbelastung für  
45 die meisten Immobilienerwerbe deutlich gestiegen. Immobilienkonzerne hingegen, die große  
46 und sehr große Immobilienpakete kaufen, kommen durch sogenannte Share Deals meist davon,  
47 ohne Steuern zu zahlen. Sie kaufen formal nicht die Immobilien, sondern die Mehrheit (bis  
48 zu 90 Prozent) der Anteile (engl. »Shares«) an den jeweiligen Firmen, die die Immobilien  
49 besitzen. Wir fordern eine Reform der Grunderwerbsteuer, sodass auch anteilige  
50 Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) dann entsprechend auch anteilig besteuert werden.  
51 Dadurch werden Share Deals weitgehend unattraktiv.
- 52 • Gemeinnützigkeit. In den vergangenen Jahren haben immer mehr politisch engagierte Vereine  
53 vom Finanzamt oder vor Gericht ihre Gemeinnützigkeit aberkannt bekommen. Wir brauchen eine  
54 Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Ausweitung der als gemeinnützig anerkannten  
55 Zwecke (zum Beispiel die Förderung der Menschen- und Grundrechte, des Friedens, des  
56 Klimaschutzes oder der sozialen Gerechtigkeit). Auch darf die Erwähnung eines Vereins in  
57 einem Verfassungsschutzbericht des Bundes oder der Länder nicht mehr automatisch zur  
58 Aberkennung der Gemeinnützigkeit führen, wie dies zuletzt im Fall der VVN/BdA passiert  
59 ist.
- 60 • Steuervollzug. Die großen Probleme im Steuervollzug müssen endlich gelöst werden. Dazu  
61 braucht es einerseits deutlich mehr Personal und IT-Kapazitäten der Finanzbehörden.  
62 Mindestens ebenso wichtig ist aber eine bundesweit einheitliche Umsetzung und Durchsetzung  
63 der Steuergesetze des Bundes. Die Frequenz, mit der Großbetriebe und reiche Einzelpersonen  
64 durch Betriebs- und Steueraußenprüfungen kontrolliert werden, variiert stark zwischen den  
65 Ländern. Wir brauchen viel häufigere und intensivere Steuerprüfungen für Unternehmen und  
66 reiche Einzelpersonen. Die wirksame Lösung für diese interessengeleitete Kleinstaaterei  
67 wäre die Übertragung des Steuervollzugs auf die Bundesebene (»Bundessteuerverwaltung«).  
68 Auch bei der Verfolgung und Bekämpfung halblegaler und verbotener Steuergestaltungsmodelle  
69 sind die Finanzbehörden oft untätig (siehe auch das nächste Kapitel).

## **Antrag L.1.(1600): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen**

2 Mehr als zehn Jahre nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sind deren Ursachen nicht  
3 überwunden. Die Regierung hat es versäumt, das Finanzsystem grundlegend zu verändern und auf  
4 die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung auszurichten. Dafür braucht es den Mut, sich mit  
5 den Großbanken, Hedgefonds und den Multimilliardären anzulegen. Wir wollen die Gesellschaft und  
6 die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne befreien:

- 7 • Aus kapitalgedeckter Altersvorsorge fließen den Finanzmärkten Milliardenbeträge zu. Wir

8 wollen die Rentenprivatisierungen zurücknehmen und die Mittel der Spekulation entziehen  
9 (vgl. Kapitel »Rente«).

10 • Gerade von den hochkomplexen Finanzinstrumenten (zum Beispiel Derivaten höheren Grades),  
11 von denen im Krisenfall die größten Risiken ausgehen, geht kaum ein merklicher Nutzen für  
12 das Gemeinwesen aus. Die LINKE will den Finanzsektor deshalb auf eine dienende Funktion  
13 für Gesellschaft und Realwirtschaft zurückführen. Die Finanzmärkte sollen entschleunigt  
14 und im Volumen geschrumpft werden.

15 • Wenn immer größere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privat organisiert werden, dann  
16 müssen Renditen erwirtschaftet werden, der Finanzmarkt übernimmt die Kontrolle. Wir wollen  
17 Krankenhaus-, Pflege- und Immobilienkonzerne die Börsenzulassung entziehen.

18 DIE LINKE will den Finanzsektor auf gesellschaftlich sinnvolle Kernaufgaben konzentrieren. Das  
19 sind vor allem Angebote im Bereich Zahlungsverkehr und sicherer Ersparnisbildung sowie die  
20 Finanzierung privater und öffentlicher Investitionen. Die Banken sollen auf ein an den  
21 Bedürfnissen der Realwirtschaft und der Gesellschaft orientiertes Geschäftsmodell zurückgeführt  
22 werden:

23 • Die Basis eines neuen Finanzsektors sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Sie wollen  
24 wir fördern. Die Geschäftsbanken müssen wie Sparkassen auf das Gemeinwohl verpflichtet  
25 werden.

26 • Der überwiegende Teil des sogenannten Kapitalmarktgeschäfts der Banken folgt spekulativen  
27 Motiven. Es dient nicht den Bedürfnissen der Realwirtschaft oder der Mehrheit der  
28 Bevölkerung. Kurzfristig ausgerichtetes Investmentbanking – das nur in Betriebe  
29 investiert, um schnell hohe Renditen zu erzielen – wollen wir als Geschäftsfeld abwickeln.  
30 Schattenbanken, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-  
31 Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst oder streng reguliert werden. In diesem Sinne muss  
32 Banking wieder langweilig werden. Die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln  
33 wollen wir verbieten.

34 • Mit einer demokratischen Kontrolle der Banken durch Vertreter von Beschäftigten,  
35 Gewerkschaften und öffentlicher Hand könnten die Ressourcen der Banken dazu genutzt  
36 werden, die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lenken. Nur so können  
37 die Einlagen der Kleinsparer\*innen geschützt und Gewerbetreibende mit günstigen Krediten  
38 versorgt werden. In den Kontrollgremien müssen auch Sozialverbände, Verbraucherschutz- und  
39 Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure vertreten sein.

40 • Alle Menschen müssen einen Rechtsanspruch auf ein kostenfreies Girokonto erhalten.  
41 Dispozinsen wollen wir auf höchstens 5 Prozent oberhalb des Zinssatzes der Zentralbank  
42 begrenzen.

# Antrag L.1.(1601): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Finanzkriminalität stoppen!**

2 Deutschland ist ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche. Die privaten  
3 Wirtschaftsprüfungsunternehmen haben über Jahre versagt – das zeigt der Wirecard-Skandal.  
4 Bei den sogenannten Cum/Ex- und Cum-Cum-Geschäften ließen sich kriminelle Händler auf dem  
5 Finanzmarkt vom Staat Steuern erstatten, die nie bezahlt wurden. Ein Netzwerk aus Banken,  
6 Beratern, Anwälten und Investoren bereicherte sich so auf Kosten der Allgemeinheit. Der Schaden  
7 in den letzten 20 Jahren wird auf über 35 Milliarden Euro geschätzt.

## 8 **Geldwäsche bekämpfen**

- 9 • Die Strafverfolgung muss verbessert werden. Ohne ein Strafrecht für Unternehmen kommen die  
10 großen Banken in Beihilfeverfahren oft glimpflich davon. Wir brauchen ein solches  
11 Unternehmensstrafrecht, um nicht nur einzelne Personen, sondern große Konzerne zur  
12 Verantwortung zu ziehen. Dies erfordert wirksame Sanktionen und Verschärfungen im  
13 Kreditwesengesetz, um Banken bei wiederholter Beihilfe zu Straftaten die Lizenz zu  
14 entziehen.
- 15 • Eigentumsstrukturen müssen aufgedeckt werden: Das 2017 eingeführte Transparenzregister zur  
16 zentralen Identifikation der Eigentümer von Firmen und Stiftungen enthält zu viele  
17 Schlupflöcher bei den Meldepflichten.
- 18 • Finanzaufsicht reformieren: Jede Geld- und Vermögensanlage sowie jedes Kreditgeschäft muss  
19 erfasst und durch ein laufendes materielles Prüfungsrecht (Produktaufsicht) der  
20 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unterstellt werden.
- 21 • Die Macht der privaten Wirtschaftsprüfer brechen: Wirtschaftsprüfer dürfen nicht länger  
22 gleichzeitig prüfen und beraten. Das Haftungsprivileg der Wirtschaftsprüfer und die damit  
23 verbundene Haftungsgrenze von 4 Millionen Euro bei Aktiengesellschaften gehören  
24 abgeschafft. Wir brauchen ein Vieraugenprinzip (Joint Audits) sowie eine Poolfinanzierung  
25 der Wirtschaftsprüfer, damit nicht das zu prüfende Unternehmen die Prüfer direkt bezahlt.  
26 Wirtschaftsprüfer müssen alle 3 bis 5 Jahre rotieren.
- 27 • Finanz-TÜV einführen: In Zukunft sollen nur noch solche Finanztransaktionen und -  
28 instrumente erlaubt sein, die auch einen gesamtwirtschaftlichen und/oder  
29 gesellschaftlichen Nutzen stiften. Statt wie bisher alle Finanzpraktiken zuzulassen, die  
30 nicht ausdrücklich verboten sind, müssen Finanzinstrumente in Zukunft eine ausdrückliche  
31 Zulassung durch einen »Finanz-TÜV« erhalten, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen.

## 32 **Steuerparadiese trockenlegen**

33 Durch Steuerparadiese und Steuertricks entziehen die Reichen und Konzerne der Allgemeinheit jedes  
34 Jahr Hunderte Milliarden Euro.

- 35 • Geldströme werden oft über Briefkastenfirmen und andere Rechtskonstrukte verschleiert. Das  
36 wollen wir unmöglich machen. Transnationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, ihre  
37 Kerndaten wie ihre Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise  
38 offenzulegen.

- 39 • Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten müssen sofort gekündigt und ihren  
40 Finanzinstituten muss die Lizenz in Deutschland entzogen werden. Durch eine Quellensteuer  
41 von 50 Prozent auf alle in nicht kooperative Staaten abfließenden Zahlungen, auf  
42 Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben von Unternehmen wollen wir Steuerflucht unattraktiv  
43 machen. Das ist auch im nationalen Alleingang sofort möglich. Die Beweislast muss bei den  
44 Unternehmen und Vermögenden liegen durch eine Anrechnung der Quellensteuer nur bei  
45 Offenlegung aller steuerrelevanten Informationen.
- 46 • Wir wollen die Verlagerung von Konzerngewinnen ins Ausland bekämpfen: Bestehende  
47 Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge müssen abgeschafft werden.  
48 Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge wollen wir  
49 beseitigen: Die Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden.
- 50 • Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell, technisch und vom gesetzlichen  
51 Rahmen her in die Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell konsequent  
52 zu verfolgen. Jede\*r Steuerfahnder\*in bringt etwa 1 Million Euro mehr ein, als sie oder er  
53 kostet.
- 54 • Banken, Wirtschaftsprüfer und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten,  
55 müssen empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Bank- bzw. Geschäftslizenz.  
56 Nach dem Vorbild des US-amerikanischen Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) werden  
57 Finanzinstitute zur Weitergabe von steuerrelevanten Informationen verpflichtet.

## **Antrag L.1.(1700): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Für eine Digitalisierung, die den Menschen nützt**

2 Die Digitalisierung kann Chancen eröffnen für ein selbstbestimmtes Arbeiten und Leben, für neue  
3 Formen der Demokratie, die Alltag, Arbeit und Wirtschaft einschließen. Die Digitalstrategie der  
4 Bundesregierung ist jedoch eine milliardenschwere Subvention für private Konzerne. Die  
5 Unternehmervverbände trommeln für weitere »Flexibilisierung der Arbeit«, für den 12-Stunden-Tag.  
6 Sie nutzen das Schlagwort »Digitalisierung« für die Aushöhlung von Rechten der Beschäftigten  
7 und als Gelegenheit, Gelder für öffentliche Dienstleistungen in ihre privaten Gewinne  
8 umzulenken. Auf dem neoliberalen Weg wird Digitalisierung zu mehr prekärer Arbeit führen, die  
9 soziale Spaltung vertiefen, werden Überwachungstechnologien und wachsende Konzernmacht die  
10 Demokratie weiter aushöhlen. Die Digitalisierung kann Chancen eröffnen für ein selbstbestimmtes  
11 Arbeiten und Leben, für neue Formen der Demokratie, die Alltag, Arbeit und Wirtschaft  
12 einschließen. Wir wollen die Gestaltung der Digitalisierung den Profitinteressen der Konzerne  
13 entziehen, um Wohlstandsgewinn für alle Menschen zu nutzen. Wem die Digitalisierung nutzen  
14 wird, wird jetzt entschieden.

## Antrag L.1.(1701): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

### 1 **Beschäftigte und ihre Rechte stärken**

- 2 Unternehmen investieren in digitale Arbeitsabläufe, um sich Gewinnmöglichkeiten zu sichern.  
3 Dies führt oft zu Leistungsverdichtung und höherem Arbeitsdruck. Die Arbeit in digitalen  
4 Umgebungen ermöglicht eine umfassende Leistungs- und Verhaltenssteuerung. Digitale Plattformen  
5 werden genutzt, um Arbeitsrechte auszuhebeln. Es geht aber auch anders: Mit erweiterten  
6 Mitbestimmungsrechten von Betriebsräten und Beschäftigten können die Arbeitsbedingungen  
7 humanisiert und Produktivitätsgewinne zur Arbeitszeitverkürzung genutzt werden.
- 8 • Die Arbeitszeit in Vollzeit wollen wir verkürzen auf um die 30 Stunden pro Woche bei  
9 vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. (vgl. Kapitel »Arbeit«)
  - 10 • Das Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten bei der Einführung von IT-Systemen muss  
11 verteidigt und erweitert werden. Betriebsräte müssen über Personalbemessung,  
12 Leistungsanforderungen und Weiterbildungsbedarf mitbestimmen können und Initiativrecht  
13 erhalten. Die Auslagerungsmöglichkeit auf Subunternehmen muss eng begrenzt werden und an  
14 die Fortgeltung der bestehenden Tarifverträge gebunden werden. (vgl. Kapitel »Arbeit«)
  - 15 • Beschäftigten über Plattformen müssen die vollen Arbeits- und Mitbestimmungsrechte sowie  
16 Sozialversicherungsschutz zustehen. Das betrifft auch die Lohnfortzahlung im  
17 Krankheitsfall sowie die Pflicht des Arbeitgebers, die Arbeitsgeräte zu stellen. Der  
18 Betriebsbegriff muss angepasst und die Beschäftigteneigenschaft klargestellt werden.  
19 Beschäftigte müssen das Recht haben, für mehrere Plattformen gleichzeitig zu arbeiten.
  - 20 • Wir brauchen ein Beschäftigtendatenschutzgesetz, das die Verwertung der im Arbeitsprozess  
21 digital anfallenden personenbezogenen Daten sowie die Überwachung von Beschäftigten  
22 verbietet und Verstöße hart sanktioniert.
  - 23 • Wir wollen die Rechte von Beschäftigten bei mobilem Arbeiten stärken (vgl. Kapitel  
24 »Arbeit«).

## Antrag L.1.(1702): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

### 1 **Die Macht der Internetkonzerne und Plattformen begrenzen**

- 2 Technologische, wirtschaftliche und politische Macht ist extrem konzentriert in den Händen  
3 einiger weniger Digitalkonzerne. Die »Big Five«, Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft,  
4 vereinen enormes Vermögen, Markt- und Monopolmacht: über 6,4 Billionen US-Dollar (Juli 2020).  
5 In der Pandemie haben sie ihre Profite weiter gesteigert.
- 6 Wir brauchen ein Kartellrecht, das auch online scharfe Zähne hat: Monopole müssen zerschlagen  
7 werden. Wir setzen auf Commons-basierte öffentliche Alternativen. Auf europäischer Ebene setzen  
8 wir uns für Richtlinien und Vorgaben zur Entflechtung marktbeherrschender Monopole ein. Es darf  
9 nicht den Profitinteressen dieser Konzerne überlassen bleiben, über Inhalte und Zugang zum

10 Internet zu entscheiden.

- 11 • Digitalkonzerne müssen in den Ländern Steuern zahlen, in denen sie wirtschaftlich aktiv  
12 sind. Dazu fordern wir eine stärkere Quellenbesteuerung der Gewinne am Ort der Umsätze und  
13 die Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben (zum Beispiel Lizenzgebühren),  
14 die einzig der Gewinnverlagerung dienen. Das Konzept der virtuellen Betriebsstätte muss  
15 auch im Steuerrecht verankert werden.
- 16 • Wir wollen Plattformgenossenschaften und öffentlich-rechtlich betriebene Plattformen als  
17 Alternativen fördern. Durch ein Plattformstrukturgesetz wollen wir Selbstbegünstigung der  
18 IT-Unternehmen verbieten, Datenschutz sicherstellen sowie die Interoperabilität und  
19 Portabilität der Nutzerdaten sanktionsbewährt garantieren. Alle Dienste und  
20 Softwarehersteller müssen verpflichtet werden, den Import und Export aller persönlichen  
21 Inhalte in offenen Formaten anzubieten. Hersteller müssen verpflichtet werden, auf ihren  
22 Plattformen die Nutzung von zu ihren Diensten konkurrierenden Angeboten zu ermöglichen.  
23 Digitalkonzerne müssen mittelfristig enteignet und vergesellschaftet werden. Nur wenn ihre  
24 alles bestimmende Monopolmacht zerschlagen wird, haben alternative Plattformen eine  
25 Überlebenschance und können für viele Menschen attraktiv werden.
- 26 • Plattformen wie Airbnb müssen verpflichtet werden, ihre Daten mit öffentlichen Behörden zu  
27 teilen. Wettbewerber sollen ein Zugriffsrecht auf Daten von Plattformen bekommen, die auf  
28 Datenmonopolen basieren. Das kann über Treuhänder organisiert werden. Airbnb wollen wir  
29 durch eine gemeinwohlorientierte Alternative für rein privaten Wohnungsaustausch ersetzen.  
30 (vgl. Kapitel »Keine Profite mit der Miete«)
- 31 • Wir brauchen eine spezielle Regulierungsbehörde, die die Durchsetzung dieser Regeln von  
32 Amts wegen überwacht.
- 33 • Den Einsatz von Uploadfiltern und Netzsperrern lehnen wir ab. Plattformbetreiber dürfen  
34 nicht das Recht erhalten und verpflichtet werden, ohne richterlichen Beschluss Inhalte zu  
35 löschen. Gegen Desinformation brauchen wir eine stärkere Medienbildung statt Zensur.

## **Antrag L.1.(1703): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Digitale Infrastruktur für alle ausbauen**

2 Die profitorientierten Mobilfunkbetreiber haben kein Interesse an einem flächendeckenden  
3 Netzausbau. Zahlreiche Menschen leben immer noch in Regionen mit schlechtem Internet. Der  
4 Netzausbau muss am Ziel zuverlässiger Versorgung und am Gemeinwohl orientiert erfolgen. Dazu  
5 müssen die Breitband- und Mobilfunknetze in öffentliche Hand.

- 6 • Wir fördern den Breitbandausbau mit Investitionen von 10 Milliarden Euro jährlich in ganz  
7 Deutschland. Die Kommunen sollen die Netze dauerhaft in öffentlicher Hand betreiben  
8 können. Alle Wohnungen sollen Breitbandanschluss erhalten.
- 9 • Wir wollen ein einheitliches Mobilfunknetz aus einer Hand, das eine Abdeckung der gesamten  
10 Fläche sichert. Ein einziges Netz ist kostengünstiger als parallele Netze und mindert die  
11 Strahlenbelastung. Die Konkurrenz der Anbieter führt zu unnötigen Mehrfachstrukturen und

- 12 an vielen Stellen zu gar keinem Netz. Netzausbau und -betrieb soll deswegen durch die  
13 öffentliche Hand erfolgen. Das sichert eine flächendeckend gute Netzqualität sowie die  
14 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Die kommunalen Betreiber der Glasfasernetze sind  
15 geeignete Betreiber der Mobilfunknetze. Die Telekommunikationsunternehmen können ihre  
16 Dienstleistungen über das öffentliche Netz anbieten.
- 17 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen digitale und andere öffentliche  
18 Dienstleistungen nutzen können, unabhängig vom Geldbeutel.
- 19 • Telefonanschluss und Internet dürfen (wie Strom und Wasser) nicht abgestellt werden, auch  
20 nicht bei Zahlungsrückstand.
  - 21 • Die Kosten dafür müssen in der Mindestsicherung berücksichtigt werden, ebenso für die  
22 Endgeräte.
  - 23 • Jedes Kind braucht von der Schule ein kostenfreies Leihgerät, sofern das für den  
24 Unterricht erforderlich ist (vgl. Kapitel »Eine Schule für alle«).
  - 25 • Wir wollen soziale Zentren in den Dörfern schaffen, die als Orte der Begegnung dienen und  
26 grundlegende Dienstleistungen wie Post, Bank und öffentlichen Internetzugang anbieten.
  - 27 • Es muss immer auch nichtdigitale Arten geben, eine Karte fürs Schwimmbad und einen Termin  
28 beim Amt etc. zu bekommen, um sicherzustellen, dass niemand ausgeschlossen wird. Digitale  
29 Angebote dürfen nicht zum Personalabbau im öffentlichen Dienst genutzt werden.
  - 30 • Netzneutralität muss grundgesetzlich gesichert werden.

## **Antrag L.1.(1704): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Datensicherheit und Datenschutz**

- 2 Wenn künftig Autos, Kühlschränke und Stromzähler digital gesteuert und ans Internet  
3 angeschlossen sein sollen, muss schon bei der Herstellung ausgeschlossen werden, dass  
4 Unberechtigte sich Zugriff zu diesen Systemen, den Daten der Nutzer\*innen und die Kontrolle  
5 über diese Geräte verschaffen können. Dies betrifft besonders IT- und IoT-Geräte in Haushalten  
6 und kleinen Betrieben. Die Verantwortung für Sicherheit der Daten muss »by Design«  
7 gewährleistet sein und darf nicht auf die Nutzenden abgeschoben werden. Wir müssen darauf  
8 vertrauen können, dass unser Onlinebanking, unsere elektronische Krankenakte, unsere Daten beim  
9 Einwohnermeldeamt sicher sind und nicht in falsche Hände geraten. Anbieter der Technologien  
10 müssen die Sicherheit wirksam gewährleisten.
- 11 • Die Haftung der Hersteller für IT-Sicherheit muss ausgeweitet werden. Wir brauchen  
12 gesetzliche Vorgaben zur Produktlebensdauer, die den verpflichtenden Support und  
13 Sicherheitsupdates für diese Zeit vorsehen. Per Verordnung muss Security by Design und by  
14 Default vorgeschrieben werden. Das sollte auf europäischer Ebene als Regelung für den  
15 Binnenmarkt umgesetzt werden. Eine Sicherheitszertifizierung muss obligatorisch für den  
16 Marktzugang werden.
  - 17 • Der Kauf von Informationen über und Beauftragung von Sicherheitslücken in IT-Systemen

- 18 durch Geheimdienste muss verboten und unterbunden werden. Sie gefährden die  
19 Datensicherheit für alle, da diese Sicherheitslücken nicht nur vom Staat, sondern auch von  
20 Kriminellen ausgenutzt werden. Es muss eine Verpflichtung zur Meldung von  
21 Sicherheitslücken geben.
- 22 • Im Bereich der Abwehr von Angriffen auf die IT-Sicherheit haben Bundeswehr und  
23 Geheimdienste nichts zu suchen, stattdessen werden wir die Unabhängigkeit des Bundesamts  
24 für die Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) stärken und dessen Beratungs- und  
25 Hilfsangebote ausbauen.
  - 26 • Wir wollen Open-Source-Betriebssysteme und Anwendungen staatlich fördern, um die  
27 Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Verbesserung der Systeme zu ermöglichen. Open-Source-  
28 Software ist nicht per se fehlerfrei, aber durch die Möglichkeit der Überprüfung können  
29 Fehler leichter gefunden und ausgebessert werden. Mit der Förderung von Open-Source-  
30 Technologien lässt sich auch die Entwicklung von Privacy-by-Design-Standards verbinden.  
31 Öffentliche Stellen müssen zur Anwendung von Open-Source-Technologie verpflichtet werden,  
32 um die vollständige Kontrolle der Behörden und der Gesellschaft über die eingesetzte  
33 Technologie zu gewährleisten. Der Bund soll Geld zur Verfügung stellen, um auch die  
34 Instandhaltung von freien Betriebssystemen zu unterstützen.
- 35 Die Interessen von Nutzer\*innen und Beschäftigten am Schutz ihrer Daten und  
36 Persönlichkeitsrechte bei der Nutzung digitaler Systeme müssen gegenüber dem Interesse von  
37 Unternehmen, durch Aus- und Verwertung möglichst großer Datenmengen neue Geschäftsmodelle zu  
38 entwickeln, verteidigt werden.
- 39 • Die Nutzung öffentlich zugänglicher Angebote muss möglich sein, ohne dass die dabei  
40 entstehenden Daten wirtschaftlich verwertet werden, wie derzeit durch Tracking,  
41 Profilbildung und personalisierte Werbung. Geschäftsbedingungen müssen  
42 allgemeinverständlich sein und die Möglichkeit beinhalten, die Weiterverwendung der  
43 anfallenden Daten auszuschließen.
  - 44 • Die Datenschutz-Grundverordnung muss gestärkt werden. Unternehmen, die gegen  
45 Datenschutzaufgaben verstoßen, müssen konsequent sanktioniert werden. Dazu gehört eine  
46 Stärkung der Datenschutzbeauftragten.
  - 47 • Es muss möglich sein, Daten zwischen verschiedenen sozialen Netzwerken zu teilen. Wir  
48 wollen eine Wahlfreiheit durch Interoperabilität und Datenportabilität zwischen den  
49 Diensten. Das darf nicht zulasten von Sicherheitsstandards gehen.

## **Antrag L.1.(1705): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Grundrechte schützen**

- 2 DIE LINKE steht für eine lebendige Demokratie. Die digitalen technischen Möglichkeiten dürfen  
3 nicht zur Überwachung der Bürger\*innen und zur Einschränkung der Demokratie genutzt werden.
- 4 • Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss beendet werden. Automatisierte  
5 Gesichtserkennung wollen wir verbieten. Wir brauchen stattdessen mehr Personal im

- 6 öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen, das Unterstützung, Auskunft und Hilfe bieten kann.  
7 Eine Kamera verhindert keine Gewalt und leistet keine Hilfe.
- 8 • Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung (Staatstrojaner) müssen  
9 verboten werden. Wir wollen das Recht auf Privatsphäre, sichere Kommunikation und  
10 Verschlüsselung gesetzlich verankern. Spyware aller Art muss verboten werden.
  - 11 • Die Vorratsdatenspeicherung von IP-Verbindungen, Mobilfunkverbindungen und -standorten  
12 muss verboten werden. Eine Ausweispflicht für E-Mail-, Messengerdienste und Ähnliches  
13 lehnen wir ab.
  - 14 • Den Export von Überwachungstechnologie wollen wir verbieten. Den Einsatz autonomer  
15 Waffensysteme und bewaffneter Drohnen wollen wir verhindern.
  - 16 • Die behördliche Speicherung personenbezogener Daten muss auch für Geflüchtete der  
17 Verhältnismäßigkeit und dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung entsprechen.  
18 Das Ausländerzentralregister ist zum Instrument der Totalerfassung geworden, das Zugriff  
19 auf nahezu sämtliche persönliche Daten zahlreicher Behörden erlaubt. Mobiltelefone  
20 Schutzsuchender werden für Asylentscheidungen systematisch ausgelesen und analysiert. Das  
21 schafft gefährliche Präzedenzfälle und bedroht die Grundrechte aller Menschen.
  - 22 • Digitale Gewalt im Netz muss juristisch anerkannt und verfolgt werden. Dazu muss auch  
23 Kompetenz in den Strafverfolgungsbehörden aufgebaut werden. Dies betrifft besonders  
24 digitale Gewalt gegen Frauen. Die Impressumspflicht für nichtkommerzielle Webseiten wollen  
25 wir abschaffen, um die Privatsphäre von Webseitbetreiber\*innen zu sichern.
  - 26 • Nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung urheberrechtlich geschützter Software darf  
27 nicht kriminalisiert werden. Der Einsatz sogenannter Künstlicher Intelligenz (KI) muss  
28 gesetzlich reguliert werden, um gemeinwohlorientierte Anwendung sicherzustellen.
  - 29 • Sämtliche für Entscheidungen eingesetzte Algorithmen müssen von unabhängigen Stellen auf  
30 Diskriminierungsfreiheit geprüft werden. Der Einsatz diskriminierender Algorithmen ist zu  
31 verbieten.
  - 32 • Entscheidungen über Sozialleistungsansprüche, Kreditwürdigkeit oder Prognosen über  
33 Straffälligkeit dürfen nicht automatisiert getroffen werden. Sie müssen stets von Menschen  
34 verantwortet werden. Die Betroffenen brauchen ein Einspruchsrecht gegenüber menschlichen  
35 Entscheidungsbefugten.
- 36 Wir wollen Whistleblower schützen. Personen und Strukturen, die Missstände und Verbrechen in  
37 der Wirtschaft und demokratischen Institutionen öffentlich machen, sind für eine Demokratie  
38 lebensnotwendig.

## **Antrag L.1.(1706): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Digitale Zahlungssysteme regulieren**

- 2 Internetkonzerne entwickeln für ihre Hard- und Softwareprodukte eigene Bezahlsysteme (zum  
3 Beispiel ApplePay, AmazonPay, Ebay-Tochter PayPal u. a.) oder denken über die Etablierung

- 4 eigener Parallelwährungen nach (siehe Diem-Pläne von Facebook u. a.).
- 5 • Digitale Zahlungen ermöglichen die Erstellung von persönlichen Profilen und Rückschlüsse  
6 auf sensible persönliche Informationen. Daher wollen wir das Recht auf Bargeldzahlung  
7 gesetzlich verankern. Digitales Bezahlen muss mindestens bei kleineren Beträgen auch  
8 anonym möglich sein.
  - 9 • Den Datenschutz bei digitalen Zahlungsdiensten regulieren wir streng. Wir setzen eine  
10 strikte Trennung zwischen Bezahl- und andere Diensten der Konzerne durch.
  - 11 • Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende  
12 Privatisierung lehnen wir ab. Innovative Finanztechnologieunternehmen (FinTechs) bzw. ihre  
13 Plattformen müssen mit ihren Finanzdienstleistungen denselben Regeln und Gesetzen  
14 unterworfen sein, wie sie heute für konventionelle Finanzdienstleister (zum Beispiel  
15 Banken und Versicherungen) gelten.
  - 16 • Um im Dickicht der neuen Zahlungsinstrumente das Heft nicht aus der Hand zu geben, soll  
17 die Europäische Zentralbank einen »digitalen Euro« einführen. Der digitale Euro soll ein  
18 von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein, das Privatpersonen in  
19 begrenztem Maße und unverzinst auf Girokonten bei der EZB halten können. Nur mit einer  
20 öffentlichen Alternative zu den Bezahlssystemen der großen (Internet-)Konzerne und ihrer  
21 Datensammelwut lässt sich glaubwürdig ein europäisches Datenschutzniveau durchsetzen.

## **Antrag L.1.(1707): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Öffentliche Verwaltung demokratisch und digital**

2 Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung erleichtert neue Beteiligungsformate für  
3 demokratische Entscheidungen, transparente Entscheidungen und schnellere Bearbeitung von  
4 Bürgeranliegen. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Abhängigkeit von externen  
5 Dienstleistern und der Einsatz externer »Berater« noch steigen. Vielmehr brauchen die  
6 öffentlichen Verwaltungen ausreichend kompetentes Personal, um die digitalen Systeme zu warten,  
7 Bürger\*innen bei der Benutzung zu unterstützen und die persönliche Ansprechbarkeit für alle  
8 Anliegen sicherzustellen.

- 9 • Wir wollen neue digitale Beteiligungsformate für demokratische Entscheidungen entwickeln.
- 10 • Das Informationsfreiheitsgesetz wollen wir zu einem Transparenzgesetz ausbauen. Mit  
11 öffentlichen Mitteln erstellte Informationen müssen im Sinne von Open Data kostenlos  
12 öffentlich zugänglich sein. Insbesondere sollten Daten, die demokratische Kontrolle  
13 ermöglichen, wie Verträge für steuerfinanzierte Aufträge, Plenarprotokolle und Dokumente  
14 maschinenlesbar und mit offenen Schnittstellen automatisiert abrufbar sein. Im Rahmen  
15 kommerzieller Smart-City-Projekte gesammelte Daten müssen der Allgemeinheit kostenfrei zur  
16 Verfügung gestellt werden.
- 17 • In der öffentlichen Verwaltung muss freie Software eingesetzt werden. Dies dient sowohl  
18 der Datensicherheit als auch dem Schutz öffentlicher und demokratischer Handlungs- und  
19 Entscheidungsfähigkeit. Das Vergaberecht muss entsprechend angepasst werden. Durch

- 20 öffentliche Gelder finanzierte Software muss als freie Software veröffentlicht werden und  
21 zur Wiederverwendung in anderen Städten und Verwaltungen sowie durch gemeinwohlorientierte  
22 Akteure zur Verfügung stehen. Ebenso sollte dies für öffentlich finanzierte Hardware und  
23 andere Technologien gelten: Sie werden öffentlich dokumentiert und kommen damit auch  
24 anderen Anwendungsfeldern zugute.
- 25 • Öffentliches WLAN in den Kommunen und öffentlichen Gebäuden wollen wir durch Freifunk  
26 ausbauen, statt durch kommerzielle Anbieter.
  - 27 • Öffentliche Verwaltungen und Meldeämter dürfen keine persönlichen Daten von Menschen ohne  
28 deren ausdrückliche Zustimmung an Dritte weitergeben.

## **Antrag L.1.(1708): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Schule und Lernen digital unterstützen**

- 2 Digitale Anwendungen können sowohl bei der Organisation des Schulbetriebs, wie der Organisation  
3 von Stundenplänen, als auch beim Lernen selbst helfen. Allerdings können und sollen die besten  
4 Programme keine Lehrpersonen ersetzen, sondern diese und die Schüler\*innen beim Lernen  
5 unterstützen. Die Anwendung von Lernsoftware muss deshalb immer in ein pädagogisches Konzept  
6 eingebettet sein. Gesundheitliche und lernpsychologische Aspekte sind dabei zu berücksichtigen.  
7 Die Auseinandersetzung mit verbreiteten Technologien ist darüber hinaus ein wichtiger Teil des  
8 Erlernens gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit. Digitalisierung in der Bildung darf jedoch  
9 nicht zum Einfallstor der Profitinteressen von Unternehmen werden.
- 10 • Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss an allen Schulen auch für digitale Geräte  
11 sichergestellt sein. (vgl. Kapitel »Bildung«) In den Schulen muss eine ausreichende  
12 Netzwerkinfrastruktur geschaffen werden.
  - 13 • Die Lehrer\*innen müssen fortgebildet werden in der Benutzung dieser Technologien und in  
14 Datenschutzfragen. Sie müssen die Technik anwenden und verstehen können, um sie mit den  
15 Schüler\*innen zu benutzen und sie ihnen erklären zu können.
  - 16 • Keinesfalls darf Lernsoftware als Ersatz für fehlendes Lehrpersonal eingesetzt werden. Der  
17 Einsatz von Digitaltechnologie in Schulen erfordert einen höheren Personalbedarf für die  
18 Betreuung der Schüler\*innen wie der Software und Geräte. Dafür müssen zusätzliche Stellen  
19 geschaffen werden.
  - 20 • Bildungspläne, Unterrichtskonzeptionen und Medieneinsatz müssen vom Menschen, von  
21 Lernprozessen und von den konkreten Fächern her konzipiert werden. Medien und  
22 Digitaltechnik sind Hilfsmittel im Unterricht und kein Selbstzweck. Die Frage ist nicht,  
23 was man mit der neusten Digitaltechnik alles machen kann, sondern was die Lehrkraft an  
24 medialer und technischer Unterstützung braucht.
  - 25 • Eingesetzte Lernsoftware darf keine personenbezogenen Daten der Schüler\*innen (wie  
26 Lernfortschritte) außerhalb der Schule speichern. Sämtliche erhobenen Daten müssen  
27 transparent und für alle nachweislich auf den Geräten verbleiben oder im Rahmen der Schule  
28 gespeichert werden. Aus diesen Daten dürfen keine Prognosen zum Lernerfolg oder der

29 weiteren schulischen Entwicklung erstellt werden. Schüler\*innen haben darüber hinaus ein  
30 Recht auf Vergessen, insbesondere da es sich um Minderjährige und Heranwachsende handelt.

31 • Die Abhängigkeit von bestimmten IT-Unternehmen und Produkten muss von vornherein vermieden  
32 werden. Die verwendete Software soll Open-Source-Standards entsprechen. Lernprogramme  
33 müssen öffentlich erstellt, verwaltet und gewartet werden.

34 • Technikfolgenabschätzung in der Bildungsforschung muss gefördert werden, um Erfahrungen,  
35 Chancen und Risiken beim Lernen mit digitalen Technologien offenzulegen.  
36 Die Medien- und Datenschutzkompetenz der Kinder und Jugendlichen muss möglichst früh  
37 gefördert werden.

38 Auch in der Erwachsenenbildung muss der digitale Kompetenzaufbau gefördert werden. Digitale  
39 Bildung sollte vorrangig über freie Bildungsmaterialien (Open Educational Resources) erfolgen,  
40 die gemeinsam weiterentwickelt, geteilt und weiterverwendet werden können. Das schließt Open  
41 Hardware ein. In der Wissenschaft wollen wir Open Access für Forschungsergebnisse standardmäßig  
42 durchsetzen. Was mit öffentlichen Geldern gefördert wurde, muss der Öffentlichkeit kostenfrei  
43 zur Verfügung stehen.

## **Antrag L.1.(1709): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Digitalisierung im Gesundheitswesen**

2 Den Einsatz digitaler Anwendungen und Methoden zur bloßen Kostenreduzierung unter Inkaufnahme  
3 der Verschlechterung der medizinischen Versorgung lehnen wir ab. Staatliche Gelder sollen  
4 zuerst in die Bekämpfung des Pflegenotstands und die Verbesserung der Gesundheitsinfrastruktur  
5 fließen, statt sie für die Subventionierung von IT-Konzernen zu nutzen.

6 • Ein Umlegen der Kosten von digitalen Anwendungen auf die Bewohner\*innen von  
7 Pflegeeinrichtungen lehnen wir ab. Nur ein radikaler Richtungswechsel in der Finanzierung  
8 von Gesundheit und Pflege durch eine Pflegevollversicherung verhindert, dass die  
9 Digitalisierung für einen Abbau von Stellen genutzt wird.

10 • Krankenkassen dürfen die von den Versicherten eingezahlten Rücklagen nicht für die  
11 Spekulation auf Erfolge von IT-Konzernen nutzen!

12 • Für eHealth-Anwendungen brauchen wir evidenzbasierte Bewertungsverfahren analog zu anderen  
13 medizinischen Behandlungsmethoden. Routinedaten der Krankenkassen, Registerdaten oder  
14 andere Daten, die direkt im Behandlungsalltag anfallen (Real World Data) sind dafür nicht  
15 geeignet. Für Gesundheits-Apps braucht es eine Zertifizierung nach staatlichen Vorgaben.

16 • Die informationelle Selbstbestimmung von Patient\*innen und Versicherten muss jederzeit  
17 gewahrt werden. Die Weitergabe der sensiblen Daten durch die Anwender\*innen muss immer  
18 wohlinformiert und freiwillig erfolgen und darf auch langfristig nicht Grund für  
19 Diskriminierung oder Voraussetzung für den Zugang zu einer wirksamen Behandlung sein.

20 • Daten, die mit der elektronischen Gesundheitskarte erhoben werden, dürfen nicht zentral  
21 gespeichert oder online weitergegeben werden. Eine Einsicht Dritter in die dezentralen  
22 Datenspeicher ohne Zustimmung der Versicherten muss verboten bleiben.

- 23 • Digitale Gesundheitstechnologien sollen barrierefrei gestaltet und allen Menschen  
24 diskriminierungsfrei zugänglich sein, dies geht Hand in Hand mit angemessenen  
25 Weiterbildungs- und Informationsmöglichkeiten für die Versicherten, Patient\*innen und  
26 Heilmittelerbringer\*innen. Die Mitsprache der betroffenen Menschen mit Pflegebedarf,  
27 einschließlich eines Vetorechts für zum Beispiel den Robotereinsatz, ist zu definieren.

## **Antrag L.1.(1710): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 ÖPNV für alle durch Digitalisierung verbessern**

2 Die Auto- und IT-Konzerne sind dabei, sich mit digitalen Mobilitätsangeboten neue Profitquellen  
3 zu erschließen. Sie wollen ihre Angebote als Teil des ÖPNV definieren und Gelder für den  
4 öffentlichen Nahverkehr in ihre Kassen umleiten. Dabei kann der öffentliche Verkehr durch eine  
5 digitale Verkehrssteuerung attraktiver werden. Die Übersicht und Buchbarkeit aller  
6 Verkehrsangebote in einer App sind überfällig. Der Einsatz geteilter Kleinfahrzeuge  
7 (Ridesharing) kann eine sinnvolle Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs sein. Auch autonom  
8 fahrende Fahrzeuge können unter Umständen nützlich sein. Kurzfristig sind sie jedoch keine  
9 Alternative, da für die Ermöglichung autonomen Fahrens enorme Investitionen in die  
10 Verkehrsinfrastruktur erforderlich sind (flächendeckendes 5-G-Netz, digitale Ausstattung von  
11 Ampeln und Verkehrsschildern, Abtrennung von Radwegen und Gehwegen etc.). Dieses Geld wird  
12 stattdessen dringend für eine wirkliche Verkehrswende hin zu mehr Bussen, Straßenbahnen, Zügen,  
13 häufigeren Takten, mehr Personal und guten Arbeitsbedingungen benötigt. Entscheidend ist der  
14 Wille, öffentliche Mobilität für alle verfügbar zu machen und aus Steuermitteln so zu  
15 finanzieren, dass es nicht auf den Geldbeutel des Einzelnen ankommt, ob ökologische  
16 Alternativen erschwinglich sind. Und dass Kommunen nicht auf Grund leerer Kassen auf  
17 profitorientierte Angebote der Konzerne zurückgreifen müssen. Denn wirklicher Klimaschutz im  
18 Verkehr lässt sich nicht mit digitalen Pkw-Flotten erreichen.

- 19 • Wir setzen uns ein für eine öffentliche Mobilitätsplattform, auf der alle Angebote aus  
20 allen Verkehrsverbänden sichtbar und buchbar sind. Perspektivisch muss diese Plattform  
21 alle europäischen Regionen einbeziehen.
- 22 • Die dabei anfallenden Daten dürfen nur aggregiert öffentlich gemacht werden. Keinesfalls  
23 dürfen anonymisierte Daten der Nutzer\*innen öffentlich gemacht werden, da auch  
24 anonymisierte Bewegungsprofile Rückschlüsse auf konkrete Personen erlauben. Die Pflicht  
25 zur Bereitstellung von aggregierten Verkehrsdaten betrifft selbstverständlich auch alle  
26 privaten Anbieter von Verkehrsdienstleistungen.
- 27 • Die Zugänglichkeit zu allen Verkehrsangeboten auch ohne Smartphone und App muss möglich  
28 bleiben, um nicht Menschen auszuschließen, die Smartphones und Computer nicht nutzen  
29 können oder möchten. In zu regelmäßigen Zeiten verkehrende Straßenbahnen und Busse können  
30 auch Kinder und Behinderte selbstständig einsteigen. Das muss auch in einer  
31 digitalisierten Verkehrswelt erhalten bleiben.
- 32 • Preissysteme, die im ÖPNV nach gefahrenen Kilometern und Tageszeit abrechnen, lehnen wir  
33 ab. Sie ermöglichen gewinnorientierten und (teil)privaten Anbietern wie Moia höhere

- 34 Profite, aber machen die Nutzung für die meisten Menschen teurer. Auch die sogenannte  
35 letzte Meile muss im ÖPNV-Ticket inbegriffen sein. Ticketpreise müssen sinken,  
36 perspektivisch für alle kostenlos sein.
- 37 • Bei Ausschreibungen bzw. Vergabe öffentlichen Verkehrs an private Anbieter sind zwingend  
38 geltende Tarifverträge einzuhalten, um gute Arbeitsbedingungen zu sichern. DIE LINKE setzt  
39 sich für bundesweit gültige Flächentarifverträge im Nahverkehr ein.
  - 40 • Soweit selbstfahrende Fahrzeuge eingesetzt werden, muss die Begleitung durch menschliches  
41 Personal zwingend sichergestellt werden, das in Notsituation unmittelbar Hilfe leisten  
42 kann und Menschen mit Behinderung beim Besteigen und Verlassen des Fahrzeugs helfen kann.  
43 Wir brauchen auch endlich wieder Personal auf allen Bahnhöfen. Kameras und  
44 Informationssäulen bieten keine Unterstützung und keinen Schutz in Notfällen!

## **Antrag L.1.(1711): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Nachhaltige Digitalisierung: ökologisch und sozial**

- 2 Die Digitalisierung erfordert einen hohen Energie- und Ressourcenverbrauch für Rechenzentren  
3 und Endgeräte. Dies betrifft sowohl den benötigten Strom als auch die erforderlichen Rohstoffe.  
4 Zudem sind die Arbeitsbedingungen in vielen Ländern im Rohstoffabbau, in der Herstellung der  
5 Geräte und auch im IT-Service oft schlecht. Viele neue Technologien sind zwar energieeffizient,  
6 doch werden die Einsparungen durch größere Endgeräte, höhere Auflösung, stärkere Nutzung und  
7 kürzere Lebensdauer der Geräte wieder aufgefressen. Durch diesen »Rebound-Effekt« steigen  
8 sowohl der Rohstoffbedarf als auch der Stromverbrauch deutlich an. Soll dieser zunehmende  
9 Stromverbrauch ökologisch erzeugt werden, um das Klima nicht weiter zu schädigen, werden umso  
10 mehr Windkraftanlagen, Solarfelder und Wasserkraftwerke gebaut werden müssen – die ihrerseits  
11 Flächen, Material, seltene Metalle und Energie für ihre Herstellung verbrauchen. Ein  
12 zunehmender Bedarf an Rohstoffen, die aus anderen Ländern kommen, erhöht in einer  
13 kapitalistischen Welt auch die Kriegsgefahr. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine  
14 gesellschaftliche Diskussion darüber ein, in welchen Bereichen wir digitale Anwendungen nutzen  
15 wollen, und wo dies im Sinne des Umweltschutzes, des Schutzes der Arbeits- und Menschenrechte  
16 sowie im Rahmen einer international gerechten Handelspolitik neu geregelt werden muss.
- 17 • Für die öffentliche Beschaffung müssen strenge sozialökologische Vorgaben gelten in Bezug  
18 auf Arbeits- und Umweltschutz in den Herstellerländern, Langlebigkeit und Reparierbarkeit.  
19 Unternehmen, die gegen ihre Sorgfaltspflicht in der Lieferkette verstoßen, müssen von  
20 öffentlichen Aufträgen und der Außenwirtschaftsförderung ausgeschlossen werden. (vgl.  
21 Abschnitt »Lieferkettengesetz« im Kapitel »Global gerecht«)
  - 22 • Für digitale Endgeräte brauchen wir gesetzliche Vorgaben zur Mindestlebensdauer,  
23 Energieeffizienz, zu modularem Aufbau, Reparierbarkeit durch Nutzer\*innen und Werkstätten  
24 sowie verpflichtenden Software-Updates und zur Ersatzteilverfügbarkeit (vgl.  
25 Ökodesignvorgaben im Kapitel »Verbraucherschutz«). Hersteller müssen Reparaturanleitungen  
26 mitliefern. Spätestens wenn Hersteller den Support beenden und keine Sicherheitsupdates  
27 mehr liefern, muss der Quellcode veröffentlicht werden, damit andere Sicherheitsupdates

- 28 schreiben und bereitstellen können.
- 29 • Für Batterien und Elektrogeräte soll durch Einführung eines Pfandsystems die wirksame  
30 Rückführung der Rohstoffe in den Produktionskreislauf und Wiederverwertung der  
31 Bestandteile ermöglicht werden. Reparatur und Wiedernutzung müssen Vorrang vor Recycling  
32 der Materialien haben. (vgl. Kapitel »Klima- und Umweltschutz«)
- 33 • Die Abwärme von Rechenzentren muss verpflichtend zur Gebäudeheizung (Nah- und  
34 Fernwärmeversorgung) eingesetzt werden.
- 35 • Für die Softwareprogrammierung müssen Vorgaben zur energiesparenden Programmierung  
36 erfolgen. Das Prinzip der Datensparsamkeit muss gesetzlich wirksam verankert werden. Neben  
37 der Erfüllung des Datenschutzes senkt dies auch den Stromverbrauch digitaler Anwendungen.  
38 Bei Streaming- und Video-on-Demand-Diensten müssen Vorgaben für energiesparende  
39 Standardeinstellungen gemacht werden.

## **Antrag L.1.(1800): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Für Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Vielfalt der Geschlechter**

- 2 Geld, Zeit, Anerkennung und Macht sind zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt. Wir wollen  
3 nicht länger zulassen, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen  
4 Orientierung abgewertet werden – auch nicht, dass Menschen gezwungen werden, einer bestimmten  
5 Norm zu entsprechen. Jeder Mensch ist gleich viel wert und »All Genders are Beautiful«.

## **Antrag L.1.(1801): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Linker Feminismus – Zeit für ein selbstbestimmtes, sicheres und gerechtes Leben**

- 2 Als LINKE stehen wir für einen Feminismus, der an die Wurzeln geht. Das heißt zuallererst,  
3 Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Wir wollen eine Gesellschaft,  
4 in der alle frei, sicher und selbstbestimmt leben können, Zeit für Familie und Freund\*innen  
5 haben und gleichzeitig einer sinnvollen und gut bezahlten Arbeit nachgehen können. Wir wollen  
6 eine Gesellschaft, in der Frauen genauso an politischen Entscheidungen mitwirken können wie  
7 Männer und in der sich das Leben nicht nur um die Lohnarbeit dreht.

### **8 (Sorge-)Arbeit und Zeit umverteilen**

- 9 Frauen und queere Menschen erhalten im Durchschnitt niedrigere Löhne und dann auch weniger  
10 Rente, und sie verfügen über ein geringeres Vermögen als Männer (Gender-Pay-Gap). Sorgearbeit,  
11 die als die Sache von Frauen gilt, wird in der kapitalistischen Ökonomie systematisch  
12 abgewertet. Frauen machen den Großteil der entlohnten und der nicht entlohnten Pflege- und  
13 Erziehungsarbeit, sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder in weniger gut bezahlten Jobs. Wer  
14 wegen Elternzeit länger ausfällt und im Job zurücksteckt, findet seltener eine gute und sichere  
15 Anstellung und kann schlechter aufsteigen. Auch deshalb ist der Großteil der Arbeiter\*innen im

16 Niedriglohnsektor weiblich. Viele von ihnen haben eine Migrationsgeschichte. In Ostdeutschland  
17 sind die Lohnunterschiede zwar geringer, aber die Löhne insgesamt viel niedriger – mehr als  
18 jede\*r Dritte arbeitet für Niedriglohn.  
19 In Deutschland leisten Frauen 50 Prozent mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer (Gender-Care-  
20 Gap). Entsprechend haben Frauen weniger Zeit für andere Tätigkeiten oder sind gezwungen, sich  
21 zwischen Familie, Job und Freizeit aufzureiben. Nicht selten endet diese Vielfachbelastung in  
22 Burn-out und anderen Krankheiten. Es geht nicht nur um eine bessere Vereinbarkeit von Familie  
23 und Beruf, damit Frauen Kinder und Karriere noch schneller jonglieren können. Wir brauchen neue  
24 Arbeitszeitmodelle – und zwar für alle! Deshalb streiten wir für eine Gesellschaft, in der alle  
25 Tätigkeiten und Bedürfnisse zu ihrem Recht kommen und nicht die Erwerbsarbeit den Takt vorgibt.  
26 DIE LINKE fordert deswegen ein Neues Normalarbeitsverhältnis, mit um die 30 Stunden für alle,  
27 zum Beispiel eine Viertagewoche (vgl. Kapitel »Arbeit«). So bleibt allen mehr Zeit für Familie,  
28 für sich selbst und für die Beteiligung an Politik und Gesellschaft. Dazu gehört auch die  
29 Begrenzung von Überstunden ebenso wie ein Anspruch auf familienfreundliche Schichtzeiten und  
30 ein Mindestlohn von 13 Euro. Insbesondere Pflege-, Sorge- und Dienstleistungsberufe, in denen  
31 besonders viele Frauen arbeiten, wollen wir aufwerten und endlich anständig bezahlen. Den  
32 Niedriglohnsektor schaffen wir ab, sodass alle von ihrer Arbeit leben können (vgl. Kapitel  
33 »Gute Arbeit«. Das nützt vor allem Frauen.

34 Wir wollen unsere Wirtschaft grundsätzlich umstrukturieren. Sie soll nicht nur nachhaltiger und  
35 demokratischer werden, sondern die Sorgearbeit (Care-Arbeit) muss ins Zentrum gestellt werden.  
36 Denn dass Kranken- oder Altenpfleger\*innen, Erzieher\*innen oder Beschäftigte in haushaltsnahen  
37 Dienstleistungen häufig schlecht entlohnt und unter miserablen Bedingungen arbeiten, hat  
38 System. Wir brauchen nicht nur besser bezahlte Pflegekräfte und Erzieher\*innen, sondern auch  
39 mehr von ihnen! 100 000 Pflegekräfte werden jeweils in den Krankenhäusern und Altenheimen  
40 gebraucht, damit die Pflegenden endlich wieder Zeit für die von ihnen gepflegten Menschen  
41 haben. Durch eine solidarische Gesundheitsversicherung und eine solidarische  
42 Pflegevollversicherung können wir das finanzieren. Fallpauschalen schaffen wir ab und  
43 überführen Krankenhäuser und Pflegeheime wieder in gemeinnützige Hand, jenseits von Markt und  
44 Profitmacherei (vgl. Kapitel »Gesundheit«). Wir wollen die Kindertagesbetreuung flächendeckend  
45 auszubauen, die Qualität verbessern und mehr Erzieher\*innen einstellen. Und natürlich müssen  
46 Erzieher\*innen gut bezahlt werden, damit der Beruf attraktiv für viele ist. Denn nur mit  
47 flächendeckender Ganztagsbetreuung müssen Eltern sich nicht zwischen der Betreuung ihrer Kinder  
48 und ihrem Beruf entscheiden (vgl. Kapitel »Bildung«).

- 49 • Mit würdigen Löhnen für alle beenden wir auch endlich die unwürdigen Renten, von denen vor  
50 allem viele Frauen leben müssen. Durch die bessere Anrechnung von Kindererziehungs- und  
51 Pflegezeiten wird auch unbezahlte Sorgearbeit entsprechend wertgeschätzt (vgl. Kapitel  
52 »Rente«). Aktuell gibt es keine echten Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige, die  
53 noch im Beruf stehen. Wir wollen sechs Wochen Freistellung bei vollem,  
54 arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich (vgl. Kapitel »Gesundheit und Pflege«) und  
55 unabhängig vom Verwandtschaftsgrad.
- 56 • Im Einzelhandel oder im Reinigungsgewerbe sind mehrheitlich Frauen beschäftigt und  
57 besonders häufig in prekärer Beschäftigung gefangen. Wir fordern die Abschaffung von  
58 Minijobs und sachgrundloser Befristung. Unfreiwillige Teilzeit wollen wir beenden: Mit

59 einem Rechtsanspruch auf mindestens 22 Wochenstunden im Arbeitsvertrag. Beschäftigte  
60 müssen das Recht auf Aufstockung auf Vollzeit bekommen, bevor weitere (Teilzeit-)Stellen  
61 im Betrieb besetzt werden.

- 62 • Wir wollen: gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dafür werden wir ein  
63 verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht einführen, damit Frauen  
64 nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen. Unsere Forderung, die Grundgehälter in der  
65 Pflege um 500 Euro anzuheben ist ein Beitrag zur Aufwertung dieser Arbeit.
- 66 • Um die partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit in den Familien zu  
67 fördern, wollen wir den Elterngeldanspruch auf zwölf Monate pro Elternteil verlängern. Der  
68 Elterngeldanspruch gilt individuell und ist nicht auf den anderen Elternteil übertragbar.  
69 Zudem braucht es einen zusätzlichen Elternschutz von zehn Tagen bezahlter Freistellung für  
70 den zweiten Elternteil nach der Geburt des Kindes.
- 71 • In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sind Frauen seltener in Führungspositionen  
72 vertreten. Das muss sich ändern. Deshalb fordern wir eine Frauenquote in  
73 Führungspositionen von 50 Prozent und eine stärkere Teilung von Führungsaufgaben und -  
74 positionen durch Jobsharing oder andere Arbeitsmodelle (im Gegensatz zur 30-Prozent-Quote  
75 der Großen Koalition).

76 Gesellschaftliche Machtverhältnisse schlagen sich auch in der Sexarbeit nieder. In der LINKEN  
77 werden unterschiedliche Wege diskutiert, mit Prostitution politisch umzugehen. Einig sind wir  
78 uns darin, dass wir die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Sexarbeiter\*innen ablehnen.  
79 Wir fordern einen Anspruch auf Sozialleistungen und Arbeitslosengeld, auf Umschulung,  
80 Weiterbildung und Fortbildung sowie freien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und das Recht,  
81 sich selbst zu organisieren.

### 82 **Niemals am Leben sparen – keine Kürzungen zulasten von Frauen und Familien**

83 Privatisierung und Kürzungsmaßnahmen treffen insbesondere Erziehung, Pflege, soziale Arbeit und  
84 Bildung. Darunter leiden Frauen doppelt: als Beschäftigte und als unbezahlte Care-Arbeiterinnen  
85 in den Familien, wo sie die Kürzungen durch Mehrarbeit auffangen müssen. Das führt zu  
86 Mehrbelastung und verstärkt alte Rollenbilder.

87 Die milliardenschweren Rettungspakete für Unternehmen in der Corona-Krise dürfen nicht durch  
88 Kürzungen im Sozialbereich aufgefangen werden. Im Gegenteil: Wir treten für einen sozialen und  
89 ökologischen Systemwechsel ein, der die Bereiche in Wirtschaft und Beschäftigung stärkt, die  
90 klimafreundlich sind und das Leben für alle besser machen: personennahe Dienstleistungen,  
91 Bildung, Erziehung, eine Ausweitung des Schienen- und öffentlichen Nahverkehrs. Unser Umbau von  
92 Wirtschaft und Sozialstaat macht unsere Gesellschaft in Zukunft krisenfest und befördert die  
93 Lebensmöglichkeiten (nicht nur) von Frauen:

- 94 • Die Schuldenbremse schaffen wir ab. Stattdessen fördern wir Investitionen in den Ausbau  
95 sozialer Dienstleistungen in öffentlicher Hand, jenseits von Markt und Profit. Die  
96 notwendigen Mittel dafür nehmen wir durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein. Von  
97 guten und kostenfreien sozialen Infrastrukturen profitieren Frauen, Alleinerziehende und  
98 Kinder am meisten – und Menschen mit geringem Einkommen.
- 99 • Die Sozial- und Haushaltspolitik muss auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin geprüft und  
100 entsprechend verändert werden im Sinne eines Gender-Budgeting.

# Antrag L.1.(1802): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Gewalt an Frauen beenden**

2 Wir wollen, dass jeder Mensch – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und  
3 Lebensentwurf – ohne Angst vor Gewalt leben kann. Durch das Grundgesetz und durch  
4 internationale Abkommen muss der Staat dafür Sorge tragen, tut es aber nicht ausreichend.  
5 Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck und Folge einer gesellschaftlichen Abwertung und Unterdrückung  
6 von Frauen, von hierarchischen und patriarchalen Geschlechterverhältnissen. Sie hat viele  
7 Formen und kommt in Familien genauso vor wie im öffentlichen Raum. Gewalt gegen Frauen hängt  
8 nicht vom sozialen Status ab, es gibt sie in der digitalen Welt wie im analogen Leben. Viel zu  
9 oft endet sie für Frauen tödlich. Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem  
10 Partner oder Ex-Partner getötet. Diese Gewalt als »eskalierten Beziehungsstreit« oder  
11 Privatangelegenheit abzutun, verkennt das strukturelle Problem: Den Mord an Frauen, weil sie  
12 Frauen sind, nennen wir Femizid.

13 Um Frauen effektiv vor Gewalt zu schützen, brauchen wir gesellschaftliche Verhältnisse, in  
14 denen Frauen unabhängig und selbstbestimmt leben können – dazu gehört auch ökonomische  
15 Unabhängigkeit. Wenn Frauen Gewalt erleben, brauchen sie schnellen und bedarfsgerechten Schutz  
16 und qualifizierte Hilfe in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen. Beratungsstellen müssen  
17 leicht zugänglich sein – unabhängig von körperlicher Beeinträchtigung, dem Aufenthaltsstatus  
18 oder der Lebenssituation der Betroffenen. Wir wollen die patriarchalen Strukturen verändern,  
19 nur so kann Gewalt gegen Frauen nachhaltig verhindert werden:

- 20 • Zur Ermordung von Frauen und Mädchen fehlen in Deutschland Daten, Forschung, Prävention  
21 und konsequente Strafverfolgung. Wir fordern eine unabhängige Beobachtungsstelle, die  
22 jeden potenziellen Femizid erfasst, die Daten tagesaktuell sowie in einem jährlichen  
23 Lagebericht veröffentlicht und Forschung zu Femiziden, den Ursachen und der Bedeutung von  
24 Risikofaktoren betreibt.
- 25 • Die Istanbul-Konvention, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von  
26 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, muss konsequent und vollständig umgesetzt  
27 werden. Die durch die Bundesregierung bei der Ratifizierung vorgenommenen Einschränkungen  
28 wollen wir zurücknehmen, damit zahlreichen geflüchteten oder migrierten Frauen nicht der  
29 Zugang zu Schutz verweigert wird.
- 30 • Strukturen des Gewaltschutzes und Hilfesysteme wollen wir ausbauen und mit ausreichenden  
31 finanziellen Mitteln ausstatten. Die Finanzierung von Frauenhäusern darf nicht länger eine  
32 freiwillige Leistung sein. Hier brauchen wir eine bundeseinheitliche Finanzierung, an der  
33 sich der Bund beteiligt.
- 34 • Staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter sowie medizinisches Personal müssen  
35 für das Thema Gewalt gegen Frauen – auch in digitaler Form – sensibilisiert werden.
- 36 • Geflüchtete Frauen erleben häufig sexualisierte Gewalt, nicht nur im Herkunftsland und auf  
37 der Flucht, sondern auch im Zufluchtsland. Im Fall von Partnerschaftsgewalt muss das  
38 bisher vom Ehemann abhängige Aufenthaltsrecht aufgehoben und in einen eigenständigen  
39 Aufenthaltstitel umgewandelt werden.

- 40 • Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und Menschenhandel zum Zweck der  
41 Ausbeutung der Arbeitskraft müssen bekämpft werden, ohne die Betroffenen zu  
42 kriminalisieren und zu stigmatisieren! Solange die Betroffenen keinen sicheren und  
43 eigenständigen Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter durch die Angst der Opfer  
44 geschützt. Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von der  
45 Bereitschaft der Opfer, als Zeug\*in in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt werden.  
46 Für die Betroffenen fordern wir Therapiemittel, medizinische sowie psychologische  
47 Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und  
48 Bildungsangeboten.
- 49 • Auf der Flucht, nach Zurückweisung und Pushbacks an der europäischen Grenze und in den  
50 Lagern sind Frauen oft massiver sexueller Gewalt und Vergewaltigungen ausgesetzt. Eine  
51 offene, solidarische und humane Flüchtlingspolitik ist die einzig wirksame Maßnahme gegen  
52 die systematische Gewalt gegen Frauen.
- 53 • Alle Formen von Gewalt und Gewaltverherrlichung gegen Frauen, Kinder und LSBTIQ\* müssen  
54 konsequent geahndet werden. Die öffentliche Filmförderung braucht eine  
55 Geschlechterquotierung und die Einrichtung einer wirksamen unabhängigen Kontrolle  
56 außerhalb des Deutschen Werberats zur Unterbindung sexistischer Werbung.

#### 57 **Unser Feminismus: solidarisch und international**

- 58 Ob in Brasilien oder Polen, Indien oder Nigeria, Deutschland oder Irland gehen Frauen für ihre  
59 Rechte auf die Straße. Sie prangern Gewalt gegen Frauen an, sie streiten für ihr Recht auf  
60 Abtreibung und gegen Rassismus. Sie eint die gemeinsame Erfahrung von sexistischen Strukturen  
61 und Gewalt – und sie vereinen sich im Kampf dagegen: im Netz, auf der Straße, im Arbeitsalltag,  
62 vor Gericht, zu Hause, in den Mühlen der Ebene. Frauen und Kinder weltweit sind besonders vom  
63 Klimawandel betroffen und machen den Großteil der Menschen auf der Flucht aus. Aber sie sind  
64 nicht nur Opfer, sondern auch wichtige klimapolitische Akteurinnen und kämpfen gegen die  
65 Ausbeutung von Mensch und Natur. LINKER Feminismus ist immer konkret vor Ort und gleichzeitig  
66 im Bewusstsein internationaler Verantwortung und Solidarität.
- 67 • Bei wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen müssen Werte wie Fürsorge,  
68 Nachhaltigkeit und Gesundheit im Zentrum stehen.
- 69 • Wir fordern die Anwendung ziviler Maßnahmen der Gewaltprävention und Konfliktlösung.  
70 Deutsche Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss Friedenspolitik und  
71 Geschlechtergerechtigkeit weltweit voranbringen. Die UN-Resolution 1325 »Frauen, Frieden  
72 und Sicherheit« muss umgesetzt werden.
- 73 • Wir wollen den Internationalen Frauentag am 8. März bundesweit zum Feiertag machen, um der  
74 weltweiten Kämpfe von Frauen an unterschiedlichsten Orten, bei unterschiedlichsten  
75 Voraussetzungen zu gedenken und den gemeinsamen Kampf für die Überwindung von Abwertung,  
76 Ausgrenzung und Gewalt zu würdigen – Berlin hat es vorgemacht.
- 77 • Zu einer gendergerechten Klimapolitik gehört es, die besondere Gefährdung von Frauen durch  
78 die Klimakrise einzubeziehen.
- 79 • Wir fordern (wollen) eine menschenwürdige Unterbringung in den Grenzregionen Europas mit  
80 funktionierenden und abschließbaren sanitären Einrichtungen, Schutzzonen sowie guter  
81 Gesundheits- und Lebensmittelversorgung.

# Antrag L.1.(1803): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Reproduktive Gerechtigkeit: Freie Entscheidung für ein Leben mit und ohne Kinder für alle**

2 Um selbstbestimmt leben zu können, müssen Frauen\* echte Wahlmöglichkeit haben. Wir wollen, dass  
3 alle Menschen entscheiden können, ob und wie sie mit Kindern leben möchten. Erst dann können  
4 wir reproduktive, körperliche und sexuelle Selbstbestimmung für Frauen und queere Menschen  
5 erreichen. Dazu gehören umfassende Aufklärung, der Zugang zu Verhütungsmitteln und die freie  
6 Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch. Nur wenn Frauen sich ohne Zwänge für oder gegen  
7 eine Schwangerschaft und Elternschaft entscheiden können, ist eine selbstbestimmte  
8 Familienplanung möglich. Aber auch ein Leben mit Kindern muss gesellschaftlich abgesichert  
9 werden: Das beginnt mit einer guten gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung während einer  
10 Schwangerschaft und Geburt. Mit Kindern zu leben darf kein Armutsrisiko sein und Eltern müssen  
11 Kinder unter sicheren und gesunden Bedingungen aufziehen können (vgl. Kapitel »Familien dort  
12 unterstützen, wo sie es brauchen«).

- 13 • Wir wollen für Frauen\*, trans und nichtbinäre Menschen einen legalen Zugang zu  
14 Schwangerschaftsabbruch. Die Paragraphen 218 bis 219 b Strafgesetzbuch (StGB) wollen wir  
15 streichen. Öffentliche Krankenhäuser müssen in ihrer Planung dafür sorgen, dass die  
16 Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gesichert ist. Schwangerschaftsabbrüche sind  
17 Teil der Gesundheitsversorgung und müssen wie andere medizinische Leistungen geregelt  
18 werden.
- 19 • Sämtliche Verhütungsmethoden müssen von der Krankenkasse bezahlt werden.
- 20 • Hygieneprodukte für Menstruation müssen von öffentlichen Gesundheitsstellen und in  
21 öffentlichen Einrichtungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
- 22 • Künstliche Befruchtung muss auch nichtverheirateten, lesbischen, Singlefrauen und queeren  
23 Menschen durch Kostenübernahme der Krankenkasse zur Verfügung stehen.
- 24 • Frauen mit Behinderung haben ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und Elternschaft.  
25 Dazu gehören das Recht auf Erhalt und Förderung ihrer Fruchtbarkeit sowie der Zugang zu  
26 Unterstützungsangeboten, zum Beispiel Assistenz zur Elternschaft, und der barrierefreie  
27 Zugang zu umfassender, unabhängiger Beratung. Zur Umsetzung des Rechts auf Elternschaft  
28 müssen flächendeckend Wohn- und Unterstützungsleistungen im Rahmen der begleiteten  
29 Elternschaft zur Verfügung gestellt werden.

## 30 **Für körperliche und sexuelle Selbstbestimmung und Gleichstellung aller Lebensweisen**

31 Wir wollen, dass die vielfältigen Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden. Der besondere  
32 Schutz und die Förderung durch Staat und Gesellschaft sollen in Zukunft nicht Ehepaaren  
33 vorbehalten sein, sondern denjenigen zugutekommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben  
34 – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Wir wollen die  
35 Gleichberechtigung aller Lebensweisen, bei denen Verantwortung für andere übernommen wird.

- 36 • Wir fordern ein Wahlverwandtschaftsrecht, in dem nicht nur (heterosexuelle) Paare  
37 Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jede Gemeinschaft, die sich einander  
38 verbunden fühlt. Dies kann auch eine mehr als zwei Personen umfassende Beziehung meinen

- 39 (zum Beispiel eine Mehrelternfamilie mit zwei lesbischen Müttern und zwei schwulen  
40 Vätern). Diesen Menschen ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall,  
41 Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen. Gleichzeitig werden besondere  
42 Zuwendungen fällig, wenn ein Angehöriger (nach dem Wahlverwandtschaftsrecht) gepflegt  
43 werden muss oder sich Kinder in einer Wahlverwandtschaft befinden.
- 44 • Das Abstammungsrecht wollen wir so reformieren, dass bestehende Benachteiligungen von  
45 lesbischen und schwulen Ehen und Lebensgemeinschaften gegenüber heterosexuellen Ehen und  
46 Lebensgemeinschaften beseitigt werden. Das beinhaltet auch die rechtliche Anerkennung der  
47 Co-Elternschaft sowie von Trans\* und intergeschlechtlichen Eltern.
  - 48 • Das Ehegattensplitting werden wir durch familienfreundliche Steuermodelle und frei  
49 übertragbares Existenzminimum ersetzen (vgl. Kapitel »Steuern«).
  - 50 • In den Lehrplänen der Schulen muss sich die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen  
51 sowie geschlechtlicher und sexueller Identitäten umfassend abbilden.  
52 Aufklärungsinitiativen zu sexueller Gesundheit in Schulen, Arbeitswelt, Gesellschaft und  
53 den queeren Szenen müssen gestärkt werden.

## **Antrag L.1.(1804): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Offensiv und sozial für LSBTIQ\***

2 Die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\* und intergeschlechtlichen Menschen  
3 (LSBTI\*) sind für uns nicht verhandelbar. Wir wollen, dass LSBTI\* als selbstverständlicher Teil  
4 gesellschaftlicher Realität anerkannt werden. Deshalb wollen wir mehr queere Bildungsangebote  
5 in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir treten für eine diskriminierungsfreie Sprache ein,  
6 die der Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten gerecht wird.

### **7 Queere Communitys stärken: Rettungsschirm gegen die Corona-Folgen**

8 Corona hat auch die Einrichtungen und Strukturen der queeren Communitys getroffen: Viele  
9 Vereinsräume, Clubs, Bars und Cafés mussten schließen. In Zeiten leerer Kassen wird zuerst bei  
10 queeren Projekten gespart. Das wollen wir verhindern. Wir fordern einen queeren Rettungsschirm  
11 zum Schutz der Strukturen und Einrichtungen der Communitys.

12 Bei der Vergabe von öffentlichen Fördermitteln wollen wir strukturelle Diskriminierungen von  
13 lesbischen, trans\* und inter\* Initiativen und Projekten abbauen: lesbische und schwule Projekte  
14 sollen in gleichem Umfang gefördert werden. Lesbische Communitys sollen sichtbarer werden! Auch  
15 trans\* und inter\* Strukturen wollen wir stärker fördern und sichtbar machen. Insbesondere in  
16 den ländlichen Regionen und kleineren Städten wollen wir queere Strukturen aufbauen.

### **17 Gegen Armut und soziale Ausgrenzung**

18 Jede dritte queere Person in Europa kommt finanziell nur mit Mühe über die Runden. Für  
19 intergeschlechtliche und trans\* Personen ist die Situation noch prekärer. Queere Jugendliche  
20 sind nach dem Coming-out häufig von Wohnungslosigkeit betroffen.

- 21 • Wir wollen Zufluchts- und Wohnorte für junge queere Menschen, die von Obdachlosigkeit  
22 bedroht sind. Die aufsuchende Jugendarbeit und Wohnungslosenhilfe müssen die spezifischen

23 (Not-)Lagen von LSBTIQ\* im Blick haben.

24 • Strukturelle Ausschlüsse und Problemlagen von Lesben (zum Beispiel Altersarmut, mangelnde  
25 Sichtbarkeit) wollen wir beseitigen. Gleiches gilt für die strukturellen Ausschlüsse und  
26 Probleme von trans\* und inter\* Personen.

27 • Für queere Menschen im Alter wollen wir mehr Angebote für selbstbestimmtes Wohnen mit  
28 entsprechenden Pflege- und Unterstützungsmöglichkeiten. Vor allem nichtkommerzielle,  
29 gemeinwirtschaftliche und alternative Wohn- und Hausprojekte wie Mehrgenerationenhäuser  
30 oder Wohngenossenschaften sollen gefördert werden.

### 31 **Diskriminierung bekämpfen**

32 Der Kampf gegen LSBTIQ\*-Feindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen  
33 deshalb einen wirksamen Nationalen Aktionsplan gegen LSBTIQ\*-Feindlichkeit und für die  
34 Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Außerdem fordern wir, dass Studien zur  
35 Erforschung intersektionaler Diskriminierungsformen und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen  
36 LSBTIQ\* öffentlich beauftragt und finanziert werden.

37 Diskriminierungen und gewalttätige Übergriffe gehören für queere Menschen weiterhin zum Alltag.  
38 Die offizielle Kriminalstatistik bildet nur einen Bruchteil davon ab.

39 • DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von Präventionsprojekten und  
40 Organisationen ein, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen. Die  
41 Strafverfolgung von queerfeindlicher Gewalt muss stärker verfolgt und geahndet werden als  
42 bisher.

43 • Hasskriminalität gegen queere Menschen, Communitys oder ihre Unterstützer\*innen muss  
44 bundesweit erfasst und strafrechtlich verfolgt werden.

45 • Die Selbsthilfe- und Aufklärungsprojekte der LSBTIQ\*-Communitys müssen unterstützt und  
46 gefördert werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen.

47 Queere Menschen erleben noch immer Diskriminierung am Arbeitsplatz. Trans\* Personen sind  
48 überdurchschnittlich häufig von Erwerbslosigkeit betroffen. Auch Menschen mit HIV erleben  
49 Diskriminierung im Beruf. Die strukturellen Ausschlüsse verstärken sich für Menschen, die  
50 Mehrfachdiskriminierung erleben, etwa Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit.

51 • Wir wollen den Diskriminierungsschutz für trans\* und intergeschlechtliche Personen  
52 stärken. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll finanziell so ausgestattet werden,  
53 dass sie Beratungsangebote zielgruppengerecht, mehrsprachig und barrierefrei in die  
54 Arbeitswelt hineinragen kann.

55 • Ein wichtiger Schlüssel im Kampf gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz ist die  
56 Selbstorganisation der Beschäftigten. Wir wollen mehr queere Bildungsangebote, die Impulse  
57 zur Selbstorganisation in der Arbeitswelt geben. Initiativen, die sich für einen offenen,  
58 angst- und diskriminierungsfreien Arbeitsplatz in den Betrieben einsetzen, müssen  
59 gefördert werden.

### 60 **Selbstbestimmung für trans- und intergeschlechtliche Menschen**

61 Wir wollen einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag für alle. Eine Vornamens- und  
62 Personenstandsänderung muss mit einer einfachen Erklärung beim Standesamt möglich werden – ohne  
63 die bisherigen Zwangsberatungen, Gutachten, ärztlichen Atteste und Gerichtsverfahren.

64 • Das pathologisierende Transsexuellengesetz (TSG) wollen wir abschaffen und durch ein

65 Selbstbestimmungsrecht ersetzen.

- 66 • Die fremdbestimmten Operationen an trans\* Personen und intergeschlechtlichen Menschen  
67 aufgrund der gesetzlichen OP- und Sterilisationspflicht im TSG in den Jahren 1981 bis 2011  
68 müssen historisch aufgearbeitet werden. Die davon betroffenen Menschen müssen angemessen  
69 entschädigt werden. Wir wollen einen Entschädigungsfonds einrichten.
- 70 • Wir wollen die Rechte von trans\* und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen  
71 stärken. Dazu gehört die Anerkennung der von ihnen selbst benannten  
72 Geschlechtszugehörigkeit.
- 73 • Trans\* Personen brauchen freien Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen  
74 (medikamentöse Therapien, Psychotherapie, falls gewünscht Operationen) und die Übernahme  
75 der dafür anfallenden Kosten durch die Krankenkassen – auch wenn sie keine  
76 Krankenversicherung haben und unabhängig von dem aktuellen Aufenthaltsstatus.
- 77 • Höheres Alter beim Schutz vor sogenannten Konversionsbehandlungen: Bisher sind nur  
78 Minderjährige bis 18 Jahre davor geschützt. Wir wollen das Schutzalter anheben. Ebenfalls  
79 muss gestrichen werden, dass Fürsorge- oder Erziehungsberechtigte straffrei bleiben,  
80 sofern sie ihre Fürsorge- oder Erziehungspflicht nicht gröblich verletzen.
- 81 • Wir wollen uns für queere Gesundheitszentren mit Schwerpunkt trans\* und inter\* auch in  
82 Kleinstädten und ländlichen Gebieten einsetzen.
- 83 • Die Rechte und besondere Belange von trans\* und intergeschlechtlichen Personen müssen auch  
84 im Strafvollzug und bei polizeilicher Durchsuchung gewahrt bleiben.
- 85 • Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität,  
86 sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes aufnehmen. Um dieses  
87 erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen und ein  
88 Verbandsklagerecht im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

#### 89 **Queere Geflüchtete absichern und stärken!**

90 Menschen, die nach Deutschland flüchten, sind mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Die  
91 Covid-19-Pandemie hat das Recht auf Asyl noch mehr eingeschränkt und die prekäre Situation  
92 vieler Geflüchteter verschärft. Die Forderung nach physischer Distanz in Zeiten einer Pandemie  
93 stellt sich für Massenunterkünfte als besonders drastisch heraus. Die noch verstärkte Isolation  
94 fordert die psychische Gesundheit vieler Geflüchteter (vgl. Kapitel »Solidarische  
95 Einwanderungsgesellschaft«)

- 96 • Wir fordern dezentrale Unterbringung von queeren Geflüchteten (wie insgesamt von  
97 geflüchteten Menschen), Zugang zum Internet, Recht auf barrierefreie, gesundheitliche  
98 Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus und den Ausbau spezifischer Vernetzungs- und  
99 Hilfsangebote für queere Geflüchtete.
- 100 • Queeren Menschen, die verfolgt werden, muss uneingeschränkt Asyl bzw. Schutz gewährt  
101 werden. Sie dürfen nicht abgeschoben werden – auch nicht in sogenannte sichere  
102 Herkunftsländer. Wir wollen flächendeckend Fachstellen für LSBTIQ\* Geflüchtete einrichten.  
103 Dort können sich queere Geflüchtete zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und  
104 Migrationsrecht beraten lassen. Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen  
105 Beratung für LSBTIQ\*-Geflüchtete.

# Antrag L.1.(1900): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Selbstbestimmt leben in einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft**

2 Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den  
3 demokratischen Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig von ihren individuellen  
4 Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem  
5 Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der  
6 niemand ausgegrenzt wird.

7 Die Realität sieht anders aus. Rund 16 Prozent der Bevölkerung leben mit anerkannten  
8 Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Durch vielfältige Barrieren im Alltag – zum  
9 Beispiel in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen, Arztpraxen, Behörden oder  
10 im digitalen Bereich – ist Teilhabe für sie nur eingeschränkt möglich. Der allgemeine  
11 Arbeitsmarkt ist auch über zehn Jahre nach Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention  
12 (UN-BRK) nicht barrierefrei und inklusiv. Vielmehr droht den Betroffenen eine Armutsspirale.  
13 Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung sind überproportional oft erwerbslos, von  
14 Sozialhilfe abhängig und in Heimen untergebracht.

15 DIE LINKE tritt für die volle und wirksame Teilhabe aller Menschen auch mit Behinderung ein.  
16 Grundvoraussetzung dafür ist Barrierefreiheit – in baulicher, kommunikativer und struktureller  
17 Hinsicht. Barrierefreiheit nützt allen Menschen. Sie muss deshalb sowohl für den öffentlichen  
18 als auch den privatwirtschaftlichen Bereich als bindende Verpflichtung gelten.

19 Wir verstehen Inklusion als einen Prozess zum Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten. Er  
20 bezieht sich auf all die Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen und an den Rand der  
21 Gesellschaft gedrängt werden: Menschen mit Behinderung, alte Menschen, Geflüchtete, Sinti und  
22 Roma, Menschen mit anderen Glaubensbekenntnissen und anderer sexueller Orientierung und viele  
23 mehr. Inklusion eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und  
24 kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es selbstbestimmt aktiv mitgestalten zu  
25 können.

26 Politik für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung muss als menschenrechtliche  
27 Aufgabe gestaltet werden – die Konvention der Vereinten Nationen macht hier klare Vorgaben. Die  
28 sind auch für Deutschland verbindlich und müssen umgesetzt werden. Menschenrechte dürfen nicht  
29 unter Kostenvorbehalt gestellt werden. Deshalb wollen wir Selbstbestimmung als wichtigstes  
30 Prinzip in der Behindertenpolitik verankern und einklagbar machen. Menschen mit Behinderung und  
31 chronischer Erkrankung haben einen Anspruch auf Selbstverwirklichung. Barrieren müssen abgebaut  
32 werden – auch in den Köpfen und in der digitalen Welt. Barrierefreiheit ist Grundlage für  
33 gleiche Teilhabe und fördert den solidarischen Zusammenhalt.

34 • Wir wollen ein garantiertes Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen für  
35 ein selbstbestimmtes Leben in Arbeit, Bildung, Wohnen, Freizeit und im Ehrenamt. Auch für  
36 diejenigen, die ihre persönliche Assistenz-/Unterstützungskräfte nicht über das  
37 Arbeitgebermodell selbst organisieren, muss es möglich sein, die persönliche  
38 Assistent\*innen bei einem notwendigen Aufenthalt im Krankenhaus sowie in Vorsorge- und  
39 Rehabilitationseinrichtungen mitzunehmen.

- 40 • Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Assistenz- und Unterstützungskräfte verbessern. Ihre  
41 Arbeit soll tariflich entlohnt werden, auch wenn sie im sogenannten Arbeitgebermodell  
42 direkt bei den Assistenznehmer\*innen beschäftigt sind. Damit das funktionieren kann,  
43 müssen die kommunalen Kostenträger dazu verpflichtet werden, die Tariflöhne zu  
44 refinanzieren. Die Tariflöhne sollen mindestens auf dem Niveau der Tarifverträge für den  
45 öffentlichen Dienst sein. Zudem soll für öffentliche Aufträge eine Tariftreueregelung  
46 gelten.
- 47 • Wir wollen die bundesweit circa 500 Beratungsstellen der ergänzenden unabhängigen  
48 Teilhaberberatung (EUTB), die seit Januar 2018 aus Bundesmitteln zunächst befristet  
49 gefördert werden, finanziell und personell so ausstatten, dass sie ihre Beratungsdienste  
50 langfristig und barrierefrei anbieten können. Die dort tätigen Beschäftigten wollen wir  
51 nach Tarif entlohnen. Insbesondere Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung  
52 sollen als sozialversicherungspflichtig beschäftigte Berater\*innen tätig sein. Die  
53 Antragsverfahren zur Mittelbewilligung müssen vereinfacht werden.
- 54 • Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung muss wohnort- und patientennah  
55 sichergestellt und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.
- 56 • Gute Arbeit und Einkommen, von dem man leben kann, auch für Menschen mit Behinderung,  
57 einschließlich der Werkstattbeschäftigten. Das »Budget für Arbeit« muss bedarfsdeckend und  
58 ohne finanzielle Deckelung der Zuschüsse sowie mit einem Arbeitslosenversicherungsschutz  
59 ausgestaltet werden. Beschäftigte mit Behinderung in Werkstätten müssen besser und  
60 barrierefrei über dieses Angebot informiert und individuell beraten sowie unterstützt  
61 werden. Ihre Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt muss stärker gefördert werden.
- 62 • Nur noch so wenig »Sonderarbeitswelten« (Werkstätten für behinderte Menschen) wie nötig!  
63 Stattdessen wollen wir Inklusionsunternehmen mit sozialversicherungspflichtiger  
64 Beschäftigung für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung deutlich stärker  
65 fördern und ausweiten.
- 66 • In Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) muss der gesetzliche Mindestlohn gezahlt  
67 werden. Der öffentliche Dienst soll bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung  
68 eine Vorbildfunktion einnehmen und damit seiner besonderen Verantwortung gerecht werden.
- 69 • Die gesetzliche Beschäftigungsquote für Unternehmen wollen wir wieder auf 6 Prozent  
70 anheben. Die Ausgleichsabgabe wollen wir entsprechend den Umsätzen des Unternehmens  
71 erhöhen – und zwar so, dass es weh tut. Unternehmen dürfen die Ausgleichsabgabe nicht  
72 reduzieren und so die Beschäftigungspflicht faktisch aushebeln.
- 73 • Öffentliche Investitionen und Fördergelder müssen an das Kriterium der Barrierefreiheit  
74 gebunden werden, unter anderem bei Arztpraxen, medizinischen Einrichtungen und  
75 Umbaumaßnahmen.
- 76 • Auch die Privatwirtschaft muss umfassende Barrierefreiheit ermöglichen. Wir wollen dazu  
77 verbindliche und wirksame Regelungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und  
78 in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie in alle ebenfalls betroffenen Gesetze  
79 aufnehmen, mit denen private Anbieter\*innen von öffentlich zugänglichen Gütern und  
80 Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit gemäß UN-BRK verpflichtet werden.  
81 Wir wollen ein Verbandsklagerecht einführen, damit Antidiskriminierungsverbände klagen

- 82 können.
- 83 • Wir wollen ein bedarfsdeckendes Angebot an barrierefreien Wohnungen auch im Bestand. Dazu  
84 bedarf es einer Investitionsoffensive für einen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau mit  
85 barrierefreien und inklusiven Wohnangeboten. Öffentliche Investitionen, Fördergelder und  
86 Vergabe müssen an Barrierefreiheit gebunden werden. Vermieter\*innen dürfen die Zustimmung  
87 zu einem behindertengerechten Umbau ihrer Wohnung nicht mehr verweigern können.
  - 88 • Die Städtebauförderung muss auf die Entwicklung von inklusiven und umfassend  
89 barrierefreien Lebensräumen und Stadtquartieren ausgerichtet werden, in denen ein  
90 gleichberechtigtes, am Sozialraum orientiertes Zusammenleben aller Menschen mit und ohne  
91 Behinderung erreicht wird: ein Universelles Design (Design für alle bzw. Nutzen-für-alle-  
92 Konzept) gemäß Artikel 2 der UN-BRK.
  - 93 • Eine Schule für alle! Wir wollen inklusive Bildung und Erziehung von Kindern und  
94 Jugendlichen mit und ohne Behinderung in allen Entwicklungsphasen mit entsprechender  
95 Qualifizierung des Personals und ausreichender Personal- und Sachausstattung der  
96 Einrichtungen (vgl. Kapitel »Bildung«).
  - 97 • Alle Gesetze und Verordnungen müssen überprüft werden, ob sie der UN-BRK entsprechen und  
98 bei Bedarf entsprechend geändert werden. Dabei soll auch die Stellung von Menschen mit  
99 schwerer sogenannter geistiger und Mehrfachbehinderung, psychischer Beeinträchtigung und  
100 chronischer Erkrankung verbessert werden.
  - 101 • Ein menschenrechtskonformes Bundesteilhabegesetz, das keine Kostenvorbehalte, Einkommens-  
102 sowie Vermögensanrechnungen und Zumutbarkeitsprüfungen vorsieht und so tatsächliche  
103 Chancengerechtigkeit schafft. Wir wollen, dass die Teilhabeleistungen für Menschen mit  
104 Behinderung und chronischer Erkrankung bedarfsdeckend sowie einkommens- und  
105 vermögensunabhängig in allen Lebensbereichen nach bundesweit einheitlichen Kriterien und  
106 durch Bundesmittel finanziert werden. Auch wollen wir ein Teilhabegeld einführen.

## **Antrag L.1.(2000): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Für Frieden und Abrüstung. Waffenexporte verbieten**

2 DIE LINKE verteidigt das Prinzip des Friedens als Modus internationaler Politik. Die  
3 Kriegsgefahr war seit Jahrzehnten nicht so groß wie heute. Ein Blick auf die globalen  
4 Verhältnisse zeigt, in welche Richtungen es gehen kann: Verschärfte Konkurrenz und autoritärer  
5 Staat, auch innerhalb der Europäischen Union. Geopolitische Rivalitäten und Wirtschaftskriege  
6 nehmen zu. Wir setzen auf Entspannungspolitik und gerechte Weltwirtschaftsstrukturen.

7 Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Doch die Bundesregierung setzt weiter auf die  
8 einseitige Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen in der  
9 Standortkonkurrenz. Das zementiert die weltweite Ungleichheit und schwächt ausgerechnet in  
10 Zeiten der Klimakatastrophe Formen und Foren grenzübergreifender Kooperation. Internationale  
11 Beziehungen wurden mit Donald Trump auf Eis gelegt. Doch auch mit dem neuen US-Präsidenten  
12 droht eine Fortsetzung des Konfrontationskurses. USA und EU versuchen, ihre Vormachtstellung

13 gegen Russland und China durchzusetzen. In Strategiepapieren der NATO und EU werden Russland  
14 und China als Feindbilder beschrieben, das lehnen wir ab. Das droht, in einen neuen Kalter  
15 Krieg zu eskalieren. Aber die Bundesregierung und die Europäische Union rüsten auf – und  
16 verschärfen so die Konflikte. Wir wollen dagegen einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik  
17 und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation statt  
18 Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für Frieden und Stabilität brauchen wir in  
19 der internationalen Politik ein verbindliches Regelwerk, das immer gilt. Unsere Basis hierfür  
20 ist das Völkerrecht. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien CDU/CSU und SPD haben  
21 einen Aufrüstungs- und Konfrontationskurs gefahren, den wir LINKE ablehnen. DIE LINKE ist die  
22 Friedenspartei und verlässliche Stimme der Friedensbewegung im Bundestag. Wir wollen  
23 Waffenexporte verbieten. Investitionen in Militarisierung und Aufrüstung lehnen wir ab. Wir  
24 stehen für gerechte Wirtschaftsbeziehungen, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und einen  
25 solidarischen Multilateralismus. An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der  
26 Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, werden wir uns  
27 nicht beteiligen.

## **Antrag L.1.(2001): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr:**

#### **2 Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und allen anderen Auslandseinsätzen**

3 Die Bundeswehr muss aus Afghanistan, Mali und allen anderen Auslandseinsätzen abgezogen werden.  
4 Vor 20 Jahren wurde erstmals eine Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan  
5 beschlossen und seitdem von allen Bundesregierungen Jahr für Jahr verlängert, zuletzt bis zum  
6 30. Januar 2022. Es ist klar, dass die langfristige Stationierung der NATO-Truppen und damit  
7 auch der Bundeswehr eine enorme Eskalationsgefahr für Afghanistan und seine Bevölkerung, aber  
8 auch für die Bundeswehrsoldat\*innen bedeutet. DIE LINKE setzt sich für einen Abzug der  
9 Bundeswehr aus Afghanistan ein. Doch der Einsatz in Afghanistan ist nur einer von vielen  
10 Einsätzen der Bundeswehr im Ausland.

11 Derzeit befinden sich circa 3 000 Soldat\*innen mit Mandaten des Deutschen Bundestages im  
12 Auslandseinsatz, den größten Teil davon stellen die Kontingente in Afghanistan und Mali.  
13 Darüber hinaus sind über 10 000 Bundeswehrsoldat\*innen auch ohne Mandat des Bundestags im  
14 Ausland aktiv, aktuell zum Beispiel in Litauen.

15 Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden und darf nicht in neue  
16 entsendet werden. Wir wollen die Mittel, die bisher für Auslandseinsätze ausgegeben werden, in  
17 ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramm investieren.

- 18 • Wir lehnen Ausbildungsmissionen für Soldat\*innen und Sicherheitskräfte, die ihrerseits  
19 direkt oder indirekt an Kriegshandlungen beteiligt sind, ab.
- 20 • Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer Sicherheits- und Söldnerfirmen.
- 21 • Wir wollen keine Beteiligung an internationalen Polizei- und Geheimdiensteinsätzen oder  
22 Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung autoritärer Regime wie Saudi-Arabien, Marokko,

23 Türkei, Sudan und Ägypten dienen.

- 24 • Wir lehnen zivilmilitärische Kooperationen ab. Wichtige zivile Hilfe darf nicht mit  
25 militärischen Maßnahmen verknüpft werden.

## **Antrag L.1.(2002): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Bundeswehr abrüsten statt aufrüsten – Keine Bundeswehr als weltweite Einsatzarmee**

2 Die Ausgaben der Bundesregierung für Rüstung und die Bundeswehr steigen stetig an. Die  
3 Bundesregierung steuert weiter auf das Ziel der NATO zu, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts  
4 für Rüstung auszugeben. Wir setzen auf Abrüstung, Demokratie und friedliche Außenpolitik, die  
5 Ausgaben für Rüstung müssen sinken.

6 Der Militärhaushalt der Bundesregierung ist in den letzten Jahren massiv gestiegen und beträgt  
7 derzeit 47 Milliarden Euro. Der Preis für eine hochgerüstete Bundeswehr: Steuermilliarden  
8 fehlen beim Ausbau des Gesundheitssystems, der sozialen Infrastruktur, Bildung und  
9 Klimaschutz.

10 Der Verteidigungshaushalt des Bundes kann deutlich reduziert werden, denn wir wollen die  
11 Bundeswehr verkleinern und auf große Rüstungsprojekte wie das Future Combat Air System (FCAS)  
12 oder das Main Ground Combat System (MGCS) zur Entwicklung eines Kampfpanzers verzichten.

13 Wir rufen dazu auf, im kommenden Jahr in allen Staaten weltweit die Militärausgaben um 10  
14 Prozent zu senken. Wenn alle Staaten das gleichzeitig tun, bleibt die relative Sicherheit für  
15 jedes Land gleich – und es würde auf einen Schlag 183 Milliarden Dollar freisetzen, um die  
16 Corona-Folgen zu finanzieren.

17 Der Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Einsatzarmee dient nicht unserer  
18 Sicherheit, sondern den Interessen von Großkonzernen und Eliten im globalen Kampf um Rohstoffe,  
19 Einflussphären und Absatzmärkte. Die Aufrüstung der Bundeswehr wird von einer Militarisierung  
20 der Gesellschaft begleitet.

- 21 • Die Wehrpflicht ist in Deutschland seit 2011 nur ausgesetzt. Wir wollen sie ganz  
22 abschaffen.

- 23 • Die Ausrichtung der Bundeswehr als Einsatzarmee lehnen wir ab. DIE LINKE setzt sich für  
24 eine schrittweise Abrüstung der Bundeswehr ein. Material und Truppenteile, die  
25 ausschließlich für Auslandseinsätze konzipiert sind, müssen als Erstes abgebaut werden.

- 26 • Der Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr muss aufgelöst werden. Bekämpfung von  
27 Kriminalität im Netz und Schutz kritischer Infrastruktur sind Aufgabe der  
28 Sicherheitsbehörden im Inneren, nicht der Bundeswehr (vgl. Kapitel »Digitalisierung«).

- 29 • Extrem rechtes, rassistisches und demokratiegefährdendes Gedankengut in der Bundeswehr  
30 sowie in für die Bundesrepublik tätigen Sicherheitsunternehmen muss untersucht und  
31 aufgedeckt werden. Daher fordern wir auch eine Studie zu Rassismus und rechtem Gedankengut  
32 für die Bundeswehr. (vgl. Kapitel »Sicherheit für alle«)

- 33 • Wir wollen die Spezialeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) auflösen. In der Bundeswehr und

34 speziell in der Elitekampftruppe KSK sind rechte, neonazistische Akteure und Netzwerke  
35 öffentlich geworden. Darüber hinaus gab es speziell beim KSK umfangreiche  
36 Munitionsverluste. DIE LINKE hat einen Anteil an der Aufklärung dieses Skandals. Gegen  
37 rechte Akteure und Netzwerke in der Bundeswehr und in anderen Sicherheitsbehörden muss  
38 entschieden vorgegangen werden. Der Skandal um die rechten Netzwerke in der Bundeswehr  
39 zeigt, welche Gefahr für die Demokratie aus der Ausrichtung der Bundeswehr auf  
40 Kriegseinsätze erwächst.

- 41 • Kein Werben fürs Sterben! Wir lehnen Werbung der Bundeswehr an Jobcentern, Schulen und  
42 Hochschulen ab. Die Bundeswehr darf keine Minderjährigen aufnehmen – auch nicht im Rahmen  
43 des sogenannten freiwilligen Heimatschutzes.
- 44 • Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Für Katastrophenschutz oder  
45 zusätzliches Personal bei Notlagen müssen die Einrichtungen des Katastrophenschutzes  
46 aufgewertet und endlich besser ausgestattet werden. Insbesondere darf die Bundeswehr  
47 niemals polizeiliche Befugnisse bekommen.

## **Antrag L.1.(2003): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Rüstungsexporte stoppen**

2 Deutschland ist die Nummer vier unter den weltweit führenden Ländern im Bereich der  
3 Rüstungsexporte. Selbst in Krieg führende Staaten wurden Waffen geliefert, so haben die Türkei  
4 oder Saudi-Arabien ihre Kriege auch mit Waffen aus Deutschland geführt. Wir wollen auch alle  
5 Möglichkeiten beseitigen, mit denen Rüstungsfirmen die Kontrollen in Deutschland umgehen  
6 wollen. So müssen auch Produktionsstätten deutscher Firmen im Ausland unter die deutschen  
7 Rüstungsexportkontrollen fallen. Spezielle Kooperationsregelungen mit befreundeten Staaten wie  
8 mit Frankreich zur Erleichterung von Rüstungsexporten lehnt DIE LINKE ab, denn über diesen  
9 Umweg könnten deutsche Waffen in die ganze Welt gelangen.

- 10 • Wir wollen alle Rüstungsexporte aus Deutschland verbieten. Als ersten Schritt verbieten  
11 wir den Export von Waffenfabriken, Klein- und Leichtwaffen, da deren Endverbleib nicht  
12 kontrolliert werden kann.
- 13 • Wir unterstützen ein Rüstungsexportkontrollgesetz für ein gesetzliches Verbot aller  
14 Rüstungsexporte.
- 15 • Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden. Wir fordern ein  
16 Ende der Hermes-Bürgschaften.
- 17 • Europäische Rüstungskonzerne wie Airbus oder Rheinmetall müssen gezwungen werden, ihre  
18 Rüstungsproduktion in autoritäre Regime einzustellen. Gleiches muss für digitale Technik  
19 gelten, die in Konflikten als Waffe eingesetzt werden kann oder die Überwachung und  
20 Kontrolle von Telekommunikation und Endgeräten ermöglicht. Wir wollen Gesetzeslücken  
21 schließen, die es deutschen Unternehmen ermöglichen, die deutschen Gesetze zu umgehen.
- 22 • Exporte von Dual-Use-Gütern, die zur Herstellung chemischer oder biologischer Waffen  
23 verwendbar sind, dürfen nicht an Staaten genehmigt werden, die die Chemiewaffen- bzw.

- 24 Biowaffenkonvention nicht ratifiziert haben.
- 25 • Das Verbot von Biowaffen- und Chemiewaffen muss wirksam kontrolliert werden. Die Ausfuhr  
26 von Stoffen, die zur Herstellung von Chemiewaffen geeignet sind, muss stärker kontrolliert  
27 werden.
- 28 • Wir wollen mit gesellschaftlichen Partner\*innen aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und  
29 Kirchen Konversionsprogramme für die und mit den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie  
30 entwickeln, um neue, zivile Arbeitsplätze zu schaffen.
- 31 • Förderprogramme in der Wirtschaft sowie für Forschung an den Hochschulen sollen nur noch  
32 der zivilen Produktion dienen.

## **Antrag L.1.(2004): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Keine Drohnen für den Krieg**

- 2 Die Bundesregierung plant, die Heron-TP-Drohnen der Bundeswehr zu bewaffnen. Parallel dazu wird  
3 am Bau und Einsatz der sogenannten Eurodrohne gearbeitet, die neben Raketen auch Lenkbomben  
4 abwerfen soll. Der Bewaffnung der Drohnen wurde auf Druck von Zivilgesellschaft,  
5 Friedensbewegung und DIE LINKE von Seiten der SPD in der vergangenen Legislaturperiode noch  
6 nicht zugestimmt.
- 7 Wer Maschinen für sich kämpfen lässt, entscheidet sich schneller, Gewalt einzusetzen, Menschen  
8 anderswo zu töten. Und sie können überall auf der Welt, ohne Kriegserklärung, eingesetzt  
9 werden, so wie die USA es seit Jahren machen.
- 10 • Die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen muss verhindert werden. Wir sagen Nein zu  
11 Kampfdrohnen, auch nach der Wahl!
- 12 • Deutschland muss einen ersten Schritt tun und generell auf die Bewaffnung von Drohnen  
13 verzichten und sich international für eine völkerrechtlich bindende Ächtung von  
14 bewaffneten Drohnen einsetzen.
- 15 • Einsatz und Steuerung von Kampfdrohnen aus der Militärbasis in Ramstein durch die US-Armee  
16 wollen wir endlich stoppen. Kein Drohnenkrieg von deutschem Boden! Ramstein und die  
17 anderen US-Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden.
- 18 • Die Bewaffnung von Drohnen kann der Pfad hin zu autonomen Waffensystemen sein. So sind bei  
19 dem milliardenschweren Rüstungsprojekt Future Combat Air System (FCAS) durch künstliche  
20 Intelligenz gesteuerte Drohnenschwärme geplant. Dies lehnen wir ab.
- 21 • Wir fordern eine weltweite Ächtung von autonomen Waffensystemen. Die Bundesregierung muss  
22 eine internationale Initiative dafür starten. In Deutschland soll es keine Forschung mehr  
23 für autonome Waffensysteme geben.

## **Antrag L.1.(2005): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Für eine atomwaffenfreie Welt**

2 Der Atomwaffenverbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten – aber die  
3 Bundesregierung hat ihn nicht unterzeichnet. Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist noch  
4 fern. In Deutschland lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO noch immer Atomwaffen.  
5 Die Bundeswehr stellt dafür Kampfflugzeuge bereit, die diese Waffen transportieren können, die  
6 Bundesregierung plant sogar die Anschaffung von neuen Kampfflugzeugen als Trägersysteme. DIE  
7 LINKE steht dagegen für eine atomwaffenfreie Welt!

8 Das Verteidigungsministerium hat beschlossen, sage und schreibe 138 neue Kampfflugzeuge  
9 anzuschaffen, davon 93 Eurofighter und 45 F-18-Kampfflugzeuge, von diesen sollen 30 für die  
10 sogenannte nukleare Teilhabe innerhalb der NATO genutzt werden. Mit »nuklearer Teilhabe« ist  
11 gemeint, dass die Bundeswehr Kampfflugzeuge als Trägersysteme für die 20 US-Atomwaffen im  
12 rheinland-pfälzischen Büchel stellt.

- 13 • Deutschland muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen.
- 14 • Atomwaffen raus aus Deutschland. Nukleare Teilhabe beenden.

15 Die US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden. Es dürfen keine Atomwaffen in  
16 Deutschland stationiert sein und werden. Die Bundesregierung darf keine Trägersysteme und  
17 Pilot\*innen dafür bereitstellen. DIE LINKE ist dafür, die US-Atomwaffen vollständig abziehen  
18 und die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO zu beenden, d. h. dass dafür auch keine  
19 Kampfflugzeug-Trägersysteme zur Verfügung gestellt und neu angeschafft werden sollen.

- 20 • In Deutschland haben sich mehr als 600 Städte und Gemeinden der Kampagne Mayors for Peace  
21 angeschlossen, die zum Ziel hat, Atomwaffen weltweit abzuschaffen. Diesen Appell muss die  
22 Bundesregierung ernst nehmen und die weltweite Ächtung von Atomwaffen vorantreiben.
- 23 • Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass die USA dem Atomabkommen mit dem Iran wieder  
24 beitreten, und sich alle Beteiligten wieder an das Abkommen halten.
- 25 • Deutschland soll sich für eine Wiederauflage des Vertrags zur Ächtung von  
26 Mittelstreckenraketen zwischen den USA und Russland einsetzen.

## **Antrag L.1.(2006): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Kooperation statt Konfrontation: für ein inklusives Sicherheitssystem**

2 Die NATO ist ein Relikt des Kalten Kriegs und so agiert sie auch heute noch. Für DIE LINKE ist  
3 Krieg kein Mittel der Politik. Wir brauchen eine Politik der Entspannung gegenüber Russland  
4 statt weiterer Eskalation und Truppenaufmärsche oder Manöver an dessen Westgrenze. Das ist eine  
5 der großen Lehren und Verpflichtung aus dem Zweiten Weltkrieg. Konfrontation ist keine  
6 Grundlage für Sicherheit. Auch der »Krieg gegen den Terror« der NATO-Staaten hat keine  
7 Sicherheit geschaffen – im Gegenteil. Zeit, endlich umzusteuern.

- 8 • Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives  
9 Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.
- 10 • Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE  
11 LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den  
12 militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem  
13 Oberkommando der NATO entzogen wird.
- 14 • Manöver wie Defender 2021 und andere lehnt DIE LINKE ab.
- 15 • Jede Unterstützung für NATO-Staaten, die wie die Türkei unter dem Erdoğan-Regime, das  
16 Völkerrecht missachten, muss umgehend gestoppt werden.
- 17 • Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Entsprechende  
18 Verträge, auch mit den USA im Rahmen von Aufenthaltsvertrag und dem Zusatzabkommen zum  
19 NATO-Truppenstatut, werden gekündigt.
- 20 • Auf dem NATO-Stützpunkt Ramstein wird derzeit ein Weltraumcenter der NATO aufgebaut. Damit  
21 sollen nicht nur Satelliten verteidigt werden, die für unser Alltagsleben unentbehrlich  
22 geworden sind, sondern die militärische Handlungs- und Angriffsfähigkeit abgesichert  
23 werden. Die scheinbar passive Komponente der »Verteidigung im Weltall« hat einen  
24 offensiven Hintergrund. Damit soll die militärische Handlungs- und Angriffsfähigkeit  
25 abgesichert werden. DIE LINKE lehnt die Militarisierung des Alls ab. Auch die Pläne  
26 anderer Staaten für eine militärische Nutzung des Weltraums lehnt DIE LINKE ab.

## **Antrag L.1.(2007): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Zivile Konfliktlösung und Konfliktprävention**

2 Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden zu schaffen und zu bewahren bedeutet,  
3 die Bedingungen herzustellen, in denen ein Leben in Würde und Sicherheit möglich ist. Dabei  
4 umfasst Sicherheit mehr als die Abwesenheit von Gewalt. Sicherheit bedeutet auch, dass die  
5 Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet ist, dass es Zugang zu medizinischer Versorgung  
6 gibt, zu Wohnraum, Bildung und Ausbildung.

- 7 • Wir fordern ein Menschenrecht auf Frieden. Wir wollen, dass die Bundesregierung sich  
8 innerhalb der UN-Gremien für die Umsetzung des Rechts auf Frieden im Sinne der Santiago-  
9 Deklaration durch Verankerung in einem völkerrechtlichen Vertrag einsetzt und diesen in  
10 allem politischen Handeln konsequent umsetzt.
- 11 • Die Bundesregierung muss den Fokus auf zivile Friedensmaßnahmen wie die Einbindung von  
12 Fraueninitiativen, Ausbildungsprogramme, Abgabe von Schusswaffen und zivile Vermittler  
13 richten.
- 14 • Wir wollen diese Ansätze im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördern und die  
15 Ausbildung dafür stärken. Auch ausländischen Friedenskräften wollen wir die Möglichkeit  
16 eröffnen, ihre Ausbildung in Deutschland zu absolvieren. Entsprechende Hochschulen und  
17 Ausbildungsstätten wollen wir auch im Ausland aufbauen.

## **Antrag L.1.(2100): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Soziale Gerechtigkeit weltweit**

2 Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas: Soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu. Etwa 1  
3 Prozent der Menschheit besitzt 45 Prozent des globalen Vermögens. Die ärmere Hälfte der  
4 Weltbevölkerung hat so gut wie nichts, während die Reichen immer reicher werden, dieser Trend  
5 beschleunigt sich in der Corona-Krise dramatisch. Die UN rechneten das erste Mal seit 1990  
6 wieder mit einem weltweiten Anstieg der Armut.

7 Bundesregierung und EU verschärften mit ihrer Handelspolitik und Standortkonkurrenz die  
8 internationalen Gegensätze, schwächen internationale Abkommen und Institutionen. Längst gibt es  
9 einen neuen Rüstungswettlauf, die Rüstungsexporte in alle Welt haben den höchsten Stand seit  
10 dem Ende des Kalten Krieges erreicht. Die Militarisierung der Außenpolitik hat weder den Terror  
11 nachhaltig bekämpft noch mehr Sicherheit geschaffen. Demokratie und Menschenrechte ruft die  
12 Bundesregierung zwar gerne an, im politischen Alltag zählen andere Ziele: wirtschaftliche  
13 Interessen durchzusetzen oder Europa gegen Geflüchtete abzuschotten.

14 Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit – weltweit! Wir wollen die Krise nicht nur für  
15 Deutschland oder Europa überwinden, sondern global. Niemand ist sicher, bevor nicht alle sicher  
16 sind. Den entfesselten Raubtierkapitalismus wollen wir endlich an die Leine nehmen. Wir wollen  
17 Fluchtursachen bekämpfen und nicht Geflüchtete. Unsere Außenpolitik muss Demokratie,  
18 Menschenrechte und Frieden fördern, die Zivilgesellschaft unterstützen, statt nur  
19 Wirtschaftsinteressen zu dienen und Deals mit Diktatoren zu machen. Sie muss feministisch,  
20 sozial und ökologisch werden – also Frauenorganisationen, Gewerkschaften und soziale Bewegungen  
21 einbeziehen. Wir kämpfen gemeinsam mit Partnerparteien, mit Gewerkschafter\*innen und sozialen  
22 Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Klimaschutz, Demokratie und gegen Rassismus.  
23 Starke Bewegungen geben uns Hoffnung, wie Fridays for Future oder die Black-Lives-Matter-  
24 Bewegung in den USA. Gemeinsam können wir die Welt verändern.

## **Antrag L.1.(2101): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Sozial und ökologisch gerechte Weltwirtschaft**

2 Eine gerechte Handelspolitik ist eine Voraussetzung für eine friedliche Welt und für mehr  
3 globale soziale Gerechtigkeit. Deutsche und europäische Außenwirtschaftspolitik darf nicht  
4 länger von dem bornierten Ziel geprägt sein, kurzfristige Eigeninteressen nach vorne zu  
5 stellen: Wer andere arm macht und bleiben lässt, kann nicht gewinnen. Und wer Fluchtursachen  
6 wirklich bekämpfen will, muss aufhören, sie immer wieder neu zu schaffen – und zu exportieren.  
7 Partnerländer müssen eigene Volkswirtschaften und Wertschöpfungsketten aufbauen und die  
8 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) bis 2030 erreichen können. Wir wollen die  
9 Handelspolitik deshalb endlich zu einem Instrument der weltweiten Kooperation, des  
10 sozialökologischen Fortschritts und der Demokratisierung machen. Neben gerechter Handelspolitik

11 brauchen wir eine globale soziale Grundversorgung. Die können wir nur aufbauen und finanzieren,  
12 wenn der Reichtum weltweit umverteilt wird. Dafür streiten wir.

- 13 • Handelskonflikte beenden! Handelskonflikte wie jene zwischen den USA und China bzw. der EU  
14 haben wirtschaftliche und soziale Schäden angerichtet und die Standortkonkurrenz  
15 verschärft. Handelspolitik darf nicht mehr zur politischen Erpressung benutzt werden.
- 16 • Kooperations- statt Freihandelsabkommen! Wirtschaftsabkommen müssen ein Regelwerk für die  
17 Produktionsbedingungen enthalten. So wollen wir gute Arbeit und Umweltschutz entlang der  
18 globalen Produktions- und Lieferketten sicherstellen. Die europäischen  
19 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zementieren Abhängigkeiten des Globalen Südens  
20 als Rohstofflieferant und müssen durch faire Handelsabkommen ersetzt werden.
- 21 • Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das seinen Namen verdient. Das Gesetz der  
22 Bundesregierung lässt zu viele Lücken. Alle Unternehmen müssen verpflichtet werden,  
23 entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzung, Kinderarbeit und  
24 Umweltzerstörung auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame Haftungsregel, um die Rechte  
25 von Betroffenen zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Möglichkeit der  
26 gewerkschaftlichen Organisation muss Teil des Gesetzes werden.
- 27 • Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen, die in Konfliktregionen gefördert werden, wollen wir  
28 beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein Zertifizierungsgebot aus.
- 29 • Arbeitsrecht globalisieren! Wir unterstützen das UN-Treaty-Abkommen, das Unternehmen in  
30 die Pflicht nimmt, die Rechte und die Würde der Beschäftigten zu beachten. Beschäftigte  
31 erhalten dadurch die Möglichkeit, am Ort ihrer Tätigkeit überall auf der Welt ihre Rechte  
32 einklagen zu können. Fairer Handel soll die normale Form von Handel werden, international  
33 wie auf lokalen Wochenmärkten.
- 34 • Der UN-Migrationspakt will die Rechte von Geflüchteten und Arbeitsmigrant\*innen stärken.  
35 Als Land mit dem weltweit größten Überschuss im Warenhandel und Kapitalverkehr muss sich  
36 Deutschland für die Rechtsverbindlichkeit des internationalen ILO-Übereinkommens zum  
37 Schutz der globalen Wanderarbeitnehmer\*innen einsetzen. Wir fordern, dass die globalen  
38 Rekrutierungsagenturen für Arbeitsmigration nur noch lizenziert arbeiten dürfen, ihre  
39 Gebühren und Verträge müssen transparent sein und Anwerbegebühren von Arbeitgebern  
40 getragen werden.
- 41 • Nachhaltige Wirtschaftspolitik statt nationaler Standortkonkurrenz! Es braucht einen  
42 internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen auf  
43 ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet. So wird die Wirtschaft stärker auf Nachfrage  
44 im Inneren ausgerichtet. Dafür braucht es ein Ende der Kürzungspolitik, die den  
45 Niedriglohnsektor befördert und Löhne in Europa künstlich niedrig hält. Das exportiert  
46 weltweit Armut und ist volkswirtschaftlich schädlich.
- 47 • Nicht schon wieder! Hunderttausende wehrten sich gegen das geplante Freihandelsabkommen  
48 mit den USA, TTIP, weil es vor allem den Interessen der exportorientierten Unternehmen auf  
49 beiden Seiten des Atlantiks diene. Wir wollen, dass TTIP endgültig aufgegeben wird. Auch  
50 das Abkommen mit Kanada (CETA) und mit südamerikanischen Staaten (Mercosur) lehnen wir ab.  
51 Ökologische und soziale Standards dürfen nicht mehr zu kurz kommen, Sonderklagerechte, die  
52 Demokratie und Grundrechte den Profitinteressen unterordnen, lehnen wir ab.

- 53 • Zugang zu einer universellen Gesundheitsversorgung! Die Entwicklung von Impfstoffen kann  
54 nur gemeinschaftlich entstehen und darf nicht von Pharmakonzernen zur Profitmaximierung  
55 oder nur auf nationaler Ebene gedacht werden. Der Weltgesundheitsorganisation WHO muss  
56 eine breite finanzielle Basis zur Verfügung gestellt werden. Medikamente, die über  
57 Steuergelder finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur Nachproduktion  
58 zur Verfügung gestellt werden. Die Forschung und Entwicklung zur Bekämpfung der  
59 tödlichsten Infektionskrankheiten und häufig vernachlässigten Krankheiten, wie HIV/Aids,  
60 Malaria und Tuberkulose wollen wir ausbauen. Wir fordern den Aufbau einer globalen  
61 medizinischen Grundversorgung mit Zugang zu den besten vorhandenen Therapien.
- 62 • Landraub und die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten! Seit 2014 steigt die Zahl der  
63 hungernden Menschen weltweit wieder an, diese Krise wird durch die Corona-Pandemie noch  
64 verschärft. Unser Ziel ist: Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität für alle! Für  
65 Nahrungsmittelhandel sollte nicht mehr die Welthandelsorganisation zuständig sein, sondern  
66 die Welternährungsorganisation der UN.
- 67 • Überwindung von Hunger und Armut heißt: Existenzsicherung für bäuerliche Betriebe  
68 weltweit! Wir wollen Regionen darin unterstützen, Landwirtschaft nicht vorrangig für den  
69 Export zu betreiben. Es muss Schluss damit sein, dass Nahrungsmittelmärkte von außen mit  
70 Lebensmitteln – wie durch in der EU subventionierte Lebensmittel – überschwemmt werden.
- 71 • Wir wollen die ökologische Produktion in aller Welt fördern und dafür international  
72 Systeme vereinbaren, die vor Preisverfall schützen. Die von der Bundesregierung vorgelegte  
73 Rohstoffstrategie folgt vor allem den Interessen der Industrie.
- 74 • Es braucht aber eine Senkung des Rohstoffverbrauches, dafür fordern wir eine neue  
75 europäische Rohstoffstrategie. Die Abhängigkeit der Länder des Südens von Rohstoffexporten  
76 muss beendet werden.
- 77 • Eigenständige Entwicklung ermöglichen! Internationale Kooperation kann Armut durch  
78 Technologietransfer und gezielten Aufbau von Unternehmen vor Ort überwinden helfen.  
79 Rohstoffe sollen dort weiterverarbeitet werden, wo sie aus der Erde geholt werden. Es gibt  
80 kein Anrecht europäischer Konzerne auf Zugang zu Rohstoffen. Wertschöpfung muss in den  
81 Ländern des Globalen Südens ermöglicht und gefördert werden.
- 82 • Wir wollen Datenschutz und Transparenz weltweit! In allen Technologiebereichen brauchen  
83 wir globale Kooperation, um ein Regelwerk zu schaffen, das verbindliche Datenschutzregeln  
84 für Robotik, Datenflüsse und künstliche Intelligenz schafft und die Algorithmen  
85 transparent macht.
- 86 • Wir unterstützen transnationale Organisationen von Beschäftigten und die Bildung  
87 internationaler gewerkschaftlicher Kooperationen mit dem Ziel, die Situation der  
88 Beschäftigten deutlich zu verbessern.

# Antrag L.1.(2102): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Entwicklung durch Gerechtigkeit**

2 Die Ungleichheit nimmt – trotz Jahrzehnten westlicher »Entwicklungspolitik« – weltweit zu und  
3 hemmt wirtschaftliche wie soziale Entwicklung. Die bisherige Entwicklungspolitik ist nicht  
4 einfach gescheitert. Sie ist ein Instrument (post-)kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung.  
5 Entwicklungszusammenarbeit muss endlich Würde und Solidarität in den Mittelpunkt stellen – und  
6 die zerstörerische Dynamik der grenzenlosen Kapitalverwertung durchbrechen. Dafür wollen wir  
7 öffentliche und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken. Entwicklungszusammenarbeit muss sich  
8 an den Zielen der Partnerländer und ihrer Gesellschaften orientieren und sie dabei  
9 unterstützen, eigenständige Entwicklungswege zu beschreiten. Die ungleiche Einbindung der  
10 Länder in den Weltmarkt verstärkt die wirtschaftlichen Krisen und schwächt die Länder des  
11 Globalen Südens auch politisch.

12 Unser Plan für eine solidarische Entwicklungsarbeit:

- 13 • Recht auf Nahrung und sauberes Wasser für alle! Ernährungssouveränität und soziale  
14 Sicherheit sind das Fundament von Sicherheit und Stabilität. Dazu müssen  
15 Nahrungsmittelmärkte vor Ort gestärkt werden, die Vielfalt an Pflanzen- und Tierwelt muss  
16 erhalten bleiben und der Missbrauch von Agrarentwicklungsprogrammen durch transnationale  
17 Konzerne beendet werden. Der Export von hochgefährlichen Pestiziden muss verboten werden.
- 18 • Schluss mit Ausbeutung im Gewand der Entwicklungszusammenarbeit! Entwicklungsgelder dürfen  
19 nicht mehr als Investitionsanreize für deutsches oder internationales Kapital missbraucht  
20 werden. Initiativen wie Marshallplan mit Afrika oder Compact with Africa wollen wir  
21 einstellen.
- 22 • Entwicklungsfinanzierung aus öffentlicher Hand! Das Geld für Entwicklungszusammenarbeit  
23 muss aus öffentlichen Mitteln stammen. Den undemokratischen Einfluss privater Stiftungen  
24 und großer Kapitalgeber wollen wir ebenso beenden wie öffentlich-private Partnerschaften.  
25 Das Instrument der Budgethilfe wollen wir stärken. Die Gelder für  
26 Entwicklungszusammenarbeit wollen wir auf die zugesagten Summen anheben.
- 27 • Nicht nur mehr, sondern anders! Wir wollen, dass sich Entwicklungszusammenarbeit an den  
28 Bedürfnissen der Menschen in den ärmeren Ländern orientiert – anstatt weiter vor allem den  
29 Interessen europäischer Unternehmen zu dienen! Die Verzahnung von Entwicklungs- und  
30 Sicherheitspolitik, im Sinne des sogenannten Grenzschutzes und der Migrationskontrolle,  
31 lehnen wir ab. Abschottung ist keine Entwicklungspolitik! Geld soll den Ländern des  
32 Globalen Südens zur Verfügung gestellt werden, um eine eigenständige Entwicklung zu  
33 ermöglichen.

## **Antrag L.1.(2103): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Klimagerechtigkeit global**

2 Die Länder des Globalen Südens sind von der Klima- und Umweltzerstörung besonders stark  
3 betroffen, obwohl die Hauptverursacher\*innen im Globalen Norden liegen. Dabei verursachen laut  
4 Oxfam die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung genauso viel CO<sub>2</sub>-Emissionen wie die ärmeren  
5 50 Prozent der Bevölkerung. Die weltweiten Folgen des Klimawandels sind bereits jetzt  
6 katastrophal. Wassermangel, Dürre, Überschwemmungen nehmen Menschen ihre Lebensgrundlage, die  
7 Folge sind Verteilungskämpfe um schwindende Ressourcen, die immer mehr Menschen zur Flucht  
8 zwingen. Damit muss Schluss sein: Die Reichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Wir  
9 brauchen einen Kurswechsel in der Handelspolitik und beim Rohstoffverbrauch. Das Pariser  
10 Klimaabkommen war ein Minimalkonsens zwischen den Staaten. Die bislang von den einzelnen  
11 Ländern zugesagten Minderungsvolumen sind aber längst nicht ausreichend, um diese Ziele zu  
12 erreichen (vgl. Kapitel »Klima«).

- 13 • Auch Deutschland muss nachlegen und – als einer der Hauptverursacher für den Klimawandel –  
14 mehr Mittel für den Globalen Süden bereitstellen, damit dieser seine Entwicklung  
15 klimaneutral und gerecht gestalten kann.
- 16 • Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und  
17 Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. In diesen Fonds  
18 sollten ehemalige Kolonialmächte mehr einzahlen als andere Staaten. Die entsprechenden  
19 Klimafinanztransfers wollen wir jährlich erhöhen.
- 20 • Solange die Länder im Globalen Süden ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können,  
21 lehnen wir deshalb Wasserstoffimporte aus diesen Ländern ab (vgl. Kapitel »Energiewende«).
- 22 • Klimagerechtigkeit statt Greenwashing und Ablasshandel! Immer häufiger lagern  
23 Industrieländer Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, zum Beispiel Waldschutzinitiativen, in  
24 den Globalen Süden aus und entziehen sich so ihrer Verantwortung.

## **Antrag L.1.(2104): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Gerechte Steuern weltweit**

2 Reiche und Konzerne müssen an den globalen Kosten von Krisen und Klimawandel beteiligt werden.  
3 Es braucht ein gerechtes internationales Steuersystem mit einer Finanztransaktionssteuer.  
4 Steueroasen müssen trockengelegt werden, um transnationale Konzerne endlich stärker an der  
5 Entwicklung der Länder zu beteiligen, von deren Ausbeutung und Ressourcen sie profitieren (vgl.  
6 Kapitel »Gerechte Steuern« und Kapitel »Banken und Finanzen«).

- 7 • Doppelbesteuerungsabkommen, die Deutschland mit vielen Ländern des Globalen Südens  
8 abgeschlossen hat, verhindern oft eine faire Besteuerung vor Ort, das meiste Geld fließt  
9 nach Deutschland. Das muss beendet werden!

- 10 • Wir wollen, dass die ärmsten Länder entschuldet werden, ihre Schuldenlast erdrückt sie und  
11 macht jeden Fortschritt unmöglich. Dafür braucht es ein internationales Schiedsgericht.  
12 Wir fordern die Einführung eines Staatsinsolvenzverfahrens.

## **Antrag L.1.(2105): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 UN und internationale Zusammenarbeit stärken**

2 Es braucht auf der internationalen Ebene ein System stärkerer Zusammenarbeit, doch der  
3 Multilateralismus ist in der Krise. In den internationalen Beziehungen gibt es eine Eiszeit.  
4 Die USA und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben den  
5 Sicherheitsrat und die Vereinte Nationen (UN) in den vergangenen Jahren blockiert. Zum  
6 Fundament der UN gehören die Friedenssicherung und Verhinderung von Konflikten, die Wahrung von  
7 Menschenrechten, Förderung gesellschaftlichen Fortschritts und sozialer Entwicklung sowie die  
8 internationale Zusammenarbeit. Die UN soll den Rahmen für Staaten geben, in dem die Regeln  
9 festgelegt werden. Ihre 17 Entwicklungsziele (SDG), darunter Armutsbekämpfung,  
10 Gleichberechtigung, Bildung und Gesundheit, sollen bis zum Jahr 2030 erreicht werden. Doch  
11 davon ist die Welt heute weit entfernt. Armut und Hunger wachsen durch die Corona-Pandemie  
12 rasant: Bis zu 235 Millionen Menschen werden im Jahr 2021 laut Schätzungen der UN nicht  
13 ausreichenden Zugang zu Nahrung und Trinkwasser haben. Während sich auf den Finanzmärkten der  
14 Reichtum ballt, fehlt es den UN überall an Geld. Das macht sie abhängig von der Unterstützung  
15 durch private Unternehmen und Stiftungen, die vor allem ihre eigenen Interessen verfolgen. Die  
16 Unabhängigkeit und Neutralität der UN wird so unterlaufen.

17 • Rückbesinnung auf die Charta der Vereinten Nationen, auf das Gewaltverbot, auf die  
18 Verbindlichkeit des Völkerrechts. Für uns gilt nur ein Standard: Den Bruch des  
19 Völkerrechts verurteilen wir, im Unterschied zu anderen Bundestagsparteien, egal von wem  
20 dieser ausgeht.

21 • Stärkung und Demokratisierung der UN! Die Generalversammlung muss gegenüber dem  
22 Sicherheitsrat gestärkt werden. Die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im  
23 Sicherheitsrat lehnen wir deshalb ab.

24 • Die Länder des Globalen Südens brauchen mehr Einfluss! Die sozial- und  
25 wirtschaftspolitischen Kompetenzen, wie im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC),  
26 müssen gestärkt werden. Exklusive Foren wie die G 7 sollen darin aufgehen.

27 • Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die  
28 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder das  
29 Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht in der Lage, den  
30 Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer müssen endlich ihren  
31 Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die Finanzierungslücke schließen. Im Fall des UNHCR  
32 geht es um knapp 4 Milliarden Euro, also nur einen Bruchteil der deutschen  
33 Rüstungsausgaben.

34 • Um den Einfluss privater Akteure zurückzudrängen, wollen wir die Basisbeiträge anheben.

- 35 Die Ausgaben der UN für Militäreinsätze müssen zugunsten der Mittel für Hungerbekämpfung,  
36 friedlicher Konfliktbearbeitung und ziviler Krisenprävention umverteilt werden.
- 37 • Wir unterstützen den Appell des UN-Generalsekretärs António Guterres nach einem globalen  
38 Waffenstillstand.
- 39 • Wirtschaftssanktionen treffen vor allem die einfache Bevölkerung und müssen beendet  
40 werden.

## **Antrag L.1.(2106): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Menschenrechte durchsetzen**

- 2 Menschenrechte sind universell und verpflichten zu politischem Handeln. Alle Menschenrechte  
3 sind für uns gleich wichtig: soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische. Den Bruch des  
4 Menschenrechts kritisieren wir als LINKE überall. Den doppelten Standards der Bundesregierung  
5 stellen wir uns entgegen.
- 6 • Wir wollen Menschenrechte global durchsetzen, dafür muss die internationale  
7 Gerichtsbarkeit gestärkt werden.
- 8 • Frieden ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte und  
9 umfassende menschliche Entwicklung. Wir wollen, dass im Völkerrecht das Recht auf Frieden  
10 verankert wird. Menschenrechte dürfen nicht zur Kriegsführung instrumentalisiert werden.
- 11 • Wir wollen, dass die Bundesregierung das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über  
12 Menschenrechte unterzeichnet, damit Einzelpersonen die Möglichkeit des Beschwerdewegs bei  
13 den UN haben.
- 14 • Die Grundrechte sollen für alle in Deutschland lebenden Menschen gelten und nicht vom  
15 deutschen Pass abhängig sein.
- 16 • Wir wollen die Kräfte für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit  
17 fördern, statt Deals mit Diktatoren zu schließen!
- 18 • Deutschland muss sich aktiv für die Freilassung politischer Gefangener einsetzen. Die  
19 willkürliche Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen, auch durch NATO-Verbündete und  
20 Behörden hierzulande, wollen wir beenden.

## **Antrag L.1.(2107): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Deutschen und Europäischen Kolonialismus aufarbeiten**

- 2 DIE LINKE fordert, dass der deutsche Kolonialismus und seine Wirkung in den internationalen  
3 Beziehungen bis heute aufgearbeitet wird. Kolonialismus muss endlich als Unrechtsherrschaft  
4 anerkannt werden.
- 5 • Wir wollen eine öffentliche Debatte innerhalb bundesdeutscher Einrichtungen sowie eine

- 6 Unterstützung der antikolonialen Erinnerungskultur in den ehemaligen Kolonien. Dazu  
7 fordern wir die Einsetzung einer Enquetekommission des Bundestags und unterstützen die  
8 Initiative zur Errichtung eines zentralen Denk- und Mahnmals für die Opfer des deutschen  
9 Kolonialismus am Ort der sogenannten Afrika-Konferenz in Berlin.
- 10 • Die Bundesregierung muss sich für den Völkermord an den OvaHerero und Nama in der  
11 ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika entschuldigen. Beratungen über angemessene  
12 Entschädigung müssen mit Vertreter\*innen der Gemeinschaften in Namibia beginnen.  
13 Entwicklungsprojekte des BMZ sind keine Entschädigungsleistungen. Der Bund soll unter  
14 Einbeziehung von Wissenschaftler\*innen aus den ehemaligen Kolonien eine Institution zur  
15 Geschichte des Kolonialismus aufbauen. Sie soll insbesondere die deutsche Rolle in den  
16 afrikanischen, asiatischen und südpazifischen Kolonien beleuchten.
  - 17 • Kultur- und Naturobjekte müssen in die Herkunftsländer zurückgeführt werden. Nur nach  
18 offizieller Genehmigung dürfen Artefakte als Leihgaben in der Bundesrepublik ausgestellt  
19 werden. Sterbliche Überreste müssen an die Herkunfts-Communitys übergeben werden.  
20 Forschungen an unrechtmäßig erworbenen Sammlungen müssen gestoppt werden.

## **Antrag L.1.(2200): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Für ein solidarisches Europa!**

2 Wir kämpfen für ein soziales Europa, für eine andere Europäische Union, in der alle gut leben  
3 und arbeiten können. Ein solidarisches Europa, in dem alle Menschen vor Armut geschützt sind.  
4 In dem nicht Standortkonkurrenz und Profit, sondern Demokratie und Solidarität an erster Stelle  
5 stehen. Ein Europa, in dem Konzerne und Reiche endlich ihren Anteil zur Finanzierung des  
6 Gemeinwohls leisten. Für eine EU, die keine Deals mit Diktator\*innen macht und die ihren Werten  
7 gerecht wird: die verhindert, dass Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken. Wir wollen  
8 eine Union, die Klimaschutz sowie eine Energie- und Verkehrswende endlich voranbringt, anstatt  
9 sie zu blockieren. Wir wollen ein friedliches Europa ohne Rüstungswettlauf. Wir fordern soziale  
10 Mindeststandards, gute Gesundheitsversorgung und Bildung für alle.

11 Wir müssen die ökologischen Herausforderungen mit einer Antwort auf die sozialen Probleme  
12 verbinden. Doch die EU-Kommission hat einen »Green Deal« aufgelegt, der nicht mal in der Lage  
13 ist, die Klimaziele der EU zu erreichen. Deshalb wollen wir umsteuern – mit einem sozialen und  
14 ökologischen Systemwechsel in Europa. Der muss den Umbau der Wirtschaft mit massiven  
15 öffentlichen Investitionen in gute Jobs, Innovation für klimaneutrale Produktion und  
16 Infrastruktur schaffen. Die natürlichen Lebensgrundlagen und Gemeinschaftsgüter wie Wasser,  
17 Energie, Luft, eine saubere Umwelt und unsere Gesundheit dürfen nicht mehr den Profitinteressen  
18 einiger weniger untergeordnet werden. Es braucht in Europa endlich höhere Steuern für Reiche  
19 und Konzerne. Gelder aus dem EU-Haushalt müssen umgewidmet werden: Statt in militärische  
20 Aufrüstung muss in solidarische und ökologische Zukunftsprojekte investiert werden. Denn wir  
21 brauchen eine historische Kraftanstrengung, um die Klimakrise aufzuhalten und gleichzeitig alle  
22 Menschen mitzunehmen. Wir streiten für Umverteilung des Reichtums, für  
23 Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie, für eine neue Industriestrategie und eine tragfähige

24 öffentliche Infrastruktur in Europa – für eine gute Zukunft für alle.

25 Für die EU ist die Corona-Pandemie der zweite schwere Schock nach der Finanzkrise. Für zahllose  
26 Menschen bedeutet er erneut Einkommensverlust, Existenzangst und zerstörte Lebensplanung. Die  
27 Mitgliedsländer haben versucht, die Krise durch wirtschaftliche Maßnahmen in Schach zu halten  
28 und sozial abzufedern. Die EU-Kommission setzte die Defizitbeschränkungen des Stabilitäts- und  
29 Wachstumspakts der EU aus. Doch aufgrund der Kürzungspolitik der vergangenen Jahre ist die  
30 öffentliche Daseinsvorsorge unterfinanziert. Banken wurden mit Milliarden gerettet, aber  
31 Krankenhäuser kaputtgespart. Hunderttausende Menschen starben, auch weil sie nicht ausreichend  
32 behandelt werden konnten. Die Spaltung zwischen Nord- und Süd-, Ost- und Westeuropa wächst. Die  
33 deutsche Politik von Niedriglöhnen und Exporterfolgen um jeden Preis hat die Krise  
34 mitverursacht und auch innerhalb der EU Ungleichheit und Konkurrenz verstärkt. Die Politik von  
35 Austerität, Privatisierung, Sozialabbau und Deindustrialisierung hat dem Rechtspopulismus  
36 Auftrieb gegeben. Die Herausforderungen von Klimawandel und globaler sozialer Gerechtigkeit  
37 kann kein Land alleine stemmen. Wir müssen grenzübergreifende – globale – Lösungen finden. All  
38 das zeigt: Es ist höchste Zeit für einen Neustart in Europa!

39 Anders als noch bei der Finanzkrise 2008/2009 reagierte die EU bisher nicht mit einem  
40 Kürzungsdiktat auf die Krise. Aber die Gefahr ist groß, dass die EU nach der Krise wieder in  
41 die alte Kürzungspolitik zurückfällt. Denn das Diktat der schwarzen Null ist nur ausgesetzt.  
42 Klar ist deshalb: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, weg von Kürzungen, Freihandelsabkommen  
43 und Marktradikalismus hin zu öffentlichen Investitionen, grenzübergreifender Kooperation und  
44 Solidarität. Weg von Aufrüstung hin zu sinnvollen Investitionen und konsequenter Entspannungs-  
45 und Friedenspolitik. Dieser Politikwechsel muss in Berlin beginnen.

46 Wir wollen eine EU, die sich für ein System der internationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe  
47 einsetzt. Wir wollen eine EU, deren Außenpolitik von friedlicher Kooperation geprägt ist und  
48 nicht von der gewalttätigen Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Die Verträge von  
49 Maastricht und Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der Union eingeschrieben.  
50 Wir wollen neue Verträge, um die EU sozialer, gerechter und ökologischer zu machen. Nur so hat  
51 die Union eine gemeinsame Zukunft. Für diese Zukunft setzen wir uns zusammen mit sozialen  
52 Bewegungen, mit Gewerkschaften, mit der Europäischen Linken und anderen Parteien ein.  
53 Gewerkschaften und Bewegungen, der Einsatz für das Klima, für Demokratie und Frauenrechte und  
54 gegen Rassismus überall zeigen: Gemeinsam können wir Europa verändern.

## **Antrag L.1.(2201): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Investieren statt Zukunft blockieren!**

2 Der EU-Haushalt und die Wiederaufbaumittel und Hilfgelder bleiben weit hinter dem zurück, was  
3 notwendig wäre, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen und für eine gerechte und  
4 klimaneutrale Zukunft umzusteuern. Teile des EU-Haushalts sind versteckte Subventionen für  
5 Großkonzerne. Profitiert haben davon vor allem die Reichen. Besonders fahrlässig ist, dass  
6 Investitionen und Gesundheitsausgaben aus dem Wiederaufbaupaket gekürzt wurden. Denn die  
7 Wirtschaft lahm, viele Länder sind von Massenerwerbslosigkeit geplagt und die Infrastruktur

8 wird schon lange auf Verschleiß gefahren. Wir wollen Geld für Zukunftsinvestitionen statt für  
9 Aufrüstung. Was einzelne Staaten überfordern könnte, ist für die europäische  
10 Staatengemeinschaft insgesamt gut leistbar, denn mit ihrer großen Wirtschaftskraft und der  
11 Europäischen Zentralbank (EZB) im Rücken verfügt sie über ausreichend wirtschaftliche Stärke.

- 12 • Der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschneidet die Demokratie in den einzelnen  
13 Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik fest. Wir wollen das  
14 ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne Handbremse.
- 15 • Die Defizit- und Schuldenregeln müssen angepasst werden. Damit die EU eine Zukunft hat,  
16 müssen wir uns um die Defizite kümmern, die wirklich zählen: Den Investitionsstau im  
17 Sozialstaat, in der Bildung, der Infrastruktur, auf dem Arbeitsmarkt und beim Klimaschutz.
- 18 • Angesichts der Herausforderungen durch Corona und Klimakatastrophe muss der EU-Haushalt  
19 durch die Ausgabe europäischer Anleihen ausgeweitet werden. Angesichts des größten  
20 Einbruchs der Weltwirtschaft seit Jahrzehnten ist ein Umfang von 1 bis 2 Billionen Euro  
21 für das europäische Investitions- und Ausgabenprogramm erforderlich.
- 22 • Es braucht ein sozialökologisches Investitionsprogramm! Die finanziellen Mittel der EU  
23 müssen ausgeweitet und gezielt für die wirtschaftlich schwächeren Länder, Regionen,  
24 Branchen und für Zukunftsaufgaben wie eine sozialökologische Industriepolitik, das  
25 Gesundheitswesen, die digitale Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie die Energie- und  
26 Verkehrswende, eingesetzt werden.
- 27 • Die Kompetenzen der EU-Kommission zur Kontrolle und Lenkung der Mittelvergabe müssen  
28 beschränkt und das Europäische Parlament muss stärker einbezogen werden. Die demokratische  
29 Kontrolle der Verwendung von EU-Mitteln muss auf europäischer Ebene erfolgen. Dabei dürfen  
30 keine Kürzungsauflagen, wie etwa der Abbau von Arbeitsrechten, mehr verhängt werden.

## **Antrag L.1.(2202): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Europaweit: Reichtum von oben nach unten verteilen**

2 Investitionen für die Zukunft kosten Geld. Aber die gute Nachricht ist: Geld ist da – es ist  
3 nur falsch verteilt. Denn die Unternehmen, die die größten Gewinne machen, zahlen in Europa  
4 immer noch am wenigsten Steuern. Auch große Vermögen werden kaum besteuert. Steuervermeidung  
5 und Steueroasen boomen. Das Ergebnis: Während gerade in der Corona-Krise die Reichen immer  
6 reicher werden, wächst die Armut der Mehrheit der Menschen. Schluss damit!

- 7 • Es braucht einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen  
8 Bemessungsgrundlagen.
- 9 • Wir fordern gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und  
10 Spitzeneinkommen.
- 11 • Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden. Banken, die in Steueroasen operieren,  
12 werden wir die Lizenz entziehen.
- 13 • Es braucht europäische Eigenmittel, etwa aus einer Finanztransaktionssteuer.

- 14 • Digitalkonzerne wie Google und Amazon machen Milliarden Gewinne und zahlen kaum Steuern.  
15 Wir werden sie endlich zur Kasse bitten!

## **Antrag L.1.(2203): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Europäische Zentralbank demokratisch kontrollieren und sozial & ökologisch nutzen**

2 Die Europäische Zentralbank (EZB) muss endlich am Gemeinwohl statt am Kriterium der  
3 Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Die EZB muss soziale und ökologische Investitionen  
4 der Mitgliedstaaten ermöglichen und diese vom Wohlwollen der Finanzmärkte unabhängig machen.  
5 Dafür würde es schon ausreichen, wenn die EZB die Solvenz der Mitgliedsstaaten garantiert,  
6 indem sie verpflichtet wird, Kreditgeber in letzter Instanz zu sein. Ein inflationäres Risiko  
7 gibt es nicht, weil die EZB weiterhin ihrem Inflationsziel verpflichtet ist.

- 8 • Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu ermöglichen  
9 • Wir wollen, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert wird –  
10 anstatt weiter dem Einfluss von Finanzlobbyisten ausgeliefert zu sein.  
11 • Die EZB darf nicht weiter Anleihen von Unternehmen mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen aufkaufen und  
12 dadurch den Klimaschutz unterlaufen. Sie braucht starke soziale und ökologische Standards.  
13 Das gilt auch für die Corona-Hilfen.

## **Antrag L.1.(2204): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Die Wirtschaft umbauen**

2 Wir dürfen nach der Krise nicht weitermachen wie bisher. Wir wollen Europa gerechter machen und  
3 einen sozialökologischen Systemwechsel voranbringen. Wir wollen, dass der sozialökologische  
4 Umbau in allen Mitgliedstaaten möglich ist. Unser Ziel ist es, Stromerzeugung, Industrie,  
5 Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft klimaneutral zu machen, ohne Menschen oder Regionen  
6 abzuhängen (vgl. Kapitel »Klima«). Die jüngste Anhebung des Treibhausgasminderungsziels der EU  
7 von 40 auf 55 Prozent gegenüber 1990 ist immer noch zu niedrig, um kompatibel mit dem Pariser  
8 Klimaschutzabkommen zu sein. Wir wollen die EU bis spätestens 2035 klimaneutral machen.

- 9 • Investitionen: Die EU hat die Programme für einen gerechten Umbau von 40 Milliarden Euro  
10 auf 17,5 Milliarden Euro geschrumpft – so kann der Umbau nicht gelingen. Wir wollen den  
11 Just Transition Fund – den Fonds für einen gerechten Übergang – stärken. Er soll Menschen,  
12 die in Bereichen wie Bergbau und klimaschädlichen Industrien tätig sind, vor allem in  
13 benachteiligten Regionen, sozial absichern und ihnen neue berufliche Perspektive  
14 eröffnen.  
15 • Um Massenerwerbslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit zu bekämpfen, braucht es eine  
16 konsequente europäische Vollbeschäftigungspolitik und eine echte Industriestrategie. Sie  
17 muss Klimaneutralität zum Ziel haben und vor allem deindustrialisierten Regionen eine

- 18 Zukunft geben.
- 19 • **Energiewende:** Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen  
20 sein. Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut  
21 werden – bürgernah und in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum. Wir setzen uns  
22 für die Einrichtung einer alternativen »Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von  
23 erneuerbaren Energien und Energieeinsparung« ein. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine  
24 Absage.
- 25 • **Verkehrswende:** Es braucht eine europäische Mobilitätsrevolution. Das geht, wenn wir Bus  
26 und Bahn ausbauen und die Preise drastisch senken, vernetzte Mobilität schaffen und kurze  
27 Wege fördern. Statt Flugstrecken wollen wir Bahnverbindungen ausbauen. Ein Großteil des  
28 Güterverkehrs und des innereuropäischen Flugverkehrs muss auf die Schiene verlagert  
29 werden.
- 30 • **Agrarwende:** Wir setzen auf nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe statt  
31 langer Transportwege und industrielle Massenproduktion. Das System der EU-Agrar-  
32 Subventionen ist nicht nachhaltig, wir wollen Subventionen an sozialen und ökologischen  
33 Kriterien orientieren und nicht mehr an der Fläche.

## **Antrag L.1.(2205): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Soziale Absicherung und Gute Arbeit**

- 2 Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Doch die Politik in der EU stellt die  
3 Interessen der Unternehmen vor die der meisten Menschen. Das Ergebnis ist Armut, Lohndumping  
4 und Ausbeutung. Dramatisch ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, in Spanien und  
5 Griechenland droht sie in Folge der Corona-Krise auf 40 Prozent zu steigen. Fast jede\*r zweite  
6 Jugendliche, der/die einen Job sucht, geht leer aus. Die Profite der Unternehmen dürfen nicht  
7 mehr über den Arbeitsrechten der Beschäftigten und den sozialen Grundrechten der Menschen  
8 stehen.
- 9 • Wir fordern für alle Bürger\*innen in der EU soziale Rechte und Mindestlöhne, die die  
10 Existenz sichern.
- 11 • Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss rechtlich verankert  
12 werden, um Lohndumping zu unterbinden.
- 13 • Wir wollen, dass Mitbestimmungsrechte und Rechte von Gewerkschaften wie Beschäftigten  
14 wiederhergestellt und ausgebaut werden.
- 15 • Wir fordern deshalb mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund die Einführung einer  
16 Europäischen Rahmenrichtlinie zur Sicherung der Unternehmensmitbestimmung.
- 17 • Soziale Sicherheit durchsetzen! Wir wollen soziale Sicherheit mit verbindlicher sozialer  
18 Mindestsicherung und sozialen Mindeststandards – im Zweifel gilt der bessere Standard  
19 (Günstigkeitsklausel).
- 20 • Freizügigkeit für alle! Ungleiche Lebensverhältnisse zwingen vor allem junge Menschen zur

21 Abwanderung. Niemand darf deswegen von Sozialleistungen ausgeschlossen werden,  
22 Menschenrechte sind unteilbar und das Existenzminimum ist nicht verhandelbar. Wir wollen  
23 die Menschen dabei unterstützen, gute Arbeit zu finden.

## **Antrag L.1.(2206): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Demokratie statt Herrschaft der Lobbyisten**

2 Wir brauchen mehr Demokratie in Europa. Viele Menschen haben sich in den letzten Jahren  
3 enttäuscht von der EU abgewandt. Es fehlt an Vertrauen, für viele Menschen ist die EU weit weg.  
4 Denn Demokratie ist mehr als eine Wahl alle fünf Jahre. Wir wollen eine Europäische Union, die  
5 Grundrechte ernst nimmt und verteidigt. Die Demokratie darf nicht mehr den Finanzmärkten  
6 untergeordnet werden. Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die  
7 Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationale Haushalte, zurück. Wir brauchen eine  
8 friedliche, soziale, demokratische und ökologische EU – mit neuen Verträgen, neuen Strukturen,  
9 neuen Hoffnungen. Das meint ein starkes Europaparlament und umfassende  
10 Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb wollen wir eine neue Verfassung für Europa, die von den  
11 Bürger\*innen mitgestaltet wird und über die sie gleichzeitig in allen EU-Mitgliedstaaten in  
12 Volksabstimmungen entscheiden können.

- 13 • Wir wollen, dass das Europäische Parlament das Initiativrecht bekommt und eigene  
14 Gesetzesvorschläge einbringen kann. Grundlegende Entscheidungen müssen vom Europaparlament  
15 getroffen werden – statt von exekutiven Gremien wie Kommission, Eurogruppe oder Rat.  
16 Außerdem sollen die Abgeordneten den Kommissionspräsidenten und die Kommissare wählen und  
17 abwählen können.
- 18 • Der Europäische Rat bestimmt maßgeblich die Gesetzgebungsverfahren in der EU, arbeitet  
19 aber intransparent, im Ergebnis agieren nationale Regierungen hier oft ohne demokratische  
20 Kontrolle. Wir wollen den Rat endlich zur Transparenz verpflichten.
- 21 • Wir wollen, dass Entscheidungen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon  
22 betroffen sind: kommunale Angelegenheiten in den Kommunen, bundesweite Angelegenheiten in  
23 den nationalen Parlamenten, europäische Angelegenheiten im EU-Parlament.
- 24 • Keine Grenzen für die Demokratie! Die hohen Hürden für europäische Bürgerinitiativen  
25 müssen gesenkt werden: Wir wollen EU-weite Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen.  
26 Alle Menschen sollen in den EU-Staaten, in denen sie leben, die gleichen Rechte haben.
- 27 • Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten der EU  
28 regelmäßig evaluiert und Verstöße sanktioniert werden. Es braucht mehr Verbindlichkeit für  
29 die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten in allen Mitgliedsstaaten.
- 30 • Wir wollen, dass sich aktuelle und kommende EU-Beitrittskandidaten ohne Vorbehalt zu  
31 Demokratie und Menschenrechten bekennen. Das gilt insbesondere für den Beitrittskandidaten  
32 Türkei. Die aktuelle Regierung der Türkei muss die Urteile des Europäischen Gerichtshof  
33 für Menschenrechte umsetzen, Demokratie und Meinungsfreiheit garantieren, die Verfolgung  
34 der demokratischen Opposition beenden sowie alle inhaftierten Parlamentarier\*innen und

- 35 Bürgermeister\*innen der oppositionellen kurdischen Partei HDP freilassen.
- 36 • Wir wollen, dass die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention beitrifft. Auch die  
37 gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss vom Europäischen Gerichtshof für  
38 Menschenrechte kontrolliert werden. Soziale Grundrechte müssen für einzelne Personen beim  
39 Europäischen Gerichtshof einklagbar werden.
- 40 • Wir wollen, dass alle Entscheidungen und die dahin führenden Prozesse transparent gemacht  
41 werden. Bisher nehmen Lobbyisten oft Einfluss auf politische Entscheidungen in der EU,  
42 ohne dass die Bürgerinnen davon erfahren können. Wir fordern ein EU-Transparenzregister  
43 und eine Transparenzverordnung.

## **Antrag L.1.(2207): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Europäische Entspannungspolitik statt Aufrüstung**

2 Auf die Krisen reagiert die EU ausgerechnet mit Aufrüstung. Wirtschaftliche Entwicklung wird  
3 als Rüstungsförderung betrieben. Diktatoren sind Geschäftspartner bei Rüstungsdeals und werden  
4 zu Stabilitätsankern verklärt. Der Ausbau einer »Militärunion«, die Schaffung einer  
5 zusätzlichen europäischen Armee und Rüstungsexporte, führen aber nicht zu mehr Sicherheit für  
6 die Menschen. Die sogenannte Ständige Strukturierte (militärische) Zusammenarbeit (engl. kurz:  
7 PESCO) soll dafür sorgen, dass Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, während es einen  
8 enormen Mangel an Rüstungskontrolle und zivilem Konfliktmanagement gibt. Die beteiligten  
9 Staaten werden zur ständigen Steigerung ihres Verteidigungshaushalts und ihrer  
10 Rüstungsinvestitionen, einer Beteiligung an Rüstungsgroßprojekten und der Aufstellung  
11 europäischer Truppenverbände verpflichtet. Mit der Europäischen Friedensfazilität (EFF) wird  
12 die Europäische Union selbst zum Waffen- und Munitionslieferanten.

13 Wir wollen ein friedliches Europa und eine Union der Abrüstung, die Demokratie fördert, statt  
14 mit Diktatoren Geschäfte zu machen. Wir treten für eine Europäische Friedens- und  
15 Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisation der EU beenden. Sicherheit gibt es nur  
16 mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt  
17 Standortkonkurrenz.

18 • Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen und setzen uns für ein EU-weites Verbot von  
19 Rüstungsexporten ein. Exporte in autoritäre Regime wie Ägypten und die Türkei müssen  
20 sofort gestoppt werden.

21 • Wir lehnen die Pläne zu einer europäischen Verteidigungsunion und einer stärkeren  
22 Kooperation von EU und NATO ab. Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion«  
23 mit eigenständiger Militärpolitik, eine europäische Armee und andere Vorhaben der  
24 Militarisation führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern  
25 sichern nur Konzerninteressen militärisch ab.

26 • Wir wollen den Euratom-Vertrag auflösen und von den vertraglichen Grundlagen der EU  
27 abkoppeln, denn er blockiert eine nachhaltige, sozial und demokratisch gestaltete  
28 Energiewende.

- 29 • Wir lehnen den Europäischen Verteidigungsfonds ab. Durch ihn sollen Milliardenbeträge aus  
30 dem gemeinsamen EU-Haushalt in Rüstungsforschung und -entwicklung fließen. Das nützt nur  
31 der Rüstungsindustrie und fördert weder Sicherheit noch Frieden.
- 32 • Wir fordern die Beendigung von PESCO und aller militärbezogenen EU-Programme und Fonds,  
33 wie der Europäischen Friedensfazilität (EFF). Die Gelder wollen wir in sozialen  
34 Zusammenhalt, Klimaschutz und globale Gerechtigkeit investieren.

## **Antrag L.1.(2208): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Menschenrechte statt Festung Europa**

- 2 Die EU-Kommission will einen »Migrationspakt« durchsetzen, der weiter auf Abschottung,  
3 Abschiebung und Entrechtung zielt. Die Bundesregierung unterstützt dieses Vorgehen. Wir stellen  
4 uns dagegen. Es ist mit einem solidarischen und menschlichen Europa nicht vereinbar, dass  
5 Tausende von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken oder in rechtsfreien Räumen in  
6 Auffanglagern und Abschiebezentren an und vor den Grenzen der EU gefangen gehalten werden. Der  
7 Kooperation mit autoritären Regimen zum Zweck der Abschottung der EU stellen wir uns entgegen:  
8 Sie sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems (vgl. Kapitel »Für eine solidarische  
9 Einwanderungspolitik«).
- 10 DIE LINKE will Menschen retten, Fluchtwege frei machen und Fluchtursachen bekämpfen (vgl.  
11 Kapitel »Solidarische Einwanderungsgesellschaft«): Ohne die Grenzschutzagentur und Küstenwache  
12 Frontex, mit legalen Fluchtwegen. Mit Rechtssicherheit und Durchsetzung von Flüchtlings-,  
13 Kinderrechts- und Europäischer Menschenrechtskonvention. Ohne Freiheitsberaubung und Pushback  
14 in Folter und Tod (vgl. Kapitel »Menschlichkeit verteidigen«).

## **Antrag L.1.(2300): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft**

- 2 Einwanderung ist keine Bedrohung, sondern Alltag für viele, Bestandteil unserer Gesellschaft  
3 und Recht jedes einzelnen Menschen. Unser Land ist Heimat für Menschen aus verschiedensten  
4 Orten, mit unterschiedlichen Geschichten und so vielfältig wie noch nie. Wir leben, lieben und  
5 arbeiten zusammen. Wir machen nicht mit, wenn Beschäftigte und Rentner\*innen in Deutschland  
6 ausgespielt werden gegen Menschen, die vor Armut, Unterdrückung, den Folgen der Klimakrise und  
7 Krieg fliehen. Würde der Reichtum gerechter verteilt, gäbe es genug für gutes Leben, Wohnen und  
8 Arbeiten – für alle.
- 9 Die Wirtschaft basiert vielfach auf der Ausbeutung und auf schlechten Arbeitsbedingungen von  
10 Migrant\*innen mit oft prekärem Aufenthaltsstatus und teilweise eingeschränkter gesundheitlicher  
11 Versorgung, zum Beispiel in Schlachthöfen, auf Spargelfeldern und in der Pflege. Menschen mit  
12 Migrationsgeschichte sind nach Generationen noch häufiger von Armut, Ausgrenzung und

13 Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre Kinder werden im Bildungssystem systematisch benachteiligt,  
14 wer einen migrantisch klingenden Nachnamen trägt, hat häufig Probleme bei der Wohnungs- und  
15 Jobsuche. Diese rechtlichen und sozialen Diskriminierungen müssen abgebaut werden.  
16 Doch die Bundesregierung setzt stattdessen weiter auf Abschreckung, Spaltung und Abschottung.  
17 Das Ergebnis: wachsender Rassismus in Gesellschaft und staatlichen Institutionen wie der  
18 Polizei, wo extrem rechte Netzwerke (Stichwort NSU 2.0) ihr Unwesen treiben. Und immer wieder  
19 rechter Terror.

## **Antrag L.1.(2301): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Unsere Agenda gegen Rassismus: soziale Offensive und gleiche Rechte für alle**

2 Um Rassismus und Diskriminierung zu überwinden, braucht es eine gerechte Verteilung von  
3 Rechten, Reichtum und Ressourcen. Teilhabe statt Integration: Demokratie setzt Teilhabe im  
4 Alltag voraus. Wir wollen, dass alle Menschen, die hier leben, im Rahmen einer Teilhabe-Agenda  
5 rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden. Zusammen mit zahlreichen Bewegungen und  
6 antirassistischen Initiativen wie Seebrücke und Black Lives Matter stehen wir #unteilbar gegen  
7 unsoziale Spaltung, Rassismus und rechte Hetze. Antirassismus ist für uns viel mehr als  
8 Symbolpolitik. Es braucht Investitionen in Zusammenhalt und Partizipation statt in Ausgrenzung  
9 und Abschottung. Und gleiche Rechte für alle.

10 Unser Ziel ist ein grundlegender Politikwechsel – in Richtung globale Bewegungsfreiheit,  
11 gleiche Rechte für alle und einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft. Wir stellen uns  
12 strukturellem Rassismus in Staat und Gesellschaft entgegen. DIE LINKE steht für offene Grenzen  
13 für alle Menschen in einem solidarischen Europa, das sich nicht abschottet. Wir streiten für  
14 sichere Fluchtwege und eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht – statt Mauern zu  
15 bauen und Grundrechte der aktuellen Haushalts- und Stimmungslage anzupassen.

- 16 • Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und  
17 Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns von 13 Euro  
18 für alle Menschen (vgl. Kapitel »Arbeit«). Gegen einen eventuellen Fachkräftemangel  
19 braucht es keine gezielte Abwerbung von qualifizierten Menschen im Ausland, sondern  
20 anständige Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlung für alle Menschen hierzulande.
- 21 • Es braucht eine bessere Anerkennung der Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-  
22 Bürger\*innen, damit diese ihre Berufe weiter ausüben können.
- 23 • Der Einschränkung sozialer Sicherheiten für Migrant\*innen aus EU-Ländern und anderen  
24 Staaten durch die Bundesregierung stellen wir uns entgegen. Gesundheitsschutz darf nicht  
25 eingeschränkt werden: Es braucht einen bundesweiten Härtefallfonds und einen anonymen  
26 Krankenschein für die Behandlung von Menschen ohne Absicherung, Ausnahmen von der  
27 Versicherungspflicht wollen wir aufheben (vgl. Kapitel »Gesundheit«).
- 28 • Auf Dolmetscher\*innen-Leistungen soll es im Rahmen medizinischer Leistungen einen  
29 gesetzlichen Anspruch geben. Auch Inklusion, Teilhabe und Barrierefreiheit darf keine  
30 Frage des Aufenthaltstitels mehr sein.

- 31 • Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in  
32 Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte, damit sie gleichberechtigt die  
33 Gesellschaft mitgestalten können. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen, deren  
34 Eltern dauerhaft im Land wohnen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein  
35 Recht auf Mehrstaatlichkeit haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu  
36 müssen. Migrant\*innen sollen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik einen  
37 Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben.
- 38 • Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive  
39 Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit  
40 Kettenduldung leben müssen. Für sie wollen wir einen sicheren Zugang zu Bildung,  
41 Gesundheit und arbeitsrechtlichem Schutz vor Ausbeutung schaffen.
- 42 • Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der  
43 Doppelbestrafung, lehnen wir ab – im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen  
44 Parteien. Wir haben hier immer dagegen gestimmt und werden das auch in Zukunft tun.
- 45 • Antirassismus ins Gesetz: Es braucht, wie in Thüringen, eine klare Arbeitsdefinition von  
46 institutionellem und strukturellem Rassismus. Zudem fordern wir eine grundlegende Reform  
47 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und ein Verbandsklagerecht. Es braucht  
48 einen Diskriminierungsschutz, der auch staatliches Handeln einbezieht. Wir fordern ein  
49 Bundesantidiskriminierungsgesetz (BADG) zum Schutz vor Diskriminierung durch staatliche  
50 Stellen. Es braucht eine\*n Antirassismus-Beauftragte\*n mit echten Befugnissen.
- 51 • DIE LINKE fordert in Artikel 3 des Grundgesetzes eine Schutz- und Förderklausel gegen  
52 rassistische Diskriminierung aufzunehmen.
- 53 • Rassismus und Korpsgeist in den Behörden müssen endlich angegangen werden! Dafür braucht  
54 es eine Organisationsentwicklung in der Verwaltung, die für Diskriminierungen sensibel ist  
55 und eine Polizeireform (vgl. Kapitel »Sicherheit für alle«).
- 56 • Wir wollen ein Partizipationsgesetz, um Menschen mit Rassismuserfahrung besser  
57 einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören eine Quote, um  
58 den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung  
59 entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein Partizipationsrat, der in  
60 wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbezogen wird. Hier ist  
61 es für uns zentral, dass migrantische Selbstorganisationen Teil des Partizipationsrats  
62 sind und es eine Vertretung entsprechend einem Gleichstellungsbeauftragten ist.
- 63 • Wir fordern die Einführung einer Enquetekommission, die den Bundestag berät zu der  
64 Umsetzung der Forderungen aus dem NSU-Ausschuss sowie dem UN-Antirassismus-Ausschuss  
65 (ICERD).
- 66 • Wir fordern ein humanitäres Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt ohne festen  
67 Aufenthaltsstatus. Opfer von Rassismus und ihre Angehörige müssen besser unterstützt  
68 werden. Es braucht eine Ausweitung der Entschädigungsleistungen für Betroffene von  
69 rassistisch und antisemitisch motivierten Attacken.
- 70 • Menschen mit Rassismuserfahrungen sind kein Sicherheitsproblem. Die Zuständigkeit für  
71 Migration und Integration muss dem Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein  
72 Bundesministerium für Migration und Partizipation.

- 73 • Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und  
74 Transfeindlichkeit, Antiziganismus, religiösen Fundamentalismus und für mehr Demokratie  
75 engagieren, sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete  
76 Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant\*innen wollen wir durch ein  
77 Demokratiefördergesetz stärker und endlich dauerhaft fördern (vgl. Kapitel »Gegen rechte  
78 Gewalt«).
- 79 • Antirassistische Initiativen sollen mehr finanzielle Unterstützung erhalten.  
80 Trainer\*innen, Betreuer\*innen und ehrenamtliche Verantwortliche in Vereinen und (Fan-  
81 )Projekten, die Partizipationsarbeit leisten, müssen stärker unterstützt werden.
- 82 Es braucht deutlich mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen  
83 Zusammenhalt, d. h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in  
84 Schulen, Kitas, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel »Investitionen«).
- 85 Niedrigschwellige Angebote, insbesondere für Migrant\*innen und geflüchtete Frauen sowie queere  
86 Geflüchtete und Migrant\*innen, wollen wir ausbauen und sie unterstützen.
- 87 • Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert  
88 und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten hilft. Kommunen, die die  
89 Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung  
90 und Integration von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann  
91 allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden.
- 92 • Wir werden ein Sofortprogramm auflegen, um zusätzliche Schulsozialarbeiter\*innen und  
93 Lehrkräfte auszubilden und einzustellen, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten. Das  
94 Recht auf schulische Bildung muss für alle Kinder bundesweit und unabhängig vom  
95 Aufenthaltsstatus gelten, auch der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Ganztagesplätze.  
96 Qualifikationen für die Berufsausbildung müssen unabhängig vom Alter angeboten werden.  
97 Bildungs- und Integrationsangebote wollen wir unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status  
98 gewähren.
- 99 • Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen  
100 flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sachleistungen  
101 wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle  
102 Menschen.

## **Antrag L.1.(2302): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

- 1 **Menschlichkeit verteidigen: Menschen retten, Fluchtwege frei machen, Fluchtursachen**  
2 **bekämpfen**
- 3 Deutsche Konzerne exportieren Waffen in die ganze Welt, aber Menschen, die vor diesen Waffen  
4 und den mit ihnen geführten Kriegen fliehen, sollen ausgesperrt werden. Viele flüchten, weil  
5 westliche Konzerne ihre Länder zerstören. Doch ihre Einreise nach Europa wird mit  
6 unmenschlichen Mitteln erschwert. Mehr als 20 000 Menschen sind in den vergangenen sieben  
7 Jahren auf dem Weg nach Europa gestorben, ertrunken im Mittelmeer, verdurstet in der Wüste. In

7 den Lagern an den Grenzen, auf dem Boden der EU, gibt es unerträgliches Elend. Deutschland  
8 macht sich politisch abhängig von Diktatoren, die den Job der Flüchtlingsabwehr an den  
9 europäischen Außengrenzen übernehmen; im Innern macht die extreme Rechte mobil.  
10 Dabei würde es anders gehen. Denn Platz und Ressourcen sind genug vorhanden. Würde der Reichtum  
11 gerechter verteilt, gäbe es genug für alle. Menschenleben und Würde dürfen nicht vom Pass oder  
12 Aufenthaltstitel abhängen. Deswegen stehen wir auf gegen Abschottung und Abschiebungen, für das  
13 Recht zu gehen, zu kommen und zu bleiben. Und für eine Überwindung der wirtschaftlichen  
14 Ungerechtigkeiten und der Ideologien der Ungleichheit wie Rassismus und Nationalismus, die  
15 immer wieder zu populären Waffen in der Konkurrenz um Ressourcen, Reichtum und Lebenschancen  
16 werden. Schluss damit! Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, wollen wir gemeinsam für  
17 Gerechtigkeit eintreten: die Menschen zu retten, soziale Gerechtigkeit globalisieren und  
18 Fluchtursachen – nicht die Geflüchteten – tatsächlich bekämpfen.

- 19 • Schluss mit den Ausreden: Die Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss  
20 aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden.  
21 Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in  
22 den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen  
23 Seenotrettung muss umgehend beendet werden. Alle europäischen »Hotspots«, wie das  
24 Elendslager Moria und seine Nachfolger, müssen aufgelöst werden. Es braucht ein  
25 humanitäres Sofortprogramm zur Aufnahme der Menschen. Solange eine europäische Lösung  
26 nicht durchsetzbar ist, muss die Bundesregierung mit einer Koalition der Willigen  
27 vorgehen.
- 28 • Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht Schleppern die  
29 Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die  
30 Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden. Das UN-  
31 Flüchtlingskommissariat hat im Januar 2021 die Praxis der Zurückweisung an Europas Grenzen  
32 angeprangert und sieht das Asylrecht in Gefahr. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung an  
33 den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss ohne Einschränkung befolgt werden! Der  
34 Flüchtlingsdeal mit der Türkei und ähnliche Abkommen oder Formen der Zusammenarbeit mit  
35 Milizen und Diktatoren in Staaten wie Libyen, Ägypten, Sudan und Marokko, müssen  
36 aufgekündigt werden.
- 37 • Flucht ist kein Verbrechen! Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss  
38 für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Frauen, Kinder, religiöse  
39 und ethnische Minderheiten sowie Menschen mit Behinderung und queere Menschen brauchen  
40 besonderen Schutz vor Gewalt, Elend und Ausbeutung. Schnellverfahren und Inhaftierung von  
41 Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder  
42 »Hotspots«) lehnen wir ab.
- 43 • Asylrecht ausweiten und durchsetzen! Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem  
44 Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten-  
45 oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden. Verfolgung wegen sexueller Orientierung  
46 und von trans\* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQ\*) muss als Asylgrund anerkannt  
47 werden. Der Negativwettbewerb durch abgesenkte Standards bei Unterbringung, Versorgung und  
48 Rechten gehört abgeschafft!
- 49 • Die Bundesregierung muss endlich darauf drängen, dass die EU gegen Mitgliedsstaaten

50 vorgeht, die ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen systematisch missachten.

51 • Wir fordern eine flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung durch  
52 Wohlfahrtsverbände und Vereine, die öffentlich finanziert sein muss; pauschale Asyl-  
53 Widerrufsprüfungen soll es nicht geben; die Qualität der Asylprüfung und internen  
54 Kontrolle muss deutlich verbessert werden, um die Vielzahl der rechtswidrigen und  
55 fehlerhaften Bescheide des BAMF wirksam zu reduzieren

56 • Es gibt keine »Wirtschaftsflüchtlinge« – niemand flieht freiwillig! Wir fordern die  
57 Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge sowie  
58 eine entsprechende humanitäre Visavergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über  
59 das Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.

60 • Das Dublin-System muss überwunden werden: Wir wollen eine europäische Fluchtumlage zur  
61 Verantwortungsteilung, die an den Wünschen und Interessen der Geflüchteten anknüpft und  
62 bestehende Familienbindungen, sprachliche Kenntnisse und individuelle Umstände maßgeblich  
63 berücksichtigt. Ungleichverteilungen können dann durch Ausgleichszahlungen der Länder mit  
64 geringen Aufnahmezahlen ausgeglichen werden; Länder, Regionen und Städte, die bereit sind,  
65 mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.

66 • Das Recht auf Familiennachzug muss effektiv umgesetzt werden – auch für »subsidiär«  
67 Schutzberechtigte. Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen muss es ein Recht auf  
68 Nachzug der Geschwisterkinder geben.

69 • Wir fordern, dass die Kommunen selbst entscheiden dürfen, ob sie über die ihnen  
70 zugeteilten Kontingente hinaus weitere Geflüchtete aufnehmen. Auch kommunal verankerte  
71 Gremien sollen künftig Härtefallerlaubnisse anordnen können.

72 • Kein Mensch ist illegal! Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall des  
73 Geburtsorts oder der ökonomischen Verwertbarkeit abhängig sein. DIE LINKE setzt sich für  
74 eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht  
75 ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit  
76 orientiert.

77 Wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, muss endlich die Verhältnisse verändern, die immer  
78 wieder zur Flucht zwingen und Hilfe notwendig machen. Statt weiter systematisch Fluchtursachen  
79 wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir deshalb globale  
80 Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und  
81 Menschen in Not effektiv helfen (vgl. Kapitel »Soziale Gerechtigkeit global«).

## **Antrag L.1.(2400): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Die Demokratie stärken**

### **2 Rechten Terror und Gewalt stoppen**

3 Die extreme Rechte hat die Schwelle zum Terror längst überschritten. Die Liste rechter  
4 Attentate aus den letzten zwei Jahren ist lang. Rechte begehen Mordanschläge auf Migrant\*innen,  
5 Jüd\*innen, Linke und Andersdenkende; die Sicherheitsbehörden erweisen sich immer wieder als

6 unfähig, die Täter\*innen zu fassen. Das hat in der Bundesrepublik eine schreckliche Tradition,  
7 vom Attentat auf das Münchner Oktoberfest bis zu den Morden des NSU. Deutschland hat spätestens  
8 seit den achtziger Jahren eine erschreckende rechtsterroristische Kontinuität. Die Täter\*innen  
9 werden durch ein gesellschaftliches Klima ermutigt, in dem der Wert von Menschenleben in Frage  
10 gestellt wird. Der Weg zu Bluttaten beginnt mit Hetze im Alltag.

11 Rechte Gruppen und Parteien versuchen, Ängste und Nöte der Menschen angesichts der Folgen  
12 neoliberaler Politik zu bedienen. Sie deuten soziale Auseinandersetzungen in ethnische,  
13 religiöse und kulturelle Konflikte um, bekämpfen die Gleichberechtigung der Geschlechter und  
14 sexuelle Vielfalt. Und sie verbreiten – gerade angesichts der Corona-Pandemie – antisemitische  
15 Verschwörungstheorien. Weil die Verfassungsschutzbehörde dem Schutz von Informanten Vorrang  
16 einräumt, behindert sie immer wieder polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung – und  
17 baut extrem rechte Strukturen sogar mit auf. Aufklärung und Widerstand gegen rechts wird von  
18 anderen geleistet: Meist sind es ehrenamtlich organisierte Projekte der Zivilgesellschaft und  
19 Antifa-Initiativen, die Aufklärungsarbeit betreiben, Solidarität praktisch erlebbar machen und  
20 dahin gehen, wo es weh tut. Dafür werden sie von Konservativen als »Nestbeschmutzer«  
21 beschimpft, ihnen werden öffentliche Gelder entzogen und sie werden als »Linksextremisten«  
22 kriminalisiert. Die AfD versucht, missliebige Vereine und Akteure der Zivilgesellschaft bis hin  
23 zur Landeszentrale für politische Bildung zu diskreditieren. Konservative fordern, Grundrechte  
24 einzuschränken, und (noch) mehr Befugnisse für die Sicherheitsbehörden. Offensichtlich gibt es  
25 bei diesen aber kein Defizit an Informationen, Ausrüstung und Befugnissen – wohl aber ein  
26 Haltungsproblem.

27 DIE LINKE hält dagegen – auf der Straße, in den Betrieben, in den Parlamenten. Zusammen mit  
28 breiten Bündnissen blockieren wir Naziaufmärsche und kämpfen gegen rechte Angriffe und für die  
29 gesellschaftliche Ächtung von rechtem Gedankengut. Wir stellen uns gegen jede Form von  
30 Menschenfeindlichkeit, egal ob vom rechten Rand oder aus der vermeintlich seriösen Mitte der  
31 Gesellschaft. Ziviler Ungehorsam gehört zum demokratischen Protest und darf nicht  
32 kriminalisiert werden. Die Große Koalition hat mit ihrer Politik den Nährboden bereitet, auf  
33 dem Rassismus und Ideologien der Ausgrenzung gedeihen. Der Aufstieg der AfD ist auch Ergebnis  
34 dieser verfehlten Politik. Eine wirksame Politik muss Ursachen bekämpfen und aufklären: Armut  
35 und Niedriglöhne zurückdrängen, die Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben und soziale  
36 Sicherheit schaffen.

- 37 • Die Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken! Protest und Aufklärung gegen rechts sind  
38 eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der  
39 Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche  
40 Demokratieverbände sowie Antifa-Initiativen müssen mit einem echten  
41 Demokratiefördergesetz stärker und langfristig finanziell unterstützt werden. Dabei darf  
42 es kein strukturelles Misstrauen und keinen Kooperationszwang mit Polizei und  
43 Inlandsgeheimdienst geben. Zivilgesellschaftliche Vereine, wie die VVN, Campact und Attac,  
44 müssen durch eine Reform der Abgabenordnung (wieder) als gemeinnützig gelten.
- 45 • Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzen! Die  
46 Verfassungsschutzbehörde ist ein Inlandsgeheimdienst. Er ist nicht Teil der Lösung,  
47 sondern Teil des Problems. Er muss durch eine unabhängige »Beobachtungsstelle  
48 Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« ersetzt werden. Diese soll  
49 Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, religiösen Fundamentalismus und andere

50 Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beobachten und darüber aufklären (vgl.  
51 Kapitel »Sicherheit für alle«). Als erster Schritt muss das V-Leute System des  
52 Inlandsgeheimdienstes und seine Verstrickungen mit der extremen Rechten aufgedeckt und  
53 beendet werden.

- 54 • Den Rechten den sozialen Nährboden entziehen! Die Zustimmung zu rechter Politik baut auf  
55 Rassismus und der Erfahrung auf, dass Interessen nur gegen andere durchgesetzt werden  
56 können. Dass die Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben  
57 hat, hat die extreme Rechte stärker gemacht, nicht schwächer. Die Spaltung der  
58 Gesellschaft stärkt zudem religiöse Fundamentalisten. Dagegen braucht es eine soziale  
59 Politik für alle Menschen: mit gleichen Rechten für alle und massiven Investitionen in die  
60 öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft zusammenhält – bezahlbarer Wohnraum,  
61 kostenfreier ÖPNV, gute Gesundheitsversorgung, Arbeit und Bildung (vgl. Kapitel »Für eine  
62 solidarische Einwanderungsgesellschaft«).
- 63 • Entwaffnung der extremen Rechten und Ermittlungsschwerpunkte für rechten Terror!  
64 Ermittlungsschwerpunkte bei BKA und Bundesanwaltschaft müssen die Vernetzung der  
65 militanten Naziszene, insbesondere entsprechende Netzwerke bei Polizei, Bundeswehr und  
66 Spezialeinheiten, stärker in den Blick nehmen. Sie dürfen Fälle rechter Gewalt nicht mehr  
67 als Einzelfälle verharmlosen. Reichsbürgern und Neonazis muss endlich die waffenrechtliche  
68 Erlaubnis entzogen werden.
- 69 • Wir wollen ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt, um der auf Vertreibung  
70 gerichteten Intention der Täter entgegenzutreten, und verurteilen die Angriffe auf  
71 Moscheen, Synagogen sowie andere sakrale oder symbolische Orte. Auch linke Menschen und  
72 Strukturen geraten immer wieder in den Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und  
73 sind solidarisch mit Opfern rechter Gewalt und ihren Angehörigen. Sie müssen besser und  
74 langfristig unterstützt werden.
- 75 • Demokratisierung der Sicherheitsbehörden! Es braucht eine wissenschaftliche Untersuchung  
76 extrem rechter Einstellungen und rassistischer Praktiken bei Polizei und Bundeswehr. Gegen  
77 Rassismus und Korpsgeist bei der Polizei sind eine unabhängige Beschwerde- und  
78 Ermittlungsstelle auf Bundesebene, eine Kennzeichnungspflicht, eine Überarbeitung der  
79 Ausbildung sowie Rotationsmodelle für geschlossene Einheiten nötig. Rassistische,  
80 antisemitische, homo- und transfeindliche, sowie sexistische Ansichten müssen auch in den  
81 Behörden aktiv bekämpft werden (vgl. Kapitel »Sicherheit für alle!«).
- 82 • Wir fordern die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Rechtsterrorismus, um die  
83 Aufklärung fortzusetzen und die lange Geschichte rechtsterroristischer Strukturen in der  
84 Bundesrepublik sowie die Verantwortung staatlicher Stellen aufzuarbeiten. Alle NSU-Akten  
85 müssen endlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- 86 • Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an die  
87 Opfer von damals und heute zu bewahren. Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom  
88 Faschismus endlich ein bundeseinheitlicher Feiertag werden. Die politische Bildung an den  
89 Schulen sowie kritische Sozialwissenschaften an den Hochschulen wollen wir stärken.

90 Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an Jüd\*innen, wegen der  
91 Entfesselung des Zweiten Weltkriegs und der Verbrechen an den Völkern Europas – vor allem an  
92 Polen, den Völkern der Sowjetunion, an den Sinti und Roma, an politisch Andersdenkenden,

93 behinderten Menschen und Homosexuellen – eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von  
94 Menschenfeindlichkeit, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem und anderem  
95 Rassismus entgegenzutreten.

## **Antrag L.1.(2401): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Die Rechte von Minderheiten stärken**

2 Dän\*innen, Fries\*innen, Sinti und Roma, Sorb\*innen/Wend\*innen, Jenische leben seit  
3 Jahrhunderten in Deutschland, die Regionalsprache Niederdeutsch wird bis heute gesprochen. Die  
4 Politik steht in der Verantwortung, für die anerkannten Minderheiten und die  
5 Niederdeutschsprechenden Bedingungen zu schaffen, die den europäischen Minderheitenabkommen  
6 entsprechen.

- 7 • Wir fordern bundespolitische Grundsätze zur Wahrung und Weiterentwicklung der Identität,  
8 Sprache und Kultur der ethnischen Minderheiten sowie Minderheitenschutz im Grundgesetz.
- 9 • Wir wollen, dass Minderheitenangehörige nicht gezwungen sind, auf der Suche nach Arbeit  
10 ihre Heimat zu verlassen. Hier muss die Strukturförderung von Regionen, die angestammtes  
11 Siedlungsgebiet einer Minderheit sind, ansetzen. In ganz besonderer Weise betrifft das die  
12 erneut vor einem Umbruch stehende Lausitz/Łużyca/Łužica.
- 13 • Wir stehen dafür, Institutionen und Projekte zu Erhalt, Pflege und Entwicklung der  
14 Minderheitensprachen und -kulturen finanziell gemäß den gewachsenen Aufgaben auszustatten.
- 15 • Wir setzen uns dafür ein, die Sinti und Roma zu schützen und ihre zivilgesellschaftlichen  
16 Strukturen zu fördern. Wir halten die Erinnerung an den nationalsozialistischen Völkermord  
17 wach, bekämpfen Diskriminierung und wollen den Beitrag der Minderheit zu Kultur und  
18 Wirtschaft in Deutschland umfassender vermitteln, um auch so der tiefsitzenden Ablehnung  
19 gegenüber Sinti und Roma entgegenzuwirken. Die Empfehlungen der Unabhängigen  
20 Expertenkommission Antiziganismus müssen schnell umgesetzt werden.
- 21 • Wir unterstützen die europaweiten Bemühungen um die Schaffung von verlässlichen  
22 minderheitenpolitischen Instrumenten auf der Ebene der Europäischen Union – die Ablehnung  
23 der Minority-SafePack-Initiative seitens die EU-Kommission darf nicht das letzte Wort  
24 sein.

## **Antrag L.1.(2402): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Sicherheit für alle statt Überwachungsstaat**

2 Gewaltkriminalität geht seit Jahren zurück. Aber das Gefühl der Verunsicherung wächst. Bei  
3 jedem Bericht über Straftaten fordern Innenpolitiker der Regierung Gesetzverschärfungen und die  
4 Einschränkung von Grundrechten. Diese Sicherheitspolitik verwaltet die Probleme, anstatt sie zu  
5 lösen. Genützt hat das vor allem dem Machtstreben der Konservativen und den Profiten der

6 Sicherheitsbranche.

7 Die herrschende Sicherheitspolitik ist ungerecht. Sie trifft Menschen mit wenig Geld und ohne  
8 Lobby härter. Ersatzfreiheitsstrafen für kleine Delikte, wie Fahren ohne Fahrschein, bringen  
9 jedes Jahr Tausende Menschen ins Gefängnis. Kontrollen von Wirtschaftskriminalität und  
10 Steuerhinterziehung werden hingegen runtergefahren – die Großen lässt man laufen. Für viele  
11 Menschen bedeuten die Einschränkung von Grundrechten und die Aufrüstung der Polizei neue  
12 Unsicherheiten. So werden Spaltung und Aggression im Alltag verstärkt. Umso mehr, als immer  
13 mehr extrem rechte Netzwerke in Polizei und Justiz aufgedeckt werden. Auch das Vorgehen der  
14 Bundesregierung in der Corona-Pandemie entsprach viel zu oft falschen Maßstäben. Die  
15 Einschränkung von Bürgerrechten und der Versammlungsfreiheit war schwerwiegend, oft wurde die  
16 Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt. Der Arbeitsschutz bei großen Konzernen wie Tönnies und  
17 Amazon wurde nur mangelhaft durchgesetzt, dagegen wurden Menschen im Park polizeilich  
18 schikaniert. Menschen mit niedrigem Einkommen und in kleinen Wohnungen waren von dieser  
19 Schiefelage der Krisenpolitik besonders betroffen.

20 Mehr Sicherheit gibt es nicht durch die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten, sondern  
21 durch Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt. Der Vollzug  
22 bestehenden Rechts und die Abwendung von Gefahren müssen ebenso gewährleistet sein wie der  
23 Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte – für alle! Wir wollen deshalb einen Politikwechsel –  
24 weg von der einseitigen Fokussierung auf repressive Maßnahmen und Symbolpolitik hin zum  
25 umfassenden Ansatz einer demokratischen Sicherheitspolitik, die Grundrechte schützt, Prävention  
26 stärkt, soziale Sicherheiten ausbaut, in das Öffentliche investiert und die Sicherheitsbehörden  
27 demokratisiert. Staatliche Gewalt wollen wir als Mittel zur Konfliktlösung langfristig  
28 zurückdrängen und durch zivilgesellschaftliche Prävention und Kooperation ersetzen.

- 29 • Grundrechte umfassend durchsetzen! Es braucht ein bundesweit wirksames  
30 Antidiskriminierungsrecht, das sich am Berliner Antidiskriminierungsgesetz orientiert. Wir  
31 stellen uns gegen rechte Kampagnen, die Minderheiten zu kriminalisieren versuchen und  
32 soziale Probleme in ethnische bzw. kulturelle Konflikte umdeuten wollen.
- 33 • Mehr Sicherheit durch mehr Beteiligung! Wir wollen eine Sicherheitspolitik, die keine  
34 autoritäre Schlagseite hat, sondern alle Betroffenen mit einbezieht. Im Pandemiefall  
35 braucht es in Zukunft etwa Pandemie- und Gesundheitsräte, die bundesweit und kommunal die  
36 Zivilgesellschaft in all ihrer Vielfalt in Umsetzung und Konzeption von  
37 Infektionsschutzmaßnahmen einbeziehen.
- 38 • Die Verhältnismäßigkeit wahren! Bagatelldelikte wie »Fahren ohne Fahrschein« und  
39 »Containern« sowie opferlose Vergehen wie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz oder  
40 »illegale Einreise« müssen endlich entkriminalisiert werden. Ersatzfreiheitsstrafen für  
41 Geldstrafen sind sozial ungerecht, sie gehören abgeschafft!
- 42 • Rechtsstaat stärken! Geheimdienste sind Fremdkörper in der Demokratie. Durch ihre  
43 Intransparenz und den Vorrang des Informant\*innen-Schutzes behindern sie polizeiliche  
44 Ermittlungen und juristische Aufklärung. Dabei ist Abwehr von Gefahren Aufgabe einer  
45 demokratisch kontrollierten Polizei. Deshalb wollen wir den Verfassungsschutz und  
46 perspektivisch alle Geheimdienste abschaffen und ihn durch eine Beobachtungsstelle  
47 »Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« ersetzen. Als Erstes muss der  
48 Einsatz von V-Leuten beendet werden (vgl. Kapitel »Rechten Terror und Gewalt stoppen«).

- 49 • Datenschutz wirksam machen! Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung  
50 sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Onlinedurchsuchungen,  
51 nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, allgegenwärtige Videoüberwachung, Späh- und  
52 Lauschangriffe und Rasterfahndung.
- 53 • Gerade in Krisenzeiten: Kein Lockdown für die Demokratie – Bürgerrechte sind  
54 systemrelevant! Es darf keine Entmachtung der Parlamente geben, keine (Selbst-  
55 )Ermächtigung der Exekutive. Politische Betätigung und Versammlungen müssen möglich  
56 bleiben. Allgemeine Versammlungsverbote sind Gift für die Demokratie. Auch das  
57 Arbeitsrecht darf nicht ausgehebelt werden.
- 58 • Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch für  
59 Beschäftigte. Dies gilt schon für den Schutz gegen Videoüberwachung am Arbeitsplatz, den  
60 Einsatz von Detektiven oder die Überwachung des E-Mail-Verkehrs. Angesichts neuer  
61 Möglichkeiten zur digitalen Leistungsüberwachung fordern wir ein  
62 Beschäftigtendatenschutzgesetz.
- 63 • Sicherheit ist eine öffentliche Aufgabe! Die Privatisierung von Sicherheit durch private  
64 Sicherheitsdienste, »Schwarze Sheriffs« usw. wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen.  
65 Es ist schon schwierig genug, staatliche Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten  
66 Diensten ist das unmöglich.
- 67 • Sonderstrafrecht stoppen! Die Antiterrorgesetzgebung der Bundesregierungen aus den  
68 vergangenen 20 Jahren gehört auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Verbrechen zu bekämpfen  
69 und Gefahren abzuwehren ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden. Hierfür braucht es kein  
70 politisches Sonderstrafrecht (wie die Paragraphen 129 a und 129 b StGB), wir wollen diese  
71 Paragraphen abschaffen. Wir fordern die Aufhebung des PKK-Verbots.
- 72 • Staatliche und zivile Organisationen dürfen nicht militarisiert werden. Wir wollen die  
73 Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) zugunsten einer Stärkung des Technischen  
74 Hilfswerks und des Katastrophenschutzes beenden. Die schon bestehenden Strukturen der ZMZ  
75 sowie die in Aufbau befindlichen Strukturen der Reservekräfte der Bundeswehr müssen  
76 aufgelöst werden.
- 77 • Gewalt stoppen – Opfer schützen! Um die Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen  
78 braucht es endlich eine Vollfinanzierung von Frauenberatungsstellen und -notrufen,  
79 ausreichend Frauenhausplätze und Präventionsprogramme für gewalttätige Männer (vgl.  
80 Kapitel »Feminismus«).
- 81 • Waffenbesitz erschweren! Waffen- und Munitionsbesitz sollen strenger reglementiert werden.  
82 Gewalttäter müssen konsequent mit einem Waffenverbot belegt werden.

# Antrag L.1.(2403): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Polizei im Rechtsstaat**

2 Die Arbeitsbedingungen für viele Polizist\*innen sind von Belastungen und Überstunden geprägt.  
3 Das liegt auch daran, dass ihnen immer neue Aufgaben zugewiesen werden. Das wollen wir ändern  
4 und Arbeitsbedingungen verbessern. Im Rechtsstaat darf die Polizei nicht als Universalmittel  
5 zur Bearbeitung von Problemen eingesetzt werden, sie sollte auf die Kernaufgaben der Abwehr  
6 konkreter Gefahren und der Straftatenbekämpfung unter strikter Beachtung des  
7 Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes beschränkt sein. Die dokumentierten Fälle von Diskriminierung  
8 durch die Polizei haben sich 2019 verdoppelt. Jedes Jahr gibt es Hunderte Fälle von  
9 rechtswidriger Polizeigewalt, für die sich niemand verantworten muss – eine strafrechtliche  
10 Verfolgung findet kaum statt. Übergriffe werden selten angezeigt und noch seltener angeklagt.  
11 Vielfach werden Einsatzstrategien angewandt, die einer Demokratie widersprechen. So entsteht  
12 eine Polizeikultur, die missbräuchliche Gewaltanwendung zulässt und befördert. Hier braucht es  
13 ein Umsteuern!

14 Die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols muss besser kontrolliert werden. Gerade für die  
15 vielen Polizist\*innen, die rechtsstaatlich handeln und sich dem Schutz aller Menschen  
16 verpflichtet fühlen, müssen die Strukturen so verändert werden, dass alle diesem Anspruch  
17 gerecht werden. Weniger Übergriffe sind nur durch einen Wandel des polizeilichen  
18 Selbstverständnisses, von Einsatzformen und Polizeikultur zu erreichen. Neben einer  
19 Aufgabenstraffung braucht die Polizei deshalb ein modernes, menschenrechtsorientiertes  
20 Leitbild, das auf der Grundlage von Verhältnismäßigkeit, Deeskalation und demokratischer  
21 Kontrolle aufbaut. Eine bürgernahe Polizei muss die Rechte von Migrant\*innen und  
22 Demonstrant\*innen genauso schützen wie für die Menschen erreichbar und ansprechbar sein. DIE  
23 LINKE steht an der Seite von allen, die sich gegen Polizeigewalt und Rassismus einsetzen und  
24 für den Ausbau von Grundrechten und Demokratie eintreten. Die Bewegungen gegen Polizeigewalt  
25 und Polizeigesetzverschärfungen, Black Lives Matter sowie die migrantischen Initiativen und  
26 Verbände sind unsere Verbündeten (vgl. Kapitel »Solidarische Einwanderungsgesellschaft«). DIE  
27 LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Polizeibefugnisse weiter ausweitet und  
28 demokratische Freiheitsrechte abbaut.

- 29 • Gute Arbeitsbedingungen! Polizist\*innen brauchen eine gute und moderne Ausbildung. Zudem  
30 benötigen wir eine moderne Personalmitbestimmung für die Polizei.
- 31 • Die Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen gegen Polizeigewalt! Wirksame Kontrolle  
32 kann nur durch eine unabhängige Instanz erfolgen. Sie erfordert einen kritischen Blick,  
33 institutionelle Unabhängigkeit von Polizei und Innenverwaltung sowie eine hinreichende  
34 Ausstattung mit Befugnissen und Ressourcen.
- 35 • Vielfalt leben! Die Zusammensetzung der Polizei muss die Bevölkerung widerspiegeln. Mittel  
36 dafür können anonymisierte Bewerbungsverfahren oder Quoten sein.
- 37 • Sicherheit durch Nachvollziehbarkeit! Zur Aufklärung und Vermeidung von Übergriffen sollen  
38 Einsatzprotokolle und Polizeivideos bei Treuhandstellen aufbewahrt werden.
- 39 • Transparenz jetzt! Eine individuelle Kennzeichnungspflicht muss sofort und überall

- 40 eingeführt werden. Es muss selbstverständlich werden, dass Polizeibeamt\*innen den  
41 Bürger\*innen individuell erkennbar gegenüberreten.
- 42 • Rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen! Die Polizeigesetze der letzten Jahre haben  
43 die Grenzen aufgeweicht. Die Strafverschärfungen für Widerstandsdelikte wollen wir  
44 rückgängig machen. Auch die Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei lehnen wir ab.
  - 45 • Probleme angehen! In der Polizei muss menschenfeindlichen Einstellungen entgegengewirkt  
46 werden. Menschenfeindliche Einstellungen müssen mithilfe von unabhängigen Studien  
47 festgestellt, eingestanden und bekämpft werden.
  - 48 • Klarheit schaffen! Es braucht klare Regeln, um Racial Profiling zu verhindern:  
49 Verdachtsunabhängige Kontrollen auf der Basis von Gummiparagrafen, wie im  
50 Bundespolizeigesetz, müssen gestrichen werden.
  - 51 • Keine Toleranz für Intoleranz im Staatsdienst! Polizist\*innen, denen rassistisches,  
52 sexistisches oder homofeindliches Verhalten nachgewiesen wird, müssen konsequent  
53 disziplinarisch verfolgt werden, gegebenenfalls bis hin zur Entlassung aus dem Dienst.
  - 54 • Deeskalation statt Aufrüstung! Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmend  
55 flächendeckende Ausstattung mit Maschinenpistolen und »weniger tödlichen Waffen« wie zum  
56 Beispiel Taser, den Einsatz von Gummigeschossen oder bewaffnetem SEK gegen Demonstrationen  
57 lehnen wir ab. Den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir massiv  
58 einschränken.
  - 59 • Die Ausbildung muss sich ändern! Die Polizeiausbildung des gehobenen Dienstes sollte  
60 überwiegend in den allgemeinen Hochschulen erfolgen. Es braucht mehr kritische  
61 Polizeiforschung und Lehre sowie eine fortdauernde Evaluation polizeilichen Handelns.
  - 62 • Unterstützung geben! Es braucht verbindliche Unterstützungsangebote wie Supervisionen,  
63 Fortbildungen zu Vielfalt und diskriminierungsfreiem Verhalten sowie psychologische  
64 Betreuung. Ziel ist es, Beamt\*innen bei der Bewältigung der Erfahrungen zu unterstützen  
65 und die Verfestigung diskriminierender Einstellungen zu verhindern.
  - 66 • Bürgernähe statt Kasernierung! Beamt\*innen in geschlossenen Einheiten sollen rotieren, um  
67 die Herausbildung von Korpsgeist zu erschweren. Insgesamt wollen wir deutlich weniger  
68 geschlossene Einheiten und stattdessen eine bürgernahe Polizei.

## **Antrag L.1.(2404): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Unabhängigkeit der Politik sichern**

2 DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Spenden von Konzernen, Banken,  
3 Versicherungen oder Lobbyisten erhält. Dabei bleibt es. Der Einfluss des Lobbyismus auf die  
4 gesamte Politik muss zurückgedrängt werden. Gesetze dürfen nicht von denen geschrieben werden,  
5 die von ihnen profitieren. Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung und Vorteilsnahme,  
6 Intransparenz und Parteiensponsoring dürfen nicht die Politik bestimmen.

- 7 • Wir wollen ein verbindliches, maschinenlesbares und transparentes Lobbyregister einführen

- 8 und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und – bei  
9 Vollzeitparlamenten – von Abgeordneten als bezahlte Interessenvertreter für Dritte ein.  
10 Wir brauchen wir eine\*n unabhängige\*n Lobbybeauftragte\*n zur Aufsicht und Kontrolle des  
11 Registers, die vom Bundestag gewählt wird.
- 12 • Den Gesetzesvorlagen der Bundesregierung muss eine Auflistung der  
13 Interessenvertreter\*innen sowie der Sachverständigen beigefügt werden, deren  
14 Stellungnahmen bei der Erstellung und Erarbeitung berücksichtigt wurden oder die sonst  
15 mitgewirkt haben (legislative Fußspur).
  - 16 • Kein Lobbyismus an Schulen! Soweit Forschung und Einrichtungen oder auch einzelne Studien  
17 von Lobbyisten bezahlt werden, muss das transparent gemacht werden.
  - 18 • Auch nachträgliche »Dankeschön-Spenden« und Bestechung mit dem Ziel der Imagepflege des  
19 Lobbyisten müssen uneingeschränkt als Abgeordnetenbestechung strafbar sein.
  - 20 • Abgeordneten muss es verboten sein, Spenden anzunehmen. Die Nebenverdienste von  
21 Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen. Unternehmens- und  
22 Lobbyistenspenden an Parteien sowie das Parteiensponsoring, wie Unternehmensstände auf  
23 Parteitag, wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25.000 Euro im Jahr  
24 begrenzen.
  - 25 • Der Vermengung von politischen und wirtschaftlichen Interessen wollen wir Einhalt  
26 gebieten: Bundesminister\*innen und parlamentarische Staatssekretär\*innen müssen nach ihrem  
27 Ausscheiden aus dem Amt mindestens drei Jahre bzw. für die Dauer des zeitlichen Anspruchs  
28 auf Übergangsgeld warten, bevor sie in Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen  
29 Interessen sie zuvor politisch befasst waren.
  - 30 • Wir wollen die europäische Antikorruptionsbehörde OLAF ausbauen und stärken.

## **Antrag L.1.(2405): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Die Demokratie demokratisieren!**

2 Demokratie ist mehr, als alle vier Jahre seine Stimme abzugeben. Dafür müssen auf allen Ebenen  
3 und in allen Bereichen – von der europäischen, internationalen wie kommunalen Ebene bis hin zum  
4 Betrieb, zur Wirtschaft – mehr Mitbestimmung und Beteiligung geschaffen werden. Deshalb fordert  
5 DIE LINKE seit Jahren, dass Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auch auf  
6 Bundesebene möglich sein müssen.

- 7 • Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird  
8 wie alle öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP). Bis das durchgesetzt ist, müssen alle  
9 Privatisierungsvorhaben den Bürger\*innen zur direkten Abstimmung per Volksentscheid  
10 vorgelegt werden
- 11 • Demokratie braucht Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit  
12 und die Freiheit der Bürger von staatlicher Ausspähung (vgl. »Kapitel Datensicherheit und  
13 Datenschutz«).

- 14 • Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen.  
15 Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von Referenden ein,  
16 d. h., die Bürger\*innen können gegen parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen.
- 17 • Wir wollen verbindliche Bürger\*innenforen einrichten. Planfeststellungs- und  
18 Raumordnungsverfahren müssen so angelegt werden, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich  
19 zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen.  
20 Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens zulasten von Bürgerbeteiligung lehnen  
21 wir ab.
- 22 • Das von der Zivilgesellschaft entwickelte Instrument der Bürger\*innenräte, wonach zufällig  
23 geloste Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Lösungen und Fragestellungen entwerfen,  
24 wollen wir unterstützen und fördern.
- 25 • Das Petitionsrecht wollen wir als Bürgerrecht weiter ausbauen.
- 26 • Die Oppositionsrechte in allen Parlamenten, Plenen und Ausschüssen wollen wir stärken.  
27 Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.
- 28 • DIE LINKE setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen  
29 Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 16 Jahre  
30 ein. Das schließt für uns das Wahlrecht für langfristig hier lebende Migrant\*innen ein  
31 (vgl. Kapitel »Solidarische Einwanderungsgesellschaft«).
- 32 • Menschen, die unter Vollbetreuung stehen, dürfen nicht von Wahlen ausgeschlossen werden.  
33 Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen muss gewährleistet werden.

## **Antrag L.1.(2500): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Kultur: Krisenfest, vielfältig und für alle zugänglich**

2 Kultur und Kunst in ihren vielfältigen Formen sind für uns alle unverzichtbar und  
3 demokratierelevant. Sie helfen uns, unterschiedliche Perspektiven auf unser gesellschaftliches  
4 Miteinander sowie auf unsere Werte zu werfen und diese zu hinterfragen. DIE LINKE tritt für  
5 eine vielfältige und partizipative Kultur ein, die allen zugänglich und für alle erschwinglich  
6 ist. In Metropolen wie in ländlichen Räumen, in Kulturinstitutionen und freier Szene.  
7 Kulturelle Vielfalt lebt von einem breiten Kulturbegriff. Hierzu gehören partizipative  
8 Freiräume für Kinder und Jugendliche, soziokulturelle Zentren, urbane Clubkultur,  
9 Vereinskultur, kommunale Kinos und Theater, Orchester, inter- und transkulturelle Orte  
10 kultureller Bildung, Bibliotheken ebenso wie Räume für experimentelle Künste, museale  
11 Einrichtungen und eine lebendige Gedenkkultur. Dabei verstehen wir Kulturförderung weitergehend  
12 auch als Infrastrukturförderung. In diesem Sinne wollen wir die kulturelle Infrastruktur in  
13 Stadt und Land erhalten, auf- und ausbauen.

14 DIE LINKE stellt sich gegen die Ökonomisierung und Privatisierung von Aufgaben der  
15 Daseinsvorsorge. Kultur liegt vorrangig im Aufgabenbereich der Länder und Kommunen. Bereits  
16 vielerorts stattfindende Kürzungen im Kulturbereich auf kommunaler und Länderebene sind  
17 Vorboten von Verteilungskämpfen, die mit der veränderten Haushaltslage nach der Corona-Krise

18 anstehen. Die Corona-Krise konfrontiert die Länder und Kommunen mit erheblichen finanziellen  
19 Problemen, die sie nicht aus eigener Kraft lösen können. Vor diesem Hintergrund fordert DIE  
20 LINKE u. a. eine Vermögensteuer sowie eine Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten und  
21 zur Finanzierung von dauerhaften Förderprogrammen (vgl. Kapitel „Mit Steuern umsteuern“).  
22 Kommunale Verschuldung und Sparzwang würde Kultur – als sogenannte freiwillige Aufgabe – nicht  
23 nur zuerst treffen, sondern auch die finanzielle Krise weiter verschärfen. Deshalb muss Kultur  
24 zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden.

25 Die ineffektive Pandemiebekämpfung der Bundesregierung wird auch auf dem Rücken der in der  
26 Kulturbranche tätigen Menschen ausgetragen, die sich über Monate hinweg im Dauer-Lockdown  
27 befinden. Die Regierung hat dabei versagt, für die Kulturschaffenden eine soziale Lösung  
28 aufzuzeigen. Zum einen greifen die Corona-Soforthilfen nicht die Lebens- und Arbeitsrealität  
29 vieler Kulturschaffender auf. Zum anderen weisen viele Hilfsprogramme große Hürden für kleine  
30 und mittlere Kulturbetriebe auf. Die Corona-Krise verstärkt jedoch auch Problemlagen, die  
31 bereits vor der Krise bestanden haben, denn Kultur ist nicht ausreichend finanziert. Wir stehen  
32 deshalb für den kontinuierlichen Dialog mit Akteur\*innen der Kulturszene und unterstützen  
33 Proteste von Kulturschaffenden und Beschäftigten in der Veranstaltungsbranche.

34 DIE LINKE will Kultur krisenfest gestalten und streitet für gute, existenzsichernde Arbeit und  
35 soziale Sicherung im Kulturbereich. Befristete, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und der  
36 hohe Anteil von Projektförderung – insbesondere in der freien Szene – lassen keine  
37 Rücklagenbildung zu. Die damit einhergehenden instabilen Lebens- und Arbeitsverhältnisse  
38 stellen sich als wenig krisenfest dar. Durch den krisenbedingten Wandel bietet sich zudem die  
39 Möglichkeit, nachhaltigere, geschlechtergerechte und krisenfeste Fördersysteme zu etablieren.

40 • Wir fordern die Einbeziehung aller in die gesetzlichen Sozialsicherungssysteme (Renten-,  
41 Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung), um die mangelnde soziale Absicherung von  
42 unstetig Beschäftigten und Soloselbstständigen zu verbessern.

43 • Die Künstlersozialkasse muss für weitere Berufsgruppen geöffnet und der Bundeszuschuss  
44 erhöht werden.

45 • Wir fordern verbindliche Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und  
46 Kulturarbeit, branchenspezifische Honoraruntergrenzen und eine rechtlich abgesicherte  
47 Ausstellungsvergütung für bildende Künstler\*innen.

48 • Die Verhandlungsposition von Kreativen muss im Urhebervertragsrecht gestärkt und ihre  
49 Mitbestimmungsrechte müssen gegenüber Verwertungsgesellschaften ausgebaut werden.

50 DIE LINKE will die Bundeskulturförderung auf eine neue Grundlage stellen und Fördersysteme  
51 reformieren.

52 • Die Bundeskulturförderung muss insgesamt nachhaltiger, prozesshafter, unbürokratischer und  
53 weniger projektorientiert gestaltet werden. In diesem Sinne sind langfristige  
54 Stipendienprogramme sinnvoll, die eine Rücklagenbildung ermöglichen, wie auch die  
55 Weiterführung der Flexibilisierung des Zuwendungsrechts von Fördermitteln.

56 • Bei der Vergabe von Bundesfördermitteln sollen soziale Standards,  
57 Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in Bezug auf ethnische Zugehörigkeit,  
58 Behinderung, sexuelle Identität und sozioökonomische Herkunft als Kriterien etabliert  
59 werden.

- 60 • Wir wollen die Kulturförderfonds bedarfsgerecht ausstatten und sie als zentrales  
61 Instrument der freien Szene stärken.
- 62 • Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir wollen Kultur  
63 als Gemeinschaftsaufgabe und ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz, um den kooperativen  
64 Kulturföderalismus zu stärken.
- 65 • Wir wollen einen Bundeskulturminister\*in mit Kabinettsrang und ein Kulturministerium, um  
66 die Belange der Kultur gegenüber anderen Ressorts sowie auf europäischer Ebene wirksamer  
67 vertreten zu können.
- 68 • Länder und Kommunen müssen ausreichend Mittel erhalten, damit sie ihren Aufgaben in der  
69 Kulturpflege und Kulturförderung nachkommen und eine große Vielfalt der kulturellen  
70 Angebote sichern können.
- 71 DIE LINKE will »Kultur für alle« und kulturelle Teilhabegerechtigkeit realisieren. Um  
72 Chancengleichheit, Inklusion und Vielfalt zu stärken, muss sich ein diversitätsorientierter  
73 Strukturwandel im Kulturbereich an macht- und diskriminierungskritischen Kriterien orientieren.  
74 Vielfalt im Kulturbereich wirkt sich auf das Programm aus, sodass neue Perspektiven und Zugänge  
75 zu Kultur eröffnet und Besucher\*innen dazugewonnen werden.
- 76 • Hierfür müssen flächendeckend Antidiskriminierungsstrategien wirksam werden. Strukturelle  
77 Benachteiligung aufgrund der sozialen und ethnischen Herkunft, der Klasse, des  
78 Geschlechts, der sexuellen Identität, einer Behinderung, einer Religion oder  
79 Weltanschauung muss abgebaut werden.
- 80 • Aufsichts- und Beratungsgremien sowie Vorstände und Präsidien in der Kulturbranche sind  
81 verbindlich geschlechtergerecht und divers zu besetzen.
- 82 • Kulturelle Bildung schafft Zugänge zu Kunst und Kultur, um Menschen eine kreative  
83 Auseinandersetzung mit sich und ihrer Umgebung zu ermöglichen. Orte kultureller Bildung  
84 dienen deshalb als Räume der Selbstbildung und Selbstermächtigung. Aus diesem Grund wollen  
85 wir eine Fortführung und Verstetigung des Bundesprogramms »Kultur macht stark« mit  
86 erhöhten Mitteln.
- 87 • Bundesregularien sollen es Stadtplaner\*innen ermöglichen, verstärkt »Freiräume« zu  
88 berücksichtigen, die für eine partizipative und experimentelle Nutzung dienen sollen.
- 89 • »Kunst am Bau«: 3 Prozent der Kosten öffentlicher Bauten sollen für Kunstwerke verwendet  
90 werden.
- 91 • Wir bestehen auf der Einhaltung der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt bei  
92 internationalen Handelsabkommen.
- 93 DIE LINKE steht für einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zur Kultur. Wir wollen  
94 Räume für Dialog und Austausch schaffen und einen Perspektivwechsel befördern.
- 95 • Der Eintritt in vom Bund geförderte Museen und Sammlungen muss perspektivisch kostenfrei  
96 sein und das kulturpädagogische Personal aufgestockt werden.
- 97 • Kultureinrichtungen müssen barrierefrei sein und inklusive Angebote unterbreiten.
- 98 • Die Erfahrungen von Kultureinrichtungen und Projekten mit inter- bzw. transkulturellen  
99 Vermittlungskonzepten gilt es zu nutzen und zu verbreiten.
- 100 • Wir fördern und fordern die Produktion und den Schutz von temporären und

101 nichtinstitutionellen, frei zugänglichen Künsten, wie Street Art und Kunst im öffentlichen  
102 Raum, in soziokulturellen und selbstverwalteten Zentren.

103 • Wir setzen uns für flächendeckende Kooperationen zwischen Schulen und Kunst-Institutionen  
104 sowie freien Künstler\*innen ein.

105 DIE LINKE will Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir  
106 eine gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie.

107 • Wir setzen uns für eine Open-Access-Strategie auch im Kulturbereich ein. Wir schaffen  
108 Möglichkeiten und Anreize für Kultureinrichtungen, ihre digitalen Veröffentlichungen unter  
109 freie Lizenzen zu stellen. Die Kooperation mit der Deutschen Digitalen Bibliothek wollen  
110 wir ausbauen.

111 • Für öffentliche Bibliotheken wollen wir den Verleih digitaler Medien vereinfachen.

112 • Auch das filmische Erbe wollen wir dauerhaft bewahren und zugänglich machen.

113 DIE LINKE steht für eine lebendige und plurale Geschichts- und Erinnerungspolitik. Wir wollen  
114 zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert  
115 anregen, insbesondere zur Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Aufarbeitung  
116 und Erinnerung an den Kolonialismus und damit verbunden Sklavenhandel und Sklaverei muss  
117 präsenter werden. Auch engagieren uns für eine differenzierte Aufarbeitung der Geschichte der  
118 DDR.

119 • Wir wollen Gedenkstätten als Gedenk- und Lernorte sowie als Dokumentationsstätten stärken.

120 • Ehrenamtlich geführte Gedenkarbeit soll flächendeckend unterstützt werden.

121 • Die Arbeitsbedingungen vor allem des pädagogischen Personals müssen in Museen und  
122 Gedenkstätten verbessert werden.

123 • Gemeinsam mit lokalen Initiativen aus der Zivilgesellschaft wollen wir postkoloniale  
124 Kontinuitäten aufarbeiten und reflektieren, um zu einer demokratischen, antifaschistischen  
125 Kultur beizutragen, denn erinnern heißt handeln.

126 • Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur fördern, die sich an den Realitäten der  
127 Einwanderungsgesellschaft orientiert.

128 • Halle 2019 und Hanau 2020: Wir wollen das Gedenken und die Erinnerung an die Opfer von  
129 rassistischer und antisemitischer Gewalt in der jüngeren Geschichte Deutschland stärker  
130 verankern.

131 Es soll eine gesetzliche Grundlage für die Rückgabe von NS-Raubkunst geschaffen und die  
132 Provenienzforschung ausgebaut werden. Ebenso muss die Restitution von unrechtmäßig erworbenen  
133 Kulturgütern aus kolonialen Kontexten gesetzlich geregelt werden.

# Antrag L.1.(2501): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Unabhängige und vielfältige Medienlandschaft stärken**

2 Demokratie braucht ein starkes und kritisches Mediensystem, denn pluraler und guter  
3 Journalismus trägt wesentlich zur Meinungs- und Willensbildung bei. Doch die Medienwelt ist im  
4 radikalen Wandel begriffen: Digitalisierung, Konzentrationsprozesse bei Zeitungen und  
5 Redaktionen, Plattformen wie Facebook oder Youtube, die Zunahme von Hassbotschaften und Fake  
6 News. Auch die Corona-Krise trifft die Medienbranche aufgrund stornierter Aufträge und  
7 sinkender Werbeerlöse. Die Krise zeigt uns aber auch, wie unerlässlich gute journalistische  
8 Arbeit ist, um faktenbasiert und sachlich Desinformation entgegenzuwirken. Auch deshalb sind  
9 für DIE LINKE Medien keine Waren und Güter wie andere.

10 DIE LINKE bekennt sich zum dualen Rundfunksystem und will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk  
11 stärken. Die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist für  
12 die mediale Teilhabe und Grundversorgung unerlässlich. Er muss an eine veränderte Mediennutzung  
13 angepasst werden, eine journalistisch hohe Qualität aufweisen und gute Unterhaltungswerte  
14 liefern. Deshalb will DIE LINKE eine breite gesellschaftliche Debatte rund um Reformen und den  
15 Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks führen.

16 Zu unseren zentralen Anliegen gehören:

- 17 • die Beitragsbefreiung auf soziale Einrichtungen und Menschen mit Behinderung ausweiten und  
18 aus Steuermitteln kompensieren,
- 19 • die von der Rundfunkfreiheit geschützte Programmautonomie der Anstalten bewahren,
- 20 • die auskömmliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleisten,
- 21 • Rechte der freien und arbeitnehmerähnlichen Mitarbeiter\*innen stärken: sichere Einkommens-  
22 und Beschäftigungsperspektive sowie gleichberechtigte Mitbestimmung,
- 23 • aus Rundfunkbeiträgen finanzierte Sendungen sollen dauerhaft allen Nutzer\*innen in  
24 Mediatheken zur Verfügung stehen,
- 25 • neue Gemeinschaftseinrichtungen der ARD sollten auch in den ostdeutschen Bundesländern  
26 angesiedelt werden, damit diese auf lange Sicht in allen Ländern ausgeglichen  
27 repräsentiert sind,
- 28 • Sportrechte demokratisieren: Es muss eine finanzielle Verhältnismäßigkeit für die  
29 Übertragungsrechte geltend gemacht werden.

30 Ob in privaten oder in öffentlich-rechtlichen Medienhäusern, für DIE LINKE muss sich die  
31 Vielfalt der Gesellschaft in der Personalstruktur und im Programm wiederfinden, damit mehr  
32 Lebensrealitäten zum Ausdruck kommen und Deutschland als Einwanderungsgesellschaft mit  
33 entsprechend diversen (Teil-) Öffentlichkeiten anerkannt wird.

34 DIE LINKE will nachhaltige Finanzierungs- und Förderwege gehen, um Onlinejournalismus und  
35 nichtkommerzielle Angebote besser zu unterstützen. Die sinkenden Erlöse von Presseverlagen aus  
36 dem Verkauf ihrer Printprodukte wirken sich auch auf das Onlineangebot aus. Trotz sinkender  
37 Abonnements und Werbegelder stellt das Einstellen lokaler Printmedien keine annehmbare Lösung

38 dar, denn dies würde bestimmte Leser\*innen ausschließen – insbesondere ältere Menschen –, die  
39 nur unzureichenden Zugang zu digitalen Angeboten haben. Ziel muss es sein, journalistische  
40 Vielfalt zu erhalten und Medienschaffende zu stärken. Im Printbereich existieren neben  
41 verschwindend geringen genossenschaftlichen Verlagen vor allem private Anbieter, die sich ihre  
42 Leser\*innenschaften und Regionen weitgehend aufgeteilt haben. Ein sonst beschworener Wettbewerb  
43 lässt sich hier nicht feststellen: Zehn Medienunternehmen teilen sich nahezu zwei Drittel der  
44 Auflagen bundesweit.

45 Um journalistische Arbeit intensiv zu unterstützen, will DIE LINKE:

- 46 • Medienschaffende besser vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt schützen,
- 47 • Journalist\*innen vor Überwachung schützen, insbesondere im Bereich des investigativen  
48 Journalismus, wo geheime Informationen und zuverlässiger Quellenschutz zentral sind,
- 49 • kollektive Verhandlungen und Honorarempfehlungen für Selbstständige gesetzlich verankern,
- 50 • DIE LINKE setzt sich für eine echte Reform des Urhebervertragsrechts ein, die  
51 Urheber\*innen den Rücken stärkt, insbesondere durch ein Verbandsklagerecht und  
52 flächendeckende verbindliche Vergütungsregeln. Das Urheberrecht muss modernisiert werden,  
53 um einen fairen Interessenausgleich zwischen Urheber\*innen und Nutzer\*innen zu  
54 ermöglichen, statt vor allem den Interessen der großen Verwerter zu dienen. Dazu gehören  
55 eine allgemeine Ausnahme für Bildung und Forschung (vgl. Kapitel Bildung) und eine  
56 Stärkung von Nutzer\*innenrechten (vgl. Kapitel »Digitalisierung«).

57 DIE LINKE will eine starke Pressefusionskontrolle. Dazu braucht es auch die Einführung einer  
58 Medienstatistik, um die Entwicklung auf dem Medienmarkt untersuchen zu können. Die  
59 Kartellgesetze müssen verschärft werden, um die Medienkonzentration in den Händen weniger  
60 privater Unternehmen einzudämmen.

## **Antrag L.1.(2502): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Wir verteidigen die Freiheit zur und von der Religion und die Trennung von Staat und Kirche**

2 Wir verteidigen das Recht auf Religionsfreiheit: Es ist das Recht der Freiheit des Glaubens,  
3 des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Wir  
4 unterstützen den Kampf von Menschen für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden  
5 unabhängig von ihrer Weltanschauung und Religion. Wir treten für die institutionelle Trennung  
6 von Staat und Religion ein.

7 Das Recht auf Religionsfreiheit ist ein Schutz gerade für Minderheiten. Deshalb verteidigen wir  
8 Jüd\*innen und Muslim\*innen und alle anderen religiösen Minderheiten, wenn sie wegen ihrer  
9 Religion diskriminiert werden. Drohungen, Übergriffe und Anschläge richten sich gegen  
10 Muslim\*innen und Jüd\*innen und gegen Synagogen und Moscheen. Sie sind alltäglich geworden.

11 Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus, wie jede andere Form des Rassismus, dürfen  
12 keinen Platz in der Gesellschaft haben. Wir treten für die Gleichbehandlung aller Religionen  
13 und Weltanschauungen mit den christlichen Kirchen ein.

- 14 • DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen für den  
15 erwerbsarbeitsfreien Sonntag.
- 16 • Wir fordern die Abschaffung des kirchlichen Sonderarbeitsrechts für die Beschäftigten in  
17 den Kirchen, in Diakonie und Caritas.
- 18 • Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches  
19 Bekenntnis zu einer Religion ein. DIE LINKE verteidigt das Selbstbestimmungsrecht von  
20 muslimischen Frauen, spricht sich gegen ein Verbot religiös motivierter Bekleidung aus und  
21 lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.
- 22 • Das Unterrichtsfach Ethik, Religionsunterricht und Unterricht für Mitglieder von  
23 Weltanschauungsgemeinschaften müssen gleichbehandelt werden.
- 24 • Die Militärseelsorge in der jetzigen Form wollen wir abschaffen. Sie ist auch innerhalb  
25 der Kirchen umstritten. Sie muss durch einen Seelsorgevertrag für alle Angehörigen der  
26 Bundeswehr ersetzt werden, der eine gleichberechtigte Betreuung durch alle Religions- und  
27 Weltanschauungsgemeinschaften garantiert. Die kirchlichen oder weltanschaulichen  
28 Betreuungspersonen sollen bei der Bundeswehr weder angestellt noch verbeamtet sein.
- 29 • DIE LINKE fordert, dass die Kirchen in Zukunft ihre Steuern bzw. Beiträge selbstständig  
30 einziehen. Wir treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung der  
31 Staatsleistungen an die Kirchen ein. In einer weltanschaulich und religiös vielfältigen  
32 Gesellschaft müssen alle die gleichen Möglichkeiten der Finanzierung haben.
- 33 • DIE LINKE ist gegen ein Bauverbot für Sakralbauten.
- 34 • Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische  
35 Religionsgemeinschaften.
- 36 • DIE LINKE tritt für die rechtliche Gleichstellung aller Religions- und  
37 Weltanschauungsgemeinschaften ein.

## **Antrag L.1.(2503): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Sport ist kein Luxus**

2 Sport ist für alle da. Dafür müssen wir die Zugangsbedingungen zum Sport verbessern. Sport  
3 treiben zu können soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Sportvereine sind auch  
4 Orte erfolgreicher Integration. Wir fördern inklusiven, integrativen, natur- und  
5 umweltverträglichen Sport. Sportangebote und die Sportförderung müssen geschlechtergerecht sein  
6 und alle Altersgruppen angemessen berücksichtigen.

- 7 • Viele Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder sind baufällig, teilweise bereits  
8 gesperrt. Der Sanierungsbedarf beträgt rund 31 Milliarden Euro. Unser Zukunftsprogramm  
9 sieht ausreichende Investitionen vor, um die Einrichtungen barrierefrei und ökologisch  
10 sinnvoll zu sanieren. Damit alle Kinder schwimmen lernen können, müssen die  
11 Eintrittspreise für Schwimmbäder für alle erschwinglich sein.
- 12 • Anerkannte Sportorganisationen, Schulen und Hochschulen sollen das Recht bekommen, Spiel-

- 13 und Sportanlagen öffentlicher Träger unentgeltlich zu nutzen, wie es etwa im neuen  
14 Thüringer Sportförderungsgesetz geregelt ist.
- 15 • An allen Schulen sollen von der ersten Jahrgangsstufe bis zum Schulabschluss drei  
16 Unterrichtsstunden Sport pro Woche erteilt werden. Allen Schüler\*innen soll die Teilnahme  
17 am Schwimmunterricht ermöglicht werden. Bis zum Ende der Primarstufe sollen sie das Niveau  
18 des sicheren Schwimmens erreichen.
  - 19 • DIE LINKE sieht Breitensport und Spitzensport als wechselseitiges Verhältnis. Sie will  
20 sowohl den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung fördern  
21 als auch mögliche Sportkarrieren unterstützen. Sport muss kommunale Pflichtaufgabe werden.
  - 22 • Doping, alle Formen von Gewalt, Korruption und andere Manipulationen müssen bekämpft  
23 werden. Die Kommerzialisierung des Sports zum Zwecke der Profitmaximierung muss  
24 zurückgedrängt und die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness gestärkt  
25 werden. Der Erhalt und die Förderung der Gesundheit müssen im Breiten- wie auch im  
26 Leistungssport einen höheren Stellenwert erhalten.
  - 27 • Die Mittel für Fanprojekte, Initiativen und Projekte gegen extreme Rechte, Diskriminierung  
28 und Gewalt sowie für die integrative Wirkung der Sportvereine sollen erhöht und nachhaltig  
29 festgeschrieben werden.

## **Antrag L.1.(2504): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...**

### **1 Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen**

- 2 DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu  
3 Prävention, Beratung und Hilfe. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu  
4 erziehen, sondern ihnen eine informierte und risikobewusste Konsumententscheidung ermöglichen. Wir  
5 wollen den Wunsch nach Rausch nicht moralisch werten. Er ist ein Bestandteil der Kultur, auch  
6 wenn damit Risiken und Schäden verbunden sind. Nur durch eine gute Gesundheits- und  
7 Sozialpolitik ist eine Schadensreduzierung möglich. Mit dem Verbot von Drogen werden die  
8 Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam reduziert. Es verhindert weder den  
9 Drogenhandel noch senkt es wirksam den Konsum. Die Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel,  
10 die Finanzierung der organisierten Kriminalität, Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von  
11 Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/Aids und Hepatitis – viele drogenbezogene Probleme  
12 werden mehr durch die Repression verursacht als durch die Drogen selbst. Zugleich bindet die  
13 Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro werden für die Strafverfolgung  
14 ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon. Drogen und Sucht sind ein Spiegel  
15 der Gesellschaft: Abhängig sein kann man nicht nur von illegalen oder legalen Substanzen, Tabak  
16 oder Alkohol, sondern zum Beispiel auch von Glücksspiel, Arbeit, Essen. Sucht hat vielfältige  
17 soziale und psychologische Ursachen und sollte – wie andere Erkrankungen auch – nicht als  
18 Versagen einzelner Menschen interpretiert werden.
- 19 • Wir wollen Cannabis legalisieren. Wir wollen eine vorrangig nichtkommerzielle  
20 Bezugsmöglichkeit schaffen und den Besitz sowie Anbau zum eigenen Bedarf erlauben. Als

- 21 zeitlich befristete Übergangslösung schlagen wir Modellprojekte zur legalen Verfügbarkeit  
22 in den Bundesländern bei gleichzeitiger bundesweiter Entkriminalisierung der  
23 Konsumierenden vor.
- 24 • Die gesetzlichen Regeln zur medizinischen Verwendung von Cannabis müssen im Sinne der  
25 Patient\*innen geändert werden. Der Zugang muss entbürokratisiert werden. Der Einsatz von  
26 Cannabis als Medizin muss auch bei weniger schweren Erkrankungen ermöglicht und der  
27 Genehmigungsvorbehalt der Krankenkassen abgeschafft werden. Wir wollen die  
28 Versorgungssicherheit verbessern, indem mehr Cannabis als Medizin in Deutschland angebaut  
29 wird. Die Bestimmungen zum Fahren von Fahrzeugen bei medizinischer Verwendung von Cannabis  
30 müssen endlich klar geregelt werden.
  - 31 • Substitutionstherapie muss allen Opioidabhängigen offenstehen. Der Zugang und die  
32 Behandlung müssen vereinfacht werden, vor allem auch in Haftanstalten. Dazu brauchen wir  
33 unter anderem mehr Substitutionsärzte. Auch die diamorphingestützte Behandlung  
34 (Heroinvergabe) und die Take-Home-Regelung sollen ausgebaut werden. DIE LINKE fordert eine  
35 unabhängige wissenschaftliche Überprüfung, ob die bisherige repressive Drogenpolitik ihre  
36 Ziele erreicht und welche Nebenwirkungen sie entfaltet hat.
  - 37 • Wir wollen die Kriminalisierung von Konsumierenden beenden. Dafür sollen für häufig  
38 gebrauchte Drogen bundeseinheitliche Höchstmengen festgelegt werden, bei deren Besitz  
39 keine Strafverfolgung erfolgt. In diesen Fällen muss die Strafverfolgung durch Beratungs-  
40 und Hilfsangebote ersetzt werden. Zudem werden so Mittel frei, die organisierte  
41 Kriminalität zu bekämpfen.
  - 42 • Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir  
43 schadensminimierende Maßnahmen ausbauen. Wir wollen einen flächendeckenden Zugang zu  
44 Drogenkonsumräumen, zu sterilen Konsumutensilien und zur Take-Home-Vergabe von Naloxon,  
45 das bei Opioidüberdosierung lebensrettend ist. Wir wollen, dass analysegestützte  
46 Präventionsprogramme (Drug-Checking) ausdrücklich ermöglicht und von den Ländern  
47 durchgeführt werden. Wir wollen die Regelungen zu Drogen im Straßenverkehr anpassen. Für  
48 alle Drogen werden Grenzwerte für die Blutkonzentration festgelegt, bei denen eine  
49 Einschränkung der Fahrtüchtigkeit praktisch ausgeschlossen werden kann. Dabei soll das  
50 Nüchternheitsgebot nicht angetastet werden. Cannabis- und alkoholkonsumierende  
51 Führerscheininhaber\*innen wollen wir rechtlich gleichstellen.
  - 52 • Werbung und Sponsoring für Tabak- und Alkoholprodukte in der Öffentlichkeit wollen wir  
53 verbieten. Der Zugang zu Tabakprodukten in Deutschland ist noch immer zu niedrigschwellig  
54 und sollte den Vorgaben der WHO-Tabakrahenkonvention entsprechen. Tabakprodukte sollten  
55 in einheitlichen Verpackungen wie beispielsweise in Australien angeboten werden. Wir  
56 wollen den Nichtraucher- und Jugendschutz weiter ausbauen. Der Konsum von E-Zigaretten  
57 sollte als schadensärmere Tabakkonsumalternative angesehen und daher auch in steuerlicher  
58 Hinsicht günstiger gehalten werden.
  - 59 • Wir wollen die Gefahren der Spielsucht verringern. Für das Automatenspiel muss ein  
60 staatlich lizenziertes Angebot eingeführt werden, das die Minimierung von gesundheitlichen  
61 und sozialen Folgen des Automatenspiels zum Ziel hat. Gleiches gilt für  
62 Onlineglücksspiele. Für gastronomische Einrichtungen wollen wir ein Automatenverbot. Die  
63 Glücksspielelemente im E-Gaming-Bereich müssen reguliert und eingedämmt werden.

# Antrag L.1.(2600): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit...

## 1 **Wie wir das Land verändern**

2 DIE LINKE kämpft für soziale Gerechtigkeit und Frieden, wie streiten für einen Umbau von  
3 Wirtschaft und Gesellschaft, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt: die Beschäftigten,  
4 Rentner\*innen, die Erwerbslosen – und die Menschen von morgen, unsere Kinder und Enkel. Ihnen  
5 wollen wir eine lebenswerte, inklusive und klimagerechte Gesellschaft übergeben. Mit einer gut  
6 ausgestatteten öffentlichen Daseinsvorsorge, in der das, was für alle da ist, auch allen  
7 gehört. Mit Orten, die den demokratischen Austausch befördern, gesellschaftlichen Zusammenhalt  
8 erfahrbar machen und die allen Zugang und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum eröffnen. Auf  
9 einem lebensfähigen Planeten, mit guter Luft zum Atmen. Wir werden alles in unserer Macht  
10 Stehende tun, um das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, zu erreichen – und die  
11 Wirtschaft und Gesellschaft sozial- und klimagerecht zu verändern.

12 Eine andere Politik wird nicht allein im Parlament gemacht. Sie braucht Druck aus der  
13 Gesellschaft, aus Gewerkschaften, sozialen und Klimabewegungen, aus NGOs, Sozial- und  
14 Umweltverbänden und der Friedensbewegung. Druck von unten und Druck von der Straße. DIE LINKE  
15 ist in diesen Bewegungen verankert. Gemeinsam können wir die Kräfteverhältnisse in der  
16 Gesellschaft nach links verschieben. Wir sind die Adresse im Parlament, die frei von Konzern-  
17 und Lobbyinteressen ist. Wir geben denen eine Stimme, die von den anderen Parteien überhört  
18 werden.

19 Wir versprechen: DIE LINKE akzeptiert keine Unternehmensspenden, kein Parteisponsoring und  
20 keine privaten Großspenden. Die Abgeordneten der LINKEN stehen für die hier vorgestellten Ziele  
21 und Projekte. Sie erklären,

- 22 • dass sie keine Spenden oder Geschenke von Lobbygruppen oder Großunternehmen annehmen.  
23 Bürgerwille und Gemeinwohl gehen vor Einzelinteresse! Nebeneinkünfte werden alle  
24 offenlegen;
- 25 • dass sie nicht mit Geheimdiensten zusammenarbeiten.
- 26 • dass sie Informationen und Wissen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit zum allgemeinen  
27 Interesse einsetzen. Wir sind keine Partei der Hinterzimmer. Informationsfreiheit statt  
28 Geheimniskrämerei!
- 29 • dass sie Mittel und Infrastruktur der Abgeordnetenbüros der lokalen Bevölkerung, sozialen  
30 Bewegungen oder Solidaritäts- und Hilfsprojekten zur Verfügung stellen.

31 Die Abgeordneten werden sich dafür einsetzen, dass sie in Zukunft mit Selbstständigen und  
32 Beamten in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen und in eine solidarische Gesundheits- und  
33 Pflegevollversicherung und dass die Bemessungsgrenzen abgeschafft werden.

34 Fridays for Future hat weltweit Klimagerechtigkeit und den Umbau der Wirtschaft eingefordert.  
35 Die Proteste der Pflegekräfte haben den Pflegenotstand auf die Tagesordnung gesetzt.  
36 Beschäftigte organisieren sich unter widrigen Bedingungen und streiken für ihre Interessen, für  
37 gute Arbeit, die zum Leben passt, und eine planbare Zukunft. An vielen Orten wehren sich  
38 Mieter\*innen gegen steigende Mieten und Wohnungsnot. Wir setzen diese Anliegen auf die

39 Tagesordnung. Wir wollen Verbesserungen im Alltag der großen Mehrheit der Menschen durchsetzen  
40 und uns gemeinsam mit ihnen auf den Weg zu einer sozialen, klimagerechten Gesellschaft machen.  
41 Lassen Sie uns gemeinsam das Land verändern. Geben Sie der LINKEN Ihre Stimme: Gemeinsam sind  
42 wir stark, um die Interessen der Vielen gegen die Profitinteressen der Wenigen durchzusetzen.  
43 Kämpfen wir gemeinsam für neue gesellschaftliche Mehrheiten. Für einen sozialen, ökologischen  
44 und friedenspolitischen Aufbruch!